Kurt W. Fleming, Walter Schmidt,
Erika Schwarz und Manfred Weißbecker (Hrsg.)

Wider das Vergessen

Erinnern an verstorbene DDR-Historiker der Faschismus- und Weltkriegsforschung

Texte

MSAL

Kurt W. Fleming, Walter Schmidt, Erika Schwarz und Manfred Weißbecker (Hrsg.)

Wider das Vergessen.
Erinnern an verstorbene DDR-Historiker der Faschismus- und Weltkriegsforschung.
Texte[1]

[1] Die in dieser PDF-Datei veröffentlichten Texte wurden nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt. Bei einigen Inhalten ist die urheberrechtliche Lage nicht eindeutig zu klären. Sollte sich herausstellen, dass ein Text gegen geltendes Urheberrecht verstößt, bitten wir um einen entsprechenden Hinweis. In einem solchen Fall wird der betreffende Inhalt umgehend entfernt oder angepasst. Die Veröffentlichung erfolgt nicht zu kommerziellen Zwecken, sondern im Sinne der Dokumentation, des Diskurses und der historischen bzw. kulturellen Auseinandersetzung. Die Veröffentlichung erfolgt im Rahmen wissenschaftlicher bzw. künstlerischer Auseinandersetzung gemäß § 51 UrhG (Zitatrecht) bzw. § 60 UrhG (Wissenschaftsausnahme). Alle Rechte verbleiben bei den jeweiligen Rechte-Inhaberinnen und -Inhabern.

Inhaltsverzeichnis

Weshalb *Wider das Vergessen*? 3
Faschismus erlebt und allen Drohungen widerstanden – Walter Bartel 5
Mit unerschütterlichem Optimismus – Günter Benser 12
Er war sich der geschichtlichen Potentiale bewusst – Werner Bramke 16
Zeigen, wie Kriege gemacht werden – Reinhard Brühl 19
Das faschistische Terrorsystem analysiert – Klaus Drobisch 21
Ein neugieriger Mann mit Weitblick – Dietrich Eichholtz 23
Neulehrer, Geschichtsprofessor, Antistalinist – Kurt Finker 28
Gegen Hitler und Henlein – Gerhard Fuchs 30
Tatsachen stehen höher als jede noch so autoritative Äußerung – Kurt Gossweiler 32
Sein Werk war Herausforderung – Olaf Groehler 39
Der historischen Wahrheit verpflichtet – Gerhart Hass 40
Er sah sich immer geistig herausgefordert – Fritz Klein 42
„Europa unterm Hakenkreuz“. Sein Denkmal – Ludwig Nestler 44
Gegen den Zeitgeist – Kurt Pätzold 47
Parteilichkeit wofür? – Joachim Petzold 60
Spielräume ausloten und ausweiten – Rolf Richter 62
Wer die Wahrheit sucht, wird immer wieder anecken – Werner Röhr 68
Mutig gegen Tabus – Günter Rosenfeld 70
Den Dingen auf den Grund gehen – Wolfgang Ruge 72
Zeitübliche Phrasen und leere Sprechblasen waren ihm fremd – Heinrich Scheel 76
Pazifisten und Christen im Widerstand – Rosemarie Schumann 80
Von den Argumenten zu den Quellen – Wolfgang Schumann 84
Erforscht: „Hellas unterm Hakenkreuz“ – Martin Seckendorf 93
Gegen Ausbeuterei von „Fremdarbeitern“ für den Krieg – Eva Seeber 97
NS-Verbrechen ahnden und dokumentieren – Günther Wieland 99
Antifaschist mit Leib und Seele – Rainer Zilkenat 101

Weshalb *Wider das Vergessen*?

Verstorbene zu ehren, ihre Leistungen zu würdigen, ihr Anliegen zu bewahren – seit Menschengedenken gehört die Kultur des Totengedenkens zu sinnerfülltem Leben. Nicht zuletzt zeugt das altgriechischer Sprache entstammende Wort *Nekrolog* von einem humanen Bestreben, sich an sie und an das von ihnen Geschaffene zu erinnern sowie dies mit zielorientierter Hoffnung auf Bleibendes und Verpflichtendes zu verbinden.

Es liegen für weithin bekannte Historiker der DDR bereits umfassende Würdigungen vor, sei es in Gestalt von Darstellungen oder Sammelbänden, von Tagungsprotokollen sowie von Essays und biografischen Skizzen. Gewürdigt wurden so Ernst Engelberg, Manfred Kossok, Walter Markov, Jürgen Kuczynski u. a. m.[1]

Dies sei hier getan für Historikerinnen und Historiker, die sich in der DDR der Geschichte von Faschismus und Weltkriegen sowie den Problemen antifaschistischer Politik im 20. Jahrhundert zugewandt hatten und dies bis zu ihrem Tod im neuen Bundesdeutschland fortsetzten. Ihr Forschungsgebiet nahm in der DDR-Geschichtswissenschaft einen besonderen Platz ein. Es besaß zeitgeschichtlichen Charakter, denn nichts kam im gesellschaftlichen und persönlichen Leben ohne den kritischen Blick auf die unmittelbar vergangene Geschichte aus. Viel ist bereits über Notwendigkeit, Leistungen und Grenzen der im zweiten deutschen Staat intensiv betriebenen Faschismusforschung geschrieben worden. Vor allem sei auf die umfassenden Publikationen von Werner Röhr verwiesen[2], ebenso auf Kurt Pätzolds „Faschismus-Diagnosen“, in deren Erläuterung deutlich Mängel marxistischer, zumeist von Mitgliedern kommunistischer Parteien sowie von kritischen Soziologen erarbeiteter Thesen benannt sind, jedoch darauf aufmerksam gemacht wird, dass sie dennoch „in wesentlichen Punkten ins Schwarze“ trafen.[3] Andere Autoren äußerten sich auch in der Reihe „Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung“, welche Werner Röhr in Verbindung mit der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung zwischen 1992 und 2008 herausgegeben hat.[4]

Ja, der suchende Blick, beruhend auf dialektisch-materialistischen Sichtweisen, führte zu Publikationen, die sowohl unwiderlegbare Fakten als auch wesentliche Aussagen zu den gesellschaftlichen Ursachen faschistischer Ideologie sowie zu Entstehen und Wirken von ihr geleiteter Organisationen sowie auf deren diktatorisch-terroristische Machtausübung und barbarische Kriegsführung enthielten. Oft waren ihre Untersuchungsmethoden und -ergebnisse wegweisend für Forschungen zur Geschichte vor allem des Zweiten Weltkrieges, ebenso zu der vom nationalsozialistischen System von „volksgemeinschaftlicher“ Organisiertheit und schließlich auch zu den Bedingungen und Möglichkeiten des antifaschistischen Widerstandes. Entgegen häufig anzutreffender Behauptungen war die DDR-Faschismusforschung in sich differenziert und keineswegs reduziert auf den ihr unterstellten Reduktionismus auf ökonomische Grundlagen des Faschismus.

Forschen und Lehren – sie unterlagen zudem überall jenen Systemauseinandersetzungen während des Kalten Krieges, der rasch dem 8. Mai des Jahres 1945 folgte, sich in deutsch-deutscher Zweistaatlichkeit verschärfte und – wenngleich in neuen Formen – auch nach 1989/90 seine Fortsetzung fand. Wie notwendig tiefgründige, umfassende und überzeugende Forschungen zu Faschismus und weltweitem Kriegsgeschehen sind, sieht sich erneut in erschreckender Gegenwart gefordert.

---

1 Siehe u. a. Das lange 19. Jahrhundert. Personen – Ereignisse – Ideen – Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag. 2 Halbbände. Hrsg. von Wolfgang Küttler (1999); Walter Markov. Ein DDR-Historiker zwischen Parteidoktrin und Profession. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (2003); In memoriam Manfred Kossok. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (2000); Sozialistischer Weltbürger und Enzyklopädist. Mosaiksteine zu Jürgen Kuczynski. Hrsg. von Wolfgang Girnus (2007); Georg Fülberth: Ein Jahrhundertleben. Zum 25. Todestag von Jürgen Kuczynski. In: junge Welt vom 05.08.2022, S. 12.

2 Werner Röhr: Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR. Band 1. Analyse einer Zerstörung, Berlin 2011. Band 2. Analyse ausgewählter Forschungen. Übersichten – Register, Berlin 2012; Ders. Faschismusforschung im Spiegel der Kritik, Berlin 2014.

3 Kurt Pätzold: Faschismus-Diagnosen, Berlin 2015, hier S. 22.

4 Siehe http://www.max-stirner-archiv-leipzig.de/philodophie.html#bulletin

Leben und Wirken der hier in einer besonderen Art und Weise porträtierten Gelehrten war seit 1989/90 geprägt von einer Zäsur, die gemeinhin als „Wende“ und „deutsche Wiedervereinigung“ bezeichnet wird. Von erheblichen Folgen für sie ist zu berichten: Von Verdrängung aus akademischen und universitären Strukturen, von Arbeitslosigkeit und weitgehendem Ausschluss aus dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb sowie von einer – allgemeinen Grundprinzipien von Wissenschaft widersprechenden – fast vollständigen Nichtbeachtung in neuerer historischer Literatur zur Geschichte von Weimarer Republik, Drittem Reich und Zweitem Weltkrieg.

Mit den hier vorgestellten Texten – Anzeigen, Erinnerungen, Nachrufe, Trauerreden und Würdigungen unterschiedlichster Art – werden verstummende und überhörte Stimmen zum Reden gebracht. Sie widerspiegeln neben herausragend Geleistetem zugleich viel Persönliches. Individuelle Charakteristika scheinen auf, eingebettet in zeitgemäßes Denken und zeitbedingtes Handeln. So kann eine weitere Grundlage geboten werden für weiteres historiografisches und biografisches Arbeiten, für eine sinnvoll-erklärende (also nicht allein verdammende) Sicht auf gesellschaftliche Lebensbedingungen und Arbeitsmöglichkeiten. Oft lassen die Texte auch ein wirksames Miteinander erkennen, zudem eine weitgehend übereinstimmende und keineswegs diktierte Weltanschauung sowie eine dem Fortschreiten der Gesellschaft hin zu sozialer Gerechtigkeit und friedlichen Verhältnissen gewidmete Gesinnung.

Verfasst wurden die hier veröffentlichten 59 Texte zu 26 Personen von Historikern, Journalisten, Freunden und Mitstreitern, die den Verstorbenen nahestanden, sei es in freundschaftlicher Verbundenheit oder auch in gemeinschaftlichem Zusammenwirken, zudem auch über kontroverse Auffassungen hinweg. Fehleinschätzungen, Schwächen und Probleme wurden nicht umgangen, auch wenn sie mitunter eher, jedoch unverkennbar zwischen den Zeilen zu lesen sind. Verlangt sieht sich ein der Wahrheit entsprechendes Urteil, eine gerechte Einschätzung statt pauschaler Verurteilung und missachtendem Verschweigen.

Als Quellen konnten einige wissenschaftliche Zeitschriften, Tageszeitungen, Archivalien und persönliche Unterlagen der Hinterbliebenen erschlossen werden. Die hier versammelten Texte tragen wiederum selbst den Charakter von Quellen für weitere Untersuchungen zur Geschichte der DDR. In ihnen lassen sich sowohl Ergebnisse als auch Bedingungen des Forschens, vor allem aber die Lebenswirklichkeiten der Forscher erkennen. Festzustellen war nicht zuletzt auch eine erstaunliche, heute kaum noch vorstellbare Tatsache: Die meisten Texte sind von Männern verfasst worden – und merkwürdig zudem: Erinnert werden konnte lediglich an wenige Faschismus- und Weltkriegsforscherinnen.

Das Projekt „Wider das Vergessen“ ist gewiss unvollständig. Nicht alles, was darüber hinaus noch über die verstorbenen DDR-Faschismus- und Weltkriegsforscher geschrieben worden ist, konnte ermittelt werden. Das mag zu einigen Fehlstellen sowie zu Unausgeglichenheit geführt haben, doch selbst darin spiegeln sich sowohl unterschiedliche Aktivitäten als auch vielfältiges gesellschaftliches Reagieren.

Was hier vorliegt, ist gedacht als eine bislang fehlende Informationsquelle für einen künftigen Umgang mit der DDR-Geschichtswissenschaft und ihren Persönlichkeiten. Sie kann als ein zu Nachdenklichkeit anregendes, vielleicht auch zwingendes Hilfsmittel genutzt werden. Das Projekt „Wider das Vergessen“ beruht auf Anregungen, die bereits vor langer Zeit von Prof. Dr. Walter Schmidt ausgingen. Ihm als Nestor der DDR-Geschichtswissenschaft sei herzlich gedankt, ebenso Kurt W. Fleming, ohne dessen digitales Können nichts zu verwirklichen gewesen wäre. Der Dank gebührt schließlich auch jenen, die uns ergebnisreich in ihren persönlichen Unterlagen kramen ließen. Vielleicht lässt sich zu dem der erreichte Stand unseres Suchens und Findens auch Neues, Ergänzendes und Weiterführendes entdecken.

Erika Schwarz und Manfred Weißbecker
Rehfelde und Jena, Dezember 2025

Faschismus erlebt und allen Drohungen widerstanden – Walter Bartel

(15.09.1904 in Fürstenberg/Havel – 16.01.1992 in Berlin)

Andreas Herbst: Vom Leben gebeutelt, doch lebenslustig. Gedenkkolloquium für Walter Bartel, Antifaschist und Historiker. In „Neues Deutschland“ vom 21.09.2004.

Wer ihn kannte – und er war vielbekannt in der DDR wie auch im Ausland –, wird sich seiner als einen quicklebendigen, lebenslustigen Menschen erinnern. Und dies, obwohl ihm das Leben oft übel mitgespielt hat. Anlässlich des 100. Geburtstages des Historikers und antifaschistischen Widerstandskämpfers Prof. Dr. Walter Bartel trafen sich am vergangenen Freitag Weggefährten, Dozenten und Studenten zu einer Konferenz in Berlin. Geladen hatten der Verein Helle Panke und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg. Siegfried Prokop und Kurt Metschies skizzierten Leben und Werk. Benno Biebel, Jahrgang 1911 und Bartels Kamerad im KZ Buchenwald, berichtete über eine kurz vor der Selbstbefreiung Anfang April 1945 durchgeführte risikoreiche Aktion zur Rettung von Häftlingen vor den Erschießungskommandos der SS. Weitere Referenten würdigten Bartels Beitrag zur Zeitgeschichtsforschung. Der 1904 geborene gelernte Kaufmann Walter Bartel war zunächst Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend, wechselte aber alsbald zum KJVD und zur KPD über. Von 1929 bis 1932 Kursant an der Internationalen Lenin-Schule in Moskau, nahm er 1933 den Kampf gegen das NS-Regime in der Illegalität auf. Bereits im Juni 1933 in Berlin durch Verrat verhaftet, wurde er zu über zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Brandenburg verbüßte. Wie viele andere Häftlinge vor die Wahl gestellt, entweder einen so genannten Revers zu unterschreiben, in dem er sich von jedweder künftigen politischen Arbeit distanzierte, und damit die Chance zu erhalten, freigelassen zu werden oder weitere Haft auf sich zu nehmen, entschloss sich Bartel für ersteres. Was ihm jedoch die Genossen nachtrugen. 1936 nach Prag emigriert, schloss man ihn dort „wegen Feigheit“ aus der KPD aus. Ein Tiefschlag für den überzeugten Kommunisten, der sogleich nach der deutsch-faschistischen Besetzung der Tschechoslowakei 1939 erneut verhaftet und diesmal in das KZ Buchenwald deportiert wurde, wo er 1943 Leiter des illegalen Internationalen Lagerkomitees wurde. Mitte Juni 1945 nach Berlin zurückgekehrt, erhielt er zwar nach einem Überprüfungsverfahren die volle Mitgliedschaft in der KPD zugestanden. Und Bartel avancierte gar (wider den Willen von Walter Ulbricht) zum persönlichen Referenten und Berater von Wilhelm Pieck. Doch blieb er immer wieder neuen Verdächtigungen und inquisitorischen Untersuchungen seitens der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) ausgesetzt. Ende Juli 1953 wurde er im Zusammenhang mit der berüchtigten Noel-Field-Affäre – gemeinsam mit Franz Dahlem – aus dem Parteiapparat entlassen. Eine Meldung der westlichen Presse war in jenen Tagen mit der Schlagzeile getitelt: „Piecks Kanzleichef in den Westen geflohen“. Diese, so wusste Prokop zur Überraschung vieler Teilnehmer zu berichten, sei so falsch nicht gewesen. In der Tat habe sich Bartel damals einige Wochen bei Familienangehörigen in West-Berlin versteckt gehalten, drohte doch auch ihm eine Verhaftung. Mit der kurzen „Tauwetter“-Periode begann ein neuer Lebensabschnitt für Bartel. Mit über 50 Jahren promovierte er sich noch bei Ernst Engelberg an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Von 1957 bis 1962 Direktor des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte in Ost-Berlin (DIZ), kam er jedoch erneut in Konflikt mit Ulbricht. Vertrat er doch Ansichten, die sich nicht an die engen Vorgaben der offiziellen Parteigeschichtsschreibung hielten. Die letzten Lebensjahre wirkte Bartel als Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin. Er engagierte sich besonders stark bei der Erforschung des Widerstandes der Häftlinge des KZ Buchenwald-Dora. Zudem war er Präsidiumsmitglied des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR und lange Jahre Vizepräsident des Internationalen Buchenwaldkomitees. Er starb 1992.

*

Götz Dieckmann: „Mein Vorbild“ in Zeitgeschichtsforschung in der DDR. Walter Bartel (1904 – 1992). Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Bartel. Hrsg. von Siegfried Prokop und Siegfried Schwarz, Potsdam 2005, S. 162 – 171.

Als Schüler Walter Bartels und Mitglied der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora will ich berichten.

Seneca hat in seinem Brevier „Mächtiger als das Schicksal“ eine goldene Lebensregel formuliert: „Wir sollten uns einen sittlich hochstehenden Menschen ausersehen und immer vor Augen haben. Dann werden wir so leben, als sähe er uns zu, und so handeln, als geschähe alles vor seinen Augen.“

Ich bemühe mich, in dieser bleiernen Zeit seinem Rat zu folgen. Immer dann, wenn eine wichtige Entscheidung ansteht, erörtere ich das Problem mit meinen Vorbildern. Natürlich setzt das Aufrichtigkeit und Selbstkritik voraus. Man muss sie und sich selbst gut kennen. Da die Bezugspersonen nicht mehr unter uns sind, gilt es bei der Schilderung der heutigen Umstände und der Richtung, die man einzuschlagen gedenkt, ihre Nachfragen und kritischen Einwände selbst zu formulieren.

Es sind vor allem drei meiner Lehrer und Genossen, die ich zu Rate ziehe: Walter Bartel, Friedrich Karl Kaul und Alfred Drögemüller. Worin sie mir nach gründlicher virtueller Debatte zustimmen, das mache ich. Das, von dem ich merke, sie sind nicht einverstanden, unterlasse ich, auch wenn dafür ein unangenehmer Preis zu zahlen ist. Unter dem Strich habe ich mit dieser Methode gute Erfahrungen gemacht und kann sie weiter empfehlen.

Hier geht es um Walter Bartel. Doch auch zu den beiden anderen Genannten seien einige Sätze gesagt. Alle drei haben ihre Überzeugung unter Haftbedingungen geprüft und für richtig befunden, Bartel in Buchenwald, Kaul im KZ Lichtenburg als Kapo der Fäkalienkolonne und in Dachau. Alfred Drögemüller, dessen die Faschisten im dänischen Exil auch in der Okkupationszeit nicht habhaft werden konnten, war dort Leiter der illegalen KPD-Organisation und der Bewegung „Freies Deutschland“. Er war in der DDR mehrere Jahre unter falschen Anschuldigungen in der Kampagne des Misstrauens gegen „Westemigranten“ inhaftiert. Als er mir seinen Lebenslauf anvertraute, haben wir ziemlich viel getrunken; er wegen der Erinnerung und ich, weil ich verstand, dass es noch schwerer ist, Unrecht von den eigenen Genossen zu erfahren, als vom Feind.

Alle drei waren in jungen Jahren Kommunisten geworden und sie blieben es, ohne zu schwanken, bis zum Tod. Vor allem diesen drei Genossen, deren Vertrauen und freundschaftliche Zuwendung zu den Schätzen meines Lebens gehört, verdanke ich Maximen – und nicht nur politische.

Sie waren es, die mir die deutschen Linken, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, lebendig vor Augen geführt und den Verrat der Ebert, Noske und Scheidemann gegeißelt haben. Sie haben mir erklärt, warum die Nicht-Vollendung der Novemberrevolution so tragisch und folgenschwer war, nicht nur für Deutschland, sondern für Europa und die ganze Welt. Sie haben mir beigebracht, ehrliche Gegner zu respektieren, schwankende Gestalten zu verachten und Verräter zu verabscheuen. Sie haben mir vermittelt, dass man natürlich bei der moralischen Beurteilung von Personen einen Unterschied machen muss zwischen Verrat aus Schwäche und Verrat aus Berechnung. Zugleich aber haben sie betont, dass es politisch, das heißt, wenn es um das Schicksal von Millionen geht, einen solchen Unterschied nicht gibt, weil letztlich nur die Folgen zählen.

Ihnen verdanke ich also die Erkenntnis, dass Deutschland einen außerordentlich wichtigen Platz im Kampf um die Zukunft der Menschheit einnimmt, weil hier die Entscheidung über das europäische Festland fällt. Erst später habe ich gelesen, dass dies ebenso der Einschätzung Lenins und der Bolschewiki entsprach, als sie im Oktober 1917 die Welt zu verändern begannen. Der Russe müsse beginnen, der Deutsche vollenden – so gingen sie ans Werk. An diesem Maßstab sind die Verantwortung der deutschen Arbeiterbewegung, ihre internationalistische Reife und ihre Führungsfähigkeit zu messen. Kurz: Hier haben wir es mit der nicht immer leicht zu fassenden Einheit von Nationalem und Internationalem zu tun.

Alle drei waren folgerichtig Internationalisten und Patrioten, zutiefst davon überzeugt, dass das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung wesentlich davon bestimmt werde, in der Vertretung der Nation – und zwar der ganzen – gegenüber dem Kapital nicht ins Hintertreffen zu geraten. Deshalb hatten sie ihre Zweifel, ob es richtig sei, eine sozialistische Nation der DDR programmatisch zu postulieren, obwohl sie sich der Gründe für eine solche Entscheidung sehr wohl bewusst waren. Sie spürten, dass wir Gefahr liefen, in den Strudel der Defensive zu geraten. Ich habe ihre Befürchtungen damals, in den siebziger Jahren, für übertrieben gehalten. Ich hatte Unrecht.

Gewachsen war ihre Erkenntnis auf unterschiedlichen Wegen. Kaul, aus großbürgerlichem Elternhaus und national-konservativ aufgezogen, hatte Reichswehroffizier werden wollen. Als man ihn das – offenkundig wegen seiner jüdischen Herkunft – nicht werden ließ, studierte er Jura, immer noch konservativ eingestimmt, mit von Mensuren zerhacktem Gesicht. Aber im Verlauf eines Prozesses um den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Jahre 1928, in dem er als Referendar bei der Staatsanwaltschaft tätig war, packte ihn blankes Entsetzen wegen der unverhüllten rechten Parteilichkeit der Justiz in der Weimarer Republik. Er wurde, zunächst illegal, Mitglied der KPD. Das Motiv, lebenslang unerschütterlich zu dieser Entscheidung zu stehen, war in der Tat seine beeindruckende Beziehung zum Vaterland und sein Hass auf jene, mit dem Faschismus so unsagbare Schande über sein geliebtes Deutschland gebracht haben. Ja, er hat die Hauptschuldigen wirklich geradezu physisch gehasst, denn er wusste durch Herkunft und Erziehung noch besser als die meisten seiner Genossen, wie Großkapitalisten und deren politische Exponenten denken, wozu sie ohne große Umstände fähig sind und welche Verachtung sie den arbeitenden Menschen gegenüber in sich tragen.

Denjenigen, die sich heute über mangelnde Gerechtigkeit im „Rechtsstaat“ beklagen, würde er mit seinem sarkastischen Lachen entgegenhalten: „Was habt ihr eigenartigen Helden denn gedacht? Habt ihr einen ‚Linksstaat‘ erwartet? Begreift ihr nicht, dass wir, trotz aller unserer Fehler und Schwächen, sogar trotz des schließlichen Scheiterns, den sorgsam gehüteten Mythos ihrer Unentbehrlichkeit zerstört haben – und dies in Deutschland, wo es immer ums Ganze geht. Das werden sie niemals verzeihen!“

Es ist nicht so, dass Friedrich Karl Kaul seine Warnungen nicht deutlich gegenüber der Partei formuliert hätte. Allen Delegierten und Gästen des X. Parteitages der SED ließ er eine – auf eigene Kosten im Akademie-Verlag gedruckte – Schrift über „Imperialistische Gesinnungsverfolgung und Gesinnungsbegünstigung, dargestellt an der Spruchpraxis des Reichsgerichts zur Zeit der Weimarer Republik“ übergeben. Diesem Buch vorangestellt ist die schwerlich falsch zu deutende Widmung „... überreicht als Beitrag für die ideologische Klassenauseinandersetzung in der Periode der Politik der friedlichen Koexistenz, von Friedrich Karl Kaul“. Die Betonung lag auf dem Wort „Periode“ zu einer Zeit, als viele glaubten, der „Kalte Krieg“ sei nun endlich vorbei.

Das war 1981. Noch auf dem Parteitag wurde mitgeteilt, Genosse Kaul sei verstorben. Wir hielten sein politisches Vermächtnis in den Händen. Wir hätten genauer auf seine Mahnung hören sollen.

Und auch von Alfred Drögemüller muss ich in Betreff Nationales und Internationales erwähnen, dass er in einer scharfen kritischen Debatte, in der viel Richtiges, manches Bedenkenswerte, aber auch einiger Unsinn in seine Richtung geäußert worden war, mit großer Ruhe sagte: „Ich stamme aus einer Hamburger SPD-Familie. Als Gymnasiast bin ich wegen Fritz Tarnows schändlicher Aussage, die SPD müsse Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein, Mitglied der KPD geworden. Ich bedarf keiner Aufklärung über die Rolle rechter Führer der SPD. Aber eines ist richtig, ich habe stets gegen den Sozialreformismus, aber immer um Sozialdemokraten gekämpft. Anders kann der Sieg – zumal in Deutschland – nicht errungen und gesichert werden.“ Auch darüber hätten wir vielleicht noch gründlicher nachdenken sollen.

Bis jetzt habe ich immer von dreien gesprochen, nun aber wird die Rede ausschließlich von Walter Bartel sein. Er hat mit mir oft und ausführlich über Gott und die Welt gesprochen – und das in der Worte buchstäblicher Bedeutung. Immer ging es um die Höhen und Tiefen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, um den Faschismus und den Kampf im KZ Buchenwald. Vor allem drei

lange Gespräche werden mir unvergessen bleiben, denn sie haben die Richtung meines Lebens maßgeblich bestimmt.

Um mit der Religion zu beginnen, der wir ja beide keineswegs anhingen: Walter war von 1937 bis zum Sommer 1939 noch nicht im Lager Buchenwald, aber die Kameraden sprachen noch Jahre später davon, wie sie, auf dem Appellplatz angetreten, erlebten, dass Pfarrer Paul Schneider aus dem Bunker heraus wiederholt versuchte, an christlichen Festtagen zu predigen: „So spricht der Herr: Ich bin die Auferstehung und das Leben!“ Weiter kam er nicht. Man hörte, wie er sofort zusammengeschlagen wurde. Die angetretenen Häftlinge, damals meist Kommunisten, waren tief beeindruckt von diesem Mann, der seine Kraft zum Antifaschismus aus dem Glauben schöpfte und standhaft in den Tod ging. Walter hat mir auch den Mut vieler Zeugen Jehovas im Lager beschrieben. Beides hat mich vor oberflächlichen Urteilen über religiös gebundene Menschen bewahrt.

Und weiter: Im Herbstsemester 1963, ich war damals Hilfsassistent bei Walter Bartel, aber noch unentschieden, ob ich nicht Althistoriker bei Liselotte Welskopf-Henrich werden sollte, hatte ich bei ihm zu Hause eine Literaturanalyse abzuliefern. Ich wollte mich schon verabschieden, als er mich aufforderte, dazubleiben, denn er habe etwas Wichtiges mit mir zu besprechen. Er nahm die Buchenwald-Dokumentation zur Hand, schilderte, wie sie mit Unterstützung seiner Studenten in Leipzig entstanden war, und sagte: „Wir müssen etwas Ähnliches über das KZ Dora-Mittelbau schaffen, in dem die V-Waffen produziert wurden und wo unter der Leitung von Albert Kuntz, den die Nazis Anfang 1945 erschlagen haben, der internationale Widerstand organisiert worden ist. Es ist unsere Pflicht, Albert und seine Mitkämpfer wissenschaftlich fundiert zu würdigen. Traust Du Dir zu, einige Kommilitonen dafür zu gewinnen? Ihr müsstet eine studentische Forschungsgemeinschaft bilden. Ich würde sie betreuen, aber es ist wichtig, dass sie selbständig ist und sich ein eigenes Statut gibt, sonst wird aus der Sache nichts“. Ich sagte Ja.

Noch heute verpflichtet mich sein Auftrag. Ich arbeite gegenwärtig, gemeinsam mit anderen, an der Herausgabe des kompletten Schriftsatzes der Briefe von Albert Kuntz aus der Haft von 1933 bis 1944. Mir ist erst Zug um Zug klar geworden, dass es Walter auch darum ging, Kuntz zu ehren, weil er ihm persönlich viel zu verdanken hatte. Denn als Walter Bartel in Buchenwald eingekerkert wurde, war er zuvor aus der KPD ausgeschlossen worden. Er hatte – wie andere auch – unter dem Verdacht gestanden, von der Gestapo „umgedreht“ worden zu sein. Es gab die vage Vermutung, er könne nun beauftragt sein, die KPD-Organisation in der Tschechoslowakei zu unterwandern.

Doch Albert Kuntz, der gemeinsam mit Walter Stoecker und Theo Neubauer an der Spitze der KPD-Parteiorganisation in der Lichtenburg und dann in Buchenwald stand, kannte Walter Bartel aus der Arbeit im ZK und aus dem gemeinsamen Studium an der Internationalen Lenin-Schule der Komintern in Moskau. Da gibt es ein Foto, das sie beide unter Tage bei der Arbeit während eines Praktikums im Donbass zeigt. Die profunde Menschenkenntnis, die Albert Kuntz auszeichnete, veranlasste ihn, sich nach der unter den härtesten Bedingungen der Illegalität im KZ notwendigen Prüfung über den Parteiausschluss Bartels hinwegzusetzen, ihn zur engsten Mitarbeit heranzuziehen und ihn schließlich – Stoecker war an Typhus gestorben und Theo Neubauer aus Buchenwald entlassen – als Leiter der Buchenwalder Parteiorganisation vorzuschlagen.

Man muss sich in die Dramatik dieser Entwicklung hineinversetzen. Ein formell Ausgestoßener wurde zum Haupt der kommunistischen Organisation, die es vermochte, Buchenwald in ein „rotes Lager“ zu verwandeln und während des Krieges Zug um Zug dort eine kleine Internationale mit einer Militärorganisation aufzubauen, die schließlich beim Vormarsch der amerikanischen Truppen in Thüringen das KZ mit 21.000 Häftlingen befreite, 200 SS-Leute gefangen nahm, Lynchjustiz verhinderte und – unter Waffen – den US-Streitkräften nach zwei Tagen das Lager übergab.

Man kann schon nachvollziehen, dass das den Amerikanern nicht geheuer war, insbesondere nicht, weil in dem Lager die Deutschen unter den Häftlingen nur noch eine Minderheit waren und nun alle Befreiten erklärten, ausgerechnet ein Deutscher, eben Walter Bartel, leite ihr Internationales Lagerkomitee und genieße ihr volles Vertrauen. Sie haben ihn unter den Augen eines amerikanischen Majors durch Abstimmung als ihren Repräsentanten bestätigt. Dabei muss betont werden, dass es sich

bei den befreiten Häftlingen ja durchaus nicht nur um Kommunisten handelte, sondern um Menschen unterschiedlichster Herkunft und politischer Bindung, um gaullistische Widerständler ebenso wie um italienische Kriegsgefangene usw.

Es grenzte schon an ein Wunder. So etwas wie in Buchenwald haben Deutsche in diesem schrecklichen Krieg nirgendwo sonst in gleicher Weise fertiggebracht. Walter Bartel, Ernst Busse, Hans Eiden, Harry Kuhn und ihren Genossen sind wir für immer zu Dank verpflichtet. Ihretwegen – und damit schmälern wir keineswegs das Verdienst anderer tapferer Männer und Frauen des Widerstands – können wir heute erhobenen Hauptes unter den Völkern dieser Welt auftreten, eingedenk natürlich unserer besonderen deutschen Verpflichtung, mit aller Kraft dafür zu streiten, dass Nazismus, Rassenhass und Geringschätzung anderer Nationen nie wieder eine Chance haben dürfen. Wie wir wissen, ist das eine aktuelle Aufgabe. Der Schwur von Buchenwald, der aus Walter Bartels Feder stammt und der uns leitet, ist noch nicht erfüllt.

Lassen Sie es mich mit den Worten von Rudi Supek verdeutlichen, dem Sekretär des jugoslawischen Komitees in Buchenwald, also dem Vertreter eines Volkes, das nach den Polen die schwersten Opfer zu beklagen hatte. Er sagte bei seinem Abschied 1945:

„Als wir in Buchenwald eingeliefert wurden, standen wir unter dem Eindruck der in den Gestapogefängnissen erlebten Misshandlungen und Folterungen, unter dem Eindruck unserer zerstörten Städte und verbrannten Dörfer, unter dem Eindruck unserer geschändeten Frauen, unserer ermordeten Kameraden, Väter und Kinder. Wir hatten vor unseren Augen das lebendige Bild unerbittlichen Kampfes unseres Volkes gegen den verhassten faschistischen Eroberer. Ja, wir standen auch unter dem Eindruck jenes blinden Gehorsams des deutschen Volkes, denn Nazisten und so mancher von uns glaubte schon, dass es dem Hitlerismus gelungen sei, alle positiven, fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes zu vernichten. Buchenwald war für uns eine Überraschung. Da lernten wir die bewussten Antifaschisten kennen; wir lernten kennen die Besten und die Kampferprobtesten – die deutschen Kommunisten. Sie ließen sich nie von SS-Taktik verführen, um die Einheit der deutschen Genossen mit den ausländischen mittels verschiedener Versprechungen, Privilegien und mittels verschiedener Theorien über höhere und niedrigere Völker und Rassen zu stören.

Die internationale Solidarität war ihnen wichtiger als die persönliche Sicherheit.

Die deutschen Kommunisten im KZ Buchenwald erfüllten ihre Pflicht, und sie verpflichteten uns. Das Leben unserer besten Kameraden, der jugoslawischen Kämpfer, konnten wir durch Eure Hilfe retten! Wir danken Euch!“

Ich habe das Thema „Internationalismus und Patriotismus“ auch deshalb gewählt, weil es direkt heutige Auseinandersetzungen betrifft. Ich wohne in Belzig, im Südwesten des Landes Brandenburg. Wir haben es dort seit Jahren mit einer Gruppierung von Neonazis, einer gefährlichen ultrarechten Abspaltung von der NPD, zu tun, die unsere Stadt in eine „nationalbefreite Zone“ zu verwandeln trachtet. Dank eines breiten politischen Bündnisses ist es uns bisher gelungen, dem erfolgreich entgegenzutreten.

Zu den Partnern unseres Bündnisses gehört auch die „Jugend-Antifa Belzig“, eine Gruppe sehr engagierter junger Leute. Sie haben vor einiger Zeit eine gegen die Neonazis gerichtete Demonstration organisiert und dazu ihre Freunde aus Berlin und Potsdam eingeladen. Manchem der Anwesenden wird bekannt sein, dass es in der Antifa eine politische Spaltung gibt. Ein Teil geht angesichts des verständlichen und begründeten Entsetzens über den faschistischen Massenmord an den europäischen Juden davon aus, man müsse bedingungslos jede Maßnahme des Staates Israel verteidigen und ebenso die Bush-Administration, weil die USA der einzige Garant der Existenz Israels seien. Die Nation sei schlechthin zu negieren und das deutsche Volk als Gesamtheit, einschließlich der heutigen Generation, sei wegen seines „eliminatorischen Antisemitismus“ zu bestrafen.

Die Demonstranten traten in den Belziger Straßen – dieser Linie folgend – mit Losungen auf, wie: „Bomber-Harris und die Flut tuen allen Deutschen gut!“, „Bomber-Harris – do it again!“ oder „Polen muss bis Frankreich reichen!“

Diese „antideutschen“ Parolen sind offenkundig falsch und politisch gefährlich. Das bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen. Es ist ja auch nicht das erste Mal in der Geschichte, dass es „Linke“ von solcher Radikalität gibt, dass sie letztlich rechts durch die Wand kommen.

Die Sache ist aber schwierig, denn man muss natürlich in Rechnung stellen, dass ein Zug zur holzschnittartigen Vereinfachung und zum Radikalismus ein Vorrecht der Jugend ist. Als ich in diesem Alter war und mir der Abgrund der Naziverbrechen immer deutlicher wurde, war auch ich nicht frei von der Befürchtung, in ein Volk von Verbrechern hineingeboren zu sein. So etwas muss man ernst nehmen.

Von diesen quälenden Zweifeln noch rechtzeitig befreit worden zu sein, verdanke ich Walter Bartel. Deshalb will ich abschließend über ein langes nächtliches Gespräch in seiner Wohnung berichten. Wir haben uns damals den Zorn seiner Frau Hella zugezogen, denn Walter war schwer erkältet, aber er ließ nicht locker, als er merkte, dass es bei mir um Lebenswichtiges ging. Mit einer wahren Engelsgeduld angesichts meiner hartnäckigen Widerreden hat er erläutert, warum der Faschismus nicht – oder nur sehr bedingt – aus unserem Nationalcharakter erwächst.

Dazu hat er weit ausgeholt. Zunächst sprach er über Massenpsychologie anhand seiner eigenen Erlebnisse: Die KPD hatte ihn, kaum dass er sich ihr als blutjunger Mann angeschlossen hatte, 1923 nach München geschickt, wo sich der Hitler-Ludendorff-Putsch anbahnte. Er hatte den Auftrag, die Massenversammlungen der Nazis zu beobachten, und es war sogar überlegt worden, ob es nicht richtig sei, wenn er zum Zwecke der Aufklärung Mitglied der NSDAP würde. Dazu kam es nicht, denn er und weitere Genossen wurden noch vor dem Putschversuch enttarnt, verhaftet und in Landsberg eingesperrt, in der Festung, wo in der Folge Hitler und seine Kumpane einsitzen sollten.

Doch zuvor hatte er diszipliniert seinen Auftrag erfüllt und eifrig die Versammlungen besucht. Die propagandistische Begabung Hitlers und die verheerende Wirkung seiner sozialdemagogischen und nationalistischen Parolen hat er mir erläutert. Mit Schrecken erfuhr ich, dass Hitler in der damaligen angeheizten Situation binnen weniger Minuten ganze Säle für sich zu gewinnen und die Zuhörer zu begeistern vermochte. Ich widersprach, es könne doch nicht wahr sein, dass ein solcher Psychopath diese Wirkungen erziele. Doch, sagte Walter, es war so.

Keinem anderen hätte ich das abgenommen. Natürlich hatte ich schon zuvor gehört, bei Hitler-Kundgebungen etwa in Dessau Anfang der dreißiger Jahre seien vor allem Frauen bis zur Ohnmacht verzückt gewesen. Stets hatte ich derlei Berichte ins Reich der Schutzbehauptungen verwiesen, vorgebracht von Leuten, die etwas zu verbergen hätten und ihre eigene Schuld zu relativieren trachteten. Aber nun saß Walter Bartel vor mir als unverdächtiger Zeuge, der keineswegs darauf zielte, zu relativieren, sondern mir zu erklären, dass man kein guter Historiker sein kann ohne die Fähigkeit, sich in die jeweilige geschichtliche Periode, ihren Zeitgeist, zu versetzen, der neben den harten dokumentierten Fakten ebenfalls Geschichtsmächtigkeit besitzt.

Dann hat er natürlich Bezug genommen auf die marxistisch-leninistische Aufdeckung des Klassenwesens des Faschismus, allerdings nicht, ohne darauf zu verweisen, dass es hier Unterschiede zwischen faschistischen Bewegungen vor der Macht und dem Faschismus an der Macht gibt, die man bei der klassenmäßigen Analyse genauestens zu beachten habe. Das Monopolkapital brauche solche „Retter“ nicht immer, sondern in Krisenzeiten, um das Volk zu spalten und so zu verhindern, dass Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung Hegemon des gesellschaftlichen Geschehens werden.

Ich wandte ein, in Ländern wie Frankreich mit seiner langen bürgerlich-demokratischen Tradition sei es doch wohl ausgeschlossen, dass Faschismus und namentlich der Rassismus so verhängnisvoll wirken könnten. Darauf Walter: Ich solle doch einmal das Wüten der Fallschirmjäger des Colonels Massu im Algerienkrieg ins Auge fassen. Ob ich denn meinte, das seien keine Faschisten?

Und so ging es Stunde um Stunde. Als ich spät in der Nacht schließlich aufbrach, bin ich noch lange am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park auf und ab gegangen, in dem Bewusstsein, Sternstunden erlebt zu haben.

Ich habe dann – immer dieses Gespräch im Hinterkopf – in der Folge beispielsweise bei Helmut Stoecker, dem Sohn Walter Stoeckers, im Oberseminar zur Geschichte der Neuzeit als Referatsthema eine vergleichende Analyse des Antisemitismus in Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland zwischen 1870 und 1914 gewählt. Es ging mir darum, in Abhängigkeit vom Grad der Vollendung bzw. Nichtvollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution das Wesen des modernen, sozialdarwinistisch strukturierten Antisemitismus zu erkennen und seine gesellschaftlichen Wirkungen in der gerade anbrechenden Epoche des Imperialismus zu erfassen. Ich weiß seitdem genug über den Grafen Gobineau, die Hintergründe der Dreyfus-Affäre, über die viehischen, vom Zarismus gesteuerten Pogrome in Galizien und dem ganzen „Ansiedlungsrayon", über Houston Stewart Chamberlains „Grundlagen des 19. Jahrhunderts", die österreichischen und deutschen Antisemiten, ihre Auftraggeber und Finanziers. Später habe ich mich mit dem mittelalterlichen Antijudaismus, mit ecclesia und Synagoge beschäftigt und weiß deshalb, dass man die schwer zu ertragenden antijüdischen Ausfälle Martin Luthers nicht mit dem Rassismus gleichsetzen darf und er eben nicht ein geistiger Wegbereiter der Nazis war, obwohl diese das behaupteten.

Vor allem aber weiß ich – um in diesem Zusammenhang zu verweilen – was die Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen jüdisch-stämmigen Vorkämpfern und Vordenkern zu verdanken hat. So bin ich bei Debatten um diese zu Recht gefühlsbeladenen Themen ziemlich sicher, in keiner Richtung auf Abwege zu geraten.

Es geht eben nichts über die Wissenschaft. Aber was vermag sie, namentlich, so es um die Gesellschaft und ihre geschichtliche Entwicklung geht, wenn man nicht des Glücks teilhaftig wird, gute Lehrer zu haben. Walter Bartel war einer der besten.

* * *

Mit unerschütterlichem Optimismus – Günter Benser

(27.01.1931 in Heidenau/Sachsen – 27.03.2025 in Berlin)

Nachruf auf Günter Benser (1931 – 2025) von Siegfried Prokop in „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung", H. 2/2025, S. 145 – 149.

Der marxistische Historiker Günter Benser verstarb am 27. März 2025 im Alter von 94 Jahren. Bis in die letzten Tage seines Lebens unterstütze er den Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung als Berater.

Benser wurde am 27. Januar 1931 in Heidenau (Sachsen) in einer Arbeiterfamilie geboren. Von 1937 bis 1946 besuchte er die Volks- und die Mittelschule in Heidenau. Von 1946 bis 1949 absolvierte Benser eine Ausbildung zum Industriekaufmann im benachbarten Elbtalwerk. Danach besuchte er die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in Dresden und legte dort sein Abitur ab. Nach seinem Geschichtsstudium an der Karl-Marx-Universität Leipzig war er ab Mitte der 50er Jahre am Institut für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der SED als Historiker beschäftigt, wo er im Laufe der Jahre stellvertretender Abteilungsleiter, Mitglied des Rates für Geschichtswissenschaft und des Nationalkomitees der Historiker der DDR wurde. Er gehörte der Redaktion der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" an.

Nach der finalen Krise der DDR 1989/90, die ja auch eine durch die Geschichtswissenschaft mitverschuldete Krise war, fragte sich Benser, ob er überhaupt berechtigt sei, seine Tätigkeit als Historiker fortzusetzen. Nach reiflicher Überlegung kam er zu einer eingeschränkt positiven Antwort. Nachdem er sich mehrfach mündlich und schriftlich zu seiner Mitverantwortung kritisch geäußert habe, lehne er es künftighin ab, jede Wortmeldung zur Sache mit einer Entschuldigung zu beginnen. Mit diesem Verhalten in einem grundstürzenden Umbruch hat der Jubilar eine seiner größten Stärken demonstriert. Diese Stärken treten umso deutlicher hervor, wenn man sich die von Henryk Skrypczak beschriebenen in und nach der Wende allseits zu beobachtenden anderen Verhaltensmuster vergegenwärtigt:

„das jähe Verstummen, der Absturz in die Resignation; die Weigerung, auch nur die mindeste Einsicht zu zeigen, das starre Festhalten an innerlich längst hohl gewordenen Strukturen;

und umgekehrt der eilfertige Seitenwechsel, die undifferenzierte Preisgabe des jüngst noch als richtig Erkannten."

Alle, die den Jubilar wie ich aus jahrzehntelanger Zusammenarbeit kennen, wissen, dass es kein Zufall war, dass Günter Benser diese beiden äußeren Pole reaktiven Verhaltens in und nach der Wende vermied. Die demokratische Volksbewegung im Herbst 1989 traf ihn nicht unvorbereitet. Schon lange hatte er sich mit den allseits sichtbaren Defiziten und Krisenerscheinungen im Lande auseinandergesetzt, und im Herbst 1989 zögerte er nicht, wie er es selbst einmal formulierte, „ein wenig in die Speichen des Rades der Politik mit einzugreifen".

Am 10. November 1989 ergriff er auf der Kundgebung im Berliner Lustgarten vor 150.000 Berlinern das Wort. Er forderte die Erneuerung der SED von unten und die Wahl eines neuen Zentralkomitees auf einem außerordentlichen Parteitag.

Am 4. Dezember 1989 konstituierte sich unter seinem Vorsitz ein Arbeitsausschuss am IML. Auf der Vollversammlung am 21. Dezember wurde Benser zum Direktor des Instituts gewählt, das sich jetzt zum Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung formierte.

Am 11. Dezember lieferte Benser 15 Seiten Zuarbeit zum Referat für den Sonderparteitag bei der Arbeitsgruppe des Arbeitsausschusses ab. Das von Michael Schumann am 16. Dezember 1989 vorgetragene Referat „Zur Krise der Gesellschaft und zur Verantwortung der SED" hatte auch wegen des definitiv vollzogenen Bruchs mit dem Stalinismus historische Bedeutung.

Im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung entstand eine „Arbeitsgruppe Opfer des Stalinismus“, die Betroffene zu Wort kommen ließ, Biografien von Opfern veröffentlichte und die durch Vorschläge für Rehabilitierungen einen Beitrag zur Wiedergutmachung leistete.

Bisher streng geheim gehaltene Dokumente, wie z. B. die Chruschtschow-Rede über den Personenkult Jossif Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956, wurden im Zusammenwirken mit dem Dietz Verlag veröffentlicht. Dem Institut war bis zu seinem Ende im März 1992 jedoch keine lange Wirkungsmöglichkeit beschieden; ein Teil der Arbeitskraft des Direktors wurde unter den gegebenen Bedingungen von dem Bemühen um eine möglichst humane Verabschiedung der großen Mehrheit der Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit absorbiert.

1990 war Benser Mitgründer und seither Mitglied der Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung der heutigen Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von 1992 bis 2011 war er Vorsitzender des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Herausgeber der halbjährlich erscheinenden „MITTEILUNGEN“.

Von 1993 bis 2021 war Benser Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. 2007 wurde er Mitglied der Leibniz-Sozietät.

Günter Benser gehörte zu den profilierten marxistischen Historikern dieses Landes mit einer reichen Ausbeute an Publikationen. Seine Bibliographie listet über 600 Titel auf, die sich in 19 thematische Bereiche untergliedern. Es sind dies nicht nur die großen Themen der National- und der Parteigeschichte, mit denen sich Benser befasste. Vor seinem Überwechseln in die Zeitgeschichte beschäftigte er sich vor allem mit der Herausbildung der deutschen Sozialdemokratie und mit den deutschen Linken. Benser untersuchte auch Fragen der Methodologie der Geschichtswissenschaft und der Geschichte des Archivwesens. Durch ihn wissen wir, wie es zur Bildung der SAPMO beim Bundesarchiv kam, und auch das kann hier gesagt werden, er selbst hatte einen großen persönlichen Anteil daran, dass das enorme Kulturgut, dass in den Mauern des IML schlummerte, die Gefährdungen und Turbulenzen der Wende unbeschadet überlebte und heute im Bundesarchiv der Forschung zur Verfügung steht.

Benser war sehr vielseitig in seinen Forschungen. Er hat sich auch solch „kleinem“ Thema wie der Geschichte eines Amateurtheaters in Heidenau nicht versagt.

Die Attraktivität seiner Forschungsergebnisse gründete Benser von Anfang auf der Tatsache, dass er akribisch in den Archiven arbeitete, was zu der Zeit, da er mit der Arbeit begann, keineswegs üblich war. Er wurde deshalb auch im internationalen Rahmen ein gefragter Mann. Vor 1989 war er Mitglied der Historikerkommission DDR–ČSSR (seit 1974). Benser nahm teil an den Internationalen Historikerkongressen in Moskau (1970), Bukarest (1980) und Stuttgart (1985). Vortragsreisen führten ihn in die ČSSR, nach Bulgarien, in die Mongolei, nach Finnland, Japan und Nicaragua. 1967 und 1985 nahm er erstmalig an den ITH-Tagungen in Linz teil, dem einzigen Ort in der Zeit des Kalten Krieges, an dem sich Historiker der Arbeiterbewegung aus Ost und West turnusgemäß trafen und diskutierten.

Im Jahre 2022 regte Benser in den „Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ eine Debatte über die DDR-Geschichte an, an der sich Historiker und Zeitzeugen beteiligten. Mit seinem „Versuch einer Bilanz“ wurde diese im Heft 4/2023 vorerst beendet. Abschließend konstatierte Benser: „So werden wir es weiterhin mit voneinander abweichenden Darstellungen und Interpretationen zu tun haben. Wie anregend dies sein kann, hat die in dieser Zeitschrift geführte Debatte erwiesen.“

*

Nachruf von Karlen Vesper in „Neues Deutschland“ vom 28.03.2025.

„Natürlich hatte ich mich gefragt“, erinnert sich Günter Benser an die dramatischen, stürmischen Wochen und Monate 1989/90, „ob es in dieser Krise der DDR, die ja zugleich eine von uns mitverschuldete Krise ihrer Geschichtswissenschaft darstellte, sinnvoll sei, ja, ob ich überhaupt berechtigt war, meine Tätigkeit als Historiker fortzusetzen. Doch dann sagte ich mir: Warum sollten diejenigen, die ihre Niederlage hinter sich haben, weniger zu kritischer Analyse fähig sein als diejenigen, die ihre

Niederlagen noch vor sich haben? Deshalb habe ich mich einige Male zu meiner Mitverantwortung geäußert, es dann aber abgelehnt, jede Wortmeldung zur Sache mit einer Entschuldigung zu beginnen."

In eben diesem Sinne hat sich Günter Benser mit berechtigtem Stolz und Selbstbewusstsein, mit seinem immensen historischen Wissen, profunder Urteilskraft und einem unerschütterlichen Optimismus eingebracht in den Versuch einer gesellschaftlichen Umgestaltung, die gekrönt werden sollte von einem besseren, freundlicheren, gerechteren sozialistischen Staat auf deutschem Boden als jenem, dem die Jugend in einem einzigartigen Massenexodus im Sommer '89 den Rücken kehrte und der Hunderttausende enttäuschte, aber noch nicht resignierende Bürgerinnen und Bürger im Herbst des Jahres auf die Straßen und Plätze der Städte und Gemeinden trieb, ihre Unmündigkeit und ihren Veränderungswillen bekundend.

Günter Benser, geboren 1931 in einer Arbeiterfamilie in Heidenau, einer Kleinstadt in der Sächsischen Schweiz, kam über die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät zum Studium der Geschichte in Leipzig. Und war zeitlebens dankbar für die Chance, die sich ihm mit der am 7. Oktober 1949 proklamierten, sich als Arbeiter-und-Bauern-Staat verstehenden Deutschen Demokratischen Republik bot. Seine ersten wissenschaftlichen Meriten erwarb er sich am Institut für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der SED, das nicht nur eine Propagandaeinrichtung war, wie im Nachhinein vielfach behauptet. Dort fand durchaus seriöse Forschung statt, auch wenn sich diese nicht vollumfänglich in den veröffentlichten Editionen niederschlug.

Günter Benser recherchierte und publizierte zur Geschichte der KPD und SED, war Mitherausgeber von Dokumentenbänden und Autor der populärwissenschaftlichen „Illustrierten Historischen Hefte", Mitglied des Rates für Geschichtswissenschaft und des Historikerverbands der DDR. Seine große Stunde schlug mit der „Wende". Von den Mitarbeitern wurde er fast einstimmig zum neuen Direktor des IML gewählt, das sich unter seiner Ägide in Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) umbenannte – bevor diesem zwei Jahre später von den neuen, gierig SED-Immobilien und -Geldern nachjagenden, die sogenannte Nachfolgepartei zerschlagen wollenden Herren im Lande der Garaus gemacht wurde.

*

Nachruf des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.

Am 27. März 2025 starb Prof. Dr. Benser im 95. Lebensjahr. Mit ihm verliert nicht nur der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung einen engagierten, erfahrenen, klugen und weitblickenden Historiker und Mitstreiter, aber auch einen liebenswerten Menschen. Noch in seinen letzten Lebenswochen unterstützte er den Förderkreis als Berater. Er wird uns fehlen und unersetzlich bleiben.

Günter Benser wurde am 12. Januar 1931 im sächsischen Heidenau geboren. Dem Arbeiterkind war eine wissenschaftliche Karriere nicht in die Wiege gelegt worden. Nach dem Besuch der Volks- und der Mittelschule in Heidenau 1937 – 1946 prägte die antifaschistisch-demokratische Umwälzung seinen Lebensweg. Von 1946 bis 1949 absolvierte Günter Benser eine Ausbildung zum Industriekaufmann im benachbarten Elbtalwerk. Von 1949 – 1951 besuchte er, vom Betrieb delegiert, die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in Dresden, dann in Leipzig, und legte dort sein Abitur ab. Von 1951 bis 1955 studierte er Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig und bestand das Staatsexamen als Diplomhistoriker. So war der Weg eines jungen marxistischen Historikers beschritten, und zwar mit Wegmarken, die nur ein sozialistisches Umfeld setzen konnte. Nach dem Studium war er seit 1955 am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) tätig. Von 1956 bis 1959 wirkte er als Leiter des Sektors Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1917. In diese Zeit fielen die Redaktionsleitung des jeweils 1. Bandes der Reihen II und III der „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" sowie die Editionen des Hochverratsprozesses gegen Karl Liebknecht und der Spartakusbriefe. Von 1959 bis 1969 leitete er den Sektor Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1945 bis zur Gegenwart. Insbesondere die

Geschichte der Antifa-Ausschüsse unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ließ ihn nicht los.

Im Jahr 1969 wurde Günter Benser zum Ordentlichen Professor für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung berufen und zum stellv. Leiter der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit 1945 ernannt. Ebenso wurde er 1969 Mitglied des Rates für Geschichtswissenschaft der DDR und blieb es bis 1990. 1989 erschien Band 9 der unvollendet gebliebenen Reihe „Deutsche Geschichte in zwölf Bänden". Hierin verfasste er das 1. Kapitel und gehörte dem Autorenkollektiv an. Zwischen 1969 und 1989 widmete er sich vorrangig der Geschichte der SED, speziell ihrer Entstehung, sowie der Geschichte der DDR, besonders der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Dieses Arbeitsfeld überdauerte die Zäsur von 1989 – 1991, als das IML sich als „Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung" (IfGA) am 4. Januar 1990 neu gründete und mit Günter Benser als frei gewähltem Direktor die Arbeit wieder aufnahm, die jedoch am 31. März 1992 auf Geheiß der Treuhandanstalt zwangsbeendet wurde. Günter Benser hat den Überlebenskampf des IfGA in dem Buch „Aus per Treuhand-Bescheid" (2013) dokumentiert. Am 6. März 1991 gehörte er mit prominenten Kolleginnen und Kollegen aus Ost und West und Mitstreiterinnen und Mitstreitern des IfGA zur Gründungsversammlung des „Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung". Günter Benser war von 1992 – 2011 sein Vorsitzender und Herausgeber der halbjährlich erscheinenden „Mitteilungen". Nach 2011 blieb er dem Vorstand als Beisitzer und zuletzt als Berater erhalten.

Er war von Januar 1993 bis September 2021 stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und vertrat stets konsequent die Interessen der Einbringer und achtete darauf, dass die geltenden Verträge eingehalten wurden. Dass die SAPMO nach schwierigen Auseinandersetzungen nicht in einem Monstrum „Archivzentrum SED-Diktatur" untergehen würde, begrüßte er nachdrücklich. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Kuratorium begleitete er die Entwicklung der SAPMO und unterstützte die Arbeit der ihm Nachfolgenden mit Rat und Tat.

Günter Benser ist als Historiker in der DDR aufgewachsen und hat in ihrer Geschichtswissenschaft eine erkennbare Spur hinterlassen. Nach dem Ende der DDR hat er stets einen differenzierenden Blick auf ihre Geschichte und ihre Entwicklung besessen, aber auch den entsprechenden Umgang mit ihrem Erbe eingefordert. Pauschalen und populären Abwertungen trat er stets mit Fakten und Argumenten entgegen. Eines seiner bedeutendsten Bücher ist „DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht" aus dem Jahr 2000. Wir gedenken Prof. Günter Benser mit Respekt und Dankbarkeit.

* * *

Er war sich der geschichtlichen Potentiale bewusst – Werner Bramke

(08.07.1938 in Cottbus – 24.01.2011 in Leipzig)

Nachruf von Peter Porsch in „Neues Deutschland“ vom 05.02.2011.

Ein schmerzlicher Verlust an origineller linker Intellektualität und linker praktischer politischer Erfahrung ist hier anzuzeigen. Am 24. Januar ist Werner Bramke verstorben. Der 1938 in Cottbus geborene Historiker war von 1979 bis 1992 Professor für Neueste Geschichte und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und von 1992 bis 2003 Professor für Neue und Neueste Geschichte an der Leipziger Universität. Von 1987 bis 1990 war er Direktor der Sektion Geschichte. Kritische Bestandsaufnahme historischer Themen und kritischer Umgang mit aktuell politischen Vorgängen waren seine Stärke. Für Bramke war nach eigenem Bekunden eine Verbindung von Geschichte und Politik immer gegeben. Seine wichtigsten Themen waren der deutsche Militarismus, die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die Sozialgeschichte der deutschen Mittelschichten, die sächsische Industriegeschichte und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Als Mitglied des Sächsischen Landtages und dessen PDS-Fraktion (1994 – 2003) stellte er immer wieder den so genannten „antitotalitären Konsens“ auf den Prüfstand. Unter Berufung auf diesen wurden nach Ansicht des Wissenschaftlers unzulässige Gleichsetzungen zwischen der faschistischen Diktatur und der Herrschaft der SED gezogen, die z. T. fatale praktische politische Folgen sowohl für die Gedenkstättenpolitik als auch die Wissenschaftspolitik des Freistaates hatten.

Während seiner Mitgliedschaft im Sächsischen Landtag war Bramke Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft, Hochschulen, Kultur und Medien. Als hochschulpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion war er maßgeblich an der Konzeption linker Hochschulpolitik beteiligt. Er plädierte für die Einheit von Forschung und Lehre, für eine soziale Hochschule der Chancengleichheit, gleichberechtigte demokratische Mitbestimmung aller Gruppen an der Universität und gegen ein nur fachspezifisch verengtes Studium. Werner Bramke machte es niemandem leicht, sich nicht und seinen Partnern und Gegnern auch nicht. Deshalb war er so wichtig.

*

Peter Porsch: In memoriam Werner Bramke, Rede für die Gedenkveranstaltung der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag am 17.02.2011.

Heute vor 125 Jahren wurde Erich Zeigner geboren. Die sächsischen und auch überregionale Medien nahmen von diesem Tag Notiz – erfreulicher Weise meist angemessen und umfangreich. „Neues Deutschland“ tat dies z. B. am vergangenen Wochenende auf der Beilagenseite zur Geschichte. Es wurde just an gleicher Stelle und in gleicher Aufmachung Erich Zeigners gedacht, wie am Wochenende zuvor Werner Bramkes. Nur war die Erinnerung an Erich Zeigner mit „Kalenderblatt“ überschrieben. Für Werner Bramke war es ein „Nachruf“. Es war ein Nachruf zu schreiben für einen Mann, der jetzt eigentlich vor Ihnen stehen sollte, um zu Erich Zeigner zu sprechen. Und kaum ein anderer wäre geeigneter gewesen, dies zu tun. Dass neben dem wissenschaftlichen Œuvre nun auch Werner Bramkes Tod ihn noch in eine besondere Beziehung zu Erich Zeigner treten lässt, ist den Zufälligkeiten des Lebens und Sterbens geschuldet. Wir stehen jedoch da und müssen über eine durch den Tod gerissene Lücke quittieren, die so schnell sicher nicht zu füllen sein wird.

Werner Bramke ist über militärgeschichtliche Fragen zu Problemen neuerer und neuester Geschichte gestoßen. Die Novemberrevolution, die Weimarer Zeit, Faschismus und unterschiedlichster Widerstand dagegen fesselten sein wissenschaftliches Interesse. Es waren einmal die großen „Köpfe“ dieser Zeit, denen er als Historiker sozusagen auf die Schliche ihres Handelns kommen wollte. Es war aber bald auch mehr: Solche Leute handelten nicht einfach aus sich heraus, so originell und einmalig sie gewesen sein mögen. Sie waren eingebunden in ihre Herkunftsmilieus, von denen sie geprägt wurden, sie waren eingebunden in soziale Gruppierungen sowie zeitgenössische Denkrichtungen und -strömungen. Aus ihnen heraus entwickelten sie ihre eigene Profilierung und Einmaligkeit. Neben Georg

Schumann, Friedrich Olbricht oder Carl Goerdeler war für Werner Bramke Erich Zeigner offenbar in besonderer Weise hervorgehoben. Die Mitarbeit bei der Vorbereitung dieser Veranstaltung gehört jetzt plötzlich und schmerzhaft überraschend zu den letzten wissenschaftlichen und politischen Aktivitäten Werner Bramkes, wie im Nachruf des Historischen Seminars der Leipziger Universität festgestellt wird.

Werner Bramke lag nichts ferner, als platte Parallelen zu ziehen zwischen historischen Ereignissen und Persönlichkeiten und der Gegenwart. Nichts mochte er weniger als ein triviales Lernen aus der Geschichte, das diese Parallelen voraussetzte. Sehr wohl war er sich aber der Lernpotentiale von Geschichte bewusst, die in produktivem Vergleich, in der Hervorhebung der Einmaligkeit wie der Verallgemeinerung wirksam werden konnten. Ich glaube, in dieser Art mit Geschichte umzugehen und Geschichte zu erforschen entstand ein besonderes Verhältnis zu Erich Zeigner. Es entstand aber nicht zuletzt auch, weil für Werner Bramke der historiographische Umgang mit Erich Zeigner Paradebeispiele für das Einschmuggeln politischer Urteile in Geschichtsschreibung bot. Wenn dieser aus bürgerlicher Sicht zum „bolschewistischen Aufrührer“ gemacht wurde, so wurde ihm das ebenso wenig gerecht wie das kommunistische Urteil vom „ewig schwankenden und bremsenden Element“. Werner Bramke war nie bereit zu simplem agitatorischem Verrat an der Wissenschaft. Flache Apologie wird man bei ihm nie und nirgends finden. Kompromisse hin und wieder. Kompromisslos ging er den Dingen jedoch auf den sozialen, politischen und individuell-subjektiven Grund. Von wegen also Erich Zeigner als „bolschewistischer Aufrührer“ oder „inkonsequent Schwankender“! „... war er nicht“, so fragt Werner Bramke in seinem Aufsatz zu Erich Zeigner im Sammelband von 1984 zu „Berühmte Leipziger Studenten“, „... war er nicht in eine Aufgabe hineingestellt worden, die er gar nicht lösen konnte?“ Er wurde vom kommunistischen Bündnispartner gedrängt zu revolutionärem Handeln. Dem standen seine bürgerlich-demokratischen Vorstellungen und das damit verbundene Rechtsempfinden entgegen. Die Mitgliedschaft in der reformistischen SPD brachte zumindest taktische Bündnisfähigkeit mit der KPD und setzte ihn zugleich jedoch in scharfe Gegensätze zu dieser. In seiner Partei stand nur eine Minderheit hinter ihm. Das waren die Milieus und die politischen Bedingungen, die nach Bramke die Unlösbarkeit der Aufgabe bestimmten.

Ich meine sagen zu können, dass für Werner Bramke gerade an der Person Erich Zeigners nachvollzogen werden konnte, was unter demokratischen Verhältnissen möglich sein könnte, wenn es politisch nur gewollt und zugelassen wäre. Das gilt für Erich Zeigner im Jahre 1923 genau so wie in den Jahren von 1945 bis 1949. Und es gilt nicht nur für den Ministerpräsidenten, der, wäre man ihm nicht politisch und militärisch in den Arm gefallen, durchaus und auch nach Meinung von Werner Bramke mit radikaldemokratischen Kräften ein linksrepublikanische Reformprojekt hätte zustande bringen können. Es gilt z. B. auch für seine Pläne als Sächsischer Justizminister zur Justizreformer und die Reform des Strafvollzuges. Und es gilt für den Leipziger Oberbürgermeister Erich Zeigner, der sich nach 1945 vehement und lernfähig in die Debatten um ein ausgewogenes Verhältnis von Kommunalisierung und Zentralisierung oder zwischen Verwaltung und gewählten Vertretungen einmischte. Hier findet Bramke z. B. die vorhin angesprochenen Lernpotentiale. Weil diese niemand heben wollte und weil auch nach der Wende Mögliches auf dem Altar politischer Opportunität und Fixiertheit geopfert wurde, spricht Werner Bramke im Resümee seiner Zeit im Sächsischen Landtag wohl zurecht von einer „Krise der Demokratie“. Der „Manchester Guardian“ schrieb einst, so lese ich bei Werner Bramke, vom „Ludergeruch der politischen Rachsucht“, den ein Prozess ausstrahlte, in den man Erich Zeigner mit Falschaussagen hineinzog und der ihm drei Jahre Haft einbrachte. Demokratie erstickt solcher Geruch, lerne ich von Werner Bramke. Sie braucht vielmehr Offenheit, Sachlichkeit, Wahrhaftigkeit in der Auseinandersetzung, vor allem aber Respekt voreinander. Werner Bramke hat all dies im aktuellen politischen Raum nicht ausreichend gefunden, blieb aber dennoch bei differenzierten Urteilen. Das ist alles nachzulesen. Und es betrifft alle Seiten des politischen Lebens und alle Akteure und Institutionen politischer Willensbildung. Warum polterten eigentlich so viele Genossinnen und Genossen gegen ein linksrepublikanisches Bündnisprojekt, das mit Thesen zum 20. Jahrestag der sogenannten Wende wieder ins Gespräch gebracht wurde? Sie hielten es wohl für außerhalb zugelassener linker Denkhorizonte befindlich. Besonders litt der renommierte Forscher und Hochschullehrer an

der plötzlichen, sachlich nicht zu rechtfertigenden Distanz einiger Fachkollegen, nachdem er für die PDS in den Sächsischen Landtag eingezogen war. Die hatten wohl Angst um ihre eigene Reputation, wenn sie sich weiter auf Werner Bramke einließen. Ein ärmliches akademisches Politikum. Werner Bramke hingegen hoffte sehr viel mehr auf deren Kooperativität und wissenschaftliche Unterstützung bei der Lösung komplizierter politischer Sachverhalte. Ein solcher lag z. B. der Gedenkstättenpolitik des Freistaates zu Grunde. Faschismus und Stalinismus waren auseinander zu halten, auch wenn persönliche Schicksale vergleichbar sind. Hier hatte Werner Bramke natürlich auch kompetenten Beistand aus der Wissenschaft für eine ausgewogene und dennoch fundamentale Unterschiede beachtende Herangehensweise. Er nennt z. B. Gutachter der einschlägigen Anhörung. „CDU und Staatsregierung gingen jedoch andere Wege", musste Werner Bramke feststellen. Von einem antitotalitären Konsens heraus bewegten sie sich zur Fragwürdigkeit einseitigen Respekts vor den Opfern des Stalinismus, was die Verbände der Opfer des Faschismus vor allem bezüglich des Gedenkens in Torgau als unerträgliche Zumutung empfanden.

Wissenschaftler und engagierter politischer Mensch im weiten Sinn des „zoon politicon" waren für den Zeithistoriker Werner Bramke immer eine Einheit. Dies prägte ihn auch als Hochschullehrer. Erkenntnis drängte zur Lehre und zum Erkenntnis fördernden Austausch zwischen Lehrendem und Lernendem. Er setzte Vertrauen in junge Menschen und sie vertrauten ihm. Gerade sein Aufsatz „Erich Zeigners Demokratieverständnis" von 2001 zeugt davon. Soweit es die Beurteilung des Leipziger Oberbürgermeisters Erich Zeigner betrifft, bezieht sich Werner Bramke ausdrücklich auf eine von ihm betreute Magisterarbeit von Claudia Lang und hebt deren Verdienste und seinen Erkenntnisgewinn aus den Gesprächen mit der Autorin hervor. Studierende drängten ihn 1990 sich der Wahl zum Rektor der Leipziger Universität zu stellen. Werner Bramke verweigerte sich, weil er sich als zu dieser Zeit noch und schon seit 1986 amtierender Direktor der Sektion Geschichte in der gegebenen Situation nicht für politisch vertretbar hielt.

Werner Bramke hatte ein fast sakrales Verhältnis zur Wissenschaft. Er ordnete ihr sein Leben unter. Man kann sagen in einem zwar sicher und nachweislich nicht keuschen, aber ansonsten dennoch streng eingehaltenem „Zölibat", das kaum eine andere „Liebe" in Gleichwertigkeit duldete. Isolation war das freilich nicht. Es war – sicher ungewöhnliche – Konzentration auf eine selbst gestellte Aufgabe. Er stand in solcher Art aber mitten Leben und holte das Leben in die Wissenschaft. Wissenschaft war ihm Politik und er schuf so für sich eine besondere Version der Forderung Leibnizens – eines der berühmtesten Leipziger Studenten – nach „theoria cum praxi". Schade, dass wir das zum heutigen Anlass nicht mehr von ihm demonstriert bekommen können.

Ehre seinem Andenken!

*

Siehe auch:

In memoriam Werner Bramke. Nachruf von Peter Porsch vom 24.02.2011:
https://www.peter-porsch.de/?p=666

* * *

Zeigen, wie Kriege gemacht werden – Reinhard Brühl

(23.08.1924 in Chemnitz – 02.07.2018 in Potsdam)

Nachruf von Dr. sc. Lothar Schröter, Major a. D. (NVA).[1]

Am 2. Juli 2018 legte Generalmajor a. D. (NVA) Prof. Dr. Reinhard Brühl sein Schreibgerät für immer aus der Hand. Das Leben eines untadeligen Offiziers des Friedens und eines hervorragenden Wissenschaftlers hat sich in seinem 94. Lebensjahr vollendet.

Reinhard Brühl vertrat die Friedenspolitik der DDR mit höchstem Engagement. Gemäß seinem Auftrag, seinem Gewissen, seinen Überzeugungen, mit wachem Verstand und mit ganzem Herzen. Sein Name steht wie kaum ein anderer für die Militärgeschichtswissenschaft der DDR. Die Wurzeln zu ergründen, die den Krieg nähren, und zu zeigen, wie Kriege gemacht werden – das war sein Lebensinhalt. Damit sich nie wiederhole, was er erleben musste, was Millionen Tod und Verderben gebracht hatte. Als Arbeiterkind am 23. August 1924 in Chemnitz geboren wurde ihm der Krieg zum Schlüsselerlebnis. Schon in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft setzte sich Brühl mit dem Geschehenen auseinander und suchte, andere für das Neue zu gewinnen. Er schloss sich dem Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) und dem Bund Deutscher Offiziere (BDO) an. Die Verwobenheit des Schlimmsten, was das 20. Jahrhundert hervorgebracht hatte, mit dem eigenen Schicksal produzierte bei Brühl schon sehr früh wissenschaftlichen Anspruch und verknüpfte diesen mit der Wahrnahme persönlicher Verantwortung. Damit gehörte Brühl zu jenen unmittelbar betroffenen Deutschen seiner Generation, die die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Völkermord gezogen haben, der in deutschem Namen verübt worden war. Das war nicht leicht und schon gar nicht selbstverständlich. Bis heute nicht, wie sich in Deutschland im Rechtspopulismus und Neofaschismus in beschämender Weise zeigt.

Von 1961 bis zu seiner Emeritierung 1989 war Brühl Direktor des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR in Potsdam. Er war ein ebenso energischer und zielbewusster wie verständnisvoller Vorgesetzter. In bestem Ansehen bei seinen Kollegen im Hause, die für ihn in der Tat viel mehr Kollegen denn Unterstellte waren, geschätzt im Kreise der Historiker seines Landes, geachtet auf der internationalen Bühne seines Faches (in der Internationalen Kommission für Militärgeschichte [C.I.H.M.] war Brühl längere Zeit einer der sieben Vizepräsidenten), respektiert in der Führung der Nationalen Volksarmee verband Reinhard Brühl seinen Ethos als Wissenschaftler mit dem eines Streiters für den Frieden in Uniform. Das aber hieß nichts anderes, als in der Geschichte den Dingen auf den Grund zu gehen. Bereits in jungen Jahren lehrend, hieß es für ihn aber doch zunächst, noch manches Wissen anzuhäufen und in die Methodologie seiner Wissenschaft einzudringen. Renommierte Vertreter seines Genres, die selbst maßgeblich der Historiographie und auch der Militärhistoriographie der DDR das Gepräge gaben, waren Brühls Lehrer. Dazu zählten Ernst Engelberg und Heinz Helmert. Otto Korfes, ehemals Mitglied des NKFD, vermittelte ihm wertvolle Erfahrungen bei der Arbeit mit den Materialien des Reichsarchivs. Bald schon konnte sich Brühl so einer der größten Herausforderungen stellen, die die Historiographie zu bieten hat: der Geschichte der (Militär- bzw. Kriegs-) Geschichtsschreibung. Diese wählte man zum Thema seiner Dissertation, deren 1973 veröffentlichte Fassung bis in die Gegenwart Richtmarken setzt. Als Wissenschaftler vorbildlich, in der Leitung seines Hauses souverän, auf die Menschen zugehend – vom Wachsoldaten über die Küchenfrau, den Kraftfahrer und die Sekretärin bis hin zum gestandenen Historiker – gelang es ihm in den fast 30 Jahren, in allen Bereichen seines Instituts Kollektive zu formen. Natürlich nicht konfliktfrei und auch nicht so, dass etwa alles Wünschenswerte in Erfüllung ging, blieb das Militärgeschichtliche Institut der DDR, auch noch 1989/90, eine Gemeinschaft, gebildet von vielen durchaus unterschiedlichen Menschen.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst blieb Reinhard Brühl weiterhin aktiv. Dies um so mehr, als sich nach der so genannten Wende die Angriffe auf sein und das Lebenswerk von Millionen Menschen häuften. Dies veranlasste ihn gerade auch dazu, mit ganzer Kraft die Rosa-Luxemburg-Stiftung

[1] https://brandenburg.rosalux.de/news/id/39089/zum-tod-von-prof-dr-reinhard-bruehl/ [09.07.2018]

Brandenburg mit vorzubereiten. Folgerichtig wurde er 1991 zu einem ihrer Gründungsmitglieder. Er hielt ihr bis zum Schluss die Treue, nachdem er sich, so lange ihm das seine physischen Kräfte erlaubten, vielfältig in ihre Arbeit einbrachte.

Auf dem Ehrenkolloquium zum 80. Geburtstag von Reinhard Brühl äußerte sein verehrter Kollege Kurt Finker den Wunsch, der Jubilar möge seine Autobiographie zu Papier bringen. In seiner Bescheidenheit wehrte der sich lange dagegen. Dann aber überwand er sich doch; der sanfte Druck guter Freunde trug dazu bei. Seit Anfang 2018 liegt die Lebensbeschreibung nun unter dem Titel „Die Hoffnung bleibt. Erinnerungen eines Militärhistorikers“ vor. Zum Nutzen und zur Freude aller, die Reinhard Brühl kannten und schätzten, aber auch weit über diesen Kreis hinaus. Mit seinem Wirken und seinen Schriften, gerade auch mit der letzten, hat sich Reinhard Brühl ein bleibendes Denkmal gesetzt. Mit all dem und mit seiner ganzen Persönlichkeit wird er in Erinnerung bleiben.

*

Nachruf von Karlen Vesper in „Neues Deutschland“ vom 07.07.2018.

Er hatte nichts Militärisches an sich, weder die steife Haltung noch die abgehackte Redeweise altgedienter Offiziere. Befehlston lag ihm fern. Ein freundlicher, aufmerksamer Zeitgenosse, mit dem man sich gern unterhielt, dies stets mit Gewinn. Reinhard Brühl, in Chemnitz als Sohn eines Heizungsmonteurs geboren, erlernte den Beruf des Maschinenschlossers und meldete sich, was er später als einen großen Fehler ansah, zur Wehrmacht; in den verfluchten Krieg hätte er dennoch ziehen müssen. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft wurde ihm bewusst, welch verbrecherischem Regime er gedient hatte. Er wurde Mitglied des Bundes Deutscher Offiziere, besuchte eine Antifa-Schule und agitierte nun seinerseits Landsleute und Landser. 1949 entlassen, beteiligte er sich am antifaschistischen Aufbau in Ostdeutschland, diente zunächst in der Volkspolizei, ehe er seine Karriere in der NVA begann, die ihm einen Lehrstuhl an der Militärakademie in Dresden und den Rang eines Generalmajors einbrachte. Von 1961 bis 1989 war er Direktor des Militärgeschichtlichen Institutes der DDR in Potsdam. Er unterzeichnete den Aufruf „Für unser Land“, war Gründungsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und schrieb kritische Beiträge zur Militärpolitik gestern und heute, darunter im „nd“.

* * *

Das faschistische Terrorsystem analysiert – Klaus Drobisch

(02.11.1931 in Leipzig – 27.12.2019 in Berlin)

Nachruf von Christoph Kopke in „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", H. 1/2020, S. 63 f.

Wenige Tage vor seinem 88. Geburtstag verstarb am 27. November 2019 in Berlin der Historiker Klaus Drobisch. Der gebürtige Leipziger und gelernte Buchdrucker absolvierte von 1951 bis 1953 die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Leipzig und studierte anschließend bis 1957 Geschichte an der Leipziger Karl-Marx-Universität. Es folgten über drei Jahrzehnte produktive Forschungen vorwiegend an der Akademie der Wissenschaften der DDR (bzw. ihrer Vorläuferinstitution), wo Drobisch bald zu den führenden Faschismusforschern der DDR zählen sollte. Sein Lebensthema war der faschistische Terror, seine Akteure und Profiteure sowie die Geschichte der Konzentrationslager. Das war nicht immer ein einfaches Feld.

Klaus Drobischs Arbeiten sind, trotz aller ideologischen Rahmensetzungen, denen die DDR-Geschichtswissenschaft ausgesetzt war, immer aus den Quellen gearbeitet. „Staub wischen" nannte er gern den Gang in die Archive, der damals noch ohne Internet und online-Recherche erfolgte. Auch waren viele Archivbestände, die uns heute offenstehen, vor 1989 noch nicht zugänglich.

Mit seinen Arbeiten bewegte sich Drobisch innerhalb des vorgegebenen Interpretationsrahmens, aber er lotete dessen Grenzen auch immer wieder aus und half diese auch zu erweitern. Hier sei nur an seine Mitarbeit an der Dokumentation „Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933 – 1945" (1966) oder an die 1973 erschienene Darstellung „Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden" (mit Rudi Goguel u. a.) erinnert, die als erster Versuch einer systematischen Darstellung der nationalsozialistischen Judenvernichtung gilt. Auch mit seinen Arbeiten zum christlichen Widerstand betrat Klaus Drobisch Neuland, so u. a. mit den Dokumentationen „Christen im Nationalkomitee ‚Freies Deutschland'" (1973) und „Ihr Gewissen gebot es. Christen im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus" (1980).

1964 hatte Drobisch in Berlin mit der Arbeit „Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte im Flick-Konzern während des Weltkrieges" promoviert, 1987 folgte mit den „Studien zur Geschichte der faschistischen Konzentrationslager 1933/34" die Habilitation (Dissertation B). Zu seinen bedeutendsten Texten zählen die ersten Versuche, den NS-Verfolgungsapparat systematisch auszuleuchten: „Über den Terror und seine Institutionen in Nazideutschland" (1980), „Kriegsschauplatz Innerdeutschland. Sicherheitspolitische Vorbereitungen und Einübungen 1935/36" (1989) und die für die damalige Zeit Maßstäbe setzende Darstellung der Schutzstaffel (SS) im 1984 erschienenen Band 4 des immer noch unübertroffenen „Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789 – 1945)".

Die Umbrüche 1989/90 und das Ende der DDR betrafen das berufliche Leben von Klaus Drobisch in ganz unterschiedlicher Weise. So erschien beispielsweise die unter seiner Leitung von einem Autorenkollektiv verfasste und 1989 abgeschlossene Geschichte des KZ Sachsenhausen („Sachsenhausen. Mahnung und Verpflichtung", Ms. 1989) nicht mehr, wohingegen 1992 im Akademie-Verlag der Band „System der NS-Konzentrationslager 1933 – 1939" publiziert werden konnte. Dieser Band fußte auf seiner Dissertation B und nachfolgenden Forschungen und wurde durch eine rechtshistorische Abhandlung zur Geschichte der Schutzhaft durch Günther Wieland ergänzt. Vor 1989 lag der Band lange im Akademie-Verlag, weil den dortigen ideologischen Aufpassern die führende Rolle der KPD im antifaschistischen Widerstand nicht genügend klar herausgearbeitet worden war. Nach 1989 schien demselben Verlag das Thema nicht mehr opportun: Erst aufgrund gutachterlicher Interventionen führender westdeutscher Fachvertreter entschied sich der Akademie-Verlag für die Veröffentlichung des Standardwerkes.

Nach der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR konnte Klaus Drobisch seine Forschungen im Zuge des Wissenschaftler-Integrationsprogramms an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW) und der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin fortsetzen. Einige wichtige Aufsätze erschienen in verschiedenen Sammelbänden der 1990er Jahre. Überdies wirkte Klaus Drobisch nun auch als Hochschullehrer. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern seiner Seminare zur Geschichte der SS oder zum System der Konzentrationslager dürften diese Lehrveranstaltungen, die in vielerlei Hinsicht herausragend waren, von bleibender Erinnerung sein. Als Klaus Drobisch 1996 in den Ruhestand ging, würdigte die GDW sein wissenschaftliches Werk mit einem Kolloquium. Drobisch blieb der GDW über lange Zeit als freier Mitarbeiter verbunden, Johannes Tuchel hatte ihm einen Schreibtischplatz versprochen. Aus familiären Gründen konnte Klaus Drobisch seinen ursprünglichen Plan, im Ruhestand eine Biografie Heinrich Himmlers zu verfassen, nicht mehr umsetzen.

Wenn in größerem zeitlichem Abstand die Ergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft in ihren historischen Kontext eingeordnet werden, sie einer angemessenen Bewertung unterzogen und auch ihre Leistungen gewürdigt werden, dann wird auch das Werk von Klaus Drobisch eine besondere Erwähnung finden.

*

Terrorsystem analysiert. Klaus Drobisch ist tot. Nachruf von Christoph Kopke in „Neues Deutschland“ vom 11.12.2019.

Wie jetzt bekannt wurde, verstarb in Berlin am 27. November, wenige Tage vor seinem 88. Geburtstag, der Historiker Klaus Drobisch. Der gebürtige Leipziger und gelernte Buchdrucker absolvierte von 1951 bis 1953 die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Leipzig und studierte anschließend Geschichte. Es folgten über drei Jahrzehnte produktive Forschung, vorwiegend an der Akademie der Wissenschaften der DDR, wo Drobisch bald zu den führenden Faschismusforschern der DDR zählte. Sein Lebensthema war der faschistische Terror, seine Akteure und Profiteure sowie die Geschichte der Konzentrationslager.

1964 hatte Drobisch in Berlin mit der Arbeit „Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte im Flick-Konzern während des Weltkrieges“ promoviert, 1987 folgte mit den Studien zur Geschichte der faschistischen Konzentrationslager 1933/34 die Dissertation B.

Nach der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR konnte er seine Forschungen im Zuge des Wissenschaftler-Integrationsprogramms an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW) und der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin fortsetzen. Überdies wirkte er nun auch als Hochschullehrer. Vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind seine Seminare zur Geschichte der SS oder zum System der Konzentrationslager von bleibender Erinnerung.

Wenn in Zukunft die Ergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft in ihren historischen Kontext eingeordnet und auch ihre Leistungen gerecht gewürdigt werden, dann wird auch das Werk von Klaus Drobisch eine besondere Erwähnung finden.

* * *

Ein neugieriger Mann mit Weitblick – Dietrich Eichholtz

(22.08.1930 in Danzig – 21.06.2016 in Borkheide)

Nachruf von Manfred Weißbecker in „Neues Deutschland“ vom 02./ 03.07.2016, S. 25.

Ein langjähriger Weggenosse, geachteter Kollege und liebenswerter Freund lebt nicht mehr: Dietrich Eichholtz. Er starb vor wenigen Tagen. Traurig macht die Nachricht von seinem Tod. Er reißt eine beträchtlich große Lücke in die deutsche Geschichtswissenschaft, zumal in die Schar marxistischer Historiker und insbesondere in den Kreis derer, die sich eingehend mit der Geschichte von Faschismus und Zweitem Weltkrieg befassen, die mit ihren Arbeiten generell über das „Geheimnis“, in dem Kriege gemacht werden, aufklären sowie Ross und Reiter klar benennen wollen. Mit Fug und Recht galt er als ein großartiger und weithin anerkannter antifaschistischer Gelehrter.

Sein Lebensweg begann am 22. August 1930 in Danzig. In den frühen 50er Jahren studierte er an der Berliner Humboldt-Universität, wo er sich – nicht zuletzt unter dem Einfluss von Jürgen Kuczynski – den Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftsgeschichte zuwandte. 1959 kam er an die Akademie der Wissenschaften der DDR, in deren Zentralinstitut für Geschichte er über viele Jahre hinweg erfolgreich wirkte und dem er verbunden blieb auch in den Zeiten seines Wirkens als Dozent und Honorarprofessor an der Greifswalder Universität.

Dietrich Eichholtz hinterlässt ein großartiges Werk, das in seiner voluminösen „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945“ kulminiert; davon zeugt auch die Tatsache, dass es im Jahre 2002 noch einmal als Nachdruck im renommierten Saur-Verlag erscheinen durfte und als Standardwerk immer wieder zitiert wird. Viel ging davon ein in die sechsbändige Darstellung „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“, mit der Historiker der DDR in den 70er Jahren eine gewichtige Leistung erbrachten. Mit klugem Konzept und Geschick erfüllte Dietrich Eichholtz auch Herausgeberpflichten. Davon zeugt der 1969 zusammen mit Wolfgang Schumann erarbeitete Dokumentenband „Anatomie des Krieges“, der mit neu entdeckten Quellen kritisch die Rolle des deutschen Monopolkapitals während des Zweiten Weltkrieges belegt. Gemeinsam mit Kurt Gossweiler zeichnete er verantwortlich für den Band „Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik“ (1980). Dem folgte in Kooperation mit Kurt Pätzold 1989 das Buch „Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre“. In Erinnerung wird auch bleiben, was er über das Amt des „Menschendiktators“ Sauckel, über den massenmörderischen „Generalplan Ost“ und zuletzt insbesondere über das Kriegsziel, in den Jahren 1938 bis 1943 ein deutsches Erdölimperium zu schaffen, veröffentlichte.

Nach der „Wende“ forschte und lehrte Dietrich Eichholtz an der Berliner TU. Zugleich war er Mitbegründer, über viele Jahre hinweg sogar Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung.

*

Aufgeklärte Zuversicht. Der Historiker Dietrich Eichholtz war ein neugieriger Mann mit Weitblick. Von Susanne Willems in „junge Welt“ vom 04.07.2016, S. 11.

Dietrich Eichholtz – der Name war uns Geschichtsstudenten in den 1980er Jahren geläufig. Denn jede kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs führte uns ins Untergeschoss der Bochumer Seminarbibliothek: Dort fanden sich in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, im Jahrbuch für Geschichte und im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte die Fragestellungen und Erträge der historischen Forschung in der DDR und die Kritik an der westdeutschen Geschichtsschreibung aus der Feder marxistischer Historiker, deren Argumente erst die Auseinandersetzung mit unseren eigenen akademischen Lehrern und die Diskussionen in Vorlesungen und Seminaren ergiebig machten.

Als Abiturient und Sohn aus bürgerlichem Hause nahm der 1930 in Danzig geborene Dietrich Eichholtz im Arbeiter- und Bauern-Staat den Umweg eines Arbeitsjahrs im Uranbergbau der Wismut AG zum Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität. Dort lehrte die Ravensbrück-Überlebende Rita Sprengel Arbeitsökonomie und Jürgen Kuczynski Wirtschaftsgeschichte.

Seinen Platz in der Forschung fand Dietrich Eichholtz in der neugegründeten Akademie der Wissenschaften der DDR, die ihm – die Zeiten als Dozent und Hochschullehrer in den 1960er Jahren an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald und in Nachwende-Abwicklungs- und Integrationsprogrammen zuletzt an der Berliner Technischen Universität eingeschlossen – vier Jahrzehnte produktiven Forscherlebens sichern konnte. Nachdem er seine Dissertation über „Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte“ vorgelegt hatte, betreut von Jürgen Kuczynski und Hans Mottek, auch er Remigrant aus Großbritannien, darüber hinaus Gründungsdirektor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie in Karlshorst, publizierte Dietrich Eichholtz seit Beginn der 1960er Jahre zur Wirtschaftsgeschichte des deutschen Faschismus.

Dietrich Eichholtz betrieb stets Grundlagenforschung, wobei er dem im Vorwort zu seiner Dissertation formulierten Motiv treu blieb, als Historiker dem Frieden und dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen. Er verschrieb sich der Aufgabe, die erst in der DDR gegebenen umfassenden Möglichkeiten zu nutzen, die verborgenen Schätze in den Archiven zu heben: „Diese Möglichkeiten standen früher nur einigen wenigen ausgesuchten Beauftragten der herrschenden Klasse und ihres Staates offen. Dadurch ergibt sich zugleich die Notwendigkeit, die Archivalien als wichtigste Primärquelle gründlich auszuwerten; denn ihre Auswertung durch die führenden bürgerlichen Historiker vollzog und vollzieht sich, entsprechend dem reaktionären Inhalt und der apologetischen Zielsetzung ihrer Arbeit, auf eklektische, verzerrende Art und Weise.“

Seine „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945“, die 1969, 1985 und 1996 in drei Bänden im Akademie-Verlag erschien, druckte der Verlag K. G. Saur 1999 in einer fünfbändigen Ausgabe nach, weil es sich international unumstritten um das Standardwerk handelt. Quellengestützt und verständlich geschrieben, legt der Autor offen, welche Interessen die Industrie- und Finanzmonopole im Bündnis mit dem faschistischen Regime verfolgten und warum sie zum imperialistischen Krieg drängten und der Politik der Unterdrückung, des Terrors, der Vernichtung und des Völkermordes stattgaben. Empört über die Wiederkehr des imperialistischen Projekts, Deutschland als kriegführende europäische Großmacht zu etablieren, ließ Dietrich Eichholtz uns kontinuierlich an seinen in den 1970er Jahren begonnenen Forschungen zum deutschen Erdölimperialismus teilhaben. Seine Studien zum Thema gab der Leipziger Universitätsverlag 2010 unter dem Titel „Deutsche Ölpolitik im Zeitalter der Weltkriege“ heraus.

Was der von seiner Dissertation beeindruckte Rezensent im American Historical Review 1963 westlich des „Eisernen Vorhangs“ zu überlesen empfahl, die marxistisch geschulte historische Dialektik, gab Dietrich Eichholtz den Weitblick, auch nach der vorläufigen Niederlage von 1989/90 im Verein mit Gleichgesinnten in der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung jüngeren Historikern ein Forum zu geben und sie mit seiner ungebrochenen wissenschaftlichen Neugierde zu begeistern. Anknüpfend an das Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, mit dem seit 1984 das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR Arbeitspapiere und Dokumente aus der laufenden Forschung herausgab, erschienen bis 2008 noch 32 Hefte des von Werner Röhr verantworteten Bulletins für Faschismus- und Weltkriegsforschung.[1]

Dietrich Eichholtz liebte das Leben, und er war getragen von aufgeklärter Zuversicht, dass die Niederlage des deutschen Imperialismus eine gesetzmäßige ist und die sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung die niedergehende kapitalistische ablösen wird. So leitete er sein Werk zur deutschen Kriegswirtschaft ein: „Wie alle spezifisch historischen Gesetzmäßigkeiten ist sie ein wesentlich tendenzielles Gesetz, d. h. sie setzt sich im Klassenkampf der progressiven Kräfte gegen die alte herrschende Klasse durch, in einem Kampf, der die erbittertsten Formen annehmen kann, in dem die in ihrer Existenz bedrohte Reaktion zu den verbrecherischsten, grauenvollsten Mitteln greift und der auch in eine zeitweilige Niederlage des Fortschritts münden – aber nicht darin enden – kann.“

Dietrich Eichholtz hat sein Leben am 21. Juni 2016 vollendet.

*

[1] http://www.max-stirner-archiv-leipzig.de/philosophie.html#bulletin

Dr. Günter Wehner: In Memoriam Prof. Dr. sc. Dietrich Eichholtz 22.8.1930 – 21.6.2016. In „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ H.2/2016, S. 159 f.

In Danzig geboren studierte D. Eichholtz von 1950 bis 1954 Wirtschaftswissenschaften und insbesondere Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sein prägender Dozent war Prof. Jürgen Kuczynski.

Von 1955 bis 1962 wirkte D. Eichholtz als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Forschungsgruppenleiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1959 promovierte er und 1968 habilitierte D. Eichholtz.

Von 1962 bis 1966 sowie von 1984 bis 1988 lehrte er als Dozent und Honorarprofessor an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald. Er verstand es, die Studierenden für die Wirtschaftsgeschichte zu begeistern. Seine Vorlesungen und Seminare waren ein Novum in Bezug auf die Weitsicht in der Geschichtswissenschaft.

Von 1988 bis 1991 forschte und lehrte D. Eichholtz erneut als Prof. an der Akademie der Wissenschaften der DDR zu Berlin. Ab 1991 bis zu seiner Pensionierung wirkte D. Eichholtz an der Technischen Universität zu Berlin. Er hinterlässt eine herausragende Fülle an wissenschaftlichen Publikationen, die in dem umfangreichen Standardwerk „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ gipfelt. Die mehrbändige Publikation wurde 2002 als Nachdruck vom Saur-Verlag erneut verlegt.

Aus der Fülle seiner Werke seien hier nur so gewichtige Bücher beziehungsweise Artikel genannt wie der lexikalische Artikel zur Kriegswirtschaft in der Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Vorbildliches leistete er auch als Herausgeber. Davon zeugt der mit Wolfgang Schumann 1969 erarbeitete Dokumentenband „Anatomie des Krieges”. Mit Kurt Gossweiler zeichnete er verantwortlich für den Band „Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik“, der 1980 erschien. Gemeinsam mit Kurt Pätzold erarbeitete D. Eichholtz die Publikation „Der Weg in den Krieg“.

Stets wandte er sich gegen alle Bemühungen, einen breiten Trennstrich zwischen der NSDAP und den Vertretern der Kapitalbourgeoisie zu ziehen.

Nach 1989 wandte er sich der Geschichte der Bagdadbahn zu. In dem Buch „Krieg um Öl. Ein Erdölimperium als deutsches Kriegsziel 1938 – 1943“ entlarvt er die wahren Absichten zum Bagdad-Bahn-Projekt. Zugleich wirkte D. Eichholtz als Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V.

Mit D. Eichholtz verlor die deutsche Geschichtswissenschaft einen herausragenden und zugleich warmherzigen Historiker, der mit Sachkunde, Herz und sinnvoller Toleranz sein marxistisches Weltbild vertrat.

*

Eine Ehrung für Dietrich Eichholtz: Profiteure im Blick. Von Karlen Vesper in „Neues Deutschland“ vom 16.09.2000.

Die prominenten Vertreter der DDR-Geschichtswissenschaft kommen in die Jahre. Die letzten Monate jagte ein Ehrenkolloquium zum 70. das andere, so für die Professoren Rolf Badstübner, Manfred Weißbecker, Kurt Pätzold, Walter Schmidt ... Veranstaltet wurden sie allesamt von Stiftungen und Vereinen, z. B. von der Rosa Luxemburg Stiftung Berlin, der Hellen Panke e. V. oder vom Jenaer Forum für Wissenschaft und Bildung, da die Institutionen, an denen die geehrten Wissenschaftler gearbeitet haben, abgewickelt worden sind bzw. diese sich von ihren einstigen Mitarbeitern und z. T. Direktoren schnöde abgewandt haben. Obgleich mit bescheidenen Mitteln ausgerichtet, erbrachten die Kolloquien weit mehr als nur eine Laudatio auf den Jubilar. Sie griffen in aktuelle politische und wissenschaftliche Debatten ein.

Von besonderer Brisanz erwies sich das dieser Tage von der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung einberufene Kolloquium „Wirtschaftsgeschichte – Kriegsgeschichte“ zur Würdigung von Dietrich Eichholtz, ehemals Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW), Universität

Greifswald und 1994/95 TU Berlin. Hier geriet die Verantwortung der deutschen Industrie und des deutschen Kapitals für Aufstieg und Machtantritt Hitlers, für den Zweiten Weltkrieg und die Ausplünderung der von Nazideutschland okkupierten Länder, deren Profitierung an Sklavenarbeit sowie an der Enteignung und Ermordung der europäischen Juden in den Blick.

Die Geschichtsforschung in der DDR hat dem zweiten großen Krieg, der von deutschem Boden ausgegangen ist, seit Anbeginn Aufmerksamkeit geschenkt. Die Dokumentation der Expansionsziele des deutschen Imperialismus sowie der Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion standen im Zentrum der ostdeutschen Forschungen, die auch in Teilen der westdeutschen Bevölkerung Beachtung fanden, zunächst vor allem bei den 1968 aufbrechenden Studenten und Intellektuellen. „Mit Begeisterung nahmen wir damals die Einladung von Hannes Heer, seinerzeit einer der führenden SDSler, zu einer Vortragsreihe an der Bonner Universität an", erinnerte sich Kurt Gossweiler, einer der Pioniere der DDR-Faschismusforschung. Auf dem in den 50er und 60er Jahren von Memoiren der Hitler-Generäle und Wirtschaftsführer überschwemmten Büchermarkt der Bundesrepublik fanden sich nicht solche Publikationen wie etwa die „Anatomie des Krieges" von Wolfgang Schumann und Eichholtz (1969). Internationale Anerkennung sollte der DDR-Historiographie vor allem die in den 80er Jahren begonnene und nach dem Verschwinden des ostdeutschen Staates fortgeführte Dokumentenedition „Europa unterm Hakenkreuz" einbringen.

Fritz Petrick (Greifswald) verwies auf das Novum in der deutschsprachigen Kriegsgeschichte, als in die – unter der Ägide des AdW-Geschichtsinstituts erarbeitete – sechsbändige Gesamtdarstellung „Deutschland im zweiten Weltkrieg" auch Studien zur Rüstungs- und Kriegswirtschaft einflossen. Das westdeutsche Konkurrenzunternehmen „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg entschied sich daraufhin ebenfalls zu eigenständigen Abschnitten über Wirtschaftsgeschichte (Erich Volkmann/Rolf-Dieter Müller). Als reine Militär- oder politische Geschichte ist Kriegsgeschichte eben nicht zu schreiben. Gerade die Debatte um die Entschädigung der Zwangsarbeiter hat das erneut bewiesen.

MdB Ulla Jelpke, Mitglied des Kuratoriums Erinnerung und Zukunft, bedankte sich auf dem Kolloquium für die Anregungen und Hilfe, die sie von Eichholtz in der Auseinandersetzung um die endliche Entschädigung der Sklavenarbeiter erhalten hatte. Seine Bände „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945" (Neuauflage 1999, K. G. Saur) empfahl sie als Pflichtlektüre für jedermann, gerade in einer Zeit, „da das Geschäft des deutschen Kapitals wieder grausame Spuren zieht und Menschen in Deutschland wegen ihrer Hautfarbe totgeschlagen werden". Zuvor hatte Gossweiler an die Bundesregierung appelliert, einige hunderttausend Mark vom Verkauf der UMTS-Lizenzen abzuzweigen, um die Dokumentenbände nachzudrucken und an Schulen verteilen zu lassen. Klagen über die Anfälligkeit der Jugend für Rechtsextremismus brächten nichts, wenn nicht historisches Wissen vermittelt werde.

Zunftkollege Kurt Pätzold konstatierte, dass trotz der gegenwärtigen Debatten über die Rolle deutscher Konzerne in NS-Zeit über Zwangsarbeit, Raubgold, Versicherungssummen und Bankeinlagen die Kenntnisse unter den heutigen Deutschen, was, warum, wem im Deutschland der Väter und Großväter Schlimmes geschehen ist, wenig fundiert seien. „In Deutschland geschieht etwas Hochmerkwürdiges. Es wird über Geschichte geredet, ohne dass sich damit eine geschichtliche Aufklärung der Zusammenhänge verbindet. Hingegen bereitet sich der postmoderne Sumpf des ‚Nicht-Erklären-Wollens' und – mehr noch – weithin die Praxis des ‚Nicht-einmal-Beschreiben-Wollens' aus."

In diesem Kontext steht der von Eichholtz bemängelte Umstand, dass deutsche Unternehmen – als sich mit Boykott-Androhungen Anfang der 90er Jahre in den USA ankündigte, unter welchen Druck sie alsbald geraten würden – prophylaktisch handverlesene Historiker beauftragten, ihre Firmengeschichte zu verfassen. Die Ergebnisse waren zumeist recht wohlgefällig und marginalisierten die „unfeinen Dinge", die 1933 bis 1945 passiert seien. „Das nennt man Hofhistoriographie", so Eichholtz. Der Wirtschaftshistoriker beanstandete aber auch eine unter „Wohlmeinenden" zu registrierende Tendenz, für Zwangsarbeit und Raubgold alle Deutschen in die Schuld zu nehmen, womit die Hauptverantwortung der Wirtschaft relativiert werde.

Auch Selbstkritik war von den DDR-Historikern zu hören, so bemängelte Petrick die Vernachlässigung der vergleichenden Faschismusforschung. Und Manfred Oertel (Stralsund), der über die Deutsche Reichsbahn im Zweiten Weltkrieg geforscht hatte, brachte im Rückblick seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass man – wissend um die nazistischen Raubzüge durch ganz Europa – nicht im Traum daran gedacht habe, etwa die Schweizer Banken unter Druck zu setzen. Auch sei trotz der Forschungen des Rostockers Lothar Elsner zur Lage der Zwangsarbeiter im NS-Staat nicht die Schlussfolgerung gezogen worden, sich für deren Entschädigung einzusetzen. Als Erklärung hierfür sah Oertel u. a. die Tatsache an, dass sich die DDR weder als rechtlicher noch moralischer Nachfolger des „Dritten Reiches“ verstand.

* * *

Neulehrer, Geschichtsprofessor, Antistalinist – Kurt Finker

(27.08.1928 in Sacrow – 06.08.2015 in Potsdam)

Erfassung der Vielfalt. Neulehrer, Geschichtsprofessor, Antistalinist: Nachruf von Almuth Püschel in „junge Welt“ vom 08.09.2015, S. 11.

„Der heutige Tag ist ein Resultat des gestrigen. Was dieser gewollt hat, müssen wir erforschen, wenn wir zu wissen wünschen, was jener will.“ (Heinrich Heine)

Einer, der sein ganzes Leben der historischen Forschung gewidmet und diese geprägt hat, war Kurt Finker. 1928 als Sohn eines Arbeiters geboren, gehörte er zu jener Generation junger Menschen, die in Hitlers letztem Aufgebot überlebt hatten und die Bildungschancen, die sich ihnen boten, nutzten: Neulehrer, Ausbildung zum Geschichtslehrer, Dozent an der Arbeiter- und Bauern-Fakultät in Potsdam – das waren erste Etappen auf Finkers Weg zum Hochschulprofessor. Nach Promotion und Habilitation an der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ in Potsdam übernahm er dort 1969 einen Lehrstuhl für deutsche Geschichte der neuesten Zeit. Hermann Kant hat dieser neuen Generation von Intellektuellen, die sich nicht aus den alten Eliten rekrutierte, in seinem Roman „Die Aula“, dem obiges Heine-Zitat vorangestellt ist, ein Denkmal gesetzt.

Kurt Finker war Forscher und Lehrer gleichermaßen. Er arbeitete u. a. zu den proletarischen und bürgerlichen Wehrverbänden in der Weimarer Republik, zur Bündnispolitik der KPD und zur Regionalgeschichte des ehemaligen Regierungsbezirks Potsdam.

Neuland betrat er in den 60er Jahren mit Forschungen zum bürgerlichen Widerstand, insbesondere zum militärischen. Es gehört zu seinen Verdiensten, dass sich das auf den Kampf der KPD verengte Geschichtsbild der DDR damals allmählich erweiterte. 1967 veröffentlichte er eine Biographie über den Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Erstmals setzte sich ein Historiker in der DDR differenziert mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 auseinander, das bis dahin als reaktionäres Ereignis gegolten und nur marginale Berücksichtigung gefunden hatte. Aus den maßgeblichen Forschungseinrichtungen, dem Institut für Marxismus-Leninismus und dem Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, kam scharfer Gegenwind. In der DDR erschien fast keine Rezension. Positive Kritiken in Medien der BRD wie der FAZ komplizierten die Situation für den Autor. Es war einer bereits 1964 erschienenen Veröffentlichung des sowjetischen Professors Daniil Melnikow zu verdanken, die den 20. Juli als wichtigen Bestandteil des deutschen Widerstandes wertete, dass Finker die Auseinandersetzungen um sein Buch relativ unbeschadet überstand. Das wie alle Bücher Finkers gut geschriebene Werk fand große Resonanz in der Bevölkerung. Die erste Auflage von 12.000 Exemplaren war nach wenigen Tagen vergriffen. Es vergingen vier Jahre, bis die nächste erscheinen konnte. Der 20. Juli blieb ein Schwerpunkt in Finkers Forschung und Publizistik. Anlässlich des 40. Jahrestages des Attentates erschien im „Neuen Deutschland“ sein vielbeachteter Aufsatz „Die mutige Tat des Obersten Stauffenberg gab das Signal“. Wer sich mit den Facetten des antifaschistischen Widerstands in Deutschland beschäftigt, wird auch in Zukunft nicht umhinkommen, Finkers Forschungen zu berücksichtigen. Seine Werke wurden vielfach übersetzt und fanden internationale Resonanz.

Anfang der 80er Jahre entstand unter seiner Leitung eine Forschungsgruppe, die sich Organisationen der Arbeiterbewegung widmete. Diese sollten in ihrer Vielfalt erfasst werden. Mehr als 250 Parteien, Gewerkschaften, Wohlfahrts-, Kultur- und Bildungsorganisationen wurden gelistet; kommunistische, sozialdemokratische und christlich geprägte, solche der jüdischen Arbeiterbewegung, der Anarchosyndikalisten und viele mehr. Die Forschungsgruppe hatte etwa 90 Mitglieder, die an unterschiedlichen Einrichtungen der DDR tätig waren und sich der Forschung ohne Denktabus widmeten. Nach fast zehnjähriger Arbeit lagen etwa 130 Artikel druckreif vor. Es war die Zeit der Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft.

Die Forschungen wurden diskreditiert, viele beteiligte Wissenschaftler aus ihren Positionen gedrängt. Die Zukunft des Dietz-Verlags, in dem die Ergebnisse erscheinen sollten, war ungewiss, die Veröffentlichung unmöglich. Dieser Umgang mit Forschungsleistungen hat Finker sehr verletzt. Nur der private Warnanruf eines Universitätsmitarbeiters bei der Autorin hat die Entsorgung der Manuskripte damals verhindert. Sie wären es wert, sich ihrer noch einmal anzunehmen.

Finkers letzte große Veröffentlichung „Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945 – 1955)“ analysiert eine Vielzahl von Memoiren und Geschichtsdarstellungen. Der Band zeigt die Verdrängung der Mitschuld der alten Machteliten an der Errichtung der faschistischen Herrschaft und ihre Einbindung in diese bzw. deren Tolerierung. Mit umfangreich dokumentierten und kommentierten Aussagen entlarvt Finker die Versuche ihrer Reinwaschung von jeglicher Schuld.

Finker prägte viele Studenten und Doktoranden. Er begeisterte mit unkonventionellen Sichtweisen auf und Fragestellungen an die Geschichte, lehrte kritisches Hinterfragen, ermutigte dazu. In seinen Lehrveranstaltungen gab es nicht eine unabänderliche Wahrheit. Geschichte war für ihn ein lebendiger Prozess, kein Dogma. In einer der ersten Vorlesungen, die ich 1972 bei ihm hörte, erklärte er, was sich im zwei Jahre zuvor erschienenen „Biographischen Lexikon der deutschen Arbeiterbewegung“ hinter dem Eintrag „1937 unter falschen Anschuldigungen in der Sowjetunion verhaftet“ verbarg, und was die Konsequenzen für die Betroffenen waren. Im Herbst 1989 war er Mitautor des Referates „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!“, das Michael Schumann auf dem Sonderparteitag der SED/PDS vortrug.

Am 6. August 2015 ist Kurt Finker in Potsdam nach langer Krankheit gestorben. Die Beisetzung findet in dieser Woche im engsten Familienkreis statt.

*

Die Historische Kommission trauert um Kurt Finker (01.09.2015).

Wie erst jetzt bekannt wurde, verstarb am 6. August 2015 der Potsdamer Historiker Kurt Finker. Der 1928 im Kreis Lübben geborene Wissenschaftler gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Historischen Kommission der PDS, die im Juni 1990 auf Anregung des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS gebildet wurde, um die Ursachen der Krise der sozialistischen Gesellschaft vor dem Hintergrund der kritischen Aufbereitung historischer Erfahrungen weiter aufzuhellen. Er gehörte auch der Arbeitsgruppe an, die das von Michael Schumann vorgetragene Referat für den Außerordentlichen Parteitag ausarbeitete. Der langjährige Hochschullehrer an der Pädagogischen Hochschule Potsdam wurde vor allem mit seinen Arbeiten zum Widerstand gegen das NS-Regime bekannt. Seine Untersuchungen zum 20. Juli 1944 und den Akteuren des Offizierswiderstandes erzielten hohe Auflagen und fanden, in mehrere Sprachen übersetzt, international Beachtung. Er zeichnete von Stauffenberg und den anderen Verschwörern des 20. Juli 1944 ein differenziertes Bild, als noch darüber diskutiert wurde, ob und wie diese überhaupt in den Widerstand gegen das NS-Regime einzuordnen seien. In der Bundesrepublik galten sie lange Zeit als Verräter.

* * *

Gegen Hitler und Henlein – Gerhard Fuchs

(30.06.1928 in Bleistadt – 03.04.2023 in Leipzig)

Nachruf von Lutz-Dieter Behrendt in „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung", 65. Jahrgang, September 2023, 3/2023, S. 167 – 170.

Am 3. April 2023 starb in Leipzig wenige Wochen vor Vollendung seines 95. Lebensjahres einer der profiliertesten Kenner der Geschichte der Tschechoslowakei und der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen, Professor Dr. Gerhard Fuchs.

Am 30. Juni 1928 wurde er im böhmischen Bleistadt (Oloví) als Sohn eines deutschen Glastechnikers und einer tschechischen Mutter geboren. Seine 1998 bis 2007 in drei Bänden erschienenen Lebenserinnerungen „Ein Sechsstaatenbürger" zeigen seinen komplizierten Weg von einem katholisch erzogenen Jungen zu einem marxistischen Historiker, der sich mit seinen Forschungen, seinem ganzen Schaffen lebenslang für ein gutnachbarliches Verhältnis zur Tschechoslowakei bzw. zu Tschechien eingesetzt hat. Gerhard Fuchs wuchs in einer deutsch-tschechischen Familie in der Tschechoslowakei zweisprachig auf. Er musste den Anschluss seiner Heimat an Hitlerdeutschland, die Desillusionierung im Flakhelfereinsatz und 1946 den „Odsun", den „Abschub" aus der Heimat, erleben. Der Titel seiner Erinnerungen spielt darauf an, dass er sechs verschiedene Staatsgebilde – die Vorkriegstschechoslowakei, das Naziregime im Großdeutschen Reich, die dritte Tschechoslowakische Republik, die Sowjetische Besatzungszone, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland – erlebt hat.

Nach Hilfsarbeitertätigkeiten konnte Gerhard Fuchs als Vorsemesterstudent sein Abitur ablegen. Im Sommersemester 1949 begann er an der Martin-Luther-Universität Halle ein Studium an der Philosophischen Fakultät in der Fachkombination Geschichte und Russisch. Zu seinen akademischen Lehrern gehörten Franz Altheim, Hans Hausherr, Martin Lintzel, Walter Markov, Eugen Häusler, Leo Kofler, Wilhelm Worringer, Hans Ahrbeck und Georg Mende. Besonders geprägt wurde er durch Leo Stern, bei dem er als Hilfsassistent und nach dem Studium als Assistent arbeitete. Seine Diplomarbeit schrieb Gerhard Fuchs über „Karlstadts radikal-reformatorisches Wirken und seine Stellung zu Müntzer und Luther".

In der wissenschaftlichen Arbeit und in der Lehrtätigkeit orientierte sich der junge Historiker auf die Zeitgeschichte. Sein besonderes Interesse, das sich auch aus seinem bisherigen Lebensweg ableitete, galt der Geschichte Böhmens und der Tschechoslowakei. Da die bisherige Literatur zum deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis seit 1918 vorwiegend die nationalen Auseinandersetzungen behandelte und die Arbeiterbewegung vernachlässigte, wählte er als Dissertationsthema den gemeinsamen Kampf deutscher und tschechischer fortschrittlicher Kräfte gegen den Faschismus in den dreißiger Jahren, 1961 unter dem Titel „Gegen Hitler und Henlein. Der solidarische Kampf tschechischer und deutscher Antifaschisten von 1933 – 1939" als Buch veröffentlicht.

So war es kein Zufall, dass er nach einem zweijährigen Intermezzo als Fachreferent für Geschichte im Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen eine Tätigkeit in der Abteilung Tschechoslowakei und als stellvertretener Leiter des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien an der Karl-Marx-Universität Leipzig aufnahm.

Das ambitionierte Projekt eines „Abrisses der Geschichte der volksdemokratischen Länder von 1917 bis zur Gegenwart" im Institut für Geschichte der europäischen Volksdemokratien, zu dem Gerhard Fuchs den tschechoslowakischen Part beitrug, scheiterte, weil die SED-Führung aus Furcht vor einer Ansteckung durch die Ereignisse in der ČSSR dem Institut und Gerhard Fuchs persönlich Revisionismus vorwarf. Für Gerhard Fuchs, der die Geschichte der Tschechoslowakei schon ausgearbeitet und dem Verlag eingereicht hatte, bedeutete das eine Gefährdung seiner wissenschaftlichen Existenz und ein zeitweiliges Verbot von Reisen in die ČSSR. Das Institut wurde zerschlagen, die Wissenschaftler, teils fachfremd, an die unterschiedlichsten Einrichtungen versetzt.

Gerhard Fuchs konnte im Bereich „Allgemeine Geschichte der neuesten Zeit“ der Sektion Geschichte an der Karl-Marx-Universität bleiben und konzentrierte sich auf seine 1973 verteidigte Dissertation B, mit der er erneut historisches Neuland betrat. Als Erster erforschte er unter dem Thema „Deutschland und die Tschechoslowakei vom ersten Weltkrieg bis Locarno. Aggressive Strategie und flexible Taktik der Außenpolitik des deutschen Imperialismus“ die antitschechische Politik der herrschenden Kreise Deutschlands gegen die junge Tschechoslowakei zur Zeit der Weimarer Republik. Gestützt auf ein tiefgründiges Quellenstudium, konnte er nachweisen, dass die Weichenstellung auf München bereits in der „Ära Stresemann“ mit der Locarno-Politik begann. Er leistete damit einen Beitrag zur Osteuropawissenschaft, der Bestand haben wird.

Da unter den damaligen Bedingungen Ländergeschichten nicht möglich waren, wurde im 1974 neu geschaffenen Lehrstuhl „Geschichte der KPdSU, der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas“ die vergleichende Methode für die Länder Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas angewandt. Gerhard Fuchs konzentrierte sich dabei auf die Machtfrage in der volksdemokratischen Revolution. Er war auch als Autor und in der Redaktionsgruppe an der Abfassung des 1981 erschienenen Hochschullehrbuchs „Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft. Herausbildung und Entwicklung des realen Sozialismus von 1917 bis zur Gegenwart“ beteiligt. Die Darstellung erfolgte unter formationsgeschichtlichem Aspekt. Das Autorenkollektiv wurde aber in einem Gutachten der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED gerügt, die „maßstabsetzenden“ parteiamtlichen Darstellungen nicht genügend berücksichtigt zu haben. Das Manuskript musste mehrfach überarbeitet, entschärft und geglättet werden. Das fertige Buch wurde von Gerhard Fuchs wie von den anderen Beteiligten nicht als wissenschaftliche Glanzleistung betrachtet.

Gerhard Fuchs war Mitglied der Historikerkommissionen DDR-Tschechoslowakei und DDR-UdSSR sowie der Fachkommission „Geschichte der slawischen Völker“ der Historikergesellschaft der DDR. Auf unzähligen Konferenzen und Tagungen im In- und Ausland belebte er durch seine fundierten Beiträge die Diskussion. Zu vielen Historikern der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Polens unterhielt er freundschaftliche Kontakte. Verschiedene angehende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen führte er zur Dissertation.

Der Wissenschaftsbereich Osteuropa wurde an der Leipziger Universität im Dezember 1990 abgewickelt. Ohne Evaluierung wurde Gerhard Fuchs am 1. Januar invalidisiert. Für eine Fortsetzung einer von ihm 1992 gehaltene Vorlesung zur Geschichte der Tschechoslowakei erhielt er keinen Lehrauftrag mehr, weil er – so die Auskunft der Personalkommission – als AGL/BGL-Vorsitzender die DDR-Hochschulpolitik, insbesondere die 3. Hochschulreform, inhaltlich unterstützt habe.

Gerhard Fuchs hat seine Überzeugung nie aufgegeben, dass für eine gedeihliche und friedliche Entwicklung Deutschlands und Europas gute, auf Gleichberechtigung beruhende, auf Nationalismus und Großmachtchauvinismus verzichtende Beziehungen zu allen Völkern und Staaten Osteuropas unbedingt notwendig sind. In diesem Sinne hat er sich immer wieder auch im Ruhestand öffentlich zu Wort gemeldet. Darin besteht auch sein Vermächtnis. So wandte er sich im März 1999 in einem Offenen Brief gegen die völkerrechtswidrige NATO-Aggression gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Im Juni 2000 forderte er in einem offenen Brief den Bürgermeister von Freising auf, auf die Aufstellung eines Denkmals für den revanchistischen Sudetenpolitiker Rudolf Lodgman von Auen zu verzichten.

Gerhard Fuchs war ein guter Ratgeber, sparte auch nicht mit kritischen Bemerkungen, wo es Not tat. Seine Kollegen, die ihm die letzte Ehre erwiesen, schätzten in den Lehrstuhldiskussionen immer sein undogmatisches Herangehen, seinen kritischen Blick auf die Sozialismusgeschichte, sein kameradschaftliches, auf Konsens zielendes Verhalten, seine klugen Gedanken in den schwierigen Diskussionen zu den Forschungsprojekten und seine fundierte, faktenbasierte, von den Studenten gelobte Lehre.

* * *

Tatsachen stehen höher als jede noch so autoritative Äußerung – Kurt Gossweiler

(05.11.1917 in Stuttgart – 15.05. 2017 in Berlin)

Am 15. Mai 2017 ist Kurt Gossweiler mit 99 Jahren in Berlin verstorben. Er gehörte zu den bedeutendsten Faschismusforschern der DDR. Nach 1990 befasste er sich mit dem Revisionismus – ein Nachruf von Jürgen Lloyd in „junge Welt" vom 07.06.2017, S. 12.

„Tatsachen stehen höher als jede noch so autoritative Äußerung!" Zu diesem Leitsatz seiner wissenschaftlichen Arbeit bekannte sich Kurt Gossweiler in der Dankesrede, die er anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität im Jahr 1988 hielt. Der Leitsatz wurde sein Mittel gegen die Gefahr, irgendwelche Geschichts- oder Gegenwartsdeutungen unkritisch hinzunehmen. Der marxistische Historiker begründete diesen Satz aus einer Fragestellung: Kann das „De omnibus dubitandum", die Forderung, an allem zu zweifeln, die Karl Marx als seinen Lieblingsspruch seinen Töchtern aufgeschrieben hat, auch bedeuten, am Marxismus zu zweifeln? Ist solcher Zweifel vereinbar mit Lenins Urteil vom Marxismus, der allmächtig sei, weil er wahr sei? Der Leninist Gossweiler antwortete: „Der Marxismus bleibt nur allmächtig, wenn er wahr bleibt, und er bleibt nur wahr, wenn er mit dem Leben Schritt hält. Das Leben – die Tatsachen – sind oberste Instanz." Und Gossweiler hat diese Maxime mit wissenschaftlicher Konsequenz und konsequenter Wissenschaftlichkeit eingehalten, wenn er sich seinen beiden großen Themengebieten widmete: der Frage, wie es zur faschistischen Herrschaft kommen konnte bzw. woher die Gefahr des Faschismus auch heute kommt und der Frage nach den Ursachen der Niederlage der sozialistischen Staaten in der Konterrevolution der Jahre 1989/90.

Angefangen mit der Arbeit in einer kommunistischen Schülergruppe in Berlin-Neukölln zu Beginn der 1930er Jahre und der illegalen Arbeit in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur wurde die – in Theorie und Praxis stattfindende – Auseinandersetzung mit dem Faschismus zum Tätigkeitsfeld von Gossweiler. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 nutzte er im Frühjahr 1943 eine Gelegenheit, um zur Roten Armee überzulaufen und wurde für vier Monate Teilnehmer, dann für vier Jahre Lehrer an der zentralen Antifaschule im westsibirischen Taliza. In späteren Erinnerungen rechnete Gossweiler diese Zeit zu den wertvollsten seines Lebens und bezeichnete die Antifaschule als seine „eigentliche Universität".

Die Röhm-Affäre

Nach Berlin zurückgekehrt trat Kurt Gossweiler 1947 der SED bei. Zunächst ganz mit Parteiarbeiten beschäftigt, begann er schließlich 1955 mit einer Doktoranden-Aspirantur an der Humboldt-Universität seine Tätigkeit als Historiker, die er später am Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR fortsetzte. Mit seiner Dissertation zur „Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre" lieferte Gossweiler eine bemerkenswerte Probe seiner Qualitäten als marxistischer Historiker. Die Dissertationsschrift, lange Zeit nur schwer erhältlich, aber 2009 dankenswerterweise vom Kölner Papy-Rossa-Verlag als Reprint unter dem Titel „Der Putsch, der keiner war" neu aufgelegt,[1] kann zu Recht als Meilenstein marxistischer Faschismusforschung angesehen werden.

Auf Grundlage eines umfassenden Quellenstudiums geht Gossweiler weit über bestehende – auch marxistische – Erklärungen des sogenannten Röhm-Putsches von 1934 hinaus. Während bürgerliche Darstellungen die Vorgänge als Rivalitätskampf innerhalb der Naziführung oder als Kampf um die Kompetenz- und Machtverteilung zwischen Reichswehr und SA bzw. NSDAP deuten (und dabei auf der Grundlage der Totalitarismusdoktrin die Morde vom Juni 1934 und die folgende Entwicklung „als Beispiel eines totalitären Revolutionsprozesses moderner Prägung"[2] präsentieren), vermittelte aus marxistischer Sicht das bereits 1934 von Antifaschisten in der Emigration herausgegebene

1 Kurt Gossweiler: Der Putsch, der keiner war. Die Röhm-Affäre 1934 und der Richtungskampf im deutschen Faschismus, Köln 2009.

2 Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln und Opladen 1960, S. 972.

„Weißbuch über die Erschießungen des 30. Juni“ bessere Einblicke in die geschichtlichen Zusammenhänge der Vorgänge. Es erklärte diese insbesondere aus der Problemlage der faschistischen Diktatur, die eigene Massenbasis, die mit Versprechungen und Demagogie gewonnen wurde, durch die reale Praxis des Faschismus an der Macht zu verlieren. Dieser gesetzmäßig auftretende Widerspruch zwischen den Erwartungshaltungen der zu einer faschistischen Basis gehörenden und der – ab der Sekunde des Machtantritts der faschistischen Regierung beginnenden – Durchsetzung einer ausschließlich dem herrschenden Monopolkapital verpflichteten Politik, äußerte sich in Deutschland mit der besonders in der SA verbreiteten Forderung nach einer „zweiten Revolution“ und – da diese Forderung wegen des wahren Charakters des Faschismus an der Macht illusionär war – in einer politischen Krise der faschistischen Diktatur. Diese frühe Deutung im „Weißbuch“ bestätigt Gossweiler, betont aber, dass dies lediglich ein Aspekt sein könne und der ganze Komplex der Konflikte, aus dem die Röhm-Affäre erwuchs, einer weitergehenden Analyse bedürfe.

Kurt Gossweiler wusste, dass ohne Verständnis des Imperialismus auch der Faschismus nicht zu verstehen sei. Lenin stellte in seiner Imperialismusschrift fest: „Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit *alle* Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen ‚Details‘.“[3] Gossweiler konzentriert sich dementsprechend bei seiner Untersuchung auf das komplexe Konfliktfeld diverser widersprüchlicher Interessen zwischen „alter“ und „neuer“ Industrie (Kohle-Stahl/Chemie-Elektro), zwischen Bank- und Industriekapital sowie zwischen amerikanischem und inländischem Kapital. Es gelingt ihm, in diesem Geflecht von sich überlappenden Konflikten (dem er sich auch in seiner Habilitationsschrift über „Großbanken, Industriemonopole und Staat 1914 – 1932“ widmete, die 1971 in der DDR erschien und sogleich in diversen Raubdrucken im Westen verbreitet wurde[4]) nicht die Übersicht zu verlieren. Diese Fähigkeit beruht auf der Erkenntnis des Marxisten, dass Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Er geht daher nicht – wie bürgerliche Geschichtsschreiber und etliche pseudomarxistische Autoren – von individuellen (Profit-)Interessen aus, sondern fragt nach Klasseninteressen und deren jeweiligen Durchsetzungsbestrebungen unter je konkreten Bedingungen. So kommt Gossweiler in seiner Untersuchung der Röhm-Affäre zu der verallgemeinerungsfähigen Aussage: „Aus dieser Wechselwirkung der verschiedenartigen Kräfte ergibt sich, dass aus dem Gruppenkampf innerhalb der herrschenden Klasse durchaus nicht immer die stärkste Gruppe als Sieger hervorgeht, sondern dass sich gewöhnlich jene Gruppen durchsetzen, deren spezifische Gruppeninteressen am meisten dem Gesamtinteresse des jeweiligen Imperialismus kongruent sind und deren individuelle Lage am meisten der Lage des jeweiligen Imperialismus entspricht.“[5]

Marxistische Faschismusanalyse

Das marxistisch-leninistische Faschismusverständnis und dessen Fähigkeit, die Entstehungsgründe und Entstehungsbedingungen schlüssig aus den Bedingungen monopolkapitalistischer Herrschaft zu erklären, bezieht sich zu Recht auf die von Georgi Dimitroff 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale vorgetragenen Erklärung des Klassencharakters des Faschismus an der Macht. Die Bestimmung als offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals richtet sich – wie Gossweiler 1994 in einem Referat betonte – explizit gegen andere, falsche Bestimmungen des Klassencharakters des Faschismus und bildet damit notwendigerweise den Ankerpunkt für eine Theorie, die vom Klassenkampf als geschichtsbestimmenden Faktor ausgeht. Der vielzitierte Satz ist demnach auch keine „Definition“ des Faschismus, sondern die Kennzeichnung eines bestimmten Aspekts dieser Form bürgerlicher Herrschaft. Bereits Dimitroff und weitere Referenten des VII. Weltkongresses haben aus der Charakterisierung dieses Aspekts ein tieferes Verständnis des Faschismus entwickelt. Marxistische Historiker (und es ist berechtigt, hier insbesondere die Arbeiten in der DDR hervorzuheben) haben

---

3 Wladimir Iljitsch Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders.: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 241.

4 Kurt Gossweiler: Großbanken, Industriemonopole und Staat: Ökonomie und Politik 1914 bis 1932, Köln 2013.

5 Gossweiler: Der Putsch, der keiner war, a. a. O., S. 425.

nach der Befreiung vom Faschismus diese Aufgabe weitergeführt, unter anderem mit der ihnen ungleich besser möglichen Sammlung und Sichtung von Dokumenten und Quellen. Kurt Gossweiler und ebenso sein (westdeutscher) Freund und Mitstreiter Reinhard Opitz hatten wesentlichen Anteil an dieser Leistung. Der von Antikommunisten jeglicher Schattierung (auch solcher, die sich als „links“ verstehen) immer wieder vorgebrachte Vorwurf, das marxistisch-leninistische Faschismusverständnis liefe auf eine „Agententheorie“ hinaus, welche den Faschismus als Resultat strippenziehender, kapitalistischer Hintermänner erklärt, belegt die Unfähigkeit solcher Autoren, den Reichtum des marxistischen Begriffs „Klassenkampf“ auch nur annähernd zu erfassen. Wie sehr dieser Vorwurf an der marxistischen Faschismusforschung vorbeigeht, wird deutlich, wenn Gossweiler zu der Analyse der Hintergründe der Röhm-Affäre schreibt: „Ein solches Ergebnis kann aber grundsätzlich nicht nach einem vorherbestimmten Plan, etwa als Ergebnis einer Beratung und Beschlussfassung der Spitzen aller Monopolgruppen, zustande kommen, sondern nur als Ergebnis des Kampfes jeder Gruppe oder Gruppierung um die Durchsetzung ihrer Linie und ihrer Ziele. Im Kampf findet die Auslese statt zwischen objektiv möglichen und nicht möglichen, erreichbaren und unerreichbaren Lösungen und Kräftekombinationen, eine Auslese, deren Endresultat sich dann schließlich in der Zusammensetzung der jeweiligen Regierung, in der Besetzung der Kommandopositionen des Staatsapparates und der anderen Organisationen des Finanzkapitals, in Gesetzen, Verordnungen usw. niederschlägt.“[6]

Die Akribie bei der Untersuchung der „Tatsachen“, die höher zu stehen haben als autoritative Äußerungen, und die intellektuelle Anstrengung, mit der Kurt Gossweiler die geschichtliche Wirklichkeit erforschte, haben ihn aber nie den praktischen Zusammenhang vergessen lassen, aus dem diese Arbeit ihren Sinn zog: „Eine historische Untersuchung, ganz besonders eine Arbeit über die faschistische Diktatur, würde ihre Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie sich nicht darum bemühte, aus der Geschichte Schlussfolgerungen abzuleiten, die helfen können, Antwort auf die brennenden Fragen der Gegenwart zu geben.“[7] Seine vielen Vorträge und Aufsätze, insbesondere auch die für antifaschistische Mitstreiter im Westen gedachten, zeugen davon. Sie erschienen in Publikationen wie Das Argument, in den Marxistischen Blättern, der Deutschen Volkszeitung/Die Tat und in den von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten herausgegebenen Antifaschistischen Arbeitsheften. Ebenso wie Buchveröffentlichungen (zu nennen wäre insbesondere der 1980 zusammen mit Dietrich Eichholtz herausgegebene Sammelband „Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik“, die 1982 erschienene Darstellung der Entstehungsgeschichte der Nazipartei in „Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919 – 1924“ und die 1988 erschienene Sammlung „Aufsätze zum Faschismus“) geben seine Beiträge der antifaschistischen Bewegung auch heute noch Antworten und dringend benötigte Orientierung.

Revisionismusforschung

Der Bedarf von Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten an Selbstvergewisserung und Orientierung für den notwendigen Kampf, war auch der Grund für Gossweilers Wechsel des Forschungsschwerpunkts nach der Konterrevolution von 1989/90. Die Frage nach der Klärung der Ursachen für die erlittene Niederlage führte ihn zur Beschäftigung mit dem Revisionismus, der Waffe der Sieger, der diese – wie er 2007 bei einer Rede zu seinem 90. Geburtstag äußerte – „ihren Sieg über uns verdanken, und die unbrauchbar gemacht werden muss, wenn wir die Stärke erlangen wollen, die uns ermöglicht, die Sieger von gestern zu den Besiegten von morgen zu machen“.

Ihm zu unterstellen, er hätte mit dieser Ursachenbestimmung weitere, ebenfalls bestehende Gründe für die Niederlage des Sozialismus missachtet, ist vergleichbar lächerlich, wie ihm vorzuwerfen, seine Faschismusforschungen seien einseitig, da er die Rolle der rhetorischen Fähigkeiten Hitlers und die Wirkung seines Charismas – die von bürgerlichen Geschichtsschreibern so gerne betont, und von Marxisten aus diesem Grund belächelt werden, aber dennoch ohne Zweifel einen Platz im Funktionsgefüge des Hitlerfaschismus hatten – nicht berücksichtigt, wenn er vom Klassencharakter faschistischer Herrschaft spricht.

---

6 Ebd., S. 488.
7 Ebd., S. 431.

Gossweiler gibt grundlegende Einsichten nicht preis, zu denen die kommunistische Bewegung aus guten Gründen gelangt ist. Da ist der weder durch Wunsch und (auch revolutionäres) Wollen noch durch Reformen oder Transformationen zu lösende Widerspruch zwischen den Existenz- und Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus und den Klasseninteressen der Arbeiterklasse. Da ist die Einsicht in die historische Überlebtheit des Kapitalismus, der mit der Herausbildung der Monopole sein höchstes und letztes Entwicklungsstadium erreicht hat, jenseits dessen dem zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel nur noch dadurch entsprochen werden kann, dass „die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andren Leitung außer der ihrigen entwachsenen Produktivkräften".[8]

Zwei Tage nachdem Kurt Gossweiler am 5. November 1917 in Stuttgart zur Welt gekommen war, belegte die Oktoberrevolution in Russland, dass es der konsequent kämpfenden Arbeiterklasse möglich ist, die politischen Voraussetzungen für die Besitzergreifung der Produktivkräfte durch die Gesellschaft zu schaffen. Dass der nachfolgende Aufbau einer neuen Gesellschaft trotz schlechter Ausgangslage, trotz aller Hindernisse und Probleme so erfolgreich war, dass die UdSSR nur ein gutes viertel Jahrhundert später zum Hauptträger der Niederringung des Hitlerfaschismus werden konnte, beweist, dass dieser Aufbau unter der Leitung einer entschlossenen, revolutionären Partei möglich ist. Wenn man sich aber der historischen Notwendigkeit und der historischen Möglichkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bewusst ist, so lautet Gossweilers Frage, wie lässt sich dann die Niederlage von 1989/90 erklären?

Der Garant für die erfolgreiche Entwicklung der ersten vierzig Jahre war eine klug und zielbewusst handelnde kommunistische Partei sowie die langsam, aber konsequent der eigenen Rolle und Verantwortung bewusst werdende Bevölkerung. Es mussten eigene Schwächen und Fehler gewesen sein, die dazu führten, dass diese Macht die Kraft und Dynamik schrittweise wieder verlieren konnte und den, von Beginn an fortgesetzten, Einflussbemühungen und Angriffen des Klassengegners schließlich unterlag. Gossweiler benannte solche Fehler, hatte sie bereits seit 1957 in einem politischen Tagebuch aufgeschrieben und gesammelt. Und er identifizierte als ihre Quelle das Aufkommen und die Ausbreitung von Revisionismus in den sozialistischen Ländern und der kommunistischen Bewegung. Dieser beruhte letztlich auf der Missachtung bzw. Geringschätzung der Unvereinbarkeit von Imperialismus auf der einen und sozialistischen Zielen und Interessen der ganzen Menschheit auf der anderen Seite. Die Fehler (etwa die Identifikation sozialistischer Zukunftsvorstellungen mit der Konsumrealität der USA durch Chruschtschow oder die Annahme, der Imperialismus sei „friedensfähig") lassen sich aufzeigen, und ihre Wirkung auf das eigene Bewusstsein im Klassenkampf lässt sich erkennen und verstehen. Man muss nicht jeder Ausführung von Gossweiler über die Wege und Gründe, wie sich der Revisionismus in der kommunistischen Bewegung ausbreiten konnte, folgen. Dass es aber Revisionismus war, was den Niedergang der sozialistischen Staaten ermöglichte, bleibt die von Gossweiler gegebene Ursachenbestimmung, der keine auch nur annähernd so überzeugende und mit „Tatsachen" belegte Alternativerklärung entgegensteht.

Selbstkritik und Kontext

Dass Gossweiler den Anti-Stalinismus als Kernelement im Arsenal des Revisionismus ansah und den XX. Parteitag der KPdSU 1956 folgerichtig als negative Zäsur in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung, brachte ihm teilweise wütende Ablehnung und den Vorwurf ein, er würde die „Verbrechen Stalins" verharmlosen oder gar gutheißen. Worum es ihm tatsächlich ging, wird deutlich, wenn er im Januar 1989 in einem Brief an Gertrud Dürr, deren Assistent Gossweiler in der Antifaschule in Taliza war, schrieb: „Ich bin weit davon entfernt, Stalin gegen Kritik zu verteidigen – vorausgesetzt, sie stützt sich auf einwandfreies Tatsachenmaterial und dient nicht einfach nur der Stimmungsmache und – zumindest objektiv – der Diskreditierung des Sozialismus." Für ihn war selbstverständlich, dass es unsinnig und auch schädlich wäre, gemachte Fehler zu ignorieren oder zu leugnen, dass es im Gegenteil notwendig ist, diese Fehler zu untersuchen und selbstkritisch auszuwerten.

---

8 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 19, Berlin 1969, S. 222.

Dass Genossinnen und Genossen, die unter falschen Anschuldigungen verhaftet und ungerechtfertigt verurteilt wurden, in der Haft umgekommen sind, stellt sicher nicht den geringsten dieser Fehler und einen Verlust dar, über den sich nicht einfach mit dem Hinweis auf Späne, die beim Hobeln nun mal anfallen, hinweggehen lässt. Wenn der selbstkritische Bezug zur eigenen Geschichte und die notwendige Kritik an Fehlern aber zur Lossagung von den praktischen und theoretischen Grundlagen und zur Abspaltung von der eigenen Geschichte missbraucht wird, liegt dem nicht eine Haltung zugrunde, die lediglich über ein berechtigt kritisches Ziel hinausschießt, sondern es ist bereits der Boden betreten, auf dem der Klassenfeind zu Hause ist. Darauf hingewiesen zu haben, gehört zu Gossweilers vielen Verdiensten.

Kurt Gossweiler hat eine Reihe von Büchern und eine noch viel größere Zahl von Aufsätzen und Vorträgen hinterlassen. Viele davon sind erhältlich, ein beträchtlicher Teil ist auf der Seite www.kurt-gossweiler.de auch online verfügbar. Diesen Schatz an Anregungen und Einsichten für den Kampf zur Befreiung der Menschheit sich anzueignen und zu nutzen bleibt die Aufgabe der Bewegung, deren Existenzzweck diese Befreiung ist, der Bewegung, die den Genossen Kurt Gossweiler seit dessen Schulzeit in ihren Reihen wusste, und die nach Erreichung ihres Ziels – wovon der Optimist Gossweiler unbezwinglich überzeugt war – sich des Anteils an diesem Sieg bewusst sein wird, den sie dem am 15. Mai 2017 mit 99 Jahren Verstorbenen zu verdanken hat.

*

Zu Kurt Gossweilers bahnbrechenden Forschungsergebnissen. Von Gerhard Feldbauer in „offensiv", Heft 4, Juli-August 2017, S. 46 – 50.

Mit seinen herausragenden Werken zur Faschismusforschung hatte sich Kurt Gossweiler einem Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit den reaktionärsten Erscheinungsformen imperialistischer Herrschaft zugewandt und bahnbrechende Leistungen vollbracht. Er war dabei der Erste, der auch die internationale Vorreiterrolle des Mussolini-Faschismus von der Stunde seiner Geburt an herausarbeitete. Sein Machtantritt 1922 wirkte sich auf das 1920 in Ungarn an die Macht gekommene Horthy-Regime und 1923 in Bulgarien auf die Etablierung der Zankow-Diktatur ebenso aus wie 1926 auf die Errichtung der militärfaschistischen Diktatur unter General de Carmona Fragoso in Portugal. Die Putschpläne Francos wurden 1936 unter Leitung italienischer und deutscher Militärs und der Nutzung der militärischen Erfahrungen vor allem der Mussolini-Faschisten ausgearbeitet. In seiner Darstellung der Entstehungsgeschichte der Hitler-Partei in „Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919 – 1924" (Berlin/DDR, 1984) arbeitete Kurt heraus, dass sich Beispiel und Erfahrungen des römischen Faschismus besonders nachhaltig auf die Formierung des deutschen unter Hitler bis zu dessen Machtantritt in Deutschland auswirkten. Das zeigte sich im direkten Einfluss der „Führerpersönlichkeit" Mussolinis auf Hitler, im Entstehen der Strukturen seiner Bewegung und ihrer Kampfmethoden, besonders der sozialen Demagogie und des Terrors. Führende Kreise des deutschen Industrie- und Finanzkapitals beeindruckte, wie es dem „Duce" gelang, dem italienischen Imperialismus in Gestalt der faschistischen Bewegung eine Massenbasis zu verschaffen, über die er vorher nie verfügt hatte. Hitler nannte seine SA wörtlich nach den von Mussolini geschaffenen Squadre d'Azione (Sturmabteilungen). Er übernahm den von Mussolini erfundenen Führertitel „Duce" und den „römischen Gruß", mit dem sich dieser mit erhobenem rechtem Arm grüßen ließ. Ein unwesentlicher Unterschied bestand nur in der Farbe der Uniformhemden, die bei den italienischen Faschisten schwarz war, bei den deutschen braun. „Das Braunhemd", so räumte Hitler in seinen „Monologen im Führerhauptquartier" noch 1941 ein, „wäre vielleicht nicht entstanden ohne das Schwarzhemd"[1]. Er gestand ebenso, dass Mussolini einmal für ihn „eine ganz große Persönlichkeit"[2] darstellte.

Nach dem „Marsch auf Rom" begann die Mehrheit der deutschen Kapitalkreise, die bis dahin dazu geneigt hatte, gestützt auf die Rechtsparteien und die militaristischen Verbände wie den Stahlhelm

---

1 Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941 – 1944. Hrsg. v. Werner Jochmann, o. O. o. J., S. 30.

2 Ebenda.

die Monarchie wieder zu errichten, sich auf eine andere erfolgversprechende Möglichkeit hin zu orientieren – auf eine bürgerliche Partei faschistischen Typs, wie sie Hitler im Begriff war aufzubauen. Nach dem erfolgreichen „Marsch auf Rom“ begannen dann Ruhrschwerindustrielle um Thyssen und Stinnes Hitler und Ludendorff finanziell kräftig zu unterstützen, damit es diesen gelinge, an der Spitze der bayrischen Reaktion nach dem Vorbild Mussolinis einen ebenso erfolgreichen „Marsch auf Berlin“ durchzuführen. Die führenden Kreise des deutschen Kapitals orientierten sich in Auswertung der 1922 praktizierten römischen Kombination von Putsch mit anschließender „legaler“ Machtübergabe dahingehend, Hitler auf einem ähnlichen Weg an die Macht zu verhelfen, wobei der Schwerpunkt auf den SA-Terror zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung gelegt wurde (Gossweiler, a. a. O., S 304, 320 f.). Hitler und die deutschen Faschisten konnten, als sie dann 1933 an die Macht kamen, nicht nur auf ein Jahrzehnt Erfahrungen der Mussolini-Diktatur zurückgreifen, sondern auch deren Schwächen und Fehler auswerten.

Mit strategischem Weitblick wandte sich Kurt nach dem Sieg der Konterrevolution in der UdSSR und den sozialistischen Ländern Osteuropas einem neuem Forschungsschwerpunkt zu: Der Untersuchung, welche Rolle das Entstehen neuer Erscheinungsformen des Revisionismus in der KPdSU und den kommunistischen und Arbeiterparteien in Osteuropa spielte. Er bewies auf der Grundlage fundierten Quellenstudiums, dass im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, der insgesamt die Möglichkeiten für das weitere Voranschreiten des revolutionären Weltprozesses erweiterte, zugleich Bedingungen entstanden, die der bürgerlichen Ideologie – vor allem in Gestalt neuer Erscheinungsformen des Revisionismus, auch „moderner Revisionismus“ genannt – Wege des Eindringens nunmehr in die kommunistischen Parteien an der Macht einschließlich der KPdSU eröffneten. Kurt schätzte in „Wider den Revisionismus“ (München, 1997) ein, die Antihitlerkoalition habe „in Teilen der Bewegung Illusionen über den Imperialismus genährt; nur der deutsche, italienische und japanische Imperialismus seien ‚böse’ Imperialismen, die imperialistischen Bundesgenossen dagegen repräsentierten einen ‚guten’ Imperialismus, von dem keine Gefahr für den Sozialismus mehr ausginge.“

In den folgenden zwei Bänden „Die Taubenfußchronik oder die Chruschtschowiade“, Bd. I 1953 bis 1957, Bd. II 1957 bis 1976, (Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, München 1997 bzw. 2002/2005), wurde die schillernde Karriere von Nikita S. Chruschtschow und sein Kurs zwischen Revisionismus und flexibler Außenpolitik zu einem Schwerpunkt der Forschungen Kurts. Er legte, wie gewohnt, mit fundierten Quellen, Chruschtschows Rolle an der Spitze der KPdSU als Wegbereiter des modernen Revisionismus dar, der später Gorbatschow den Weg an die Macht ebnete und zur entscheidenden Ursache der sozialistischen Niederlage 1989/90 wurde.

Chruschtschows Vorgehen war, wie Kurt mehrfach betonte, nicht einfach zu durchschauen, da er stets als Marxist-Leninist und Verteidiger dieser Weltanschauung auftrat. In seiner elfjährigen Amtszeit verabsolutierte er bei dem Versuch, die starren Fronten des kalten Krieges durch flexible Methoden in der Außenpolitik zu durchbrechen, die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen und höhlte sie als Form des Klassenkampfes aus. Damit einher ging die Verallgemeinerung eines friedlichen parlamentarischen Weges zum Sozialismus. Zur Begründung seiner Absetzung wurden der sich verschärfende Konflikt mit der VR China und eine verfehlte Wirtschaftspolitik benannt. Die Auswirkungen seiner elfjährigen Amtszeit waren jedoch bedeutend tiefgreifender und wurden umfassend erst mit dem Untergang der UdSSR und des von ihr angeführten Sozialistischen Lagers in Osteuropa sichtbar. Chruschtschow ebnete Erscheinungen des Revisionismus in den an der Regierung befindlichen kommunistischen Parteien Osteuropas als auch in den kapitalistischen Industriestaaten den Weg.

Kurt schätzte ein, welch verheerenden Auswirkungen auf die kommunistische Weltbewegung 1956 der XX. Parteitag der KPdSU hatte. Das betraf nicht nur die Art und Weise, wie Chruschtschow in seiner Geheimrede am Ende des Parteitages zur Rolle Stalins Stellung nahm. Das berechtigte Eingehen auf Unrecht und Gewaltanwendung wurde von Chruschtschow ohne jeden historischen Bezug und ohne eine generelle Einordnung in revolutionäre Prozesse, in Sonderheit der Entwicklung seit der Oktoberrevolution, vorgenommen. In keiner Weise wurde berücksichtigt, dass in allen Revolutionen der Terror immer von den Verteidigern der bestehenden Ausbeuterordnungen begonnen wurde

und sich gegen die Revolutionäre richtete. In der KPdSU-Führung war Chruschtschows Rede weder kollektiv erörtert noch beschlossen worden. Sie wurde auch nicht als offizielles Parteidokument anerkannt und weder zu Chruschtschows noch Breshnews Zeiten veröffentlicht.

Zu den weitreichenden Auswirkungen des XX. Parteitages gehörte, dass er zum Konflikt mit der KP Chinas führte, die die Vorgehensweise Chruschtschows ablehnte, und er Deformierungen und Fehlentwicklungen in den sozialistischen Staaten bewirkte. Dazu gehörte, dass Chruschtschows Wirtschafts- und Sozialpolitik von Voluntarismus und Wunschdenken geprägt wurde: Verkündung des Aufbaus der Grundlagen des Kommunismus bis 1980, Überholung der höchstentwickelten kapitalistischen Staaten in der Pro-Kopf-Produktion, Orientierung an den konsumorientierten und parasitären Wertvorstellungen des Kapitalismus. Es wurde der abenteuerliche Kurs eingeschlagen, die Auseinandersetzung mit ihm auf dem Feld der Warenproduktion, auf dem dieser eine entscheidende Überlegenheit besaß, zu führen.

Nach der Absetzung Chruschtschows wurde Leonid I. Breshnew Parteichef. Der unter Chruschtschow Fuß gefasste Revisionismus stagnierte zunächst, es wurde jedoch nichts unternommen, ihn zu überwinden. Er bildete den Nährboden, der Michael S. Gorbatschow an die Macht brachte. Dessen Ziel bestand, wie er nach der Niederlage des Sozialismus in Europa 1989/90 offen eingestand, schon lange, bevor er 1985 Generalsekretär wurde, darin, die sozialistischen Gesellschaftsordnungen zu liquidieren und eine kapitalistische Restauration durchzusetzen. In zahlreichen Beiträgen, darunter die Schrift „Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow“ (Erstveröffentlichung als Sonderdruck der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ) München, Februar 1993, dann veröffentlicht in „offen-siv“, Dezember 1994 und schließlich in dem Sammelband von Kurt Gossweiler: „Wider den Revisionismus“ im Jahre 1997) hat sich Kurt mit den verheerenden Folgen der Politik dieses Renegaten und seiner Gefolgschaft auseinandergesetzt. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass „offen-siv“ gemeinsam mit der KPD und anderen beabsichtigt, einen Sammelband dieser Arbeiten Kurt Gossweilers herauszugeben.

Für mich waren die Forschungsergebnisse Kurts auf seinen beiden Strecken Anlass, mich denselben Themen in Italien zuzuwenden: Dem Faschismus und dem Umsichgreifen des neuen Revisionismus in Italien. Nahm doch, um nur ein Beispiel anzuführen, die IKP für sich nicht nur in Anspruch, die von Chruschtschow propagierte Koexistenz gegenüber den USA und der NATO selbst zu praktizieren, sondern sie auch auf die Innenpolitik zu übertragen. In Italien führte das dazu, dass die Revisionisten, nachdem sie die Führung der IKP an sich gerissen hatten, diese 1990/91 mit der Umwandlung in die sozialdemokratische Linkspartei PDS als KP liquidierten. Danach war die so geschwächte Linke 1994 nicht in der Lage, die Übernahme der Regierung durch den Führer der faschistoiden Forza Italia (FI), Silvio Berlusconi, zu verhindern, die dieser mit Unterbrechungen bis 2011 innehatte.

Von Kurt habe ich zu meinen Arbeiten immer viele wertvolle Ratschläge erhalten. Mit ihm habe ich einen treuen Freund verloren, der mir sehr fehlen wird.

*

Siehe auch:

https://kurt-gossweiler.de/zum-tod-von-kurt

* * *

Sein Werk war Herausforderung – Olaf Groehler

(28.04.1935 in Berlin – 27.12.1995 in Berlin)

Nachruf von Kurt Pätzold in „Neues Deutschland“ vom 30.12.1995.

Sein Werk war Herausforderung, auch an die Zunftgenossen jenseits der westlichen Staatsgrenze. So ist es auch aufgenommen worden. Frieden zwischen den beiden deutschen Staaten, ihn stabilisierende Beziehungen auf allen denkbaren Ebenen, das gehörte zu Groehlers Leitmotiven. Dafür setzte er sich ein und hat er umso mehr wirken können, je mehr Verantwortung ihm übertragen wurde. Früh mit Idee, Plan und Praxis grundstürzender Weltveränderung verbunden, hat er in den siebziger und achtziger Jahren mit seinen Mitteln geholfen, den Kalten Krieg zu beenden. Er war wie die frühverstorbenen Kollegen Wolfgang Schumann, Gustav Seeber und andere davon überzeugt, daß deutschen Historikern eine besondere Verpflichtung auferlegt sei, forschend auszugraben, was irgend dazu dienen könne, „damit es nicht wieder geschieht“. Und er meinte, daß unaufhebbare Differenzen in theoretischen und methodologischen Fragen keinen Grund abgeben könnten, sich dem zu entziehen.

Mit anderen hat Olaf Groehler deshalb auch an Scheinfronten selbsterrichtete geistige Hindernisse niedergerissen. So etwa durch die Korrektur des lange verengten Bildes vom antifaschistischen Widerstand, das durch den befreienden Blick auf die Täter des 20. Juli erst am vierzigsten Jahrestag des Ereignisses erweitert wurde. Seine Hinwendung zu einem bis dahin von ihm nicht bearbeiteten, umstrittenen Thema verriet auch sein Interesse an gesprächsweiser Rede und Widerrede. Sie waren sein Element, nicht lärmender Streit. Drohte der über einer Frage auszubrechen, brach er das Gespräch lieber ab und ließ sich und anderen Zeit zu ungestörtem Nachdenken.

Zu der Minderheit von Mitarbeitern der Akademie-Institute, die der Prozeß der Abwicklung nicht in Arbeitslosigkeit und berufsfremde Tätigkeit warf, gehörte auch Olaf Groehler. Er begann die „magische Marke“ des Jahres 1945 forschend zu überschreiten. Mehrere seiner letzten Publikationen galten Spuren von Antisemitismus und Judenfeindschaft in der Vor- und Frühgeschichte der DDR. In den Befunden hat uns sein Urteil gegeneinandergestellt, im Anliegen doch nicht entfernt.

Groehler wurde kein Vorzeigeobjekt des gewendeten „roten Geschichtswissenschaftlers“. Sich mit den sozialen Zuständen auszusöhnen, in die er 1990 geriet, und deren Folgen zu akzeptieren, war ihm seit der weitesten seiner Reisen in Sachen Geschichtswissenschaft unmöglich. Sie führte ihn bis nach Kalkutta und war ihm Gelegenheit, sein Bild von den Welten zu überprüfen.

Jene, die ihn von seinem neuen Arbeitsplatz in Potsdam im Sommer vergangenen Jahres verjagten, konnten den Forscher nicht zur Strecke bringen. Bis zuletzt, als seine tägliche Schaffenskraft schon auf wenig mehr als eine Stunde reduziert war, blieb er an dem Manuskript einer Biographie von Hugo Junkers, der Verwirklichung einer Idee, die er zwanzig Jahre zuvor gefaßt hatte.

Olaf Groehler verstarb am 27. Dezember, im Alter von erst 60 Jahren. Er hatte versucht, mit dem, was er von der Geschichte wußte, weit über seine Zunftgenossen hinauszuwirken. Er hat Filmemacher beraten, in Rundfunkmikrophone gesprochen und vor Fernsehkameras argumentiert. Sein Bedürfnis nach gedanklicher Verbindung drückte sich, als er schon in weitgehender Isolation lebte, auch in den Spalten dieser Zeitung aus. In ihr hat er sich noch vor kurzem zu Ereignissen und Büchern geäußert. Da trug ihn, wie er mir Anfang dieses Monats schrieb, noch die Hoffnung, daß „ich mich aus meinem Gesundheitstief hochrappele“. An Lebenswillen hat es dem Manne nicht gefehlt, dem viele ein achtendes Andenken bewahren könnten.

* * *

Der historischen Wahrheit verpflichtet – Gerhart Hass

(29.03.1931 in Berlin – 03.05.2008 in Rangsdorf)

Zum Tode von Gerhart Hass. Von Dietrich Eichholtz in „Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung“ 2008, Heft 31/32, S. 1 f.[*]

Im 78. Lebensjahr verstarb am 3. Mai 2008 unverhofft Professor Dr. Gerhart Hass nach kurzer, schwerer Krankheit. Aus dem engen beruflichen Verhältnis, in dem ich lange zum Verstorbenen stand, und aus langjährigen persönlichen Beziehungen drängen sich mir als unmittelbar Betroffenem Erinnerungen aus unserer gemeinsamen Zeit auf. Zuerst waren es die langen Jahre der Arbeit an „Deutschland im zweiten Weltkrieg” und übrigens auch an diesem Bulletin, in denen wir uns kennen und unsere wissenschaftlichen Anschauungen und Kenntnisse gegenseitig schätzen lernten. Während dieser Zeit, als wir beide uns einem nicht sehr großen, aber unter Wolfgang Schumanns Leitung fest zusammenhaltenden Kollektiv zugehörig fühlten, lernte ich, besonders in der ersten Phase, viel von Gerhart Hass, der als erster Mitarbeiter von Schumann und als Redakteur des ersten von sechs Bänden mehr für das Gesamtwerk getan hat, als mir damals bewusst war.

Wenn dieser Tage das in der BRD in Angriff genommene Werk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg” in 13 dickleibigen Bänden nach 30 Jahren Arbeit mit einem mehrfach größeren Stab von Mitarbeitern fertiggestellt worden ist, so kann sich unser in der DDR entstandenes Werk daneben nach wie vor in seiner wissenschaftlichen Leistung, aber gerade auch in seinem Wirkungsgrad in der breiteren Öffentlichkeit sehen lassen. Niemand hat sich so intensiv und kritisch bis in die letzte Zeit hinein mit den Vorzügen und Schwächen unseres Werkes auseinandergesetzt wie Gerhart Hass.

In den letzten Jahren der DDR war er wegen unberechtigter Vorwürfe, die ihm von Partei- und Akademieseite wegen seiner Auslandstätigkeit gemacht wurden, in der wissenschaftlichen und Leitungstätigkeit zurückgesetzt worden. Er wurde 1990 voll rehabilitiert und gehörte danach zu den Gründern der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, der er bis zu seinem Tode angehörte. Er war übrigens einer der Initiatoren jenes bekannten offenen Briefes (vom März 1998) von 50 ostdeutschen Historikern an das Comité international d’histoire de la Deuxième Guerre Mondiale, in dem gegen einen von diesem Comité verantworteten Artikel protestiert wurde, der weder die gesamte wissenschaftliche Arbeit der DDR-Historiographie der Erwähnung für wert erachtete, noch die rege Mitarbeit von DDR-Vertretern in eben diesem Comité.

Die bevorzugte wissenschaftliche Thematik von Gerhart Hass war und blieb der deutsch-sowjetische Krieg und insbesondere das Schicksal seiner alten Liebe und Studienstadt Leningrad. Bis zuletzt stand ihm als Ziel die ausführliche Behandlung ihres Schicksals während des Krieges vor Augen. Er nahm stets Partei gegen Verfälschungen und gegen die Herabwürdigung ihres Kampfes und Widerstandes durch „moderne” antisowjetische Historiker und Publizisten. Wohl niemand anders als er wäre dazu berufen gewesen, eine der Wahrheit verpflichtete, tief engagierte Geschichte Leningrads seit 1941 zu schreiben. Er ist zu früh gestorben.

*

Zum Tode von Professor Gerhart Hass in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ (Zossen) vom 08.05.2008.

Am 3. Mai starb der Rangsdorfer Historiker Professor Gerhart Hass im Alter von 77 Jahren. Er veröffentlichte über 500 wissenschaftliche Schriften. Den MAZ-Lesern ist er als Autor zahlreicher Beiträge bekannt.

Ab 1957 war Gerhart Hass am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin tätig. Sein Forschungsschwerpunkt war die Zeit des Nationalsozialismus. Doch Hass befasste sich auch mit der Vergangenheit seines Heimatortes. So wirkte er an einer Ausstellung in der

[*] http://www.max-stirner-archiv-leipzig.de/dokumente/bulletin31_32_2008.pdf

Rangsdorfer Bibliothek zum militärischen Widerstand gegen Hitler mit, hielt in Dahlewitz einen Vortrag über das Aufbegehren von Hans Kohlhase gegen das Raubrittertum im 16. Jahrhundert, verfasste für die Internetseite der Gemeinde den Abriss Rangsdorf von der Frühzeit bis zum Entstehen des Königreichs Preußen, um einige Beispiele zu nennen.

Bürgermeister Klaus Rocher sagt: Professor Hass war ein engagierter, wachsamer Bürger, der sich der historischen Wahrheit verpflichtet fühlte. Die Gemeinde ehrte ihn für sein ehrenamtliches Engagement am Tag der Deutschen Einheit 2005. Als streitbarer Zeitgenosse setzte sich Hass für ein Denkmal in Rangsdorf ein, das auch die Opfer des Zweiten Weltkrieges ehrt. Und er verlangte, den Gedenkstein für Claus Graf Schenk von Stauffenberg und Werner von Haeften zur Erinnerung an das Hitler-Attentat an eine besser zugängliche Stelle zu versetzen. Beide Forderungen harren noch der Erfüllung.

Gerhard Hass sammelte zuletzt Material für ein Buch über den zeitweise in Rangsdorf lebenden Georg Hansen, einer der Verschwörer um Stauffenberg. Es bleibt nun ungeschrieben.

* * *

Er sah sich immer geistig herausgefordert – Fritz Klein

(11.07.1924 in Berlin – 26.05.2011 in Berlin)

Zum Tod von Fritz Klein. Nachruf von Kurt Pätzold in „Ossietzky", Heft 12/2011, S. 475.

Wer den Historiker Fritz Klein auch nur aus seinen Beiträgen in der Weltbühne und später im Blättchen und auch hier in „Ossietzky" kannte, den mag die traurig stimmende Nachricht von seinem Tode an Denkanstöße erinnert haben, die seinen Texten immer zu entnehmen waren. Denn ohne sich selbst geistig herausgefordert zu sehen, hat sich der Mann auf einen Gegenstand oder ein Thema nicht eingelassen. Das gilt namentlich für das Unternehmen, mit dem sein Name verbunden bleiben wird und das ihm einen bleibenden Platz in der Reihe deutscher Geschichtsschreiber sichert: die mit einer Gruppe zumeist junger Mitarbeiter geschriebene Geschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg.

Sich dessen Ursachen, Verlauf und Folgen zum Forschungsobjekt zu wählen, lag nicht so nahe, wie es heute scheinen mag. Zwischen dem Krieg der Jahre von 1914 bis 1918 und der Gegenwart lag wie ein gewaltiger Quader der folgende. Auf ihn richteten sich ungeklärte und bedrängende Fragen in der Gesellschaft wie in der Wissenschaft. Da ein halbes Jahrhundert zurückzugreifen, bedeutete jedoch nicht Flucht, sondern sich forschend an den Anfang eines verhängnisvollen Weges deutscher Geschichte zu begeben. So hat Fritz Klein mit seinen Mitarbeitern, die engsten waren die früh verstorbenen Willibald Gutsche und Joachim Petzold, die Sache auch angesehen. Zudem begann gleichzeitig eine weitere Arbeitsgruppe im Institut für Geschichte an der DDR-Akademie der Wissenschaften mit einem parallelen Unternehmen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

Das dreibändige Weltkrieg-I-Werk gelangte Ende der 1960er Jahre auf den ostdeutschen Buchmarkt. Es war eine auf weitläufige Quellenstudien gestützte Entgegensetzung zu der schon in der Weimarer Republik massenhaft erschienenen Weltkriegsliteratur, mit der deutsche Kriegsunschuld nachgewiesen werden sollte und die Legende von der „im Felde unbesiegten", das Vaterland verteidigenden Armee verbreitet wurde. Und die Autoren waren, das unterschied ihre Arbeit von der verdienstvollen Monographie des Hamburgers Historikers und Universitätslehrers Fritz Fischer, die 1961 erschienen war und den Titel „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918" trug, auch den ökonomischen Macht- und Expansionsinteressen nachgegangen, nicht nur den deutschen, die in diese erste Jahrhundertkatastrophe geführt hatten.

Es hätte einer nochmaligen Bestätigung des Verdienstes nicht bedurft, das sich Klein und die Seinen erwarben, doch sie wurde ihnen zuteil. 2004 erfolgte durch den Leipziger Universitätsverlag ein Nachdruck der 3. Auflage des Werkes. Das ist nach dem Anschluss nur wenigen Produktionen, so auch Dietrich Eichholtz' „Geschichte der Kriegswirtschaft", geschehen. Klein schrieb zum Neudruck des Dreibänders ein Vorwort. Darin ging er auch auf den Umgang mit Leistungen ein, die zur Hinterlassenschaft des untergegangenen Staates gehören. Noch gilt seine Bemerkung: „Inhalte der von DDR-Historikern vorgelegten Arbeiten, Motive, die sie bewogen zu schreiben, was sie schrieben, bleiben vorsätzlich unerörtert."

Würde von den Antrieben geschrieben, die Klein leiteten, so wäre zuvörderst seine Überzeugung zu nennen, dass Geschichtswissenschaftler in ihre Zeit zu wirken und dabei keine vornehmere Aufgabe hätten, als zur Herstellung und Bewahrung des Völkerfriedens beizutragen.

*

Nachruf von Jörg Schütrumpf in „Neues Deutschland" vom 28.05.2011.

Als ihm für seine Erinnerungen („Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR", 2000) der Gestalter des S. Fischer Verlages ein Foto der Mauer als Titelblatt vorschlug, war er entsetzt. Fritz Klein hatte sich nach dem Untergang der DDR keine neue Biografie zugelegt.

Trotz seiner Jugend (Jg. 1924) gehörte er nach 1945 zu jenen, die das intellektuelle Leben in Gang brachten, schon als Student schrieb der Kriegsteilnehmer für die „Weltbühne" und baute mit am

Kulturbund. 1952 promovierte er über die frühen deutsch-sowjetischen Beziehungen, ein Jahr später wurde er zum Gründungschefredakteur der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“. Doch ab 1957 gehörte er „nicht mehr richtig dazu“, war drinnen und draußen. Denn nach dem kurzen Tauwetter, das nach dem 20. Parteitag der KPdSU die SED-Führung zunächst nicht hatte verhindern können, war mit den selbstbewussten sozialistischen Intellektuellen abgerechnet worden (Fritz Behrens, Ernst Bloch, Wolfgang Harich, Gunther Kohlmey, Herbert Sandberg, Gerhard Zwerenz u. a.). Ein Hieb hatte auch Klein getroffen.

Politisch kam Fritz Klein von der Gegenseite: Sein früh verstorbener Vater war als Chefredakteur der nationalkonservativen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ alles andere als links und trotzdem von den Nazis davongejagt worden. Aufgewachsen ist Fritz Klein in der Familie des sozialdemokratischen Bildungsreformers Heinrich Deiters, dort erfuhr er wesentliche Prägungen.

Fritz Klein hätte seine wissenschaftliche Laufbahn so ziemlich überall in der Welt fortsetzen können, blieb aber in der DDR und fand mit dem Zivilisationsbruch der Jahre zwischen 1914 und 1918 sein großes Thema. Die von ihm herausgegebene dreibändige Arbeit „Deutschland im Ersten Weltkrieg“ (1968/69) gilt nicht nur bis heute als Standardwerk, sie wurde 2004 noch einmal aufgelegt.

Uns Jungen gegenüber war er stets offen und bewahrte uns vor mancher Unüberlegtheit. International war Klein ein gefragter Partner, zu Hause wurde er schief beäugt. Als 1990 die Mitarbeiter des Instituts Allgemeine Geschichte an der Akademie der Wissenschaften erstmals ihren Chef frei wählen durften, entschieden sie sich für den 65-Jährigen.

Mit Fritz Klein, der am 26. Mai den Folgen eines Unfalls erlag, stirbt ein Stück deutsche Geschichte – eine ihrer besten Seiten.

* * *

„Europa unterm Hakenkreuz“. Sein Denkmal – Ludwig Nestler

(04.02.1930 in Chemnitz – 06.01.1993 in Berlin)

Europa unterm Hakenkreuz. Auch ein Denkmal für Ludwig Nestler.
Von Kurt Pätzold in „Neues Deutschland“ vom 29.01.1993, S. 13.

Der erste Band der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ erschien 1988 unter der Verantwortung eines Herausgeberkollegiums, dem ausschließlich DDR-Historiker angehörten. Exakt fünfzig Jahre nach der Liquidierung Österreichs und der Tschechoslowakei wurde der Auftakt zu einem der anspruchsvollsten Unternehmen gegeben, das sich Geschichtsschreiber und Archivare des inzwischen untergegangenen Staates vorsetzten. Dass das bis zum fünften von acht projektierten Bänden fortgeschrittene Vorhaben weitergeführt werden konnte, sagt über die Qualität der Faschismusforschung, die im östlichen deutschen Staat in den achtziger Jahren erreicht wurde, mehr aus als die dumm-dreisten Herabsetzungen, von denen Abwicklung und Scheinevaluierung begleitet sind. Nicht unerwähnt bleiben soll daher die Objektivität derer, die sich für die Zuendeführung der zeitweilig gefährdeten Edition in den alten Bundesländern einsetzten.

Da dieser Band erscheint, ist auch der zweite Leiter des wissenschaftlich-dokumentarischen Werkes nicht mehr unter den Lebenden. Ludwig Nestler verstarb kürzlich an den Folgen einer Krankheit, gegen die ärztliche Kunst ein „Kraut“ noch nicht erfand. Sein Wirken wird vor allem mit der Tätigkeit jenes Dokumentations-Zentrums über den deutschen Faschismus verbunden bleiben, dem er über Jahre vorstand und dessen zu schreibende Geschichte zum zwiespältig-widersprüchlichen Bild der Historiographie im Staat DDR gehört. Nestler hat den gescheiterten Versuch mitgetragen, zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs erstmalig eine von Autoren aus beiden deutschen Staaten unter jeweils eigener Verantwortung geschriebene historiographische Bilanz vorzulegen und sich zu ihr in einem Aufsatz „Über den Verlust zumutbarer Standfestigkeit“ bekannt.

Nun ist, zum Zeitpunkt seines Todes, das Erscheinen dieses sechsten Bandes auch ein Denkmal für Ludwig Nestler, dessen Verdienst ein Geleitwort von Friedrich P. Kahlenberg, Präsident des Bundesarchivs, im Namen des neuen Herausgebers benennt. Ihm ist auch zu entnehmen, daß die beiden ausstehenden Bände des Projekts bald folgen sollen. Kahlenberg nennt Band 6 ein „Dokument der ‚Wende‘“, ohne diese Kennzeichnung weiter zu erläutern. Ihm und seinen (West-?)Kollegen sei bei der Herausgabe bewusst gewesen, dass „gewisse terminologische Wendungen, wie sie in der Historiographie der DDR üblich geworden waren, nur äußerst schwer veränderbar sein würden.“ Da ist ein heikles Thema des Pluralismusverständnisses berührt, das Akzeptanz der jeweils eigenen wissenschaftlichen Begrifflichkeit wohl einschließt.

Der Schwerpunkt der Edition liegt auf Jugoslawien, das auch in der umfänglichen, dennoch auf das Wesentliche konzentrierten Einleitung von Martin Seckendorf „Okkupationspolitik in Südosteuropa“ den Hauptteil beansprucht. Darin spiegeln sich eigene wie fremde Forschungsleistungen wider sowie der nicht durchweg gesicherte sprachliche Zugang zur Literatur, die in den einst von den deutschen Faschisten besetzten Staaten entstand.

Es sind vor allem die 365, aus Platzgründen großenteils im Auszug veröffentlichten Dokumente, die ein Bild von den militärischen, politischen, wirtschaftlichen Interessen und Maßnahmen der Okkupanten vermitteln. Das erste stammt vom Februar 1941 und enthält einen Bericht des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, der sich vor dem Einfall in Jugoslawien und Griechenland mit der wirtschaftlichen Durchdringung Südost-Europas befasste, das letzte bildet ein Schreiben, das den Hitler-Nachfolger Dönitz vom Waffenstillstand in Italien unterrichtete. Ohne dass die Bearbeiter es vorausahnen konnten, enthalten die über Jugoslawien unterbreiteten Aktenstücke manche historische Entschlüsselung für gegenwärtige Ereignisse im zerfallenden, bürgerkriegs-erschütterten Staatengebilde.

Treu geblieben sind die Bearbeiter dem Grundsatz, freilich nur einen Teil jener Verbrechen zu dokumentieren, mit denen die Eroberer ihre Herrschaft begründeten, behaupten konnten und schließlich

zu verlängern suchten. Wie schon die voraufgegangenen Bände legt auch dieser den Wunsch nahe, in einer sich anschließenden, womöglich international bestrittenen Publikation einen Überblick darüber zu erhalten, wie die Untaten der Okkupanten und ihrer Kollaborateure nach der Befreiung aufgedeckt, bekanntgemacht und verfolgt worden sind.

*

Nachruf von Gerlinde Grahn in „Archivmitteilungen. Zeitschrift für Archivwesen, archivalische Quellenkunde und historische Hilfswissenschaften", H. 4/1993, S. 165.

Am 6. Januar 1993 verstarb nach langer Krankheit, deren schwere Belastung er bis in die letzten Wochen hinein durch produktive Arbeit zu verdrängen suchte, Dr. habil. Ludwig Nestler. Das Erscheinen der Quellenedition „Dokumente des Verbrechens. Aus Akten des Dritten Reiches. 1933 – 1945", an der er bis zum Schluss mitgearbeitet hatte, konnte er nicht mehr erleben.

Ludwig Nestler wurde am 4. Februar 1930 in Chemnitz als Sohn eines Musikers und einer Verkäuferin geboren. Nach dem Abitur studierte er Germanistik und Geschichtswissenschaft. Den Studien schlossen sich Tätigkeiten im Jugendverband und Staatsapparat der DDR an.

1964 nahm er seine Arbeit im Dokumentationszentrum zur Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrechen bei der Staatlichen Archivverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik auf.

Als langjähriger stellvertretender Leiter und schließlich Leiter des Dokumentationszentrums war er wesentlich an der Lösung der vielfältigen Aufgaben bei der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen beteiligt, so an der Herausgabe des „Braunbuches", des „Graubuches", von Dokumentationen über Kiesinger, Lübke, Nazirichter, Diplomaten und Dutzende von Materialsammlungen zu Einzelpersonen, die den Untersuchungsbehörden in beiden deutschen Staaten und im Ausland übergeben wurden.

Ludwig Nestler eignete sich umfangreiche archivfachliche, insbesondere quellenkundliche Kenntnisse an, die von erheblicher Bedeutung für einen authentischen, den historischen Tatsachen gerecht werdenden Umgang mit den Quellen war. Als sich Ende der siebziger Jahre das Profil der Einrichtung zu wandeln begann, da wesentliche Seiten der ursprünglichen Aufgabenstellung als gelöst betrachtet werden konnten, ging sein Bemühen dahin, das Zentrum als wichtige Informations- und Dokumentationsstelle zur Faschismusforschung in der DDR zu profilieren. In engem Zusammenhang damit stand seine weitere geschichtswissenschaftliche Qualifizierung, wovon seine Promotion über die Genesis der faschistischen deutschen Kriegsziele im zweiten Weltkrieg und die Habilitationsschrift über das deutsche Okkupationssystem in Europa unter besonderer Berücksichtigung der Besatzungsregime in Westeuropa zeugen. Zugleich konnte er im Dokumentationszentrum einen Kreis von qualifizierten Historikern und Archivaren zur Bewältigung der vielgestaltigen Aufgaben zusammenführen. An seine Mitarbeiter wie an sich selbst stellte er hohe Anforderungen hinsichtlich ihrer fachlichen wie menschlichen Qualitäten.

In den folgenden Jahren entwickelte sich ein enger Kontakt zwischen dem Dokumentationszentrum und fast allen auf dem Gebiet der Geschichte des Faschismus in der DDR Forschenden sowie mit vielen Wissenschaftlern des Auslands. Man kann wohl sagen, dass es kaum einen Forscher gab, der das Zentrum besuchte und von den Ideen und Anregungen, der tatkräftigen Hilfe Ludwig Nestlers nicht profitiert hat.

Eine Reihe von Publikationen, u. a. „Weltherrschaft im Visier", entstand in enger Zusammenarbeit mit bedeutenden und international anerkannten Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Erforschung der Geschichte des Faschismus in Ländern der östlichen und westlichen Welt und mit dem Dokumentationszentrum ähnlich gelagerten Institutionen, wie der Polnischen Hauptkommission, dem Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstands in Wien, dem Dokumentationszentrum für jüdische Zeitgeschichte in Paris und dem Office of Special Investigation in den USA u. a. Auf vielen internationalen wissenschaftlichen Konferenzen vermittelte Ludwig Nestler seine umfangreichen Kenntnisse über die Quellen zum Faschismus.

Das wohl bedeutendste Editionsprojekt war die unter seiner Leitung und der des leider zu früh verstorbenen bekannten Historikers Prof. Dr. Wolfgang Schumann herausgegebene Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“. Ein großes Kollektiv profilierter Historiker aus der DDR auf dem Gebiet der Faschismusforschung und eine Reihe von Archivaren schufen eine Editionsreihe, die internationale Beachtung fand, den hohen Stand der Faschismusforschung in der DDR widerspiegelte und deren Abschluss vom Bundesarchiv übernommen wurde.

Schon frühzeitig, besonders jedoch am Ende der 80er Jahre, sicher als Schlussfolgerung aus seinen vielseitigen internationalen Kontakten, setzte sich Ludwig Nestler engagiert für eine engere Zusammenarbeit von Forschern zur Geschichte des Faschismus aus Ost und West ein. Sein gemeinsam mit Historikern aus der BRD projektierter Sammelband scheiterte jedoch vorerst am politischen Kleinmut der verantwortlichen Institutionen der DDR. Erst Anfang 1990 konnte die Arbeit unter dem Titel „Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg“ erscheinen.

Die Abwicklung der Einrichtung und die Zerschlagung eines guten, in vielen Jahren um ihn gewachsenen Arbeitskollektivs traf ihn, sicher nicht zuletzt wegen dieses Engagements, besonders schwer.

Alle, die Ludwig Nestler kannten, wussten seine optimistische, freundliche und kameradschaftliche Art zu schätzen.

Noch neue Projekte vor Augen, holte ihn der Tod ein.

* * *

Gegen den Zeitgeist – Kurt Pätzold

(03.05.1930 in Breslau – 18.08.2016 in Berlin)

Gegen den Zeitgeist. Zum Tode des marxistischen Historikers und Faschismusforschers Kurt Pätzold. Nachruf von Manfred Weißbecker in „Neues Deutschland" vom 22. August 2016, S. 15: Nach schwerer und wissend ertragener Krankheit starb ein weithin geachteter Historiker, ein wissensreicher und anregender Kollege, ein guter Freund, im Alter von 86 Jahren.

Im Erinnern an Kurt Pätzold tauchen zahlreiche Bilder auf; sicher unterschiedliche, aus jeweiligen Blickrichtungen erzielte und auf unterschiedliche Anliegen bezogene, vielleicht auch divergierende. Entstanden sind sie aus langjährigem Zusammenleben, aus dem Miterleben seines Lebensganges, aus dem Begleiten in Zeiten sowohl freudvollen Glücks als auch in denen unverschuldeter Schwierigkeiten. Viele Bilder verschmelzen ineinander, formen sich zu dem eines Jugendlichen, der mit seinen Eltern in Breslau die Gräuel faschistischer Barbarei und des schrecklichen Zweiten Weltkrieges erlebte und zu kritischem Blick erzogen wurde. Eines Mannes, für den sich in den ersten Jahren der Nachkriegszeit ein erstrebenswertes Ziel individuellen und gesellschaftlichen Lebens erschloss. Eines Gelehrten, dessen Lebensweg viele Höhen, aber auch erschütternde Tiefen umfasst.

Seit seinem Geschichtsstudium an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität befasste Kurt Pätzold sich mit dem verhängnisvollen Wirken jener Kräfte, die sich im 20. Jahrhundert dem historischen Fortschritt in den Weg stellten, indem sie die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zu revidieren trachteten, den parlamentarisch-demokratisch verfassten Weimarer Staat zerstörten und eine massenmörderische Diktatur errichteten. Sein Blick galt dem Weg, den die deutschen Faschisten – sich selbst als „Nationalsozialisten" tarnend – im Bunde mit großbürgerlichen und militärischen Eliten in den Zweiten Weltkrieg gegangen sind.

Seine Sicht auf die Wurzeln der braunen Barbarei erwuchs stets aus einer komplexen Kenntnis von Strukturen und Entwicklungssträngen der kapitalistischen Gesellschaft. So konnten ihn jene Vorwürfe einer „ökonomistischen" Deutung des Faschismus nicht treffen, die seit eh und je gesellschaftskritischen, erst recht marxistischen Historikern gemacht worden sind, wider besseres Wissen auch immer noch erhoben werden. Ein unvoreingenommener Blick in seine biografischen Arbeiten über Adolf Hitler, Rudolf Heß, Julius Streicher, Hans Frank, Alfred Jodl oder Arthur Seyß-Inquart genügt, ebenso die Kenntnis des von ihm gemeinsam mit anderen herausgegebenen Bandes „Biographien zur deutschen Geschichte" oder auch der Publikationen zur Geschichte der NSDAP.

Unter den Faschismusforschern der DDR gehörte Kurt Pätzold zu den wenigen, die sich intensiv mit der nationalsozialistischen Ideologie und insbesondere mit der rassistisch-antisemitischen Judenverfolgung befassten. Mehrere Publikationen bezeugen das Geschick, tief in das Geschehene einzudringen, es in nahezu literarischem Stil darzustellen und die Vielgestaltigkeit von Ursachen-Bündeln zu verdeutlichen. Der ersten größeren Arbeit „Faschismus – Rassenwahn – Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933 – 1935)" folgten die – teils gemeinsam mit Erika Schwarz erarbeitete – Bände „Verfolgung Vertreibung Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942", „Pogromnacht 1938", „Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942", „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof. Franz Novak, der Transportoffizier Adolf Eichmanns".

Vor über zwei Jahrzehnten verlor Kurt Pätzold – wie viele andere auch – seine Anstellung an der Berliner Humboldt-Universität. Eine abenteuerliche und wohl doch bewusst gewählte Begründung sollte ihn und mehr noch sein Geschichtsverständnis, seine Sicht auf den absoluten Tiefpunkt deutscher Geschichte treffen. Das mag sein hartes, aber doch eindeutiges und treffendes Urteil erklären: Was von manchen als Prozess einer „Erneuerung" ostdeutscher Hochschulen betrieben und beschrieben wurde, sei auch eine „Geschichte von Ignoranz, Fälschung und Heuchelei".

Es gelang nicht, was in den Wendezeiten versucht worden war: Kurt Pätzold verstummte nicht. Im Gegenteil. Noch deutlicher als zuvor, noch intensiver und umfangreicher trat er in Erscheinung, das Instrumentarium kritisch-dialektischer Analyse glänzend beherrschend. Ihm ging es dabei immer auch um eine kritisch-kreative Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR, mit seiner eigenen Biografie, dabei turmhoch über allerlei Rechtfertigungsprodukten oder Verdammungsschriften stehend.

Den guten Traditionen deutscher Historiker folgend, bewegte er sich nun erst recht in seiner Zeit, diese nicht allein kontemplativ betrachtend, sondern zugleich mit dem Ziel verknüpft, sie bewegen, sie verändern zu wollen. Eine andere Welt als die kapitalistisch geprägte anstreben, eine menschlichere Form gesellschaftlichen Zusammenlebens gewinnen zu wollen – dies könnte als innere Triebkraft seines Strebens und Wirkens verstanden werden. Damit gehört er zu jenen, denen es in der 1990 vergrößerten Bundesrepublik Deutschland gelungen ist, auch außerhalb des ihm verwehrten Platzes im offiziellen Wissenschaftsbetrieb Gehör zu finden. Ein international renommierter Wissenschaftler sei er, konstatierte der Historiker-Kollege Wolfgang Benz vor einigen Jahren.

Mit den Mitteln des Historikers, eines parteilichen wohl, nicht eines parteiischen, bezog Kurt Pätzold vor allem Position gegen einen im neuen Zeitgeschehen dominierenden Geist, der hauptsächlich von einem Koste-es-was-es-wolle-Denken und unerbittlichem Willen zu Profitmaximierung geprägt erscheint, demzufolge auch von nur notdürftig verbrämter sozialer Kälte, von zunehmendem Demokratie-Abbau, von eiferndem Überwachungswahn und sogar – besonders abscheulich – von teils geduldetem, teils gefördertem rechtsextremen Ungeist und schamloser Rechtfertigung neuerlichen Kriegstreibens.

Zielgerichtet Alternativen anzustreben, bestimmte sowohl sein wissenschaftliches Arbeiten als auch seine umfangreichen geschichtspolitischen Bemühungen. Sein Anteil an linker politischer Bildungsarbeit war groß, auch über den Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung hinaus. Gebeten wurde er oft zu Vortragsveranstaltungen, und es gibt wohl nur wenige Städte im Osten oder Westen Deutschlands, in denen ein interessiertes Publikum – oftmals auch ein jüngeres – ihm noch nicht gelauscht und das Gespräch gesucht hätte.

Ihn bewegten unendlich viele Fragen: Wie entstand und entwickelte sich das, was seit eh und je zum Zeitgeist erhobene Leitgedanken jeweils machtausübender Potentaten, Priester, Parteien usw. gewesen sind? Dringlicher noch: Welche Ideen zum Lauf der Welt, welche Denkmuster bewegen den Geist beherrschter Massen? Wie erklärt sich die Bereitschaft vieler Menschen, darunter auch von Linken, Konzessionen an den jeweiligen Zeitgeist zu machen? Und: In welchen Wechselwirkungen zum Zeitgeist stehen jene, die gegen ihn wirken wollen und auch zu wirken vermögen, falls sie nicht vorrangig über sich selbst nachdenken und in linker Wollust zum Streiten untereinander den sprichwörtlichen Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen können?

Zunehmend wandte sich Kurt Pätzold auch anderen Themen zu. Autobiografischen zumal oder an bedeutsame Jahrestage gebundenen wie den Befreiungskriegen von 1813 oder dem Ersten Weltkrieg. Oft beschrieb er nicht allein geschichtliche Werdegänge und Hintergründe, beispielsweise die von Kriegerdenkmalen, sondern befasste sich auch mit den gesellschaftspolitischen Wirkungen historischer Redewendungen. „Schlagwörter und Schlachtrufe“ – so lautet auch der Titel zweier Bände, die davon künden. Sein Band „Faschismus-Diagnosen“ wird in keinem Bücherregal um Klarheit ringender Antifaschisten fehlen dürfen.

Zuletzt beschäftigte er sich wieder mit dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945, wozu allein in der verdienstvollen Reihe „Basiswissen“ des Kölner PapyRossa Verlages demnächst zwei Bände erscheinen werden. Er befasste sich mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 sowie mit dem zwei Jahre darauf erfolgten Überfall auf die UdSSR; „Ursachen, Pläne und Folgen“ – so lautete der Untertitel seines jüngst veröffentlichten Bandes über den 22. Juni 1941. Manch eine seiner Publikationen verdient, eine die Gegenwart unmittelbar berührende Streitschrift genannt zu werden.

Einige seiner vielen Projektideen ließen sich nicht verwirklichen, bedauerlicherweise, darunter die eines Bandes mit jenen Reden, Artikeln oder ähnlichen Texten, die als „Nekrologe“ für nach der

Wende verstorbene DDR-Historiker zu verstehen gewesen wären und sicher interessante Aspekte der Geschichtswissenschaft verdeutlicht hätten. Gespannt sein darf man auf den Druck eines Manuskripts, in dem es ihm um die Hintergründe von Entstehen und Wirken der umfangreichen Nazi-Gefolgschaft ging. Daran arbeitete er seit vielen Jahren und sogar bis zu seinem Tode, ständig an jeder Formulierung feilend.

Oftmals mit Kurt Pätzold gemeinsam arbeiten, diskutieren und Projekte verwirklichen zu können, bedeutete, ihn als kenntnisreich und dennoch stets lernbegierig, als anregend und problembewusst zu erleben. In ihm fand sich ein Partner, dem Fehlerhaftes und Stilloses ein Grauen bereitete und der sich selbst strengster Arbeitsdisziplin unterwarf. Kritische, zugleich aber produktive Hilfsbereitschaft und uneigennützige Solidarität widerfuhr vielen Studierenden, Freunden und Bekannten, die sich fragend und bittend an ihn wandten, fern von überheblicher Selbstherrlichkeit.

Die von materialistisch-dialektischem Denken geleitete Schar der Historiker erleidet einen herben Verlust. Sie hat einen beharrlichen Weggenossen verloren, der bestrebt war, möglichst Nutzbringendes und Ersprießliches zu leisten, Anerkennenswertes zu schaffen, nach Verhältnissen zu streben, in denen Gerechtigkeit und friedliches Miteinander dominieren können.

*

Nachruf von Wolfgang Benz in „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", H. 9/2016.

Am 18. August 2016 ist der Historiker Kurt Pätzold im Alter von 86 Jahren in Berlin gestorben. Von Krankheit und körperlicher Schwäche gezeichnet, wissend um das Ende, hat er bis zum letzten Atemzug geforscht und geschrieben. Das Erscheinen seiner letzten Arbeit über das Gefolge des Nationalsozialismus, die Nutznießer und Ermöglicher, die Opportunisten und die fanatisch Überzeugten, eine Studie zur Gesellschaft im faschistischen Staat, die ihn seit Jahren beschäftigte, ist Summe und Vermächtnis seines Lebens. Sein letztes postumes Buch wird ein nach Qualität und Umfang beeindruckendes Œuvre beschließen, das mit der Dissertation über den Zeiss-Konzern in der Weltwirtschaftskrise (1963) begann, mit der Arbeit „Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung" (1975) ein bedeutsames Zeichen der marxistischen Antisemitismus- und Faschismusforschung setzte, dem eine Achtung gebietende Serie von Studien zum Nationalsozialismus als deutscher Ausprägung des Faschismus, über die NSDAP, deren Protagonisten, über den Zweiten Weltkrieg folgte. Mit biografischen Arbeiten zu Hitler, dessen blassen Stellvertreter Rudolf Heß, den Antisemiten Julius Streicher, den Transportoffizier Eichmanns Franz Novak, über die in Nürnberg zum Galgen verurteilte Entourage des Diktators hat Pätzold weithin Neuland erschlossen oder neue Perspektiven eröffnet.

Der ebenso selbstbewusste wie selbstkritische Historiker Pätzold arbeitete gerne im Team, als Ko-Autoren begegnen wir: Manfred Weißbecker, Erika Schwarz, Irene Runge, Peter Black. Er hat auch die Mühen des Herausgebers und Redakteurs von Sammelbänden nicht gescheut, seine Bravour als Autor aber auch oft als Solist gezeigt.

In der DDR gehörte er zu den wenigen, die sich mit dem großen Thema Judenfeindschaft – von der Ausgrenzung der frühen Jahre des NS-Staats bis zur Vernichtung im Holocaust – beschäftigten. Im Westen wurde er nicht nur als prominenter Vertreter des Faches Zeitgeschichte wahrgenommen, profunde Sachkenntnis, Methodensicherheit, Eloquenz und Diskursfähigkeit machten den marxistischen Kollegen zum gefragten Partner im bürgerlichen Lager auf internationaler Bühne. Umso mehr waren die Begründungen und Umgangsformen, mit denen er als Lehrstuhlinhaber nach der Wende abgehalftert wurde, skandalös. Der Mangel an Courtoisie im Wendetaumel traf viele, er sollte demütigen, fiel aber zurück auf jene, die über dem Versuch der Entwürdigung selbst an Würde verloren.

Kurt Pätzold hat über seinen zu frühen Ruhestand, den er in höchster Produktivität zu nutzen wusste, nicht geklagt. Er hatte freilich Erfahrung mit praktizierter Staatsräson. Schon in der DDR war er einmal als Wissenschaftler politisch abgestraft worden. 1965, zwei Jahre nach der Promotion in Jena, musste er die Akademie der Wissenschaften der DDR verlassen, wo er Mitglied der Forschungsgruppe Zweiter Weltkrieg gewesen war. Für einen jungen Wissenschaftler war das eine vielversprechende Position. Wegen der Teilnahme an einem Gespräch in Westberlin mit prominenten Kollegen des Bonner

Feindstaats wurde Pätzold damals an die Humboldt-Universität versetzt. Das war eine Strafe: Abgesegnet vom ZK der SED und vom Direktor des Akademie-Instituts für deutsche Geschichte Ernst Engelberg und seinen Stellvertretern Heinrich Scheel und Horst Bartel angeführt, wurde am Rande des Historikertages der Bundesrepublik Meinungsaustausch gepflogen mit Vertretern der westdeutschen Geschichtswissenschaft wie Hans-Adolf Jacobsen, Martin Broszat, Wolfgang Schieder, Hans Mommsen. Es ging um Methodenprobleme der Weltkriegsforschung. Ein halbes Jahr später galt das Treffen als politisch leichtfertig, als Preisgabe der Klassenposition. Exempel mussten statuiert werden, es traf die beiden rangniedrigsten Teilnehmer des Treffens, Kurt Pätzold und Günter Paulus.

An der Humboldt-Universität habilitierte sich Pätzold 1973 mit einer Arbeit über den Judenmord. Das Thema hat ihn zeitlebens bewegt, mit weiteren Studien über die Reichskristallnacht 1938 und die Wannsee-Konferenz 1942 hat er zur Erhellung der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte beigetragen. Als Historiker hat sich Kurt Pätzold selbstverständlich der Aufklärung verpflichtet, als akademischer Lehrer, als Autor, als Vortragender, in der politischen Bildung hat er sich engagiert. Die Mühen, Details zu erforschen, scheute er nicht, ohne darüber zum kleinlichen Pedanten zu werden. Im Gegenteil. In seinen letzten Arbeiten hat er sich Stalingrad, dem Nürnberger Prozess, dem Fall Barbarossa, dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion gewidmet und sich neue Felder geöffnet mit so präzisen wie gedankenreichen kompakten Monografien über die Befreiungskriege (2013), den Ersten Weltkrieg (2014), den Überfall auf die Sowjetunion (2016).

Der Aufklärer Pätzold war auch kein Positivist, der im Faktischen sein Genügen suchte. Er hat sich immer wieder mit Zeichen und Symbolen der Politik, mit Schlagwörtern und Parolen beschäftigt, hat die Sinnstiftung durch Denkmale hinterfragt, hat sich mit Geschichtspolitik und dem politischen Scheitern des Sozialismus auseinandergesetzt und selbstkritisch die eigene Rolle als Historiker reflektiert in einer höchst lesenswerten Schrift „Die Geschichte kennt kein Pardon“ (2008).

Kurt Pätzold ist 1930 in Breslau geboren. Als fünfzehnjähriger heimatvertriebener Schlesier kam er nach Thüringen, wo er erwachsen wurde und in Jena Geschichte, Philosophie und politische Ökonomie studierte. Dann, Anfang der 1960er Jahre, wurde er Berliner. Im Glückwunsch zum 80. Geburtstag in dieser Zeitschrift war zu lesen: „Die Schaffenskraft des Historikers Pätzold scheint unerschöpflich. Aber nicht nur dies. Er ist ein politisch engagierter streitbarer Mensch und beteiligt sich an Debatten, die den Kurs der Linken nach der ‚Wende‘ bestimmen. Als begehrter Vortragender zieht Pätzold durch die Lande, als aufmerksamen Zuhörer und kritischen Beiträger findet man ihn auf vielen Foren, sein Rat ist gefragt. Kurt Pätzold ist der engagierte Antifaschist geblieben, als der er in der DDR wirkte.“

Manfred Weißbecker, Freund und Weggefährte Pätzolds, hat den Verstorbenen im „Neuen Deutschland“ gewürdigt. Die „von materialistisch-dialektischem Denken geleitete Schar der Historiker“ erleide einen herben Verlust, heißt es dort. Aber nicht nur diese, muss ergänzt werden. Die ganze Zunft betrauert einen bedeutenden Kollegen.

*

Nachruf von Walter Schmidt für die Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V., 27.08.2016.

Am 18. August 2016 starb nach schwerer Krankheit im Alter von 86 Jahren in Berlin unser Mitglied Prof. Dr. Kurt Pätzold. Mit ihm verliert die deutsche Geschichtswissenschaft einen bedeutenden, national wie international renommierten Historiker. Er hat sich Verdienste vor allem um die Erforschung und Darstellung der Geschichte des deutschen Faschismus und insbesondere von dessen verbrecherischer Politik der Judenverfolgung und -vernichtung erworben.

Geboren am 3. Mai 1930 in Breslau, wuchs er in einer sozialistischen Arbeiterfamilie auf, die ihn in strikt antifaschistischem Geist erzog. Im Januar 1945 gerade noch der Festung Breslau durch Flucht mit seiner Mutter entronnen, reihte er sich nach der Zerschlagung des Faschismus, nun im thüringischen Weimar zu Hause, in die später sogenannte DDR-Aufbaugeneration ein. Von Anfang an politisch aktiv in der Jugendbewegung der Sowjetischen Besatzungszone, legte er 1948 an der ursprünglich reformpädagogischen Freien Schulgemeinde Wickersdorf, nahe Rudolstadt, einer Internatsschule, in die

nach 1945 auch Kinder aus Arbeiterkreisen aufgenommen wurden, das Abitur ab. Danach studierte bis 1953 in Jena Geschichte bei Karl Griewank, Friedrich Schneider und Hugo Preller, Philosophie bei Georg Klaus und Politische Ökonomie bei Bruno Warnke und Kurt Langendorf. Zugleich übernahm er noch als Student mit gerade 19 Jahren ehrenamtlich in leitenden Positionen Verantwortung für die Entwicklung des politischen Lebens an der Salana. Diese nahm er auch nach dem Examen in den fünfziger Jahren als hauptamtlicher Parteifunktionär wahr. Nach der Promotion mit einer Arbeit über den Zeiss-Konzern in der Wirtschaftskrise von 1929 – 1933 im Jahre 1963 ging er nach Berlin und wurde zunächst bei Ernst Engelberg, dem Leiter der neugebildeten Sektion Geschichte, Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften. 1964 nahm er seine Lehrtätigkeit an der Berliner Humboldt-Universität auf, die er, nach der Habilitation 1973 zum Professor berufen, bis 1992 ausübte. Die Studenten kannten und schätzten ihn als anregenden, Leistungen und eigenes Denken fordernden, für Diskussionen stets aufgeschlossenen und in Prüfungen recht strengen Hochschullehrer.

Die mit dem sogenannten „Elitenaustausch“ von 1990 nun das Leben an der Universität politisch Bestimmenden entließen ihn 1992 mit der geradezu hanebüchenen Begründung, er vertrete die Faschismus-auffassung der Kommunistischen Internationale und sei deshalb für die Lehre nicht mehr tragbar, wiewohl, wie es im Kündigungsschreiben wörtlich hieß, „die fachliche Qualifikation … Ihnen bei aller doktrinären und propagandistischen Elemente in den Veröffentlichungen aus der Zeit bis 1989 nicht pauschal abgesprochen werden“ könne. Die Vertreibung aus dem öffentlich bezahlten Wissenschaftsbetrieb hat Kurt Pätzolds wissenschaftliches Engagement, seine Produktivität und Kreativität nicht einschränken oder gar stoppen können, sondern im Gegenteil sie geradezu befördert. Das einzig Gute an der neuen Situation war für ihn, dass er, von bisherigen bürokratischen Belastungen befreit, sich ganz auf Forschungen und Publikationen konzentrieren konnte. Er hat dies weidlich zu nutzen gewusst. Die Bibliografie seiner Veröffentlichungen reicht nur bis zu seinem 70. Geburtstag 2000 und muss für die letzten eineinhalb Jahrzehnte noch ergänzt werden. Unschwer lässt sich aber schon jetzt feststellen, dass deren Zahl in dem Vierteljahrhundert nach 1990 größer ist als aus dem Zeitraum davor.

Bereits 1973 hatte Kurt Pätzold mit der Habilitationsschrift, die zwei Jahre später unter dem Titel: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933 – 1935) erschien, das Thema gefunden, dessen nun folgende Bearbeitung ihn über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt machte. In zahlreichen Büchern, mehrere gemeinsam mit seiner Schülerin Erika Schwarz verfasst, und in zahlreichen Artikeln in Zeit- und Sammelschriften untersuchte er als einer der ersten deutschen Historiker systematisch die Stufen der faschistischen Judenverfolgung bis zum industriell durchgeführten Judenmord. Er deckte – worum es ihm vor allem ging – die Zusammenhänge zwischen Judenverfolgung und imperialistischer Kriegs- und Eroberungspolitik auf, analysierte so die berüchtigte Wannseekonferenz vom Januar 1942, auf welcher der schon eingeleitete Massenmord an den europäischen Juden koordiniert und stabsmäßig organisiert wurde. An der Rolle des „Transportoffiziers“ des später in Ramla bei Tel Aviv gehenkten Adolf Eichmann legte er nicht nur die Beteiligung der Reichsbahn an den Verbrechen, sondern auch die vielfältigen Formen und Mechanismen der Verfolgung und Vernichtung der Juden bloß. Eine Sammelschrift unter dem Titel: „Wahn und Kalkül“ fasste 2012 seine wichtigsten zuvor verstreut erschienenen Artikel über den „Antisemitismus mit Hakenkreuz“ zusammen. Eine seiner letzten Studien, fertig gestellt in der Zeit seiner schweren Krankheit, galt der Behandlung der Wannseekonferenz in der Geschichtsschreibung.

Kurt Pätzolds Anliegen griff weiter. Er wollte den deutschen Faschismus in seiner Totalität, mit seinen historischen wie ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Wurzeln, seinen imperialistischen Hintermännern und seinen führenden Vertretern in den Blick nehmen, um die Wege und die Methoden offen zu legen, auf und mit denen Deutschland im Zweiten Weltkrieg in die größte Katastrophe geführt wurde. Als ein der materialistischen Dialektik verpflichteter marxistischer Historiker, der in seinen Forschungen die Grundsätze und Methoden des historischen Materialismus erfolgreich anzuwenden verstand, vermochte er – fern von jeglicher, den Marxisten immer wieder vorgeworfener ökonomistischer Einseitigkeit – bei seinen Erklärungen stets die gesellschaftlichen Prozesse in ihrer

Gesamtheit und die Wechselwirkungen und wechselseitigen Beeinflussungen ihrer verschiedenen Bereiche zur Geltung zu bringen.

Das belegen seine sämtlichen Publikationen zur Geschichte des Faschismus, die er, vielfach gemeinsam mit Manfred Weißbecker verfasst, der Öffentlichkeit – eine auch in mehreren Auflagen – unterbreitete: von der Geschichte der NSDAP (1981, 1998) über die Hitler-Biografie (1995), die von Rudolf Heß (1999), die Biografien von in Nürnberg zum Tode durch den Strang verurteilten Nazi-Kriegsverbrechern (1999) bis zu den jüngst erschienenen bzw. noch postum erscheinenden Büchern über den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Geschichte von 1933 bis 1945, die Basiswissen vermitteln wollen. Dazu gehören die Studien über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 und die in diesem Jahr erschienene Darstellung über den 22. Juni 1941, den Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion. Zu nennen ist die Zusammenstellung von linken „Faschismus-Diagnosen", mit denen er seine langjährigen Auseinandersetzungen um den Faschismusbegriff weiterführte und vertiefte. Seit den 1970er Jahren trieb Kurt Pätzold die lange vernachlässigte Frage nach den Gründen für den Masseneinfluss und -anhang des deutschen Faschismus um. Immer wieder beschäftigte ihn die „faschistische Manipulation des deutschen Volkes", verlangte er, den Veränderungen der sozialen Lage in der Mitte der dreißiger Jahre und der sozialen Demagogie größere Aufmerksamkeit zu schenken. Diese jahrzehntelangen Forschungen und Überlegungen mündeten in eine Darstellung der Rolle der Massen in Deutschland zwischen 1933 und 1945, die in „zwölf Kapiteln einer Gefolgschaft" den Wandlungen in deren Haltung im und zum faschistischen Herrschaftssystem nachgeht. Er konnte das Buch gerade noch fertig stellen; es wird postum erscheinen.

Kurt Pätzolds Arbeitsfeld war jedoch nie auf die Zeit von 1933 bis 1945 begrenzt. Viele seiner Streitschriften, die immer in das politische Leben und die geistigen Auseinandersetzungen der Gegenwart eingreifen wollten, befassen sich mit Ereignissen, deren Jahrestage ihn herausforderten: 2013 beschrieb er das „Nachleben" des Befreiungskrieges von 1813; 2014 setzte er sich mit den aktuellen Versuchen auseinander, den deutschen Imperialismus von der Schuld am Ersten Weltkrieg reinzuwaschen, und skizzierte die Geschichte der sogenannten Dolchstoßlegende in der Weimarer Republik. In eben diesem Sinne untersuchte er 2012 kritisch „Kriegerdenkmale in Deutschland" in Geschichte und Gegenwart.

Wollte man Kurt Pätzolds Leben und Wirken auf seine wissenschaftlichen Publikationen beschränken, würde man dem Mann nur zur Hälfte gerecht. Dazu gehört auch sein enormes, geradezu beispielloses geschichtspolitisches Engagement. Er wollte mit seinem Wissen aufklären und war in der Tat ein echter Aufklärer. Er ließ es sich nicht nehmen, den Sitz am Computer immer wieder mit dem als Redner in öffentlichen Diskussionsgremien zu vertauschen, in denen gestritten werden konnte. Da war er in seinem Element. Das motivierte ihn auch zu weiteren Forschungen. Das hat ihn – vergleichbar vielleicht nur mit den Wanderpredigern in der alten deutschen Sozialdemokratie – auch unter den einfachen Leuten in Deutschland-Ost wie -West: von Greifswald bis Suhl, von Bremen bis Freiburg im Breisgau bekannt gemacht. Diese Kontakte, bei denen er sich immer besonders freute, wenn er junge Menschen für Geschichte interessieren konnte, brauchte und genoss er.

2008 stand Kurt Pätzold in „Erinnerungen eines deutschen Historikers" unter dem Titel: „Die Geschichte kennt kein Pardon" zu seiner ganzen Vergangenheit, selbstbewusst und selbstkritisch.

Auch unsere Sozietät hat aus seinen wissenschaftlichen Leistungen und seiner Fähigkeit, erforschtes Wissen zu analysieren, theoretisch zu verarbeiten und weiter zu vermitteln, Nutzen gezogen. Vorträge über Themen aus seinen Forschungsfeldern: Der Massenmord an den europäischen Juden und die Geschichtswissenschaft. Ergebnisse und Kontroversen (Sitzungsberichte, Bd. 19 (1997) und Die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Legendenbildung und Geschichtswissenschaft (Sitzungsberichte, Bd. 35 (1999) wie auch seine Diskussionsmeldungen haben die Sitzungen der Klasse wie des Plenums immer wieder bereichert und belebt.

Die Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin wird Kurt Pätzold in guter Erinnerung behalten.

*

Kurt Pätzold lebt weiter. Nachruf von Otto Köhler in „Ossietzky", H. 17/2016.

Vor einem knappen Jahr sah ich Kurt Pätzold das letzte Mal, beim *Ossietzky*-Geburtstag, auf den Unwissende den Tag dieser seltsamen deutschen Einheit gelegt hatten. Er sprach über das, was uns trennt: Ostdeutsche nennen die Leute, die sich damals und heute wieder als Nationalsozialisten bezeichnen als die, die sie sind: Faschisten. Die Nachfolgestaatsbürger im Westen nennen sie – selbstverständlich – Nationalsozialisten, wie die sich schon immer selbst bezeichneten, ja rühmten. So erkennt man noch heute den Unterschied zwischen Ost- und West-Sozialisation. (Thesen seines Vortrags in Ossietzky 21/2015)

Nicht nur uns wird er fehlen, den Lesern, der Redaktion und den Autoren dieser Zeitschrift: Kurt Pätzold starb am 18. August an einem Krebsleiden. Einer wird da nicht trauern: Heinrich August Winkler, der eine vierbändige Geschichte des Entstehens der westlichen Wertegemeinschaft schrieb, war der unerbittlichste Feind von Kurt Pätzold. Vor einem Vierteljahrhundert, als Winkler im Zuge des – „Wiedervereinigung" genannten – Raubzugs gerade Pätzolds Lehrstuhl erobert hatte, saß er mir in der Humboldt-Universität gegenüber und wurde deutlich: „Würden Sie einen Professor, jetzt frage ich mal, im Amt belassen, der Studenten relegiert hat?" Wer das sei? Winkler: „Zum Beispiel Kurt Pätzold. Würden Sie jemand im Amt belassen, der aus politischen Gründen dazu beigetragen hat, dass Studenten die Universität verlassen mussten?"

So fragte Heinrich August Winkler, um den Mann zu erledigen, auf dessen Lehrstuhl er damals seit wenigen Tagen saß. Er selbst musste erst daran erinnert werden, dass er siebzehn Jahre zuvor als Dekan der Philosophischen Fakultät, an Relegationsverfahren beteiligt war, eine Studentin, die in den Schuldienst wollte, wurde beim Oberschulamt denunziert. Bedauert hat er das nie. Pätzold bestritt nicht, und bedauerte umso mehr, dass er ein Jahrzehnt zuvor als Hochschulassistent an Relegationsverfahren gegen Studenten beteiligt war. Er zählte die Verfahren zu den „Sargnägeln für die DDR" – die Studenten, die politisch aufgefallen waren, wurden „in die Produktion" geschickt, wie man das damals nannte. Pätzold blieb mit diesen Studenten in Kontakt und sorgte dafür, dass sie später ihr Studium zu Ende führen konnten und auch, dass die meisten von ihnen Karriere in Verlagen und in der Akademie der Wissenschaften machten. Einer wurde arbeitslos, aber erst in jener Zeit, da auch Pätzold als knapp Sechzigjähriger aus seinem Arbeitsplatz geworfen wurde. Winklers Einmarsch dortselbst wurde dagegen „für den knapp über Fünfzigjährigen zum Glückswechsel seines Lebens", urteilte sein Freiburger Historikerkollege Michael Borgolte, der ebenfalls einen freigeräumten Lehrstuhl an der Humboldt-Universität erbeutete.

Für Pätzold, den er verdrängte, war es ein Wechsel anderer Art. Seine akademische Laufbahn war abrupt beendet. Zwei Jahrzehnte später traf ich ihn wieder auf einer außeruniversitären Tagung in seiner alten Wirkungsstätte. Es sei das erste Mal seit damals, dass er die Humboldt-Universität wieder betrete, sagte er. Nein, er klagte nicht, er sagte es ohne Bitterkeit. So wie er vermerkte, dass er immer wieder Einladungen aus dem westlichen Ausland bekomme, nie aber von den Historikerkollegen, die ihn vor der Verehemaligung der DDR immer wieder an die westdeutschen Universitäten eingeladen haben.

Er hat in dem Vierteljahrhundert der Vertreibung aus der Humboldt-Universität in zahlreichen Büchern und Zeitschriftenveröffentlichungen ein reiches wissenschaftliches Werk über den deutschen Faschismus hinterlassen. Und jetzt, zwei Tage nach Pätzolds Tod, druckte am 20. und 22. August die *junge Welt* Auszüge aus einem schon bald von der „edition ost" veröffentlichten Buch, das er auf seinem Krankenbett Anfang Juli vollendet hatte. Es nannte es – schon im Sterbestift – „eine schwere Geburt".

Es ist sein Abschied von den Deutschen. Denen die willig oder auch nur gehorsam dem Faschismus dienten. Er erkennt, dass sie „bereits im Regime als dessen Opfer" erschienen, während sie doch „vor allem dessen Instrumente" waren. Auch danach fanden sie sich in ihrer Masse in einer Opfergruppe wieder, die sich von den vielen anderen Opfern in Europa allerdings dadurch grundsätzlich unterscheidet, dass sie dies durch eigenes Zutun geworden waren. Beseitigt wurde diese Differenz auch und vor allem durch Helmut Kohl, der dafür sorgte, dass das Mahnmal gegen den Faschismus und

gegen den Militarismus in der Neuen Wache nunmehr unterschiedslos an alle „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ erinnern muss.

In der Bundesrepublik war Hitler an allem schuld, das deutsche Volk hatte mit all dem nichts zu tun, die *reeducation* blieb ein zugunsten der Remilitarisierung schnell aufgegebenes Experiment der Amerikahäuser. Die DDR versuchte die Volksmassen umzuerziehen, ihnen eine positive Kraft zuzumessen. Doch Marxisten müssten eine Antwort finden auf den so erreichten Erfolg: Im März 1990, als die Volksmassen der DDR frei wählen durften, jubelte in der Heldenstadt Leipzig ein Menschenmeer mit aus Bonn importierten schwarzrotgoldenen Fahnen dem westdeutschen Kanzler Kohl, führergläubig zu unter dem Riesentransparent: „Helmut nimm uns an die Hand, zeig uns den Weg ins Wirtschaftswunderland“.

Das ist das Vermächtnis des großen marxistischen Forschers Kurt Pätzold: Der Marxismus wird die Rolle der Volksmassen neu bestimmen müssen. Über seinen Tod hinaus wird Kurt Pätzold mit seinem kommenden Buch einen entscheidenden Beitrag dazu liefern. Und so lebt er weiter.

*

Kurt Pätzold (1930 – 2016) – Notwendiges Erinnern an einen deutschen Historiker im Streit um die Geschichte von DDR und BRD. Von Friedrich-Martin Balzer. In: „Marxistische Blätter“, 1/2024, S. 75 – 82.

Die Rede ist hier von Kurt Pätzold, einem der vielen herausragenden Historiker der DDR. In seiner Schrift „Streitfrage Geschichte“, die 2011 im Verlag edition ost erschien, berichtet Pätzold über seine Erlebnisse als „Reisekader“ der DDR, ein Privileg, das bekanntlich nur äußerst wenigen zuteilwurde. Die mit fotografischem Gedächtnis und dem ihm eigenen Humor und Sarkasmus, mit Scharfsinn und Parteilichkeit aufgeschriebenen Erfahrungen und Erinnerungen belegen, wie die Anerkennung der DDR-Wissenschaft im Laufe der Zeit wuchs. Dies zeigte sich nicht zuletzt in der großen Zahl an Einladungen, die er aus dem nichtsozialistischen Ausland erhielt – u. a. nach Bonn, Paris, London, Rom, Wien, New York, Princeton, Neu-Delhi, Madrid, Helsinki und Stockholm.

In krassem Gegensatz dazu ist an die Tatsache zu erinnern, deren Folgen auch nach mehr als drei Jahrzehnten „Wiedervereinigung“ spürbar sind, offiziell gern beschwiegen oder heuchlerisch gerechtfertigt, aber gerade in den aktuellen Debatten erneut thematisiert werden.

1989/90 verloren 75% der DDR-Akademiker ihre Arbeitsplätze an den Universitäten, Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen. In Jena, wo Pätzold studiert hatte und promoviert worden war, wurden z. B. 95% der Professoren und Dozenten aus dem Bereich gesellschaftswissenschaftlicher Einrichtungen entlassen. In Sachsen betraf es 81,9% aller Hochschullehrer. Von den in Forschung und Lehre tätigen 195.000 Wissenschaftlern waren schon im Dezember 1992 nur noch 12,1% in einer Vollzeitstelle. Von den 1.878 Professoren, die in den Jahren 1994 – 1998 in akademischen Einrichtungen der sogenannten neuen Bundesländer beschäftigt waren, kamen nur etwas mehr als einhundert aus Ostdeutschland.

Die „Abwicklung“ der DDR-Geschichtswissenschaftler und die Auflösung zahlreicher Forschungsinstitutionen wurden nach dem vollzogenen Anschluss der DDR u. a. damit begründet, dass die DDR eine „Wissenschaftswüste“ gewesen sei, nichts anderes als ein „Dienstleistungsunternehmen der führenden Staatspartei“. Dahinter verbarg sich in Wahrheit der strategische Vorsatz, eine Strömung geschichtswissenschaftlichen Denkens, Forschens und Lehrens, deren Ausgangspunkt, Grundlage und Theorie auf einem dialektisch-materialistischen Weltbild beruhen, nicht nur weiter zu diskreditieren, sondern regelrecht auszuschalten. Am Ende stand unter vielfachem Protest – u. a. von Eric Hobsbawm – kompromissloses Liquidatorentum, das auch vor der Schließung des Akademie-Instituts für Wirtschaftsgeschichte unter Thomas Kuczynski und des international hochangesehenen Instituts für Kultur- und Universalgeschichte in Leipzig mit Walter Markov und Manfred Kossok, nicht Halt machte.

Nach dem euphemistisch und fälschlich als „Wiedervereinigung“ bezeichneten Anschluss des zweiten deutschen Staates an die alte Bundesrepublik wurde die DDR „behandelt wie ein im Krieg besiegter Staat“ (Ronald Friedmann). Ob Roll-Back-Strategie oder Politik des „Wandels durch Annäherung“: Die Bundesregierung hatte sich mit der Existenz eines zweiten deutschen, sozialistischen Staates nie abfinden wollen.

Übersehen wird im „deutschen Völkerrecht“ (Helmut Ridder, 1988 Ehrendoktor der Universität Jena), dass kein Staat dem „Geltungsbereich des Grundgesetzes“ beitreten kann, es sei denn, man betrachtet in völkerrechtlich abenteuerlicher Weise die DDR-Staatsgründung als abtrünnige Sezession von der BRD. Eine „Wiedervereinigung“ zwischen zwei Staaten, die nie zusammengehört haben, ist „Blödsinn“. Die bedingungslose Kapitulation des „Dritten Reiches“ hatte die Existenz des Deutschen Reiches definitiv beendet.

Die DDR – ein „Unrechtsstaat“?

Die das Leben und Wirken von Kurt Pätzold so einschneidend betreffende Zeitenwende von 1989/90 sah sich auch mit der Aussage begründet, dass die DDR ein „Unrechtsstaat“ gewesen sei. Auch wenn es in ihr zweifellos Unrechtstatbestände gab, so sollten sich doch jene, die ihn so etikettieren, an das englische Sprichwort erinnern: „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht andere mit Steinen bewerfen.“

Zu fragen wäre nach dem Umgang in beiden deutschen Staaten mit den verbrecherischen und so folgenreichen Unrechtstaten der deutschen Faschisten. Gegenüber der sich als „Rechtsstaat“ gerierenden BRD, die mit Verachtung auf den „Unrechtsstaat“ der DDR herabblickte, konstatierte Ingo Müller 2006 in einer vergleichenden Studie über die Aufarbeitung des Nazi-Unrechts in beiden deutschen Staaten, es seien in der Bundesrepublik und in West-Berlin gegen 106.496 Personen Vorermittlungsverfahren eingeleitet worden, von denen allerdings nur 4.482 verurteilt wurden. Er schreibt: „Auf dem Gebiet der DDR gab es hingegen 12.879 Verurteilungen. Das sind mehr als doppelt so viele und bezogen auf die Bevölkerungszahl sogar sechsmal mehr. Freisprüche waren in der DDR-Rechtsprechung gegen NS-Täter seltener (BRD 49% der Anklagen, DDR 17%), die Strafen waren höher, der Prozentsatz der Schreibtischtäter unter den Verurteilten sehr viel höher“.

Die BRD war eher von Antikommunismus als von Antifaschismus geprägt. Der westdeutsche Staat war einer, in dem

- das 131er-Gesetz vom 11. Mai 1951 in Ausführung des Art. 131 GG, das allen Nazis – mit Ausnahme derjenigen, die im Entnazifizierungsverfahren zu Hauptschuldigen (Gruppe I) und Schuldigen (Gruppe II) eingestuft worden waren – einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung gewährte, was zu einer regelrechten Renazifizierung der BRD in den 50er Jahren führte, und auch Angehörigen des Sicherheitsdienstes (SD) und der Gestapo die Wiederverwendung im öffentlichen Dienst eröffnete,
- das 1. Strafrechtsänderungsgesetz vom 11. Juli 1951 („Blitzgesetz“) dazu führte, dass gegen 250.000 Bundesbürger, Mitglieder der 1956 verfassungswidrig verbotenen KPD und andere Linksoppositionelle des Adenauer-Regimes ermittelt wurde, was 10.000 Verurteilungen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen zur Folge hatte,
- mit der Einführung eines neuen § 50 Abs. 2 StGB eine „Amnestie durch die Hintertür“ (Ingo Müller) dazu führte, dass Mordplaner nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden konnten,
- gegen die Schreibtischtäter des Reichssicherheitshauptamtes, der Mord-Zentrale des Nazi-Regimes kein bundesdeutsches Hauptverfahren eröffnet wurde,
- von den 170 Juristen, die von 1949 bis 1973 in Leitungspositionen des bundesdeutschen Justiz-Ministeriums tätig waren, 90 der NSDAP und 34 der SA angehört hatten (Manfred Görtemaker/Christoph Safferling), noch 1962 77% der Richter am Bundesgerichtshof ihre Sporen im Nazi-Regime erworben hatten,
- beim Generalbundesanwalt im höheren Dienst zwischen 1953 und 1959 Dreiviertel der Mitarbeiter frühere NSDAP-Mitglieder waren,
- bei den Bundesanwälten 1966 zehn von elf zuvor der Nazipartei angehörten,

– Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Minister einst Mitglied der NSDAP bzw. ihrer Unter- und Nebenorganisationen gewesen waren sowie Ministerpräsidenten und Bundeskanzler (Filbinger, Kiesinger), die im Naziregime eine unrühmliche Rolle gespielt hatten, sich mehr oder weniger unbehelligt am politischen Geschehen der BRD beteiligen konnten,
– der offizielle Kommentator der Nürnberger Rassegesetze Hans Globke zur grauen Eminenz unter Konrad Adenauer aufsteigen konnte,

Theodor Maunz als einer der maßgeblichen Repräsentanten des NS-Staatsrechts, als Kronjurist des NS-Polizeirechts und als wissenschaftlicher Experte bei Instituten, die im Dienst des Reichssicherheitshauptamtes standen, zu den Verfassern des Standard-Kommentars des Grundgesetzes gehören konnte und gleichzeitig als Gutachter für die neofaschistische *„Deutsche Volksunion“* des Herrn Gerhard Frey sowie als anonymer Autor der *„Nationalzeitung“* tätig war.

Kurz: „Die Re-Etablierung reueloser nationalsozialistischer Funktionseliten ist durch Namen wie Globke, Oberländer, General Foertsch, Friedrich Flick, Hermann Josef Abs (des NS-Chef-Ariseurs) vollzogen worden.“ (Hans E. Schmitt-Lermann) Dabei haben alle drei Staatsgewalten im Nachkriegsdeutschland bei der Strafverschonung der NS-Täter, so Ingo Müller, perfekt zusammengearbeitet („Strafvereitelungskartell“).

Es bleibt mit Fug und Recht an die völlig zutreffende Aussage von Georg Iggers zu erinnern: „Während es nach 1990 in den neuen Bundesländern einen fast totalen Elitewechsel gab, waren wenige Jahre nach 1945 fast alle ehemaligen Nazis in die Hochschulen, die Justiz, das Beamtentum und die Bundeswehr zurückgekehrt.“ Die unterlassene Säuberung in Staat und Gesellschaft nach 1945 in Westdeutschland und die massive Säuberung nach 1990 in Ostdeutschland verfolgten einen und denselben Zweck: die Stabilisierung und Ausdehnung bürgerlich-kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse.

An der Humboldt-Universität war der frühere Generalstabsoffizier und SS-Standartenführer des Panzer-Grenadier-Bataillons Götz von Berlichingen, Dr. Krelle, für die Abwicklung verantwortlich. Unter seinem Vorsitz entließ die Struktur- und Berufungskommission 644 von insgesamt 782 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern der Humboldt-Universität. Hierfür wurde Krelle – unter Protest u. a. von Klaus Fuchs-Kittowski – mit dem ersten Ehrendoktor der neugestalteten Humboldt-Universität ausgezeichnet.

Wie Werner Röhr in seinem zweibändigen Werk „Abwicklung: Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR“ dokumentiert, handelt es sich um die umfangreichsten Berufsverbote in der deutschen Geschichte, den Faschismus eingeschlossen. „Die Eliminierung, zumindest aber die Marginalisierung von Marxismus, Sozialismus und jeder Art von kritischer antikapitalistischer Geschichtsforschung (hatte) oberste Priorität“, so der US-amerikanische Professor William A. Pelz unter dem Titel „Die Rache der Krupps“.

Aufarbeitung des Faschismus in der Geschichtswissenschaft beider deutschen Staaten

In der DDR betrachtete sich die Geschichtswissenschaft – anders als in der BRD – als antifaschistisch und antiimperialistisch. Unterschiede zeigten sich nicht nur im Herangehen an historische Themen, sondern auch in der Wahl der Themen. Naheliegend war, dass sich die DDR-Geschichtswissenschaft nach 1945 zunächst mit dem Widerstand der Arbeiterbewegung, hauptsächlich mit dem kommunistischen Widerstand gegen den Faschismus, beschäftigte, während demgegenüber die BRD-Geschichtswissenschaft ihr Augenmerk vor allem auf den „bürgerlichen Widerstand“ richtete. Es bedurfte allerdings des Engagements von Fritz Bauer im Remer-Prozess, dass die Männer und Frauen des 20. Juli nicht mehr als „Landes- und Hochverräter“ diffamiert werden durften. Fortan wurde der zum Mythos erhobene Widerstand des 20. Juli 1944 offiziell gepflegt. Dabei wurde die verspätete Revolte einiger Generale Hitlers und einiger großbürgerlicher Politiker fälschlicherweise als „die“ deutsche Widerstandsbewegung dargestellt.

Auch in der DDR wurden die „Verschwörer“ des 20. Juli 1944 ab 1967 gewürdigt, was zahlreichen Buch-Veröffentlichungen von Kurt Finker entnommen werden kann, wobei die Angehörigen des

Kreisauer Kreises Julius Leber und Adolf Reichwein sich mit Angehörigen des KPD-Widerstandes trafen, was zu ihrer Verhaftung und zu ihrem Tod führte.

In diesem Zusammenhang ist nicht zuletzt auf die Kirchengeschichtsschreibung, aber auch die übrige Literatur zum „Widerstand“ in der BRD gegen den Faschismus zu verweisen. Die Tatsache, dass die Kirchen nicht vom allerersten Augenblick gegen die Mächte der Finsternis und Gegenrevolution Stellung nahmen, hat weite Massen irre werden lassen. Ein Nein der Kirchen zum Faschismus hätte dazu geführt, dass Hitlers Macht nur von kurzer Dauer gewesen wäre. Bis 1945 beschränkten sich die Kirchen – von einzelnen antifaschistischen Christen wie Erwin Eckert abgesehen – im Wesentlichen auf institutionelle und organisatorische Selbstverteidigung.

Der Nestor der bürgerlichen Geschichtswissenschaft, Gerhard Ritter, einer der treibenden Kräfte im Geschäft bei der Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft, verstieg sich zu der vielzitierten, aberwitzigen These, „nur die Kirchen in der Hitler-Zeit“ hätten „so etwas wie eine Volksbewegung gegen den Nazismus in Gang gebracht“.

Der Begriff „Faschismus“ und die Tatsache, dass Kommunisten den größten Teil des antifaschistischen Widerstands stellten, wurden nicht zufällig aus der herrschenden Geschichtsschreibung der BRD verdrängt. Man war nicht an der Überwindung des Faschismus interessiert, „sondern an der Selbstrechtfertigung der deutschen Bourgeoisie gegenüber ihrer faschistischen Vergangenheit“ (Hanfried Müller). Statt des Begriffs Faschismus wurde die demagogische Selbstbezeichnung der Nazis „Nationalsozialismus“ verwendet, weil damit der sog. „Totalitarismus-Theorie“ Vorschub geleistet werden konnte: Sozialismus gleich Nationalsozialismus. Diese Ideologie dient einzig und allein der Rechtfertigung und Selbstreinigung der Bourgeoisie, die den systemischen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus (Max Horkheimer) damals und heute zu leugnen sucht.

Stets ist der in der DDR betriebenen Faschismusforschung in völliger Verkennung der Rolle der Wirtschaftsmächtigen in der Geschichte vorgeworfen worden, sie sei „ökonomistisch“ orientiert und habe daher dem Antisemitismus nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Aber nicht nur dies. Es wurde der DDR selbst Antisemitismus unterstellt. Diesem Vorwurf ist die wissenschaftliche Forschungsarbeit von Detlef Joseph und der Leiterin der Bibliothek der jüdischen Gemeinde Berlin/DDR Renate Kirchner entgegenzuhalten, die unter der Überschrift „Jüdisches in Publikationen aus DDR-Verlagen 1945 – 1990“ 2010 „eine bibliografische Meisterleistung“ (Kurt Pätzold) vorgelegt hat, in der sie 1086 Veröffentlichungen zu den Themen „Nationalsozialismus und Judenverfolgung“ über „Palästina – Israel – Naher Osten“ bis zu „Lebens- und Werkbetrachtungen berühmter und bekannter Juden“ registrierte.

Pätzold selbst publizierte mehrere Arbeiten, die eine große politische, künstlerische und wissenschaftliche Publizistik gegen den Antisemitismus in der DDR belegen. Vorbehalte, die es gegen die Politik Israels gab, waren kein Ausdruck antijüdischer Position. Die DDR und ihre Historiker hatten eine eindeutige Haltung zum Antisemitismus, was natürlich nicht ausschließt, dass es unterschwellig in der Bevölkerung nach so vielen Jahren Faschismus auch antisemitische Vorurteile gab. Verordneter Antifaschismus ist allemal besser als erlaubter Faschismus.

Auf einer Pressekonferenz befragt, warum die 1979 aus den USA kommende Holocaust-Fernsehserie nicht in der DDR gezeigt werde, antwortete Kurt Julius Goldstein[1], Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees und Intendant der „Stimme der DDR“: „Seit acht Jahren hat es in der Sahel-Zone nicht geregnet. Wenn es dort jetzt mal Scheiße regnete, wäre das für die ganze Sahel-Zone ein Segen“, und fuhr fort: „In der DDR gibt es keinen Tag, an dem nicht in Presse, Rundfunk oder Fernsehen das, was der Hitlerfaschismus in Deutschland und der ganzen Welt angerichtet hatte, Thema

[1] Siehe: Kurt Goldstein, Wir sind die letzten – fragt uns. Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling. Reden und Schriften (1974 – 2004). Mit einer autobiographischen Einführung, Gratulatoria und Nekrologen. Bonn 1999, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage 2023. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer in Zusammenarbeit mit dem Max-Stirner-Archiv (MSA) Leipzig, 2023: http://www.max-stirner-archiv-leipzig.de/dokumente/Goldstein.pdf

ist. In der Bundesrepublik ist der Film ein Segen, weil es das erste Mal war, dass dies den Menschen dort gezeigt wurde."

Die Restaurationsgesellschaft des von den Westmächten angeordneten Separatstaates BRD („Am Anfang stand die Weisung"), die seit der US-amerikanischen Wendung zum Kalten Krieg entstanden war, beruhte darauf, „dass die Macht und die Positionen der Gesellschaftsgruppen, die seit der großen Weltwirtschaftskrise in der ersten Phase die Wendung zur autoritären Diktatur des Reichspräsidenten, in der zweiten Phase die Machtüberleitung zum nationalsozialistischen Regime, im Endergebnis das Dritte Reich und damit die Krisenüberwindung durch Hochaufrüstung, imperialistische Außenpolitik, innenpolitischen Terror und Raubkrieg getragen haben, wiederhergestellt worden sind. Das einzige Lösegeld, das die herrschende Klasse und die hohe Bürokratie zahlen mussten, war die formelle Preisgabe der antisemitischen Zwangsvorstellungen und also die Bekundung formellen Bedauerns für die Mordaktionen, denen einst alle diese Schichten ihren Segen erteilt hatten".

Kurz: Von der antijüdisch-antibolschewistischen Zielrichtung der Nazis blieb in der BRD nur der Antibolschewismus übrig. „Das Feindbild ‚Jude' musste man aufgeben. Aber gegen die Kommunisten konnte man weitermachen wie zuvor." (Ingo Müller).

Wer Pätzolds 2012 in Köln erschienenes Buch „Wahn und Kalkül. Der Antisemitismus mit dem Hakenkreuz" liest[2], wird sich mit dem Autor fragen, ob es sich bei der „Abwicklung" der DDR-Geschichtswissenschaft nicht um ein Stelldichein vom Wahn des Antimarxismus und Antikommunismus mit dem Kalkül der territorialen Expansion von Macht und Herrschaft gehandelt hat. Bei allen Spielarten von Wahn gab und gibt es auf allen Ebenen eine erhebliche Zahl an willigen Profiteuren zuhauf.

Aufrechter Gang

Hingegen verpflichtet das Schicksal der in Arbeitslosigkeit und geringe Verdienstmöglichkeiten getriebenen, vom offiziellen Wissenschaftsbetrieb ausgeschlossenen Menschen zur Erinnerung sowie endlich auch zur Aufarbeitung dieser geschichtlich einmaligen Vorgänge.

Viele Opfer dieser Säuberungsaktionen verstummten keineswegs. Auch Kurt Pätzold[3] ließ sich nicht unterkriegen und setzte seine Forschungs- und Publikationstätigkeit nach seiner Kündigung 1992 in verstärktem Maße rastlos fort. Seine Publikationsverzeichnis enthält nach 1990, also für seine letzten 26 Jahre allein 38 selbständige Buchveröffentlichungen, 6 Herausgeberschaften, 98 Aufsätze und Vorträge, 343 Rezensionen und 714 Artikel in Zeitungen und Zeitschriften.[4] Kurt Pätzold war folglich kein „geschmeidiger Wendehals" (Hermann Klenner), der vom „Umsattlungseifer" (Wolfgang Ruge) getrieben wurde.

In einem Nachruf auf Kurt Pätzold distanzierte sich Wolfgang Benz vom „Mangel an Courtoisie im Wendetaumel". Die „Begründungen und Umgangsformen", mit denen Pätzold als Lehrstuhlinhaber „abgehalftert" wurde, seien „skandalös". Pätzold sei mit seinen „beachtlichen Forschungsleistungen" über den materialistisch-dialektisch orientierten Kreis hinaus auch für die Historikerzunft insgesamt ein „bedeutende[r] Kollege" gewesen.

Konrad H. Jarausch, Professor für Europäische Zivilisationen in North Carolina, sprach von „unleugbaren Verlusten", die durch die Zerschlagung der DDR-Geschichtswissenschaft entstanden sind. Und Georg G. Iggers, Emeritus an der Universität Buffalo, stellte explizit fest, dass die „DDR-Wissenschaft im Jahre 1989 einen Stand erreicht hatte, der es ihr erlaubte, einen substantiellen Beitrag zum internationalen Forschungsstand zu leisten".

---

2 Siehe http://www.max-stirner-archiv-leipzig.de/dokumente/KurtPaetzold_WahnUndKalkuel.pdf

3 Siehe Kurt Pätzold, Wendezeit Zeitwende. Bericht über einen Abbruch. Geschrieben für meine Kinder und Enkelkinder ... 1. Auflage 1998, 8. Auflage Berlin 2001. Edition Bodoni. 158 S.

4 Die von mir überarbeiteten, korrigierten und erweiterten Bibliographien von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker sind veröffentlicht:
http://www.max-stirner-archiv-leipzig.de/dokumente/BibliograpieKurtPaetzold.pdf

Der Tod von Kurt Pätzold am 18. August 2016 war ein großer Verlust für die Entfaltung antifaschistischen Geschichtsbewusstseins in Deutschland – gegen den Strom scheinbar unausrottbar herrschender Legenden im Geschichts- und Alltagsbewusstsein und einer von teils blindwütigem Antikommunismus verseuchten Kultur, einem Antikommunismus, den Thomas Mann 1946 die „Grundtorheit unserer Epoche“ bezeichnet hatte.

„Die Ideologie des Antikommunismus“, das „klapprige Gespenst des Kommunismus von 1848, 1918 und 1933“ (Alexander Abusch) und 1945 ist, so Wolfgang Abendroth, „unter dem Vorwand der Verteidigung von ‚Demokratie‘, ‚Humanität‘ und ‚rechtsstaatlichem Schutz gegen totalitäre Staatsmacht‘ in der Realität das Gleiche geblieben, was sie einst als (wenn auch nicht einzige) Basis des deutschen ‚Nationalsozialismus‘ gewesen war – die ideologische Begründung für die extremste Negation von Humanität und Demokratie zwecks Aufrechterhaltung monopolkapitalistischer Herrschaft.“ Die weitgehend institutionelle und personelle „Abwicklung“ der Geschichtswissenschaft der DDR konnte nur gelingen, weil, so Peer Pasternack, Direktor des Instituts für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg, sich ein „antikommunistischer Furor Bahn gebrochen“ hatte.

Das Leben von Kurt Pätzold und kritischen Wissenschaftlern in beiden deutschen Staaten kann uns jedoch helfen, unserem Weg Kraft und Stärkung zu geben und trotz alledem am Ende die aus Freud und Leid, Erfolg und Niederlage, Tatkraft und Bewährung gewachsene und erfahrene Erkenntnis auszusprechen, die Louis Fürnberg in die Worte gefasst hat:

„Jedes Feuer, das mein Herz gefangen / Jede Sorge, die mein Herz beschlich / War’s oft schwer, so ist’s ja doch gegangen. / Narben blieben, doch es lohnte sich. / Unser Leben ist nicht leicht zu tragen. / Nur wer fest sein Herz in Händen hält, / hat die Kraft zum Leben Ja zu sagen / und zum Kampf für ein neue Welt.“

*

Siehe auch:

Kurt Pätzold, marxistischer Faschismusforscher und Biograph von Nazigrößen. Von Mario Keßler in „Das Blättchen“, Nr. 18 vom 29.08.2016.

Arnold Schölzel: Kurt Pätzold, Faschismus-Forscher. In „Rotfuchs“ Oktober 2016, S. 12.

Die VVN-BdA nimmt Abschied von Prof. Dr. Kurt Pätzold. In „antifa“. Beilage – September/Oktober 2016, S. 1.

* * *

Parteilichkeit wofür? – Joachim Petzold

(05.06.1933 in Weixdorf – 21.04.1999 in Potsdam)

Mario Keßler: Nachruf für Prof. Dr. Joachim Petzold. In: „Potsdamer Bulletin für zeithistorische Studien“, Nr. 16, Oktober 1999, S. 58 – 60.

Am 21. April 1999 starb nach schwerer Krankheit Prof. Dr. Joachim Petzold, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Zeithistorische Forschung e. V. Er wurde noch nicht 66 Jahre alt.

Joachim Petzold gehörte zu den führenden Spezialisten für die Geschichte des Ersten Weltkriegs, der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“ in der DDR. Er behielt diesen Rang auch in der nunmehr größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland. Geboren wurde er am 5. Juni 1933 in Weixdorf bei Dresden. Seine Schulzeit war mit der grundstürzenden Veränderung des Jahres 1945 verbunden; ein Thema, zu dem er die letzten Jahre seines Lebens intensiv forschte und schrieb. Von 1951 bis 1955 studierte Joachim Petzold an der Berliner Humboldt-Universität Geschichte. Bereits seine mit Auszeichnung bewertete Diplomarbeit erschien unter dem Titel „Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen“ in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ – der erste von über einhundert Aufsätzen und Miszellen, die das Fachorgan von ihm veröffentlichte. Nach dem Studium war Joachim Petzold persönlicher wissenschaftlicher Assistent Albert Schreiners, unter dessen Anleitung er 1961 zum Dr. phil. promovierte. Zwei Jahre später erschien die Dissertation unter dem Titel „Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus“ als Buch beim Akademie-Verlag. Obwohl diese wie manche spätere Arbeit von zeit- und systembedingten Polemiken und Überspitzungen nicht frei war, vermochte es Joachim Petzold, sich durch seriöse, quellengesättigte Abhandlungen einen wissenschaftlichen Ruf auch außerhalb der DDR-Grenzen zu erarbeiten. 1968 habilitierte er sich mit Untersuchungen über die Endphase des Ersten Weltkriegs.

Das Akademie-Institut für (deutsche) Geschichte in Berlin (O) wurde über Jahrzehnte zu Joachim Petzolds wissenschaftlicher Heimstatt. Zunächst in der Forschungsgruppe von Fritz Klein zum Ersten Weltkrieg arbeitend, dann unter Leitung Wolfgang Ruges die Weimarer Republik intensiv erforschend, leitete er seit 1983 als Nachfolger von Wolfgang Ruge die Forschungsgruppe zur deutschen Geschichte 1917 – 1933. Im Jahre 1984 wurde er zum Professor ernannt.

Damit fand Joachim Petzolds wissenschaftliche Tätigkeit eine angemessene Würdigung. In den Folgejahren legte der äußerst gewissenhafte Arbeiter Buch um Buch vor. Seine wichtigsten Werke: „Deutschland im Ersten Weltkrieg“, Bd. 3 (1969), „Wegbereiter des deutschen Faschismus“ (1978), „Die Demagogie des Hitlerfaschismus“ (1982), „Faschismus: Regime des Verbrechens“ (1984), „Die Weimarer Republik“ (1990), „Franz von Papen – ein deutsches Verhängnis“ (1995), „Ideale und Idole im Schatten Hitlers und Stalins“ (1997), „In Deiner Brust sind Deines Schicksals Sterne?“ (1998). Die beiden letztgenannten Bücher behandeln die Lebenswege Dresdner Oberschüler und Mindener Gymnasiasten zwischen dem NS-Staat und den beiden deutschen Nachkriegsrepubliken.

Als bedeutendste wissenschaftliche Leistungen Joachim Petzolds können seine Untersuchungen über die Wegbereiter des deutschen Faschismus und seine umfangreiche Biographie Franz von Papens gelten. In seinen großteils auf den Potsdamer und Berliner Archiven beruhenden Studien über die jungkonservativen Ideologen und Denkströmungen der Weimarer Zeit zerstörte Petzold die von deren Adepten gepflegte Legende, wonach der Jungkonservatismus sich in Opposition zum Nazismus befunden habe. Auch im Rückblick darf Petzolds „Wegbereiter“-Buch neben Kurt Sontheimers Darstellung über „Antidemokratische Strömungen in der Weimarer Republik“ als die wichtigste deutschsprachige Arbeit zu diesem Thema bezeichnet werden.

Das Wechselverhältnis zwischen individueller und kollektiver Verantwortung stand im Mittelpunkt der Papen-Biographie. Dabei begnügte sich Joachim Petzold durchaus nicht mit der Hervorhebung der nur allzu evidenten charakterlichen Unzulänglichkeiten dieses Steigbügelhalters von Hitler. Er

porträtierte ihn vielmehr als den im doppelten Sinne „rechten Mann zur rechten Zeit“, als Treuhänder der antirepublikanischen Gegenrevolution.

Joachim Petzold hatte mit der Arbeit an der Papen-Biographie noch in der DDR begonnen. Nach dem Ende der DDR, das ihn stark bewegte, hoffte er auf größere Freiräume zur Beantwortung der ihn beschäftigenden Fragen. Ganz in diesem Sinne hatte er im Dezember 1989 in der „Einheit“ eine Anerkennung der kommunistischen Dissidenten der Weimarer Republik angemahnt. Seine Forderung, „die Erinnerung an jene (wachzuhalten), die seinerzeit als Warner und Mahner ihren damaligen Parteiführungen im Wege waren“, bedeutete eine Würdigung der antistalinistischen KPD-Opposition um Brandler und Thalheimer, die in der DDR totgeschwiegen und verfemt worden war. Solche Tabus entfielen nunmehr. Zugleich stieß die Integration vieler DDR-Historiker in den gesamtdeutschen Wissenschaftsbetrieb auf starke politische wie konkurrenzbedingte Vorbehalte. Auch Joachim Petzold war davon betroffen. Zunächst gehörte er zu den wenigen ostdeutschen Forschern, die die befristete Möglichkeit einer weiteren wissenschaftlichen Anstellung erhielten. Zwischen 1992 und 1995 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, dem Vorläufer des Zentrums für Zeithistorische Forschung, tätig. Der fällige Verlängerungsantrag wurde jedoch von den auswärtigen Gutachtern abgelehnt. Eine projektbezogene Drittmittel-Förderung durch die Volkswagen-Stiftung ermöglichte 1997 die Reintegration Joachim Petzolds in das Potsdamer Zentrum.

In der Tat speisten sich Joachim Petzolds Untersuchungen über die Dresdner Schülerschaft auch aus eigenen Erlebnissen. Noch mehr trifft dies sicher für das Manuskript „Parteilichkeit wofür?“ zu, das postum erscheinen wird und Petzolds wissenschaftlichen Werdegang in allgemeine Überlegungen zum Stellenwert der DDR-Geschichtswissenschaft einfließen lässt. Hier wie in Vorauspublikationen, die als Aufsätze gedruckt vorliegen, entzog sich Joachim Petzold seiner Mitverantwortung für die Funktionalisierung und Politisierung von Geschichtswissenschaft und Geschichtsschreibung in der DDR nicht. Er habe, wie er schrieb, seine wissenschaftliche Tätigkeit als einen politischen Auftrag verstanden. Die Schockerfahrung des Zusammenbruchs der DDR versuchte Petzold als Lernprozess nutzbar zu machen; ein Nachdenken, das der allzu frühe Tod beendete.

Ein auch noch so kurzer Beitrag zu Joachim Petzolds wissenschaftlichem Wirken muss auf seine Arbeit in einem ganz anderen Feld hinweisen: Er gehörte zu den bekanntesten und produktivsten Autoren zur Geschichte des Schachs. Petzold, ein Fernschachspieler der Meisterklasse, schrieb seit den frühen siebziger Jahren eine Vielzahl von Aufsätzen zu dieser Thematik, die auch in Übersetzungen in mehreren Ländern erschienen. 1986 legte er eine Kulturgeschichte des Schachs vor, die im folgenden Jahr unter dem Titel „Das königliche Spiel“ auch in der Bundesrepublik erschien. Auch dieses Buch zeichnet sich wie die anderen Publikationen Joachim Petzolds durch einen sehr klaren und lesbaren Stil aus. Der Stil widerspiegelt den Menschen: Joachim Petzold war ein angenehmer, freundlicher, vor allem immer hilfsbereiter Mitstreiter, in der Tat die gute Seele des Hauses, wie ihn Christoph Kleßmann anlässlich seines 65. Geburtstages charakterisierte. Joachim Petzold wird uns fehlen.

* * *

Spielräume ausloten und ausweiten – Rolf Richter

(12.03.1945 in Pirna – 21.05.2009 in Berlin)

Gedanken zum Werk von Rolf Richter. Von Rainer Zilkenat, in: „Deutschland im 20. Jahrhundert. Aus dem Nachlass von Rolf Richter", Hrsg. von Rainer Zilkenat, Berlin 2011, S. 7 – 15.

Rolf Richter, geboren am 12. März 1945 in Pirna, verstorben am 21. Mai 2009 in Berlin, wuchs als Kind einer Lehrerfamilie in der Sächsischen Schweiz auf.[1] Es war sein Geschichtslehrer auf der Erweiterten Oberschule, Hugo Jentsch, der nachhaltig sein Interesse für historische Themen weckte, und er blieb mit ihm bis zu seinem Tode freundschaftlich verbunden. Nach dem Abitur studierte er an der Pädagogischen Hochschule „Friedrich Wilhelm Wander" in Dresden Geschichte und Germanistik, um sich auf den Lehrerberuf vorzubereiten. Seine 1967 verteidigte, unmittelbar aus den Akten erarbeiteten Diplomarbeit über „Die Alte Sozialdemokratische Partei" (ASP)[2], hätte auch als Dissertation eingereicht werden können. 1969 bewarb er sich während seiner Zeit als Wehrdienstleistender bei der Nationalen Volksarmee erfolgreich um eine Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED in Berlin. Wichtigster Bestandteil der Aufnahmeprozedur war die Ausarbeitung einer kleinen, von Gerhard Lozek begutachteten Studie, die sich kritisch mit den Werken des damals in Marburg lehrenden Historikers und Faschismustheoretikers Ernst Nolte auseinandersetzte. Sein zukünftiger wissenschaftlicher wie beruflicher Werdegang war damit vorgezeichnet.

Rolf Richter, von 1970 bis 1990 am Institut Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin tätig, zuletzt als ordentlicher Professor und Direktor dieser wissenschaftlichen Einrichtung, hat eine Vielzahl von Beiträgen in Fachzeitschriften und Sammelbänden publiziert. Neben Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, der Entwicklung der protestantischen und russisch-orthodoxen Kirchen in der DDR sowie zur Aufschließung und Weiterentwicklung des antifaschistischen Erbes in sich dramatisch wandelnden gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, bilden zahlreiche Aufsätze zur marxistischen sowie zur bürgerlichen und sozialdemokratischen Faschismusanalyse den Schwerpunkt seiner Publikationsliste. Wichtig ist es hervorzuheben, dass an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften – verglichen mit anderen Partei-Einrichtungen, an denen zur Geschichte der Arbeiterbewegung sowie zur bürgerlichen und sozialdemokratischen Historiographie geforscht und gelehrt wurde – eine weniger von dogmatischen Anschauungen geprägte und für neue Fragestellungen offenere Atmosphäre vorherrschte. Hierfür trug nicht zuletzt der langjährige Direktor des Instituts, Walter Schmidt, die Verantwortung. Dies wirkte sich überaus produktiv auf die wissenschaftliche Entwicklung Rolf Richters aus.

In seinen 1974 und 1980 verteidigten, außerordentlich umfangreichen Dissertationen A und B hat er die maßgeblichen faschismus-theoretischen „Schulen" in den USA und in der Bundesrepublik einer präzisen Analyse und Kritik unterzogen.[3] Der Faschismusbegriff eines Ernst Nolte, die von der Modernisierungstheorie beeinflussten Studien David Schoenbaums, die auf die Person Hitlers zentrierte Faschismus-interpretation von Joachim C. Fest – um nur sie an dieser Stelle zu nennen – trafen auf fundierte marxistische Kritik.

---

1 Vgl. die folgenden biographischen Skizzen über Leben und Werk von Rolf Richter: Horst Helas u. Reiner Zilkenat: Zur Biographie von Rolf Richter, in: Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter, hrsg. v. Roland Bach u. a., Berlin 1985, S. 9 ff.; Norbert Madloch, 15 schwierige Jahre – Gedanken zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter, in: ebenda, S. 13 ff.; Klaus Böttcher: Persönliche Erinnerungen und Anregungen zur antifaschistischen Arbeit der PDS seit 1990 und Dank an einen Weggefährten, in: ebenda, S. 99 ff.; Reiner Zilkenat: In memoriam Prof. Dr. Rolf Richter, in: Rundbrief, Heft 2/2009, S. 41 f.

2 Vgl. Rolf Richter: Die Gründung der Alten Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1926, Staatsexamensarbeit, Dresden 1967.

3 Vgl. Rolf Richter: Historisch-politische Grundprobleme der Faschismusinterpretation der dominierenden bürgerlichen US-Historiographie (unter besonderer Berücksichtigung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zur bürgerlichen BRD-Historiographie), Phil. Diss. A, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1974; derselbe: Beiträge zur Analyse und Kritik bürgerlicher und anderer nichtmarxistischer Faschismusinterpretationen und -darstellungen, Phil. Diss. B, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1980.

Rolf Richter ging es aber um mehr. Er fragte danach, erst zögerlich, später immer nachdrücklicher, ob es nicht Gemeinsamkeiten mit dem einen oder anderen bürgerlichen oder sozialdemokratischen Forscher geben könnte. Dabei nahm er nicht zuletzt das emigrierte Frankfurter Institut für Sozialforschung und die in seiner Tradition forschenden Gesellschaftswissenschaftler in den Blick, in besonderer Weise Franz L. Neumann, und analysierte zum Beispiel mit Interesse die sogenannte Alltagsgeschichtsschreibung, die um 1980 auch ihren Einzug in die Faschismusforschung der Bundesrepublik hielt. In seinen Publikationen bemühte er sich um ein differenziertes Herangehen an die Arbeiten der von ihm analysierten Autoren. Hier wurde nicht vordergründig die Keule mit der Aufschrift „Bürgerliche Ideologie" geschwungen, die alle diejenigen, die keine Marxisten sein wollten oder es nicht im Sinne des „Marxismus-Leninismus" waren, unterschiedslos zu treffen hatte. Vor allem wusste Rolf Richter – anders als manche seiner Historikerkollegen in der DDR – zwischen Nicht- und Antikommunisten zu unterscheiden. Es war der Zeit geschuldet, dass Rolf Richter dabei im Vortrag und in mündlichen Diskussionsbeiträgen sehr viel weitergehen konnte als in seinen Publikationen, in denen er Konzessionen an das vorherrschende, von der politischen Führung der SED weitgehend vorgegebene Geschichtsbild zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Faschismus praktizieren musste. Aber er versuchte immer wieder, Spielräume auszuloten und auszuschreiten, um neue Interpretationen zumindest anzudeuten. Die Begrenztheit, die einem solchen Unterfangen in den Jahren vor 1989 eigen war, ist ihm stets bewusst gewesen.

Alle diese Anstrengungen standen im Zusammenhang mit der Fragestellung, ob und inwieweit die auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale (KI) und auf der Brüsseler Konferenz der KPD im Jahre 1935 vorgetragenen politisch-strategischen Schlussfolgerungen, die aus der furchtbaren Niederlage der deutschen wie internationalen Arbeiterbewegung von 1933 gezogen worden waren, für die Politik und die Wissenschaft am Ende des 20. Jahrhunderts weiter Bestand haben konnten oder ob sie unter veränderten sozialökonomischen und politischen Rahmenbedingungen hinterfragt, modifiziert, weiterentwickelt, ja zum Teil sogar über Bord geworfen werden müssten. Allerdings trat er stets dafür ein, die theoretischen Arbeiten der KI, die auf die Erarbeitung einer möglichst umfassenden und präzisen Analyse des Faschismus abzielten, nicht, wie es häufig geschieht, auf einen einzigen Satz des umfangreichen Referates zu verkürzen, das Georgi Dimitroff auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau gehalten hatte: „Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das XIII. Plenum des EKKI[4] richtig charakterisiert hat, die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."[5]

Die Beiträge von Palmiro Togliatti[6] und Antonio Gramsci[7], nicht zuletzt die klugen, bereits in der Mitte der zwanziger Jahre veröffentlichten Analysen Clara Zetkins über die sich gerade in Deutschland etablierende und in Italien bereits an der Macht befindliche faschistische Bewegung[8] brachte er seinen Aspiranten nahe. Ebenso das vom deutschen Kommunisten Hans Günther verfasste Buch „Der Herren eigener Geist"[9], in dem die Ideologie des deutschen Faschismus unter die Lupe genommen wurde und das 1935 allen Delegierten des VII. KI-Kongresses vorlag.

---

4 Vgl. XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale/Dezember 1933. Thesen und Beschlüsse, Moskau und Leningrad 1934, S. 5.

5 VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Referate – Aus der Diskussion – Schlusswort – Resolutionen, hrsg. v. IMSF, Frankfurt a. M. 1971, S. 75. Vgl. auch: Georgi Dimitroff: Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften, hrsg. v. Rolf Richter, Leipzig 1982.

6 Vgl. Palmiro Togliatti: Lektionen über den Faschismus, hrsg. v. IMSF, Frankfurt a. M. 1973.

7 Vgl. Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, hrsg. u. mit einem Nachwort versehen von Guido Zamis, Leipzig 1980.

8 Vgl. Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, hrsg. v. Katja Haferkorn u. Heinz Karl, Leipzig 1974, S. 292 ff.

9 Vgl. Hans Günther: Der Herren eigener Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus, Moskau und Leningrad 1935, Reprint Berlin 1984. Vgl. auch derselbe: Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften, hrsg. v. Werner Röhr, Berlin u. Weimar 1981.

Rolf Richter interessierten dabei besonders die Auswirkungen einer weitgehend sektiererischen Politik der damaligen KI- und KPD-Führungen, ihr eindimensionales, statisches, zum Teil völlig undifferenziertes und wirklichkeitsfremdes Bild von der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und ihren positiven Entwicklungspotenzialen, die bei ihnen dominierende lebensfremde Erwartung einer in nicht allzu großer Ferne liegenden proletarischen Revolution, auf die theoretische und praktisch-politische Herangehensweise an den Faschismus. Vieles, was er in diesem Zusammenhang geschrieben hat (verwiesen sei hier auf seinen 1980 mit Gerhard Lozek verfassten Beitrag „Der VII. Kongress der Kommunistischen Internationale und die Interpretation des Faschismus: Forschungsstand und neue Aufgaben"), kann bis zum heutigen Tage den Leserinnen und Lesern produktive Anregungen vermitteln.

Angesichts der unübersehbaren Tendenzen einer Entpolitisierung der bürgerlichen Geschichtswissenschaft im Zeichen des „cultural", des „spatial" und des „linguistic turns" – um nur diese Kreationen der haute couture zeitgenössischer bürgerlicher Theorieschöpfer zu erwähnen – sei an dieser Stelle ausdrücklich hervorgehoben, dass für Rolf Richter der genetische Zusammenhang von Monopolkapital und Faschismus, verdichtet in der viel zitierten Aussage Max Horkheimers: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen!"[10], stets außer Frage stand. Der unter bürgerlichen wie sozialdemokratischen Historikern weit verbreiteten, undifferenzierten und häufig offenbar auf der Unkenntnis der einschlägigen Quellen beruhenden Anschauung von der vermeintlichen „Agententheorie", die von der Kommunistischen Internationale und der KPD verbreitet worden sei, trat er mit Recht in seinen Veröffentlichungen entgegen, ohne zu leugnen, dass der VII. Kongress der Komintern, der einer kritischen Historisierung bedarf, nicht das letzte und einzige Wort linker Faschismusanalyse gewesen sein konnte und durfte.

Die Aussagen des US-amerikanischen Historikers Henry A. Turner verdeutlichen die unverändert geltende politische Brisanz dieser Thematik: „Entspricht die weit verbreitete Ansicht, dass der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Voraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen im Osten wie im Westen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht. Diese Frage gehört zu denen, über die eine Einigung geboten ist, wenn die Menschheit zu einem friedlichen Neben- und Miteinander kommen soll."[11]

Im Laufe der Jahre erweiterte sich das Spektrum seiner wissenschaftlichen Interessen. Neben die Faschismusthematik traten die Geschichte der KPD in der Weimarer Republik, aber auch die Politik und Programmatik der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in den Jahren vor der Machtübernahme durch den Faschismus, deren höchst einseitige Interpretation in der Geschichtswissenschaft der DDR er aufbrechen und überwinden wollte. Dabei war vor allem sein Manuskript für den Band 7 der „Deutschen Geschichte" von Belang, in dem er in wohltuend sachlicher Diktion die Entwicklung der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik nachzeichnete und dabei auch einige ihrer hervorhebenswerten und bleibenden Leistungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitenden, vor allem in den Jahren der „relativen Stabilisierung" des Kapitalismus von 1924 bis 1929, beim Namen nannte: So zum Beispiel ihre Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik, die Hunderttausenden Arbeiterinnen und Arbeitern ein modernes und menschenwürdiges Dach über den Kopf und Freizeitmöglichkeiten in Volksparks, Sportstadien, Schwimmbädern und anderen sozialen Einrichtungen bot. Nicht zu vergessen die Versuche sozialdemokratischer Reformpädagogen, das Bildungsprivileg der Herrschenden zu brechen und Arbeiterkindern endlich den Besuch weiterführender Schulen zu ermöglichen. Damit verbunden waren Bestrebungen, die autoritären Traditionen in der Institution Schule zu überwinden und die Schülerinnen und Schüler zu selbstbewussten Persönlichkeiten zu erziehen. Dies hervorzuheben war in der DDR-Geschichtswissenschaft ein Novum, zumindest in einer Gesamtdarstellung zur Geschichte der Weimarer Republik. Denn nach

---

10 Max Horkheimer: Die Juden und Europa (1939), in: derselbe, Gesammelte Werke, Bd. 4 (Schriften 1936 – 1941), Frankfurt a. M. 1988, S. 308 f.

11 Vgl. Henry A. Turner, jr.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 7.

wie vor perpetuierte die Parteiführung der SED ein Bild der damaligen Sozialdemokratie, das weitgehend den zeitgenössischen Anschauungen der KPD-Führung entsprach, also auf unversöhnliche Gegnerschaft und die Leugnung jeglicher positiver Errungenschaften der SPD und des ADGB zugunsten der Arbeiterklasse ausgerichtet war.

In diesen Zusammenhang gehörte für ihn auch das Aufschließen und Nutzbarmachen des Erbes sozialdemokratischer Theoretiker wie beispielsweise Otto Kirchheimer, Theodor Geiger, Emil Lederer, Ernst Fraenkel oder des schon genannten Franz L. Neumann. Von Letzterem plante er im Leipziger Reclam Verlag dem interessierten Publikum in der DDR eine Auswahl von Aufsätzen zugänglich zu machen, ein Vorhaben, das leider nicht durchgesetzt werden konnte. Darüber hinaus ging es Rolf Richter um die Befragung des gesamten theoretischen Erbes, das die Antifaschisten unterschiedlichster politischer und weltanschaulicher Herkunft, weit über die Linke hinausreichend, uns hinterlassen haben. Er sprach in diesem Zusammenhang gern und wohl mit vollem Recht von einer Vielzahl von „Antifaschismen", deren Nutzen bei der Analyse des historischen wie aktuellen Faschismus noch längst nicht hinreichend erschlossen worden sei.

Ein Alleinstellungsmerkmal besaßen die von Rolf Richter angeregten Dissertationen und die aus ihnen hervorgegangenen, leider nicht sehr zahlreichen Publikationen[12] zum sozialpolitischen Wirken der KPD in der Zeit der Weimarer Republik, ein bis heute weithin unbeackertes Forschungsfeld in Ost und West. Die seinerzeit entstandenen Untersuchungen über die Mieten- und Wohnungspolitik der Partei, über ihre sozialpolitischen Initiativen im außerparlamentarischen Kampf wie in den Parlamenten, die Kooperation mit sozialpolitischen und anderen Interessenverbänden unterschiedlicher Provenienz, wie zum Beispiel dem Reichsbund Deutscher Mieter oder dem Reichsverband der Mieter gewerblicher Räume e. V., die Erarbeitung biographischer Skizzen weitgehend „vergessener" Sozialpolitiker der KPD wie Georg Schumann oder Emil Höllein sowie zur Analyse von Arbeitskämpfen, an denen die KPD führend beteiligt war, ermöglichten neue Aufschlüsse über die alltägliche Arbeit der Partei zur unmittelbaren Interessenvertretung der Arbeitenden in der Weimarer Republik sowie zur Sozialgeschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland.[13]

---

12 Vgl. z. B. Marie-Anetta Beyer: Die KPD gegen Wohnungsnot und Mietwucher im Jahre 1921, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 23. Jg., 1981, H. 4; Dorothea Reschwamm: Der sächsische Metallarbeiterkampf im Mai 1928. Ein Beispiel des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die verschärfte Kapitaloffensive der deutschen Monopolbourgeoisie, in: Sächsische Heimatblätter, 30. Jg., 1984, H. 5, S. 209 ff.; Marie-Anetta Beyer: Anfänge der proletarischen Kontrollausschussbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 28. Jg., 1986, H. 1, S. 68 ff.; Hans-Joachim Hinz: Zur Wohnungspolitik der KPD Anfang der dreißiger Jahre, in: Geschichte und Staatsbürgerkunde, 28. Jg., 1986, H. 10, S. 759 ff.; Reiner Zilkenat: Der Berliner Metallarbeiterstreik 1930, in: Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg, Nr. 3 – 4 /1987, S. 67 ff.; derselbe: Arbeiterkultur als politische Waffe in der Weimarer Republik. Die kulturellen Aktivitäten der revolutionären Arbeiterbewegung während des Berliner Metallarbeiterstreiks im Oktober 1930, in: Antifaschistisches Magazin, Heft 3/1987, S. 9 ff.; Horst Helas u. Hans-Joachim Hinz: Der Kampf der KPD für die Interessen der Mieter in der Weimarer Republik, in: Konsequent, 1988, S. 104 ff. Vgl. auch: Beiträge zur Geschichte der sozialen und ökonomischen Kämpfe der KPD in der Weimarer Republik, Heft 1, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Redaktion: Elke Reuter u. Rolf Richter, Berlin 1985 und Heft 2, Redaktion: Horst Helas u. Ingelor Andresen, Berlin 1989.

13 Vgl. z. B. die folgenden, von Rolf Richter betreuten Arbeiten in chronologischer Reihenfolge: Bernd Drechsler: Die Auseinandersetzung der KPD mit der kapitalistischen Rationalisierung und ihren Folgen vom Herbst 1925 bis Ende 1927, Phil. Diss. A 1982; Dorothea Reschwamm: Grundzüge des Kampfes der KPD für die ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse bei der Abwehr der Kapitaloffensive der deutschen Monopolbourgeoisie (Frühjahr 1928 bis März 1930), Phil. Diss. A 1983; Hanni Nessau: Der Kongress der Werktätigen vom 3. bis 5. Dezember 1926 und die Kongress-der-Werktätigen-Bewegung – ein Versuch der KPD zur Formierung eines breiten antimonopolistischen Bündnisses um die Verteidigung und Erweiterung der sozialen Errungenschaften und demokratischen Rechte der Werktätigen (Sommer 1926 bis Sommer 1927), Phil. Diss. A 1984; Heidemarie Gern: Die KPD als konsequente Verteidigerin sozialer und ökonomischer Interessen der Arbeiterklasse in der Zeit des ersten Brüning-Kabinetts (30. März 1930 bis 8. Oktober 1931), Phil. Diss. A 1985; Helga Weller: „... jedem Deutschen eine gesunde Wohnung ..." – Verfassungsanspruch und gesellschaftliche Realität in der Weimarer Republik (1924 – 1928), Zulassungsarbeit zur Promotion 1985; Marie-Anetta Beyer: Die Sozialpolitik der KPD zwischen ihrem 7. und 8. Parteitag (Sommer 1921 bis Dezember 1922), Phil. Diss. A 1987; Hans-Joachim Hinz: Die Wohnungspolitik der KPD in den Jahren 1929 und 1930, Phil. Diss. A 1988; Reiner Zilkenat: Der Berliner Metallarbeiterstreik 1930

Zugespitzt formuliert: Nicht mehr die programmatischen Aussagen der Partei, die Beschlüsse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale oder des Zentralkomitees der KPD, die Parteitagsreden führender Funktionäre und die Leitartikel in der „Roten Fahne“ standen allein im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern das konkrete Wirken für die „Tagesinteressen“ der Arbeitenden. Plastisch treten uns hier immer wieder die Mitglieder und Anhänger der KPD wie die Arbeiterinnen und Arbeiter der zwanziger und frühen dreißiger Jahre entgegen, werden die sozialen Bedingungen transparent, unter denen sie wohnten, arbeiteten, ihre Interessen durchzusetzen versuchten, „Politik machten“. Auch das unermüdliche Engagement der kommunistischen Parlamentarier im Reichstag und in den Landtagen, nicht zuletzt die Kleinarbeit in den Parlamentsausschüssen für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse, gerieten hier in den Fokus. Diese leider nicht gedruckten Dissertationsschriften seien der Aufmerksamkeit heutiger Historiker der Arbeiterbewegung sehr nachdrücklich anempfohlen. Sie könnten einen wichtigen Baustein einer noch zu schreibenden Sozialgeschichte der KPD darstellen.

Hervorhebenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich in der aktuellen Forschung zur Geschichte der KPD die von Rolf Richter und seiner Forschungsgruppe an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften praktizierte grundsätzliche Herangehensweise an die Entwicklungen kommunistischer Politik in der Zeit der Weimarer Republik partiell wieder auffinden lässt: Als Paradigmenwechsel von einer „Ideologie“- und „Parteiführungsgeschichte“ hin zu einer „Sozialgeschichte“ der KPD und ihrer Vorfeldorganisationen, in denen zuvörderst die Mitgliedschaft und die konkrete Tätigkeit der Parteigruppierungen „an der Basis“ als Subjekte zum Forschungsgegenstand werden. Verbunden sind diese Forschungen mit Namen wie zum Beispiel Klaus-Michael Mallmann[14], Ulrich Eumann[15] und Stefan Heinz[16]. Die von Hermann Weber und von bürgerlichen wie sozialdemokratischen Historikern und Politologen Jahrzehnte vehement vertretene These einer „Stalinisierung“ der KPD[17], als gleichsam „von außen“ aufgezwungene Entwicklung zu einer Partei des Leninschen „neuen Typus“ unter der Knute Jossif Stalins, wird hier ebenso in Frage gestellt wie die relative Autonomie der Parteigruppierungen an der Basis gegenüber den oft realitätsblinden und sektiererischen Anweisungen höherer Parteigremien nachgewiesen werden kann. Manche Erscheinungen von Sektierertum und Linksradikalismus waren im Übrigen durchaus von Parteiführung und Basis gleichermaßen zu verantworten. Dies galt insbesondere nach dem Berliner „Blutmai“ von 1929, als die beinahe hysterische „Sozialfaschismus“-Propaganda der Parteiführung auf eine durchaus positive Resonanz in weiten Teilen der Mitgliedschaft stieß. Wie auch immer: Die KPD als ein lebendiger, vielen Veränderungen unterworfener Organismus funktionierte eben nicht oder nicht nur „auf Knopfdruck“, im Sinne des militärischen Prinzips von Befehl und Gehorsam. Die Dinge waren, nach allem, was vor allem neuere Studien belegen, doch etwas komplizierter.

Nach der „Wende“ in der DDR, die sich endgültig mit der Maueröffnung am 9. November 1989 vollzog, galt Rolf Richters Sorge dem in seinem Lande gepflegten antifaschistischen Erbe, das in den achtziger Jahren zunehmend an Überzeugungskraft und Massenwirksamkeit verloren und durch ritualisierte Veranstaltungen und „Bekenntnisse“ an Glaubwürdigkeit, vor allem unter jungen Leuten und in der kritischen Intelligenz, eingebüßt hatte. Er gehörte zu den Ersten, die in Zeiten, wo manches andere viel wichtiger zu sein schien, öffentlich dafür eintraten, den Antifaschismus nicht preiszugeben.

---

und die Gründung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins (EVMB), Phil. Diss. A 1989; Ingelor Andresen: Die Wohnungspolitik der KPD 1931 bis Januar 1933, Phil. Diss. A 1990.

14 Vgl. Klaus Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

15 Vgl. Ulrich Eumann: „Kameraden vom roten Tuch“. Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, 16. Jg., 2001, S. 97 – 164; derselbe: Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus, Frankfurt a. M. 2007.

16 Vgl. Stefan Heinz: Moskaus Söldner? Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“. Entwicklung und Scheitern einer kommunistischen Gewerkschaft, Hamburg 2010.

17 Vgl. Hermann Weber: Die Wandlungen des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1969, 2 Bde.; derselbe: Kommunismus in Deutschland 1918 – 1945, Darmstadt 1983, S. 97 ff., bes. S. 111 ff.

Er stritt in Publikationen und zahlreichen Diskussionen dafür, ihn stattdessen zu erneuern, indem man ihn von Einseitigkeiten befreit und die Bewusstseinslagen der jungen Generation, die manche Fragen neu aufwirft und „alte“ Fragen legitimerweise anders stellt, stets im Blick behält. „In Sachen Antifaschismus darf uns nichts wegrutschen!“, rief er als einer der Redner Tausenden Demonstranten im „Wendemonat“ November zu, die sich vor dem Gebäude des Zentralkomitees der SED eingefunden hatten, um lautstark eine erneuerte sozialistische Partei einzufordern.

Ein wie auch immer „verordneter“ Antifaschismus war seine Sache nie. Von anderen aufgerichtete Tabus waren es erst recht nicht – seien es zum Beispiel fehlerhafte, sektiererische Strategien der Kommunistischen Internationale und der KPD im antifaschistischen Kampf, sei es der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffsvertrag vom August 1939, einschließlich des geheimen Zusatzprotokolls, mit ihren überaus negativen Folgen für den Kampf der Antifaschisten in Nazideutschland und im Exil. Schon vor der „Wende“ machte er keinen Bogen um diese Fragen, diskutierte sie erfrischend offen mit seinen Kollegen und Doktoranden, suchte mit seinem marxistischen Kopf nach wissenschaftlich wie politisch überzeugenden Antworten.

Rolf Richter war mit einigen seiner Kollegen an der Jahreswende 1989/90 einer der Initiatoren, die beim Parteivorstand der PDS die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus“ initiierten. Nicht zuletzt seinem Wirken ist es zu verdanken, dass der Antifaschismus von Beginn an zur „Grundausstattung“ dieser Partei gehörte und für programmatische Dokumente sowie politische Stellungnahmen Zuarbeiten formuliert wurden, die von Sachverstand geprägt waren. Mehrere Kongresse, Seminare und Diskussionsveranstaltungen wurden im Verlaufe der Jahre organisiert, manches davon ist in Sammelbänden und Zeitschriften, nicht zuletzt im seit 1997 publizierten „Rundbrief“ der Arbeitsgemeinschaft, nachlesbar. Aber Rolf Richter beließ es nicht bei Veröffentlichungen und zahlreichen Vorträgen, die er in großer Anzahl in den alten wie neuen Bundesländern hielt. Er war sich auch nicht zu schade dafür, zum Beispiel gemeinsam mit Kollegen und Genossen den Imbiss eines türkischstämmigen Bürgers in Fürstenwalde zu beschützen, gegen den Neonazis unmissverständliche Drohungen ausgesprochen hatten. Der Antifaschismus war für ihn ganz persönlich eben eine Sache von Theorie und politischer Praxis.

Die im Folgenden abgedruckten Beiträge werden unverändert und damit auch ungekürzt abgedruckt. Sie belegen für den Zeitraum bis 1989 die Einseitigkeit – um nicht zu sagen: Widersinnigkeit – der unter bundesdeutschen Historikern kultivierten Anschauung, dass die Geschichtswissenschaft der DDR nichts (oder nur wenig) Aufhebenswertes und Produktives geleistet habe. Sie demonstrieren natürlich zugleich die Erkenntnisdefizite und Konzessionen, die auch ein Autor wie Rolf Richter sich und seinen Leserinnen und Lesern nicht ersparen konnte. Die Nachdenklichkeit und zugleich die Leidenschaft seiner Schriften, die seit der „Wende“ für eine durchgreifende Erneuerung der Geschichtsschreibung in der DDR (bzw. im wiedervereinigten Deutschland) zum Faschismus und Antifaschismus sowie zur Geschichte der Arbeiterbewegung warben, vermögen uns wichtige Hinweise und Ratschläge zu geben, wie man in Theorie und Praxis mit den unter immer neuen Parolen und Organisationsformen auftretenden Rechtsextremen und Neofaschisten umgehen sollte. Rolf Richters Veröffentlichungen zu historischen wie gegenwärtigen Themen haben an Aktualität nichts eingebüßt.

Für Hinweise, Ratschläge und Hilfestellungen bei der Zusammenstellung dieses Sammelbandes bin ich Ursula Richter, Dr. Angelika Rudolph und Dr. Horst Helas, alle Berlin, zu Dank verpflichtet.

* * *

Wer die Wahrheit sucht, wird immer wieder anecken – Werner Röhr

(27.09.1941 in Berlin – 29.12.2022 in Berlin)

Historiker Werner Röhr verstorben. In: „junge Welt“ vom 03.01.2023, S. 2.

Berlin. Der Historiker Werner Röhr ist tot. Wie *jW* aus seinem Umfeld erfuhr, starb er am 29. Dezember 81jährig in Berlin. Röhr studierte Philosophie und Geschichte und arbeitete danach zunächst am Zen-tralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR. Nach dem Wechsel an das Zentralinstitut für Geschichte forschte er in den 1980er Jahren unter anderem zum sudetendeutschen Separatismus und zur deutschen Besatzungsherrschaft in Polen. Röhr war einer der wenigen „abgewickelten“ Zeithistoriker der DDR, die nach 1990 weiter wissenschaftlich publizierten. 1992 gehörte er zu den Gründern der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. In seinem Verlag „Edition Organon“ legte Röhr 2011/12 eine monumentale zweibändige Studie zur Zerstörung der DDR-Geschichtswissenschaft vor.

*

Forschung als Flaschenpost. Wer die Wahrheit sucht, wird immer wieder anecken: Zum Tod des Historikers und Philosophen Werner Röhr (1941 – 2022) von Karl Heinz Roth in „junge Welt“ vom 07.01.2023, S. 11.

Am 29. Dezember ist der Historiker und Philosoph Werner Röhr im Alter von 81 Jahren in einem Berliner Pflegeheim gestorben. Seine letzten Lebensjahre waren von gesundheitlichen Katastrophen überschattet. Verbissen kämpfte er gegen sie an. Nun hat er das aussichtslos gewordene Ringen verloren. Die Todesnachricht kam trotzdem unerwartet.

Ein unbeschwertes Leben kannte Röhr wohl nie. Er entstammte einer Familie der Arbeiterbewegung, sein Vater starb in Stalingrad. Als kleiner Junge wurde er aus seiner zerbombten Geburtsstadt Berlin nach Wernigerode evakuiert. Dort wurde seine Mutter nach der Befreiung als Junglehrerin tätig. Der Halbwaise wuchs in bescheidenen Verhältnissen auf. Aber er war vielseitig begabt. Er gründete an der Oberschule einen marxistischen Arbeitskreis und entwickelte zahlreiche – auch musische – Fähigkeiten. Nach dem Abschluss an der Oberschule kehrte er nach Berlin zurück und begann an der Humboldt-Universität ein Studium der Philosophie und Geschichtswissenschaft. 1971 wurde er mit einer Arbeit über den philosophischen Anthropologen Arnold Gehlen promoviert, dessen auf Anpassung und Gehorsam getrimmte „Institutionenlehre“ er kritisch unter die Lupe nahm. Fünf Jahre später folgte die Promotion B, die faktische Habilitationsschrift, in der er das Problem der Aneignung untersuchte. Dabei entwickelte er eine Antithese zu Gehlen mit unmittelbarem Praxisbezug. Er entwarf eine materialistische Anthropologie, die den Prozess der Vergesellschaftung mit der Herausbildung selbstbewusst handelnder Individuen verknüpfte. Für Röhr stand und fiel die sozialistische Perspektive mit der Entfaltung einer spezifischen Persönlichkeit, die sich die Wirklichkeit immer wieder neu aneignet und in sie verändernd eingreift.

Maxime eines Lebens

Das war eine bemerkenswerte intellektuelle Visitenkarte. 1977 erhielt Röhr eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften. Die Türen schienen dem sich für die Erneuerung des DDR-Sozialismus engagierenden Nachwuchsakademiker weit offenzustehen.

Aber es kam anders. Der materialistisch gewendete Wahrheitsbegriff war zu Röhrs Lebensmaxime geworden. Das hatte Folgen, denn er schloss taktisches Verhalten und Anpassungen aus, die das Vorankommen erleichtern. Er war aber auch unduldsam denjenigen Kolleginnen und Kollegen gegenüber, bei denen er opportunistische Tendenzen oder mangelnde analytische Kompetenz wahrnahm. So eckte er immer wieder an – bei Vorgesetzten und Kollegen gleichermaßen. Als er in einer philosophiegeschichtlichen Quellenedition das DDR-offizielle Geschichtsbild des Nationaldichters Goethe dekonstruierte, sorgte er in den kulturpolitischen Spitzeninstanzen der DDR für helle Aufregung.

1981 wurde er aus der SED ausgeschlossen, weil er gegen die Abstrafung eines dissidenten Philosophenzirkels an seinem Institut protestiert hatte.

Er wurde an das Akademie-Institut für Geschichte strafversetzt, dem er bis zu seiner Auflösung im Jahr 1991 angehörte. Dort arbeitete er in Forschungsgruppen mit, die die Expansionspolitik des deutschen Faschismus rekonstruierten. Die obrigkeitlich verordnete Kooptation erwies sich rasch als Glücksfall, denn Röhrs methodische und begriffliche Kompetenz wurde dort dringend benötigt. Spannungen konnten dabei nicht ausbleiben, aber seine Forschungsgruppenleiter wussten mit ihm umzugehen. 1989 veröffentlichte Röhr im Rahmen der Quellenedition „Europa unterm Hakenkreuz" einen mustergültig bearbeiteten und kommentierten Dokumentenband über die Okkupation und Vernichtung Polens. Als die Ressourcen der DDR-Geschichtswissenschaft zwei Jahre später zerstört wurden, fehlten noch die abschließenden Vergleichsstudien und der Registerband. Nun ergriff Röhr die Initiative. Es gelang ihm und einem Team engagierter Mitarbeiterinnen, innerhalb von fünf Jahren zwei Ergänzungsbände zu veröffentlichen, die das Projekt „Europa unterm Hakenkreuz" zu einer erstrangigen Publikation der vergleichenden Okkupationsforschung gemacht haben.

Anpassung ausgeschlossen

Auf diese Anstrengung folgten zwei weitere Jahrzehnte intensiven historiographischen und geschichtspolitischen Arbeitens, die im Rückblick außergewöhnliche Dimensionen gewinnen. Es gelang Röhr und anderen „abgewickelten" Kolleginnen und Kollegen, einen organisatorischen Rahmen zu schaffen, der die Folgen ihrer Ausgrenzung weitgehend zu kompensieren vermochte: die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, ein ihr zugeordnetes Bulletin und einen Wissenschaftsverlag (Edition Organon). In diesem Netzwerk entstanden, auch diesmal keineswegs konfliktfrei, erstaunliche Ergebnisse, die wichtige Aspekte der historischen Faschismusanalyse thematisierten. Sie wurden hierzulande totgeschwiegen, nicht aber im Ausland. Doch sie sind in der Welt und werden noch ihren Weg machen.

Es gibt einen weiteren Schwerpunkt, der Röhr einen bleibenden Platz in der Historiographiegeschichte sichern wird: seine kritische Begleitforschung zur „Abwicklung" der DDR-Geschichtswissenschaft durch den Mainstream der westdeutschen „Zunft". Röhr ergänzte seine früheren Recherchen durch die systematische Befragung und Berichterstattung seiner marginalisierten Kolleginnen und Kollegen und publizierte 2011 eine minutiöse Darstellung der „Abwicklung", die ihm und einer ganzen Historikergeneration den Boden unter den Füßen weggezogen hatte. Ein Jahr später folgte ein zweiter Band, eine Art Gegenevaluierung, in der er die Stärken und Schwächen der DDR-Geschichtsschreibung anhand einiger repräsentativer Schwerpunkte gegeneinander abwog.

Dass sich Röhr weiteren Forschungsfeldern widmete und mehreren ausgegrenzten Vorbildern und Weggefährten Denkmäler setzte, so etwa dem Maler Fritz Duda und dem Ökonomen und Publizisten Hans Günther, kann ich hier nur anmerken. Zudem übernahm er Mitte der 90er Jahre eine Gastprofessur an der Universität im polnischen Zielona Góra; aus den dort gehaltenen Vorlesungen ging eine bemerkenswerte Studie über die antike Philosophie hervor.

Vielleicht war es eine List der historischen Vernunft, dass der ohnedies zum Scheitern verurteilte Praxisphilosoph in die historische Forschung hineinkatapultiert wurde. Dort hat er auf den institutionellen Untergang seines Fachs mit historischen Analysen geantwortet, die die vergleichende Okkupationsforschung enorm bereichert haben. Hinzu kommt die Dokumentation der „Abwicklung". Auch sie ist in der Welt, wenn auch nur als Flaschenpost. Spätere Generationen werden sie öffnen und über jenen Historiker staunen, der die Nomenklatura seines Lands äußerst kritisch beurteilte und trotzdem an den Hoffnungen festhielt, die er mit der DDR verbunden hatte. Als ihn ein westdeutscher Fachkollege einmal am Rand einer Tagung fragte, wie er sich jetzt als Bürger eines „neuen Bundeslands" fühle, erwiderte Röhr, er habe seine soziale, kulturelle und poetische Heimat verloren. Jetzt sei er vaterlandslos – und zwar für immer.

* * *

Mutig gegen Tabus –
Günter Rosenfeld

(02.9.1926 in Osterode/Ostpreußen – 16.04.2015 in Berlin)

Nachruf von Michael Schippan in: „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas", 63 (2015) H. 3.

Am 16. April 2015 verstarb in Berlin der Osteuropa-Historiker Günter Rosenfeld nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 88 Jahren. Für seine Verdienste um die Erforschung der russischen Geschichte wurde ihm 1984 von der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Geboren am 2. September 1926 in der ostpreußischen Stadt Osterode, lernte Günter Rosenfeld als Soldat die Schrecken des Zweiten Weltkrieges kennen. In der Kriegsgefangenschaft zog er sich ein gesundheitliches Leiden zu, das ihn noch jahrzehntelang belasten sollte. Weil er, wie er selbst bekannte, das Geflecht von Tatsachen, Ereignissen, menschlichem Verhalten und weittragenden Entscheidungen politisch Verantwortlicher offenlegen wollte, die zu der folgenschweren Konfrontation im Krieg geführt hatten, absolvierte er von 1948 bis 1952 ein Studium der Geschichte und der Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin. In Übereinstimmung mit den Forschungsinteressen seines wissenschaftlichen Mentors Eduard Winter legte Günter Rosenfeld eine Abschlussarbeit über den Hallenser Pietisten und Russlandreisenden Justus Samuel Scharschmid (1664 – 1724) vor.

Anschließend wandte er sich der Untersuchung der deutsch-sowjetischen Beziehungen im 20. Jahrhundert zu, die zum großen Thema seiner weiteren Forschungen werden sollten. 1956 verteidigte er bei Eduard Winter erfolgreich seine Dissertation, die 1960 unter dem Titel „Sowjetrußland und Deutschland 1917 – 1922" (2. Auflage 1984) erschien. Da Günter Rosenfeld 1965 in seiner Habilitationsschrift, in der er die Erforschung der Beziehungsgeschichte für den Zeitraum von 1922 bis 1933 fortsetzte, ‚Tabuthemen' der DDR-Geschichtsschreibung wie die Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Reichswehr behandelte, konnte dieses Buch erst 1984 in überarbeiteter Form erscheinen. 1966 zum Ordentlichen Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin berufen, wurde Günter Rosenfeld 1991 emeritiert.

In dem gemeinsam mit Kurt Pätzold herausgegebenen Dokumentenband „Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941" konnten 1990 nunmehr ungehindert Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen in dieser Periode veröffentlicht werden. Die 1999 von Günter Rosenfeld in deutscher Übersetzung vorgelegten Erinnerungen des letzten Hetmans Pavlo Skoropads'kyj (1873 – 1945) an die Jahre 1917 – 1918 sind wertvoll für das Verständnis der Herausbildung der ukrainischen Staatlichkeit.

Günter Rosenfeld suchte immer nach Kräften, jüngeren Mitarbeitern und Studenten zu helfen. Durch seine warmherzige menschliche Ausstrahlung bleibt er all jenen, die ihn gekannt haben, in dankbarer und überaus angenehmer Erinnerung. Obwohl der Autor dieser Zeilen nach seinem Spezialstudium und seiner Aspirantur an seinem Lehrstuhl vorwiegend eine andere Periode der russischen Geschichte bearbeiten sollte, bekennt er gern, ein „Rosenfeld-Schüler" zu sein.

*

Tabus mutig angepackt. Günter Rosenfeld tot. Nachruf von Horst Schützler und Sonja Striegnitz in „Neues Deutschland" vom 21.04.2015.

Den Lesern des „neuen deutschland" dürfte Günter Rosenfeld wohl bekannt sein, denn bis ins hohe Alter, solange es ihm eine tückische Krankheit erlaubte, hat er sich mit sachkundigen, klugen Beiträgen zu seinem Fachgebiet, der Osteuropageschichte, zu Wort gemeldet.

Der am 2. September 1926 in Osterode/Ostpreußen geborene Geschichtsprofessor war über ein halbes Jahrhundert mit der Humboldt-Universität zu Berlin verbunden. Was hatte ihn bewogen, die Geschichte Russlands, der Sowjetunion und namentlich die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu seinem wissenschaftlichen Grundthema zu machen? Es waren bittere Erfahrungen als junger Mann in

Krieg und Kriegsgefangenschaft. Es drängte ihn, nach den Ursachen zu fragen, die Deutschland und die Völker der Sowjetunion einerseits in fruchtbarer, andererseits in furchtbarer Weise vereinten. Er forschte über den Frieden von Brest-Litowsk 1918, den Rapallo-Vertrag 1922 und den sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrag 1939, gab profunde Monografien und Dokumentenpublikationen heraus. Rosenfeld packte etliche „Tabuthemen“ der DDR-Geschichtswissenschaft an, wie die Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Reichswehr, was ihm seinerzeit keinen Beifall einbrachte. In der jüngeren Vergangenheit wandte er sich neuerlich der Aufhellung des diffizilen widerspruchsvollen Verhältnisses zwischen der UdSSR und Hitlerdeutschland am Vorabend des Überfalls auf die Sowjetunion 1941 zu, wobei er bislang unzugängliches historisches Material nutzte, eine ausgewogene Neusicht bot und zugleich frühere Auffassungen korrigierte.

Der Ehrendoktor der Moskauer [Lomonossow-]Universität Günter Rosenfeld verstarb am 16. April 2015.

* * *

Den Dingen auf den Grund gehen – Wolfgang Ruge

(01.11.1917 in Berlin – 26.12.2006 in Potsdam)

Ein Pionier. Den Dingen auf den Grund gehen: Zum Tod des Historikers Wolfgang Ruge. Von Kurt Pätzold in: „junge Welt“ vom 08.01.2007, S. 12.

Verspätet erreichte Freunde und Kollegen die Nachricht, dass der Historiker Wolfgang Ruge am 25. Dezember 2006 verstorben ist. Im eben begonnenen Jahr hätte sich das neunte Jahrzehnt eines Mannes vollendet, dessen Leben mit dem Wort „außergewöhnlich“ nur schwach zu charakterisieren ist. Die längste Zeit haben die Leser seiner Bücher nur jenen Teil davon wahrgenommen, der von einer reichen wissenschaftlichen Produktion und weitläufigen Studien in Archiven zeugte. Ruge kam es zugute, dass der Weg des Forschers von seiner Wohnung in Potsdam-Babelsberg zu den Schätzen des Zentralarchivs der DDR kurz war.

Sein Interesse galt vor allem jenen Jahren deutscher Geschichte, die er, 1917 geboren, als Kind noch erlebt hatte: der Weimarer Republik. In der DDR wurde er der Doyen dieser Forschungen, die sich auf die Rolle der politischen Parteien (insbesondere der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei), herausragender Personen (Gustav Stresemann, Matthias Erzberger, Paul von Hindenburg, Heinrich Brüning und weitere), des großen Kapitals und natürlich der faschistischen Bewegung und Hitlers richtete. Ruge war in der DDR damit der Pionier jener biographischen Forschungen, deren „Helden“ Personen aus jüngster Vergangenheit und Angehörige der herrschenden Klassen abgaben. Er hat eine bis in das Jahr 1933 geführte Teilbiographie Hitlers vorgelegt. Aus seiner Feder stammende Monographien konnten hohen wissenschaftlichen Ansprüchen ebenso genügen wie sie, weil allgemein verständlich geschrieben, auch das Interesse breiter historisch interessierter Kreise erregten. Ruges Bücher wurden übersetzt. Seine mehrfach aufgelegte als Lehrbuch konzipierte Geschichte der Weimarer Republik haben Generationen von Studenten in der DDR gelesen. Jenseits von deren Westgrenze wurde sie von Studierenden zur Rate gezogen, die sich mit einem historisch-materialistischen Bild von der „ersten deutschen Demokratie“ bekannt machen wollten. Was Ruge nach weiteren Forschungen zur Geschichte des 1919 entstandenen Staates an früheren Urteilen zu korrigieren, was er zu ergänzen hatte, lässt sich in der Rede nachlesen, die er anlässlich der Verleihung eines Ehrendoktors in der Aula der Jenaer Universität hielt. Er sprach nachdenklich – ein Stil, den er auch in Sitzungen beibehielt, wie kontrovers sie inhaltlich verlaufen mochten. Oder während des Internationalen Historiker-Kongresses in Moskau 1970, als er sich gegen eine Ansicht eines westdeutschen Kollegen wandte und seine Entgegnung nach wenigen Worten Deutsch mit der Bemerkung fortsetzte: „Und damit wir einander besser verstehen, werde ich nun russisch reden.“

Die Sprache hatte er als junger Bursche gelernt, als er, einer antifaschistischen Familie entstammend, nach Hitlers Sieg aus Deutschland in die Sowjetunion floh. Was folgte, waren eine Kette widersprüchlichster Eindrücke und Erlebnisse, sodann Enttäuschungen, Verfolgungen, Deportation, Verbannung, Jahre im Lager, Aufenthaltszwang – bis ihm spät genehmigt wurde, das Land zu verlassen. Was ihm in diesen mehr als zwei Jahrzehnten geschehen war, wie er überlebte, wussten nur ganz wenige, bis seine Erinnerungen erschienen. Das aufwühlende Buch erklärt seine in weiteren Publikationen nachzulesende Reaktion auf die weltgeschichtliche Niederlage des Sozialismus an der Wende zu den neunziger Jahren. Er bestand darauf, den Dingen diesmal bis auf den letzten Grund zu gehen. Wo der liegt und wie er beschaffen ist, damit sind die Sozialisten und nicht anders die Historiker, die ohne Vorbehalt, aber auch ohne Parteinahme für das Kapital und seine Weltordnung zu Werke gehen, bislang nicht zu überzeugenden Resultaten gekommen. Die Herausforderung, bei dieser Arbeit nicht nachzulassen, gehört zur geistigen und politischen Hinterlassenschaft eines der bedeutenden deutschen Geschichtswissenschaftler.

*

Die Knute Stalins. Zum Tod des Historikers Wolfgang Ruge. Nachruf von Helmut Bock in „Neues Deutschland“ vom 13.01.2007.

Erst jetzt haben wir es erfahren: Einer der wirklich kreativen, viel gelesenen Historiker der DDR lebt nicht mehr. Wolfgang Ruge, Professor am Geschichtsinstitut der Akademie der Wissenschaften und Ehrendoktor der Universität Jena verstarb Weihnachten in seinem 90. Jahr. Seine Schriften bleiben. Biographische Arbeiten über Hindenburg und Hitler, Erzberger und Stresemann. Auch mit heutigem Wissen und einigem Abstand zu lesenden Beschreibungen der deutschen Novemberrevolution und der Weimarer Republik. Er war der weithin zuständige Autor für Erinnerungen an die Zeit von 1917/18 bis 1933. Sein Charakter war nicht gewachsen in Stille und Staub der Bibliotheken, er war kein purer Akademiker. Er hatte die Kämpfe, die Verwirrungen, die Irrtümer seiner Epoche selbst schwer erfahren müssen und dennoch die Größe in sich erzeugt, als Wissenschaftler ein möglichst objektives Urteil geben zu wollen, sein eigenes Schicksal nicht zum Richtschwert seines Denkens und Schreibens zu machen. Was nun war dieses „schwer Erfahrene“ – das uns noch heute helfen kann, Urteile zu finden, Entscheidungen zu treffen?

Geboren im Kriegs- und Revolutionsjahr 1917, wuchs er in einer Berliner Lehrerfamilie auf, deren Leben in der frühen Überzeugung gründete, dass „ex oriente lux“ eine offenbare, wenn auch hart umstrittene Tatsache sei. So konnte geschehen, dass der 16-jährige Jungkommunist nach Machtergreifung der Hitlerfaschisten in die Sowjetunion emigrierte – mit ihm sein älterer Bruder Walter, zu anderer Zeit auch Mutter und Vater. Es währte nur kurz, bis seine Sowjetgläubigkeit brach. Die tödliche Sphäre der Parteireinigung und der Schauprozesse, in der nicht nur die verdienten Revolutionäre von 1917 gemordet wurden, sondern auch eigene Freunde und Genossen spurlos verschwanden. Überdies die denkwürdigen Zufälle, die ihn selbst vor Verhaftung und wahrscheinlicher Auslöschung bewahrten. Das staatsterroristische Klima entfremdete einen jeden der Familie: der Vater – an die Nazis ausgeliefert; die Mutter – nur durch verdeckte Begünstigung in westliche Länder entsandt; der Bruder – in die Eiswüsten des hohen Nordens verbracht. Er selbst hatte auf Seiten des „Vaterlands aller Werktätigen“ den deutschen Faschismus bekämpfen wollen – wie sehr musste ihn der Stalin-Hitler-Pakt schockieren.

Als kaum zwei Jahre später der deutsche Überfall und Angriffskrieg begann, geriet der junge Ruge mit den meisten der in Russland lebenden Deutschen, ob Emigrant, deutschstämmiger Sowjetbürger oder deren Angehöriger, in den Pauschalverdacht möglicher Spionage, Kollaboration, Sowjetfeindschaft. Im Viehwagen wurden er und seine russische Frau nach Kasachstan gekarrt: Anfang einer Verbannung, die vierzehn Jahre des besten Lebensalters aufzehrte, ihm die Gefährtin raubte, ihn selbst als Holzfäller in die westsibirische Taiga verschleppte. Es ist fast ein Wunder, wie er unter Unzähligen, die durch Hunger, Krankheiten, Unfälle, sogar Hinrichtungen zugrunde gingen, überleben konnte – vornehmlich dank hellwacher Intelligenz, die ihn schwierige Situationen wieder und wieder überstehen ließ. Das war Lebenswille, der aus Geistigem kam. Bloße Körperkraft, sture Ausdauer reichten da nicht. Was „Gulag“, von stalinistischen Bürokraten und Menschenschindern als Arbeitsarmee geschönt, in Wirklichkeit bedeutete, wird in Ruges Lebensbericht auf ergreifende Weise erzählt. Des bitteren Alltags beweiskräftige Tatsachen sind hier in Fülle ausgebreitet. Doch haben in den Zeilen auch nicht wenige der Verbannten, Geschundenen, anonym Verscharrten ein spätes Gedenken, ein unverhofftes Grabmal gefunden.

Wer diesen Bericht auf sich wirken lässt, müsste unweigerlich zu der Einsicht gelangen, dass ein derart politisches System wohl die deutschen Angriffskrieger besiegen konnte, jedoch als Entwicklungsform für eine humane Gesellschaft verdorben war. Kuriosität der Historie: Es war der BRD-Kanzler Adenauer, der in den fünfziger Jahren die Rückführung deutscher Kriegsgefangener durchsetzte und dadurch mittelbar bewirkte, dass endlich auch überlebende antifaschistische Emigranten heimkehren konnten. Erst 1956 kam der einstige Jungkommunist – ein nahezu Vierzigjähriger – nach Deutschland zurück. „Den Schatten dieser Ideale nahm ich zum Anlass, mich selbst zu überzeugen, dass ich helfen wollte, den Sozialismus in der DDR zu errichten.“ Erst das Ende dieses Staats hat dem kritischen Bewusstseinsstrom, der in ihm angestaut war, die Schleusen geöffnet. Anfang 1990 überraschte er mit der richtigen Aussage: „Lenin gab Stalin die Knute in die Hand.“ Er war der entschiedenste Historiker, der, aus der DDR kommend, den Stalinismus als eine „Sackgasse der Geschichte“ beschrieb.

*

Historische Sackgasse. Gesammelte Schriften: Der DDR-Historiker Wolfgang Ruge über Staatssozialismus, Stalinismus und den Untergang der Sowjetunion. Von Werner Röhr in „junge Welt“ vom 17.11.2007, S. 15.

Wolfgang Ruge (1917 – 2006) gehörte zu den wenigen Historikern der DDR, die nach 1989 zu den Fragen nach den geschichtlichen Ursachen der welthistorischen Niederlage des Staatssozialismus, des Stalinismus und des Untergangs und Auseinanderfalls der Sowjetunion in der Öffentlichkeit nicht geschwiegen haben. „In der Überzeugung, dass das Schicksal zumindest des europäischen Sozialismus von der Entwicklung in der Sowjetunion abhing, habe ich mich seit 1989/90 der Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion zugewandt. Dies entsprach um so mehr meinem Bedürfnis, als mein Leben (...) unter dem Zeichen von Faschismus und Stalinismus stand und ich, oft genug von Entsetzen gepackt, nicht nur die Ursachen und den Kern des einen Phänomens, sondern auch des anderen begreifen wollte“, sagte er 1997 auf dem Colloquium zu seinem 80. Geburtstag.

Friedrich-Martin Balzer aus Marburg hat sich die Mühe gemacht, die Arbeiten aus den letzten Schaffensjahren des Weihnachten 2006 verstorbenen Historikers zu sammeln und zu veröffentlichen. Es sind 55 Texte. Sie gliedern sich in zwei große Teile, wissenschaftliche Arbeiten aus dem Jahre 1989, die vor dem 9. November, sowie Artikel und Aufsätze, die nach dem 9. November 1989 bis einschließlich 1999 geschrieben wurden. Sie erschienen in Sammel- und Konferenzbänden, als Vortragsdrucke oder in Zeitungen (ND, Weltbühne, Freitag). Balzer druckt sie alle und durchweg in vollständiger Länge, Wiederholungen nimmt er bewusst in Kauf.

Schmerzliche Lehren

In seiner Einleitung umreißt der Herausgeber Ruges Schaffen in diesem Jahrzehnt und erläutert Editionsprinzipien und Aufbau des Bandes. Darüber hinaus thematisiert er, wie mit diesem Erbe umgegangen wird, insbesondere verzeichnet er die Reaktionen auf Ruges Memoiren „Berlin – Moskau – Sosswa“ von 2003, in denen jener sein Lebensschicksal im sowjetischen Exil, in Arbeitslager und Verbannung beschrieben hat (siehe *jW* v. 15.9.2003). In einem zweiten einleitenden Beitrag analysiert der Marburger Osteuropahistoriker Joachim Hösler Ruges Aufsätze zur Geschichtsschreibung der Sowjetunion und misst deren Aussagen am jüngsten Forschungsstand seines Fachs. Hösler nimmt sich Ruges Auffassung zur Oktoberrevolution, zu „Lenins Weichenstellung für Stalin“, zu Stalinismus und Entstalinisierung, zum Vergleich von Faschismus und Stalinismus sowie zum Lernen aus der Geschichte des Sozialismus vor und benennt auch, wie sich diese in dem Jahrzehnt verändert haben. Seine Analyse ist durchweg kritisch, aber getragen von solidarischer Zustimmung zu Ruges politischem und historiographischem Anliegen.

Wolfgang Ruges Forscherleben begann erst 1956, mit 39 Jahren. Sein Hauptthema wurde die Weimarer Republik, zwölf Bücher hat er veröffentlicht. Auch dieser Band versammelt im ersten Teil zehn Texte zur Novemberrevolution und zu Weimar, von denen fünf für den 1989 erschienenen Sammelband „Krieg und Frieden. Im Wandel der Geschichte“ geschrieben wurden. Der wichtigste Text dieses Teils ist eine glänzende Analyse der Kontinuität von Politik und Personage des Auswärtigen Amtes, das die Weimarer Republik vom Wilhelminischen Reich übernahm und das bruchlos für Hitler weiter agierte, auch wenn die Nazis den adligen Diplomaten zu plebejisch waren. Er wurde für ein deutsch-deutsches Gemeinschaftswerk über den Weg deutscher Eliten in den Zweiten Weltkrieg geschrieben, dessen Erscheinen die SED-Führung verhinderte.

Manuskript über Lenin

Bei den 45 Texten des zweiten Teiles reicht das Spektrum von der Oktoberrevolution und der sowjetischen Geschichte über die Novemberrevolution und die Weimarer Republik bis zur unmittelbaren Gegenwart. Von allen Themen, die Ruge selbstkritisch aufgriff, war keines schwieriger und schmerzlicher als seine Neubewertung von Lenins Tätigkeit von 1917 bis 1923. Er analysierte Lenins letzte Schriften und Lenins „Brief an den Parteitag“ mit der Warnung vor Stalins Grobheit und kam zu dem Schluss, dass Lenin dessen Ablösung weder entschieden genug gefordert hatte noch inhaltlich dessen

Praxis gerecht wurde. Mit der Charakterisierung von sechs weiteren Mitgliedern des ZK, die einzeln oder kollektiv als seine Nachfolger in Frage kamen, habe Lenin diese so stigmatisiert, dass faktisch einzig Stalin übrigblieb. Zu dieser Zeit habe Lenin, der dann nach dem ersten Schlaganfall in Gorki von seinen eigenen Genossen gefangengehalten und Stalins „Obhut“ unterworfen wurde, die Sowjetmacht, sein Lebenswerk, als gescheitert angesehen und resigniert. Er unterstellt Lenin, am Weg zum Stalinismus weichenstellend beteiligt gewesen zu sein und in seiner Parteikonzeption und politischen Praxis ein exzessives Machtsystem installiert zu haben, dessen sich Stalin bedienen konnte.

Obwohl Ruge die Oktoberrevolution nach wie vor für eine weltgeschichtliche Pioniertat hält, sieht er die Keime des späteren Untergangs der Sowjetmacht bereits in deren ersten Schritten gegeben, auch wenn diese unvermeidlich waren. Hösler weist in seiner Analyse auf Schwächen und Fehlurteile Ruges hin, vor allem hinsichtlich des so genannten Testaments, und auf Annahmen, die von der Forschung korrigiert wurden. Weitere Kritikpunkte ergeben sich aus der Tatsache, dass Ruge die Vernichtung des Bolschewismus als politische Kraft und die physische seiner Köpfe als Voraussetzung des siegreichen Stalinismus unterschätzt. Wolfgang Ruge hat ein 400-Seiten-Manuskript über Lenin hinterlassen, dessen baldige Herausgabe als Buch zu erwarten ist. Mit ihm wird auch die Kritik an Ruges Lenin-Kritik eine bessere Grundlage haben.

Stalinismus gab es nach Ruge nur in der Sowjetunion zwischen 1929 und 1952, sonst spricht er von epigonalem oder Poststalinismus. Er unterscheidet mehrere Wurzeln, von der Marxschen Theorie über die russische Herrschaftstradition von Grausamkeit und Obrigkeitsstaat, die spezifische Parteitradition und Erfahrungen der russischen Revolutionäre, bis hin zu Gewalt und Terror bei der Unterdrückung der Konterrevolution in Bürgerkrieg und Intervention. All dies habe zusammengewirkt, als nach dem Sieg im Bürgerkrieg gewaltsame Lösungen durch einen zentralisierten Machtapparat und schließlich die Einpersonenherrschaft bevorzugt wurden, um die ungeheuren Schwierigkeiten des Landes bewältigen zu können.

Tradition der Despotie

Der Stalinismus war für Ruge keine Form und keine Vorform des Sozialismus, kein Frühsozialismus und keine Entwicklungsdiktatur, sondern ein politisches Herrschaftssystem sui generis, das die Tradition aller absolutistischen Despotien fortsetzte. Die Sowjetordnung insgesamt, so Ruge, war weder die Frühphase eines neuen Systems noch leitete sie zu einer neuen Formation über, sondern bildete historisch eine Sackgasse, aus der keine Entwicklungsdiktatur herausführte. Obwohl er wirtschafts- und sozialhistorische Analysen des Stalinismus ausschließt, weil sie für das Wesen des Stalinismus, nämlich die systematische Vernichtung des denkenden, kreativen Teils der Gesellschaft, keine Erklärung böten, kennzeichnet er ihn sozialökonomisch als Mischformation aller bisherigen Ausbeutungsgesellschaften. Vorrangig sind das der Staatsmonopolismus gegenüber den Industriearbeitern, der Staatsfeudalismus gegenüber den quasi leibeigenen Bauern und die Staatssklaverei gegenüber den Arbeitshäftlingen des Gulag.

Stalinismus sei nicht an Produktionsziffern zu messen und nicht an parallelen Regimes, sondern allein an dem selbstverkündeten Anspruch, eine sozialistische, also humane Gesellschaft zu errichten. Diesen Anspruch habe Stalin nie widerrufen, sondern fortgesetzt beibehalten, aber im Umgang mit dem Menschenleben durch seine Massenverbrechen, in bezug auf die Produktionsweise durch die genannte Mischform von Ausbeutung und hinsichtlich der Gesellschaftsordnung durch die Selbstherrschaft des Diktators vermittels des Terrorapparates systematisch untergraben. Daher spiegele der Massenterror das Wesen dieser Gesellschaft. Ruge versperrt sich da nicht nur gegenüber bestimmten Quellengruppen (z. B. trotzkistischen), sondern auch allen anderen Erklärungen.

Den Band beschließt Eugen Ruges Trauerrede am Grab seines Vaters vom 29. Januar 2007. Sie allein ist es schon wert, diesen Band zu lesen.

Wolfgang Ruge: Beharren, kapitulieren oder umdenken. Gesammelte Schriften 1989 – 1999, hg. von Friedrich-Martin Balzer, Berlin 2007.

* * *

Zeitübliche Phrasen und leere Sprechblasen waren ihm fremd – Heinrich Scheel

(11.12.1915 in Berlin – 07.01.1996 in Berlin)

Nachruf in „Neues Deutschland“ vom 08.01.1996.

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Scheel, Mitglied der antifaschistischen Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack und als Jakobinismus- und Widerstandsforscher ein national und international anerkannter Historiker, der vor wenigen Wochen, am 11. Dezember 1995 seinen 80. Geburtstag beging, verstarb nach kurzer Krankheit am 7. Januar 1996 in Berlin.

Seit 1929 Schüler der Schulfarm Scharfenberg in Berlin, reihte er sich als Geschichtsstudent in den antifaschistischen Widerstand ein, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt und ins Strafbataillon gezwungen. Nach der Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft nach Berlin zurückgekehrt, engagierte er sich bei der demokratischen Neugestaltung der Volksbildung u. a. Seit Anfang der 50er Jahre arbeitete er an der Humboldt-Universität. Seine Geschichte der süddeutschen Jakobiner, die Publikationen zur preußischen Reformperiode und vor allem die dreibändige Darstellung und Dokumentation der Mainzer Republik von 1792/93, gehören neben zahlreichen Untersuchungen zum Wirken der Schulze-Boysen/Harnack-Widerstandsorganisation zu den bedeutendsten Leistungen deutscher Geschichtswissenschaft. Seit 1969 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR und über ein Dutzend Jahre dessen Vizepräsident, von 1980 bis 1990 Präsident der Historikergesellschaft der DDR, erwarb er sich bleibende Verdienste. Nach der illegalen Auflösung der Gelehrtengesellschaft gehörte er zu den Mitbegründern der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V., 1993 erschien seine Autobiographie „Vor den Schranken des Reichsgerichts. Mein Weg in den Widerstand“.

*

Trauerrede von Helmut Bleiber bei der Urnenbeisetzung am 23.02.1996 in Stolzenhagen in „Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.“, 14 (1996) 6, S. 94 – 99.

Theoretisch zu wissen, dass Leben ohne Tod nicht zu haben ist, und es praktisch am Beispiel von einem nahestehenden Menschen zu erfahren, das sind zwei sehr verschiedene Dinge. Der Schmerz über den Verlust eines geliebten oder freundschaftlich eng verbundenen Menschen lässt die Hinterbliebenen mit dem Schicksal hadern. Trost ist aus rationalen Erwägungen schwer zu gewinnen. Trauer und Schmerz gründen in anderen Bereichen des Menschseins. Gleichwohl: Die emotionale Betroffenheit, mit der wir an der Urne Heinrich Scheels stehen, sollte uns nicht der Fähigkeit berauben, dankbar zu würdigen, dass ihm anders als vielen seines Jahrganges acht Jahrzehnte eines reichen und erfüllten Lebens gegeben waren.

Heinrich Scheel war sich dieser Gunstbezeugung des Schicksals natürlich bewusst. Ich zitiere die letzten Zeilen, die meine Frau und ich von ihm erhielten. Sie stehen auf einer gedruckten Danksagungskarte anlässlich seines 80. Geburtstages: „Vielen Dank für die beiden Klemperer-Bände. Ich bin bei Band I schon bis S. 400 vorgedrungen und bin erschüttert, feststellen zu müssen, dass ich das Ausmaß der Leiden dieses Mannes unter den Nazis ganz eindeutig unterschätzt habe. Vergleichsweise waren wir wahre Glückskinder! Euer Heinz“. Ein Glückskind, so lautete auch der Kommentar von Waltraud Seidel-Höppner nach der Lektüre von Heinrich Scheels Memoirenband „Vor den Schranken des Reichskriegsgerichts. Mein Weg in den Widerstand“. Großes Glück wurde ihm in fortgeschrittenerem Alter zuteil in Gestalt von medizinischer Hilfe, die ihm mehrfach über lebensbedrohende Situationen hinweghalf, und schließlich: Auch die von Siechtum und langem Leiden freie Art seines Lebensendes wird man in diesem Zusammenhang sehen dürfen.

Heinrich Scheel wurde 1915 in Berlin-Kreuzberg als Sohn einer sozialdemokratisch engagierten Arbeiterfamilie geboren. Die im ersten Kapitel seiner Memoiren enthaltene liebevolle und gleichzeitig ungeschminkte Schilderung des familiären und sozialen Umfelds seiner Kindheit zeugt von seiner Verbundenheit mit den „kleinen Leuten“. Seiner sozialen Verwurzelung im proletarischen Milieu

Berlins der zwanziger Jahre als eines bestimmenden Elements seiner Persönlichkeitsentwicklung und seines späteren Engagements war er sich stets bewusst.

Entscheidende Bildungserlebnisse gewann Heinrich Scheel ab Frühjahr 1929 als Schüler der Schulfarm Insel Scharfenberg, die ein Erziehungskonzept verfolgte, das sowohl in der Stoffvermittlung als auch in der Gestaltung des Gemeinschaftslebens auf die Entwicklung von Eigeninitiative und die Wahrnahme von Eigenverantwortung durch die Schüler zielte. Zu den prägenden und den weiteren Lebensweg bestimmenden Bildungserlebnissen seiner Scharfenberger Jahre gehörte der durch zwei Lehrer und Mitschüler wie Hans Coppi und andere vermittelte Zugang zum Marxismus beziehungsweise zur kommunistischen Bewegung. Die sich daraus logisch ergebende Teilnahme am antifaschistischen Widerstand, ab 1939 als Angehöriger des Widerstandskreises um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack, ist eine der bleibenden Leistungen seines Lebenswerkes. Dem Todesurteil nicht zuletzt dank seiner klugen und geschickten Selbstverteidigung, aber auch dank der Solidarität und Hilfe vieler Freunde und Weggefährten nur knapp entgangen, überstand er Straflager, Bewährungsbataillon und Kriegsgefangenschaft. Die wenigen Jahre, die er anschließend wieder in seinem geliebten Scharfenberg, nun als Leiter der Anstalt, verbringen durfte, gewannen ihm – die Feier aus Anlass seines 80. Geburtstages hat es zuletzt noch einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt – eine große Schar dankbarer Schüler.

Nach kurzen Intermezzi am Haus der Kinder in Berlin-Lichtenberg und der Pädagogischen Hochschule Berlin führte ihn sein Lebensweg 1952 zurück zur Universität, an der er ab 1935 studiert hatte. Hier und ab 1956 an der Akademie der Wissenschaften widmete er sich jenem Arbeitsgebiet, auf dem er sich nationale und internationale Anerkennung als Historiker erwerben sollte. Seine zahlreichen Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Jakobinerbewegung, insbesondere seine drei Bände umfassende Geschichte der Mainzer Republik von 1793 sind von grundlegender Bedeutung für die Erschließung eines Traditionsstranges, der von der akademisch installierten bürgerlichen Historiographie wegen seines revolutionär-demokratischen Charakters lange Zeit gemieden und tabuisiert worden war. Gegenstand seiner Untersuchungen waren Fragen wie die nach dem Verhältnis von Aufklärung und Revolution, von revolutionärer Intelligenz und Massenbewegung, von sozialer und nationaler Frage, von Patriotismus und Kosmopolitismus – Fragen also, die heute zwar modifiziert, aber in ihrer Substanz aktuell sind wie eh und je.

Heinrich Scheel war eine ausgeprägte, eine ungewöhnliche und reich begabte Persönlichkeit. Neben Zügen und Eigenschaften, die zum guten Wissenschaftler gehören, wie intellektuelle Redlichkeit, logische Gedankenführung und unermüdliche Beharrlichkeit verfügte Heinrich Scheel über musische Talente. Den in seiner Jugend vielfach und gern frequentierten Zeichenstift rührte er aus Gründen der Zeitökonomie schon lange kaum noch an. Aber sein sicheres Sprachgefühl – die Leser danken es ihm – bestimmte das stilistische Niveau seiner wissenschaftlichen Texte. Unmittelbare Wirksamkeit erreichte er damit in Vorträgen. Er war ein glänzender Rhetor. Vor Jahren habe ich ihm einmal spöttelnd und etwas, aber nicht viel übertreibend gesagt, er könne jedes beliebige Auditorium zu Begeisterungsstürmen hinreißen oder zu Tränen rühren. Seine Wirkung als Redner beruhte erstens darauf, dass er, wenn er an ein Pult trat, stets inhaltlich etwas zu sagen hatte. Zeitübliche Phrasen und leere Sprechblasen waren ihm fremd. Zweitens: Die zu vermittelnden Inhalte vermochte er mit der von ihm beherrschten Kunst der geschliffenen Formulierung und gepflegter Sprache in eine niveauvolle Form zu bringen und drittens verstand er es, seine Texte eindrucksvoll zu präsentieren.

Faszination und Ausstrahlung seiner Persönlichkeit erwuchsen nicht zuletzt aus dem Phänomen, dass in seinem Wesen, in seinem Verhalten scheinbar unvereinbare Widersprüche eine symbiotische Vereinigung eingingen und sich aushielten. Heinrich Scheel war sich des Privilegs außergewöhnlicher Begabung wohl bewusst und blieb bescheiden und dem Milieu der „kleinen Leute“ seiner Herkunft verbunden. Wenn er zu repräsentieren hatte oder ans Pult trat, strahlte er Würde aus. Aber er verfügte zugleich über eine sich selbst und fast alles hinterfragende und Distanz schaffende Ironie, ja die Fähigkeit zu albern. Er verkörperte glaubhaft eine feste weltanschauliche und politische Überzeugung und demonstrierte gleichzeitig eine aus Sicherheit erwachsene souveräne Gelassenheit. Er war ein engagierter Verfechter seiner Sache und gewann die Akzeptanz und nicht selten die Freundschaft von

Menschen aus politisch und weltanschaulich anderen Lagern. Er war seiner lieben Edith ein folgsamer Ehemann und doch kein Gehorsamer. Er war ein passionierter Erzähler und Unterhalter und gleichzeitig einer, der zuhören und einfühlsam auf andere Menschen eingehen konnte. Er war ein Selbstdarsteller ohne, was ganz selten vorkommt, der Versuchung zu erliegen, beschönigendes Blendwerk in seine Projektionen einzuflechten.

Ein westdeutscher Bekannter, ein Linker, schrieb mir, nachdem er Heinrich Scheels Memoiren gelesen hatte: „Solch ehrliche Männer haben zuvor in Deutschland noch nie regiert". Was Heinrich Scheels Ehrlichkeit angeht, hatte er recht, was das Regieren betrifft, nur sehr bedingt. Heinrich Scheel hat in der DDR wichtige wissenschaftspolitische Aufgaben wahrgenommen: Parteisekretär der Akademie der Wissenschaften, stellvertretender Direktor des Akademieinstituts für Geschichte, Vizepräsident der Akademie von 1972 bis 1984 und Präsident der Historikergesellschaft der DDR von 1980 bis 1990. Diese und andere Ämter ermöglichten ihm eine gewisse Einflussnahme auf die Entwicklung der Wissenschaft und der in ihr tätigen Menschen, aber Einfluss auf die Entscheidung über Grundsatzfragen der politischen Entwicklung der DDR hatte er nie, Heinrich Scheel hat die DDR verstanden und mitgetragen als legitime und notwendige Alternative zu faschistischer Diktatur und einer Bundesrepublik, in der frühere Nazis in Wirtschaft, Politik und Justiz in Amt und Würden waren. Sein Beispiel, wie das zahlreicher anderer, zeugt davon, dass in der DDR neben und vor dem heute viel beredeten verordneten Antifaschismus persönlich gelebter und erfahrener Antifaschismus präsent und wirksam war. Gleichzeitig hatte er mancherlei Schwierigkeiten mit und in diesem Staat, mit dogmatischen Simplifizierungen, politischer Engstirnigkeit und der immer offensichtlicher werdenden Unfähigkeit des verkrusteten politischen Systems, auf brennende Fragen angemessene Antworten und Lösungen zu finden. Der Untergang der DDR und der Sowjetunion, der er sich als dem Land der siegreichen Oktoberrevolution seit seiner Scharfenberger Schülerzeit stets besonders verbunden gefühlt hatte, traf ihn zutiefst. Gleichwohl und trotz alledem: Die Überzeugung von der Sinnhaftigkeit seines politischen Einsatzes im antifaschistischen Widerstand und seines Mitwirkens am Versuch einer sozialistischen Gesellschaft konnte ihm, der um den langen Atem der Geschichte wusste, diese historische Wende nicht nehmen. Unter der Folie seiner Schreibtischauflage und somit ständig vor Augen verwahrte er einen Zettel, auf dem er eine Tagebucheintragung von Werner Krauß aus dem Jahre 1966 notiert hatte. Sie lautet: „Politik ausweglos. Antipolitik überhaupt unwegsam. Der Sozialismus bleibt einzige Lösung, trotz seiner Diskreditierung durch eine Praxis, die manche Ansprüche erfüllt, aber den Anspruch, der der Mensch ist, geflissentlich überhört und verleugnet".

Heinrich Scheels Persönlichkeit und Lebenswerk sind nicht zu verstehen ohne seinen familiären Hintergrund. Seine Eltern vermittelten ihm die Gewissheit vorbehaltloser Akzeptanz, eine, wie man weiß, nicht hoch genug zu bewertende Mitgift für das Leben, die innere Sicherheit gibt und auch in schweren persönlichen Krisen bewahren lässt. Welch große Rolle seine familiären Bindungen in der Zeit seiner Inhaftierung und insbesondere in den Monaten und Wochen vor seinem Prozess im Reichskriegsgericht für ihn spielten, wie seine Familie ihm über die nur begrenzt mögliche praktische Hilfe hinaus vor allem als Kraftquell für emotionales und moralisches Durchhaltevermögen von existentieller Bedeutung war, ist seinen Erinnerungen zu entnehmen. Nicht von Lektüre, sondern aus konkreter Anschauung weiß ich, was seine geliebte Edith für ihn bedeutete. Wenn ich es richtig sehe, erschien nicht eines seiner umfangreichen fachhistorischen Bücher, in dem ihre Mitwirkung nicht dankend erwähnt wird. Von der Quellenerschließung auf ausgedehnten Archivreisen bis hin zu Registeranfertigung und Korrekturlesen begleitete und forderte sie seine wissenschaftlichen Werke. Weitaus bedeutsamer aber für Heinrich Scheels Lebensleistung war, so scheint mir, dass er in Edith, in deren Persönlichkeit anrührende Warmherzigkeit und stete Hilfsbereitschaft sich mit entschiedener Eigenständigkeit und zupackender Resolutheit vereinen, die ihm gemäße Lebenspartnerin gefunden hatte. Was könnte seine innige und tiefe Verbundenheit mit ihr besser offenbaren als seine Äußerung: Wenn Edith vor mir stirbt, dann will ich auch nicht weiterleben. Dank Edith, Dank der ganzen Familie für das, was Ihr für Heinz gewesen seid und getan habt.

Ich habe Heinrich Scheel viel zu verdanken, Hilfe, Förderung, Vertrauen, Freundschaft. Viele haben ihm viel zu verdanken. In der Erinnerung vieler wird er einen festen, einen guten Platz bewahren. Es

bleibt sein wissenschaftliches Werk, das von Leistungen und Verdiensten der DDR-Historiographie kündet. Es bleibt sein politischer Einsatz in den Kämpfen dieses Jahrhunderts für eine bessere, gerechtere Weltordnung.

Hinterlässt Heinrich Scheel ein Vermächtnis? In der letzten Trauerrede, die er hielt, der Rede an der Bahre von Walter Markov im Juli 1993, findet sich der Satz: „Das alte Ringen der Menschen um Gerechtigkeit und Freiheit ist unzerstörbar und macht eine sozialistische Selbstverwirklichung zwingend“. Abschließend zitierte er die Aufforderung Markovs, trotz der erlittenen Niederlage und aus ihr lernend dieses Ziel nicht preiszugeben. Heinrich Scheel bekannte sich zu diesem Vermächtnis Walter Markovs. Es ist auch das seine.

Dank, Heinrich Scheel, für menschliche Wärme, für Lebenswerk und Vermächtnis.

* * *

Pazifisten und Christen im Widerstand – Rosemarie Schumann

(19.08.1940 in Breslau – 05.11.2015 in Berlin)

Trauerrede von Joachim Heise und Nachruf von Dr. Günter Krusche für das „Institut Gesellschaft zur Förderung vergleichender Staat-Kirche-Forschung“.

Wir haben am 24. November in einer Stunde der Erinnerung und des Gedenkens Abschied von Dr. Rosemarie Schumann genommen. Sie wurde am 19. August 1940 in Breslau geboren und ist am 5. November 2015 in Berlin verstorben.

Sie war Mitglied des Träger- und Fördervereins und längere Zeit auch in dessen Vorstand tätig. Sie hat sich an vielen Veranstaltungen engagiert beteiligt und ist Autorin bzw. Mitherausgeberin von zwei wichtigen Publikationen unseres Instituts.

Wir verlieren mit Rosemarie Schumann eine Historikerin in unseren Reihen, die ihr „Handwerk“ verstand, die süchtig nach anspruchsvollem wissenschaftlichem Dialog, die sensibel im Umgang mit historischen Sachverhalten und historischen Persönlichkeiten war und formulieren konnte, fernab von gestanzten parteipolitischen Worthülsen und gängigen Floskeln des heutigen Mainstreams.

Wir danken ihr für alles, was sie für die historische Wissenschaft, für unser Institut und jeden von uns persönlich getan hat. Sie ist und bleibt Teil der Geschichte unseres Instituts. Wir werden ihr Andenken bewahren.

*

Joachim Heise: Trauerrede für Dr. Rosemarie Schumann

Gewöhnlich treffen wir uns hier in diesem Raum des Kirchlichen Archivzentrums, um über Gott und die Welt zu diskutieren. Heute ist alles anders. Wir wollen gemeinsam Abschied nehmen von Dr. Rosemarie Schumann, wir wollen an sie erinnern und ihr danken, dass wir ein Stück ihres Weges mit ihr zusammen gehen konnten. In unsere Trauer um Rosemarie Schumann wollen wir all jene einschließen, die in den zurückliegenden Wochen und Tagen Opfer von terroristischen Anschlägen überall auf der Welt geworden sind: in Beirut, auf der Sinai-Halbinsel, in Mali, in Paris und wer weiß, wo sonst noch. Ich begrüße ganz herzlich die Tochter, Frau Kerstin Schenke, den Schwiegersohn und die Enkel, ebenso die Kollegen von Rosemarie und alle Freunde unseres Instituts. Es war Rosemaries ausdrücklicher Wunsch, hier zusammenzukommen, nicht zu einer Trauerfeier, sondern zu einer Stunde des Erinnerns und Gedenkens. Wir sind diesem Wunsch gern nachgekommen.

Rosemarie Schumann war schon dabei, als wir am 10. März 1994 unsere ersten Institutsräume in der Planckstraße 20 eröffneten. Dort hatten die Quäker bereits in den 1920er Jahren ein Büro eröffnet, das zu einem wichtigen internationalen Treffpunkt und in der NS-Zeit zu einer oft lebensrettenden Adresse für Bedrängte und Verfolgte wurde, gleich welcher Nationalität, Rasse, Religion oder Weltanschauung. Auch in der DDR-Zeit blieb das Quäker-Büro ein Ort des freien Wortes und der tätigen Hilfe. An diesem historischen Ort fühlte sich Rosemarie mit ihrer Lebensgeschichte und ihren Forschungen – wie auch wir – gut aufgehoben.

Das Institut wurde mit der Zeit ihr geistiges Zuhause. Hier traf sie auf Menschen, deren Lebensbahnen ähnlich brüchig geworden waren wie ihre. Hier traf sie auf Christen, die den Dialog und das angstfreie Gespräch über die jüngste Geschichte suchten und denen Versöhnung wichtiger war als Hass und Vergeltung.

Sie wurde in den Vorstand des Trägervereins gewählt, brachte ihre Erfahrungen und Ideen ein, um zu helfen, das Institut zu einem besonderen Ort des wissenschaftlichen Diskurses für Menschen aus Ost und West und von Christen und Nichtchristen zu machen. Sie versäumte nur wenige Veranstaltungen unseres Instituts und diskutierte, solange es ihre Kräfte erlaubten, engagiert mit. Sie fuhr mit uns zu Kirchentagen, um das Institut und seine Arbeit einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und hat als Autorin bzw. Herausgeberin maßgeblichen Anteil an zwei Institutspublikationen, zum einen

über das Schicksal der Russlanddeutschen und zum anderen über das Leben und Wirken des Journalisten Reinhard Henkys.

Je älter sie wurde, desto mehr beschäftigte sie das Thema „Verlust der Heimat und die Suche nach einer neuen Heimat“. In dieser Frage fühlte sich Rosemarie den Russlanddeutschen und auch Reinhard Henkys, der seine ostpreußische Heimat hatte verlassen müssen, sehr nahe. Sie selbst, am 19. August 1940 in Breslau geboren, erlebte als Fünfjährige die Schrecken des Untergangs ihrer Heimatstadt und die Flucht mit ihrer Mutter und ihrer Großmutter im Januar/Februar 1945. Vielleicht sind sie dabei sogar meiner Mutter, meiner Großmutter und meinen zwei Brüdern begegnet, die zur gleichen Zeit aus der Nähe von Bromberg kommend in Richtung Westen flüchteten. Als sie in Bautzen angekommen waren, sahen sie aus der Ferne Dresden in Flammen. Rosemarie, ihre Mutter und Großmutter schafften es schließlich in ein Dorf in der Nähe von Torgau zu einem Bruder ihrer Mutter. Dort sah Rosemarie auch ihren Vater wieder, der aus italienischer Gefangenschaft heimkehrte. Torgau und die Brücke über die Elbe wurden zu einem Ort bzw. einem Bauwerk, die Geschichte gemacht hatten. Hier reichten sich Amerikaner und Russen die Hände und freuten sich gemeinsam über den Sieg über die Nazi-Barbarei. Rosemaries Vater, in Breslau als Bauunternehmer tätig, spielte dabei eine ganz wichtige Rolle. Die Russen hatten ihm nämlich den Auftrag erteilt, die Brücke wieder passierbar zu machen.

1952 kam sie nach Berlin und studierte bis 1963 an der Humboldt-Universität Germanistik und Anglistik. Hier lernte sie auch Hans-Joachim Meyer kennen, der am 22. Mai Gast in unserem Institut war, um hier in diesem Raum mit mir über seine Erfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland zu sprechen. An diesem Tag hat Rosemarie, von ihrer schweren Krankheit gekennzeichnet, das letzte Mal an einer Institutsveranstaltung teilgenommen und sich sehr gefreut, uns alle und ihren Kommilitonen Meyer wieder zu treffen. Sie ahnte sicher, dass es das letzte Mal sein könnte.

Nach ihrem Studium wurde sie als Lehrerin in Lauchhammer eingesetzt. 1963 heiratete sie das erste Mal und ging wieder zurück nach Berlin, um dort im Verlag „Volk und Welt“ eine Stelle anzutreten. Bis 1968 arbeitete sie in der Redaktion der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ mit. Bis zur Abwicklung des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften arbeitete sie dort als Historikerin und machte sich einen Namen als profunde Kennerin der Friedensbewegungen vor und nach dem 1. Weltkrieg, des Pazifismus und des antifaschistischen Widerstands. Hier hatte sie auch ihren zweiten Mann kennengelernt, den sie 1973 heiratete.

Durch diese Forschungen kam sie mehr und mehr auch in Kontakt mit Christen, von denen sich viele in der Gossner Mission engagierten. Aus dieser Zeit stammen Kontakte und auch Freundschaften, die bis zu ihrem Lebensende Bestand hatten. Ich bin öfter gefragt worden, ob Rosemarie im Laufe ihres Lebens religiös geworden sei. Ich kann diese Frage nicht eindeutig beantworten, übrigens auch die Tochter nicht. Soviel scheint mir allerdings sicher: Rosemarie fühlte sich dem christlichen Wertekanon und einem von christlichen Werten getragenen Leben sehr verbunden und je älter und auch kränker sie wurde, davon angezogen.

Rosemarie Schumanns wohl wichtigstes Werk ist und bleibt ihr Buch über Kurt Huber. Es ist als 66. Band der Schriftenreihe des Bundesarchivs 2007 im Droste Verlag Düsseldorf erschienen. Das Buch handelt von den Leistungen dieses Mannes auf den Gebieten der Philosophie, der Musikwissenschaft, der Psychologie und der Volksliedforschung. Im Rahmen der Aktionen der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ verfasste er ein Flugblatt und wurde deswegen 1943 verurteilt und enthauptet. „Mit diesem Lebensopfer steht Huber als einziger Hochschulprofessor gegen die Unterlassungen der deutschen Professorenschaft in dunkler Zeit“, heißt es im Klappentext zu diesem Buch. Ihre ganze Kraft und ihre lebenslang gesammelten Erfahrungen in der wissenschaftlichen Arbeit hat sie in dieses Werk gelegt. Wie schwer es war, dieser Persönlichkeit näher zu kommen, beschreibt sie in der Einleitung zu dieser Studie: „Hubers Beweggründe, sich gegen den Nationalsozialismus zu stemmen, ankerten in seinem tiefen Verwobensein mit der abendländischen Philosophie und deren Geschichte, in der christlichen Religion und einer besonderen Inobhutnahme des deutschen Volks- und Volkstumsgedankens, wie er sich im Zeitalter der Romantik herausgebildet hatte. Damit stehen wir vor dem

Einspruch von nahezu enzyklopädischer Dimension, der sich grundsätzlich von anderen Widerstandsmotiven seiner Zeit unterscheidet."

Diese besondere Qualität der Widerstandsmotive Hubers, wissenschaftlich überzeugend aufbereitet und sprachlich brillant dargestellt zu haben, zeugt von den besonderen Gaben der Historikerin Rosemarie Schumann. Mit diesem Buch wollte sie es insbesondere denen beweisen, die nach dem Ende der DDR an der wissenschaftlichen Qualifikation von DDR-Historikern grundsätzlich zweifelten und ihnen unterstellten, von morgens bis abends nichts anders getan zu haben, als SED-Parteipropaganda zu fabrizieren. Sie hat unter der Geringschätzung und Abwertung ihrer wissenschaftlichen Arbeit und der ihres Mannes Wolfgang Schumann gelitten. Die Arroganz und Selbstgerechtigkeit, die einige ihrer westdeutschen Kollegen ihr gegenüber an den Tag legten, haben sie schwer verletzt. Als ihr Mann in dieser Lebenskrise starb, fühlte sie sich von der Welt verlassen und suchte Halt, neue Aufgaben und eine neue Perspektive.

Rosemarie hat dem Buch über Kurt Huber den Titel gegeben: „Leidenschaft und Leidensweg". Leidenschaftlich war auch sie allemal. Sie hatte, wie so viele ihrer Generation, einen Traum, einen Traum von einer besseren, gerechteren, friedlicheren Welt. Lange hat sie geglaubt und sich dafür eingesetzt, diesem Traum in und mit der DDR ein Stück näher zu kommen. Diese Hoffnung hat sie immer wieder über ihre alltäglichen Enttäuschungen geschoben. Bis sie schmerzlich erkennen musste, so wie die DDR gebaut war, hatte sie keine Zukunft und war dem Untergang geweiht.

Wissenschaftlichen Streit ging Rosemarie nicht aus dem Wege und kämpfte leidenschaftlich. Auch ich habe dies mehrfach erlebt. Wo andere an der Oberfläche bohrten, da wollte sie tiefer loten. Wo andere sich schnell mit einer gängigen Formulierung, einem vernutzten Ausdruck zufrieden gaben, da suchte sie so lange, bis sie eine Formulierung, einen Ausdruck gefunden hatte, der dem Ganzen einen neuen Klang verlieh und Denken von alten Verkrustungen befreite. Wo andere auf halber Strecke bei der Beschreibung von historischen Sachverhalten und der Analyse des Handelns historischer Persönlichkeiten stehen blieben, da fing ihre Suche nach der Wahrheit, nach den Schichten unter der Oberfläche, erst richtig an.

Auch im Leben der Rosemarie Schumann gab es Phasen, die den Titel „Leidensweg" durchaus rechtfertigen würden: Die Flucht und die Suche nach einer neuen Heimat, die Sehnsucht nach einem erfüllten Ehe- und Familienleben, die Leiden ihres Mannes, die persönlichen Verletzungen nach dem Untergang der DDR und nicht zuletzt die eigene schwere Krankheit, die ihr immer wieder die Lebens- und Arbeitskraft zu nehmen drohte. Als wir zusammen an dem Buch über Reinhard Henkys arbeiteten und sich das Ganze in die Länge zog, da trieb sie mich immer wieder an „Du, Achim, ich möchte dieses Manuskript noch als Buch sehen. Ich habe nicht mehr lange Zeit!" Sie hat das Erscheinen des Buches Ende 2012 erlebt. Aber ihre Zeit ging dennoch schnell ihrem Ende entgegen. Sie starb am 5. November in Berlin.

Wir verlieren mit Rosemarie eine Historikerin in unseren Reihen, die ihr „Handwerk" verstand, die süchtig nach anspruchsvollem wissenschaftlichen Dialog, die sensibel im Umgang mit historischen Sachverhalten und historischen Persönlichkeiten war und formulieren konnte, fern ab von gestanzten parteipolitischen Worthülsen und gängigen Floskeln des heutigen Mainstreams. An dieser Stelle möchte ich aus einem Brief zitieren, den mir Dr. Günter Krusche, ehemals Generalsuperintendent von Ost-Berlin, nach der Gründung unseres Trägervereins Vorsitzender seines Vorstands, heute geschrieben hat.

*

Günter Krusche, selbst schwer krank, schreibt:

Der Tod von Rosemarie Schumann erfüllt mich mit Trauer, auch wenn ich weiß, dass sie nun von ihren Leiden erlöst ist und ihren Frieden gefunden hat. Ich bin ihr schon vor der „Wende" begegnet. Sie kam in mein Büro und suchte das Gespräch mit mir, wie so manche reformbereite Genossen, die eine bessere DDR wollten. Es begann ein Dialog zwischen Christen und Marxisten mit großen Hoffnungen. Ich erinnere mich an ein Wort von ihr: „Die Bibel sollte in den Lehrstoff der Schulen

aufgenommen werden. Das wäre gut für unser Land“. In jenen Jahren hatte sie einen todkranken Mann zu pflegen. Trotzdem war sie noch beruflich aktiv: Ich bewunderte ihre große Tapferkeit.

Eine große Freude war mir die Wiederbegegnung im Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung von der Gründung an. Ihre konstruktiven Gesprächsbeiträge halfen mir, unseren Weg zu finden.

Ich erinnere mich an die Vorstellung ihres Buches „Fremde Heimat“ in Marzahn, wo sie in einer aufgeladenen Atmosphäre ihre Frau stand und zur Verständigung beitrug, indem sie Verständnis zeigte.

Besonders beeindruckte mich ihr umfangreiches Buch „Leidenschaft und Leidensweg“ über Professor Kurt Huber, den Förderer der „Weißen Rose“. Sie hat in dem Buch bewiesen, dass sie sich einfühlsam und doch präzise in Menschen hineinversetzen kann. Dabei beschränkte sie sich nicht nur auf die historische Methode, sondern bezog andere Betrachtungsweisen mit ein. Dass sie trotz der schon beginnenden Krebskrankheit die Verhandlungen und Reisen noch auf sich nahm, habe ich mit Respekt vermerkt. Doch die Mühen haben sich gelohnt.

Darüber hinaus war sie ein liebenswerter Mensch, den wir schmerzlich vermissen.

In Dankbarkeit und Verehrung

Dr. Günter Krusche

Mir bleibt am Schluss nur, Rosemarie Schumann zu danken für alles, was sie für die historische Wissenschaft, für unser Institut und jeden von uns persönlich getan hat.

Rosemarie, Du bist und bleibst Teil der Geschichte unseres Instituts.

Wir werden Dein Andenken bewahren.

* * *

Von den Argumenten zu den Quellen – Wolfgang Schumann

(27.11.1925 in Magdeburg – 10.03.1991 in Berlin)

Von den Argumenten zu den Quellen. Über den Historiker Wolfgang Schumann. Von Kurt Pätzold in „junge Welt“ vom 29.12.2000.

In diesem Jahre wäre der Historiker Wolfgang Schumann 75 Jahre alt geworden. Er verstarb vor einem Jahrzehnt. Mit seinem Wirken verbindet sich vor allem die Forschung zum Zweiten Weltkrieg in der DDR, deren Ergebnisse unter seiner Leitung zu dem sechsbändigen Werk „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ zusammengeführt wurden. Schumann besaß mit seinen langwierigen Forschungen in Archiven daran einen herausragenden Anteil. Diese hatten sich zunächst in Dokumenteneditionen niedergeschlagen, die bis heute von Studenten wie von der Forschung benutzt werden. Zuerst erschien „Anatomie des Krieges“ (1969, mit Dietrich Eichholtz). Darauf folgten „Anatomie der Aggression“ (1972, mit Gerhart Hass), „Griff nach Südosteuropa“ (1972) und „Weltherrschaft im Visier“ (1975, mit Lothar Nestler). Zuletzt initiierte er das Unternehmen „Europa unterm Hakenkreuz“, dessen Bände 1989 zu erscheinen begannen und das Werner Röhr zu Ende führte. Im folgenden Text erinnert sich Kurt Pätzold an eine Zusammenarbeit mit Wolfgang Schumann.

Schumanns Interesse galt vor allem der Rolle der großen wirtschaftlichen Unternehmen, der Führer von Verbänden, der Eigner und Manager in den Führungsetagen der Industrie- und Bankkonzerne in Vorkrieg und Krieg. Er gab der Erforschung der Expansionsprogramme, die in der Zeit der Kriegssiege formuliert wurden, ebenso nachhaltige Anstöße wie der Beschäftigung mit den Nachkriegsprojekten, die entstanden, als sich die militärische Niederlage des deutschen Imperialismus abzeichnete. Begonnen hatte Schumann diesen Forscherweg in einem Betriebsarchiv.

Dass ein eben promovierter junger Wissenschaftler sich vornimmt, mit einer Gruppe von Anfängern wie er die Geschichte eines Konzerns zu erforschen, der mit seinen Produktionsstätten über Deutschlands Grenzen nach Österreich, in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und in die Niederlande und mit seinen Niederlassungen bis in die USA reicht, wird man nicht alltäglich nennen können. Wolfgang Schumann aber lockten die großen weißen Flecken auf dem historiographischen Tableau stets mehr, als dass er sich ins Forschergedränge begab. An dem Unternehmen, das er Ende der fünfziger Jahre mit Historikern und Ökonomen begann, existierte in Jena auch ein aktuell-politisches Interesse.

Die Unbeteiligten Edith Helmuth und Wolfgang Mühlfriedel schrieben darüber: Die Publikation „bildete den Höhepunkt einer ideologischen Auseinandersetzung im VEB Carl Zeiss Jena. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre hielten es politische Funktionäre außerhalb und innerhalb dieses Betriebes für unerlässlich, die Belegschaft von der Unrichtigkeit und politischen Gefährlichkeit der Zeiss-Legende und der daraus entspringenden Zeiss-Ideologie zu überzeugen.“ Legende und Ideologie verklärten nicht nur, wie weiter bemerkt wird, die reformerische, auf die Einbindung der Arbeiter, der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie zielende „Geschäftspolitik“ der Manager, waren nicht allein Anknüpfungspunkt für das Abwerben von Spezialarbeitern, Technikern und Ingenieuren zur Firma Carl Zeiss Oberkochen, der Gegengründung von 1946. Beide bildeten zudem eine hochgetürmte Barriere gegen das „alten“ Zeissianern unbequeme Eingeständnis, welche Rolle Werk und Konzern zweimal bei Aufrüstung und in Kriegen gespielt hatten.

Bezugnahmen auf die unbestrittenen Verdienste von Forschung, Entwicklung und Produktion, die der Wissenschaft und der Medizin bahnbrechende Instrumente gegeben hatten, dienten dazu, hinter ihnen den Anteil an der Rüstungsproduktion zu verstecken oder jene zu benutzen, um diesen aufzuwiegen.

Die Klarstellung der Rolle, die Deutschland und seine politischen und wirtschaftlichen Machthaber bei dem Weg in zwei Weltkriege gespielt hatten, betraf aber ein zentrales Anliegen der DDR-Kulturpolitik. So fügte sich die Arbeit an der Zeiss-Geschichte diesem größeren Interesse ein.

Inzwischen ist das weitgehend verlorengegangen und Zurücknahme und Verdrängung gewonnenen Wissens gelangten bald nach 1990 auf den Vormarsch. Im Geleitwort zur Ausstellung, die 1996 aus

Anlass der 150 Jahre zurückliegenden Gründung der Werkstatt des Carl Zeiss stattfand, übersprang der Thüringische Minister für Wissenschaft kühn 45 Jahre Zeiss-Geschichte und gelangte von 1900 flugs in die zweite Nachkriegszeit. In Ausstellung und Katalog konnte der Zeitraum nicht gut ausgespart werden. Aber die Frage nach dem Beitrag der Werke und ihrer Leitungen zu Aufrüstung und Kriegen wurde darauf reduziert, die modernen Kriegsmittel und die riesigen Gewinne herauszustellen. Und die noch zu Ernst Abbes Lebzeiten getroffene Entscheidung, am Rüstungsgeschäft kräftig zu profitieren, erhielt einen entschuldigenden Kommentar. So hätten sich rascher als durch die Zivilproduktion Investitionen sichern lassen, die für „neue Produktionslinien erforderlich waren". Von Interessen der Manager an der Expansion über den Kriegsweg war keine Rede mehr.

1962 lag der umfängliche Band mit dem etwas hilflosen Titel „Carl Zeiss Jena – einst und jetzt" vor. Mit seinem Erscheinen verband sich die Erfahrung unerwarteter Hürden, die sich für seine Verbreitung auftaten. Im nicht so kalten Wirtschaftskrieg zwischen den beiden deutschen Staaten bemächtigten sich Manager und Juristen des Oberkochener Unternehmens des Textes, um ihn vor Gerichten im Streit um Namen und Warenzeichen gegen das Jenaer Werk zu benutzen und darüber zu rechten, wer der legitime Erbe des berühmten Jenaer Physikers und erfolgreichen Werkleiters und seiner gemehrten Hinterlassenschaft sei. Dazu wurde die kritische Darstellung der Sozialpolitik Ernst Abbes herangezogen, von dessen Wirken ein Gesamtbild gegeben wurde, das seinen Leistungen gerecht zu werden suchte. „Mit der Würdigung der Verdienste des großen deutschen Naturwissenschaftlers und seiner Nachfolger und Schüler", hieß es in Schumanns Vorwort, sollte ein „Beitrag zur Klärung der Frage der Tradition der deutschen Wissenschaft und der Bedingungen ihrer Wirksamkeit" geleistet werden. Die Wege dieses Buches gehören in einen Abschnitt deutscher Zwei-Staaten-Geschichte, der von Wirtschaftshistorikern noch zu schreiben ist und naive Vorstellungen über das Wirtschaften im DDR-Staat korrigieren könnte.

*

Manfred Weißbecker: Wolfgang Schumann in Jena – persönliche Erinnerungen aus Erlebtem und Gelesenem. Geschichtsschreibung in der DDR zum Zweiten Weltkrieg. Biographische und historische Beobachtungen. Beiträge zur Veranstaltung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. (jetzt: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.) und der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. am 24. Januar 2001 in Berlin zur Erinnerung an Wolfgang Schumann aus Anlass seines 10. Todestages am 10. März 2001. Protokolle, Jena 2001, S. 7 – 19.

Zwei Jahre nach dem Weltkrieg verschlug es mich, den in Sachsen Geborenen und in Niederschlesien Aufgewachsenen, ins thüringische Weimar. Bereits damals hätte ich Wolfgang Schumann begegnen können. Wer weiß, vielleicht sind wir jeden Morgen aneinander vorbeigelaufen, wenn wir das Haus verließen, ich, der 12jährige Schüler, und er, der um 10 Jahre ältere Hilfszeichner und Student an der Bauhochschule Weimar? Denn Wolfgang wohnte ebenfalls in der Lottenstraße, die später den Namen des in Buchenwald ermordeten Pfarrers Paul Schneiders erhielt, nur fünf Hausnummern weiter. Erst 1953, als ich in Jena zu studieren begann, lernte ich ihn kennen. Er hatte sein Studium beendet und war gerade als wissenschaftlicher Assistent am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität angestellt worden, uns Studenten nicht nur in der Lehre eng verbunden, auch bei Bällen oder im Sport. Ein Fußballspiel gegen uns blieb mir in Erinnerung, denn es brachte ihm ein gebrochenes Bein ein, was uns in seine Wohnung führte, denn Prüfungen mussten sein ...

Zu dem, was der damals 28jährige bereits erlebt, wie er studiert und in den hochschulpolitischen Kämpfen seiner Zeit sich verhalten hatte, darf ich hier etwas sagen. Persönliche Erinnerungen mengen sich mit dem, was ich den Akten der Jenaer Universität entnahm ...

Es waren schlimme, aber auch ermutigende Ereignisse, die den Jungen Wolfgang Schumann rasch erfahrungsreich werden ließen und sein ganzes Leben prägend beeinflussten. Der Zweite Weltkrieg hatte den am 27. November 1925 in Magdeburg Geborenen in grauenvolle und für die meisten seiner Generation undurchschaubare Fänge gerissen. Aus der Schule schied er im Mai 1943 aus, zwar mit einem so genannten Vorsemestervermerk, doch war die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst bereits auf den Tisch geflattert. Vier Monate später geriet er zur Kriegsmarine. Sie schliff ihn, unter anderem

auch auf dem Segelschulschiff mit dem beziehungsreichen Namen „Horst Wessel“. Als Seekadett kam er im August 1944 auf die Kriegsmarineschule Schleswig in Holstein, die er als Fähnrich zur See verließ.

Alle von ihm selbst – schon damals in nahezu unleserlicher Handschrift – verfassten Personalunterlagen, vermerkten dies. Wolfgang verhehlte weder seine Zugehörigkeit zur HJ und den Dienstgrad eines Oberrottenführers noch seine Offiziersanwärterschaft.[1] Anderes zählte mehr, sowohl für ihn als auch für die Gesellschaft in jenem Teil Deutschlands, das ihm bis zum allzu frühen Tode politische und wissenschaftliche Heimat bleiben sollte. Krieg – das erschien ihm nun als „Wahnsinn“, wie er einem Schulfreund schrieb.[2] Auch ihm galt zuvörderst: Nie wieder Krieg, daher konsequente Abkehr vom Faschismus und ernsthaftes Bemühen um einen demokratisch-antifaschistischen Neuaufbau Deutschlands.

Den Unterlagen entnahm ich desgleichen, dass Wolfgang seit September 1945 bei der Magdeburger Firma Hermann Fanger in die Lehre ging. Er schloss sie ein Jahr darauf ab und war bis Dezember 1946 als Geselle tätig. In dieser Zeit trat er auch der SED bei, ebenso der Freien Deutschen Jugend, der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und anderen neuen Organisationen. Er könne sich, so teilte er nunmehr seinem in Westdeutschland lebenden Jugendfreund mit, „durchaus als Marxist oder besser als Sozialist bekennen“.[3]

Sein großer Wunsch, Architekt zu werden, führte ihn an die Weimarer Bauhochschule. Als Hilfszeichner legte er 1948 an deren Vorstudienanstalt das Abitur ab und studierte ein paar Semester im Fach Baukunst.[4] Gemeinsam mit Günther Schmerbach wechselte er im Frühjahr 1950 an die Jenaer Universität; nunmehr gepackt vom nicht mehr nachlassenden Interesse für die Wissenschaft. Kunsthistoriker wollte er werden, zumindest gab er dies in seinem Immatrikulationsantrag an. Studiert hat er die Fächer Geschichte, Philosophie und Politische Ökonomie. „Sehr gut“ – so lautete das Abschlusszeugnis. Zum ersten Mal hatte sich erfüllt, was seine Magdeburger Arbeitskollegen ihm als Wunsch auf den Weg mitgegeben hatten: „... viel Erfolg für seine spätere Laufbahn“.[5]

Niemanden, der jene Zeit kennt – sei es aus eigenem Erleben oder aus den Quellen – wird verwundern, dass auch Wolfgang Schumanns Studienjahre von zahlreichen Auseinandersetzungen erfüllt

---

1 In einem Lebenslauf schrieb Wolfgang Schumann am 06.09.1952: „Danach wurde ich zum Segelschulschiff ‚Horst Wessel‘ abkommandiert. Während dieser Ausbildung wurde ich zum Seekadetten befördert. Im August 1944 kam ich zur Kriegsmarine-Schule Schleswig in Holstein. Dort legte ich die Seeoffiziershauptprüfung ab und wurde zum Fähnrich zur See befördert. Im Februar 1945 wurde ich zu einem Zugführerlehrgang nach Stralsund abkommandiert, dort im April 1945 feldgrau eingekleidet und im Rang eines Obermaaten (Off.anw.) im Raum Berlin eingesetzt. Anfang Mai desertierte ich von der Truppe und wurde nach einigen Tagen wieder festgenommen. Nach dem Vorrücken der Sowjetarmee wurde ich am 7. Mai in Wittenberge entlassen.“ In: Archiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena (künftig: UM), Prüfungsakte Wolfgang Schumann (unpag.)

2 Zit. nach einem Brief Wolfgang Schumanns an Gerd Manger vom 11.11.1945. Dem Vf. freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Frau Dr. Rosemarie Schumann.

3 Am 07.09.1946 schrieb Wolfgang Schumann an Gerd Manger u. a.: „Nach einer halbjährigen Tätigkeit bin ich in unserem Betrieb, Baugeschäft H. Fanger, Du erinnerst Dich sicher, als Betriebsrat gewählt worden. Zuerst als Jugendvertrauensmann, dann als Betriebsrat. Als Funktionär der Gewerkschaft kam ich dann vor 14 Tagen zur Provinzialgewerkschaftsschule, die in der Nähe Halles liegt. Es gelang mir dort, mit als Bester abzuschließen und ich werde voraussichtlich am 1. Oktober als Volksstudent an der Universität Halle einziehen. Das erfordert insofern eine Umstellung für mich, da in Halle keine Fakultät für Architektur besteht. Ich werde aber sicher erst noch in zwei Vorsemestern mein Abi nachholen müssen, bis dahin soll eine Fakultät Architektur eingerichtet werden. Sagt man, aber was hat man nicht schon alles erzählt. Ich müsste mich dann auf ein anderes Gebiet stürzen und das wäre Staatswissenschaft, oder wie es früher hieß Staatsökonomie. Der Gedanke, oder vielleicht auch der Wunsch tauchte bei diesem Kursus an der Gewerkschaftsschule auf. Ich weiß nicht, wie Du politisch eingestellt bist, es würde mich aber riesig freuen, Deine politische Meinung zu erfahren, nicht in kurzen Worten, vielleicht etwas länger. Ich kann mich wohl durchaus als Marxist oder besser als Sozialist bekennen. Sicher eine Einstellung, die bei Euch drüben nicht einen guten Ruf hat, aber warten wir Deinen nächsten Brief ab.“ – Auch dieser Brief wurde dem Vf. von Frau Dr. Rosemarie Schumann zur Verfügung gestellt.

4 In seinem Immatrikulationsantrag gab er an, erster Vorsitzender der SED-Betriebsgruppe an der Staatlichen Hochschule für Baukunst zu sein. Siehe UAJ, Immatrikulationsakte Nr. 18534. Wolfgang Schumann (unpag.)

5 Zeugnis der Bauunternehmung Hermann Fanger/Magdeburg vom 03.09.1946. In: Ebenda.

waren. Die großen Probleme der Nachkriegsentwicklung spiegelten sich auch im Leben der einzelnen wider, unter anderem in seiner Hilfsassistententätigkeit, begonnen Ende 1950 und abrupt beendet im Juni des Folgejahres. So intensiv, wie sich der frühere Gymnasiallehrer und Privatdozent Professor Hugo Preller[6] um den Hilfsassistenten bemüht hatte, so explosiv entschloss er sich zur Trennung von ihm. Das Verdikt betraf auch Günther Schmerbach und Heinrich Lüdtke.[7]

Was war geschehen? Wichtiger noch: Was erhebt den Fakt über den Rang eines bloßen Geschehnisses? Persönliches verschmolz mit gewichtigen universitätsgeschichtlichen Problemen, zu denen seit geraumer Zeit Auffassungen vertreten werden, die zwar manche überzogene und allzu selbstgerechte Darstellung früherer Zeiten korrigieren helfen, die jedoch allzu oft den antifaschistisch-demokratischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich in Zweifel ziehen und völlig berechtigte Forderungen wie die nach der Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs allein als kommunistischer Machttaktik entsprungen diskreditieren. Häufig werden die Bemühungen um eine Erneuerung der von faschistischem Ungeist besonders arg belasteten Jenaer Universität unter das Rubrum Stalinismus gefasst. Zudem ist auch der Vorwurf einer „Selbstsowjetisierung“ durch einzelne Gelehrte erhoben worden.[8]

Am Historischen Seminar der Friedrich-Schiller-Universität Jena lehrten zwei Ordinarien, Karl Griewank und Friedrich Schneider. Hugo Preller wollte – ich sage es zunächst etwas lax und ohne den notwendigen Blick auf den wissenschafts- und hochschulpolitischen Hintergrund – mit allen Mitteln Dritter im Bunde werden. Er war in vieler Hinsicht ein bemerkenswerter Allround-Historiker.[9] Seine Stärken lagen vor allem in der Lehre. Er hielt anerkennenswerte, informative, zum Nachdenken anregende und stets gut besuchte Vorlesungen über Gott und die Welt, genauer: Vorlesungen zur Religionsgeschichte, zur Geschichte der Antike, der Neuzeit und Englands, ja er führte auch ein Seminar zur Geschichte der DDR von 1945 bis 1950 durch und behandelte ebenso viele andere geschichtliche Themen. Mehr als ein Drittel aller von Wolfgang Schumann besuchten geschichtlichen Vorlesungen und Seminare waren Lehrveranstaltungen Prellers.

Der große persönliche Ehrgeiz dieses Hochschullehrers verband sich indessen mit absolut berechtigter Kritik am Zustand geschichtswissenschaftlicher Ausbildung in Deutschland. Seit Ende der zwanziger Jahre hatte ihn die ungenügende Berücksichtigung der jüngsten Geschichte in Schule und Hochschule beschäftigt. In einem 1931 erschienen Buch bemängelte er eine zu geringe Verbreitung von Kenntnissen besonders „hinsichtlich der Jahre 1917 – 23“[10]. Dieses nachvollziehbare und unterstützungswerte Anliegen betrieb er auch, nachdem die Jenaer Universität dem parteilosen Professor neue Lehraufträge erteilte. So bemühte er sich 1948 um die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für Außenpolitik“, wozu er dringlich die Unterstützung der Blockparteien und der sowjetischen Militärbehörden erbat. Die Arbeitsgemeinschaft, so schrieb er am 3. Juli 1948 an die Kulturabteilung der Kommandantur der Sowjetischen Militärverwaltung in Jena, solle der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät angeschlossen werden, „in der eine besondere Professur für Auslandskunde und internationales Leben sowie ein Institut vorgesehen ist. Diese Professur ist dem Unterzeichneten, Prof. Dr. Preller, übertragen“.[11] Sein Brief enthielt auch den Hinweis, sich in dieser Idee durch das Erscheinen der Bände II und III der „Geschichte der Diplomatie“ in Moskau bestärkt zu fühlen.

---

6 Die universitätsgeschichtliche Forschung ist ebenso wie die Historiographie bislang kaum näher auf Hugo Preller eingegangen. Einige Angaben macht Kurt Pätzold: Studienjahre in Jena, Berlin 1998, S. 52 ff. und 126 ff.

7 Es hätte sicher auch Kurt Pätzold betroffen, doch der war bereits auf eigenen Wunsch Ende Februar ausgeschieden.

8 Den Begriff „Selbstsowjetisierung“ verwendet Manfred Heinemann: Hochschulerneuerung und Sowjetische Besatzungsmacht. Oder: Es muss alles neu geschrieben werden. In: Karl Strobl/Hrsg.): Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert, Vierow 1994, S. 164 – 169.

9 Als er 1946 an die Jenaer Universität geholt wurde, lautete sein Berufungsgebiet: Auslandskunstgeschichte. Siehe Jürgen John/Volker Wahl/Leni Arnold (Hrsg.): Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945. Dokument und Festschrift. Mit Beiträgen von Jürgen John, Rüdiger Stutz, Robert Gramsch und einer Auswahlbibliographie von Thomas Pester, Rudolstadt 1998, S. 393.

10 Hugo Preller: Die Geschichte der Nachkriegszeit und ihre Behandlung im Geschichtsunterricht an höheren Schulen, Berlin/Leipzig 1931, S. 5.

11 UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 13 (unpag.)

Am 1. September 1950 wandte sich Preller an das Ministerium für Volksbildung in Berlin, wohin er zusammen mit seinem Assistenten Lothar Berthold gereist war. Ein Oberregierungsrat bat ihn an Ort und Stelle um eine schriftliche Begründung des Anliegens. Ein ausführliches Zitat sei gestattet:

„Die Philosophische Fakultät hat durch Schreiben an das Ministerium Weimar sich ‚gegebenenfalls bereit' erklärt, ‚den Vorschlag zu akzeptieren, eine Abteilung für Neueste Geschichte innerhalb des historischen Seminars einzurichten, unter Umständen sogar mit eigener Personal- und Etat-Ausstattung' und dies freilich unter der ‚Voraussetzung der Bereitstellung neuer Räume und der Gewinnung brauchbarer Materialbestände'.

Wir bitten, diesem Vorschlag mit der Autorität des Ministeriums dahin zu präzisieren, dass

- für Pflege der neuesten Geschichte ein eigenes Ordinariat in der Philosophischen Fakultät errichtet wird,
- der Ordinarius als Abteilungsleiter gleichberechtigter Direktor des Historischen Seminars wird,
- die im Vorschlag angeführte Personalausstattung sich auf einen wissenschaftlichen Assistenten, eine Sekretärin und studentische Hilfskräfte erstreckt, die der Direktor ernennt,
- der geforderte Etat so gehalten wird, dass die Personalausstattung und die Errichtung einer Bibliothek unter freier Verfügung des Direktors dieser Abteilung gewährleistet wird.

Die Unterzeichneten sind der Meinung, dass das augenblickliche (September 1950) Fehlen von Etatmitteln und geforderten Räumen keinen Grund abgeben darf für eine Verzögerung der Eröffnung einer solchen Abteilung. Sie werden es dankbar begrüßen, wenn die Eröffnung noch vor dem Dezember dieses Jahres stattfinden kann. Ein großer Teil der Studentenschaft wartet brennend darauf."[12]

Ja, Studenten unterstützten das Anliegen.[13] Für dieses sprach sich nicht allein die FDJ-Organisation der Philosophischen Fakultät aus. Preller teilte der ihn fördernden Universitätsverwaltung[14] mit, die Unterstützung der FDJ-Hochschulgruppe zu besitzen, da es ihm um ein „völlig selbständiges Institut zur Erforschung der Neuesten Geschichte im Zeitumfange des Zeitalters des Imperialismus, wie es Lenin abgegrenzt hat", sowie um „die Errichtung einer gesicherten Arbeitsstätte für unsere marxistischen Studenten" gehen würde.[15] Man mag dies Anbiederung nennen, doch sicher ist eigentlich nur, dass Preller wie viele andere auch die neu gebotenen Chancen nutzen wollte. Mit den eigenen Zielen verwoben sich zugleich persönliche Gegensätze zu Griewank und Schneider.[16] In diese griffen wiederum politische und institutionell motivierte Spannungen zwischen der alten Philosophischen und der neuen Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät ein, ganz abgesehen von den intensiven Bemühungen um die Durchsetzung dessen, was damals Marxismus-Leninismus benannt worden ist und viel mit Marxschen Intentionen, leider aber auch mit Stalinschen zu tun hatte.

Zurück zu Wolfgang Schumann. Auch ihn hatte sich Preller als Hilfsassistenten gewünscht, dazu Günther Schmerbach und Kurt Pätzold. Den Rektor Otto Schwarz bat er am 9. Dezember 1950 um Zustimmung: „Alle drei sind mir gut bekannt und ich schätze jeden in seiner Eigenart, jeden auch wegen seiner natürlichen Begabung, seines Eingelebtseins in die fortschrittliche Gedankenwelt, endlich wegen seines Einsatzes für das Zustandekommen des Seminars für neueste Geschichte. Ich darf annehmen, dass Ihnen, Magnifizenz, die drei auch persönlich bekannt sind und dass sie Ihr volles Vertrauen genießen. So hoffe ich, mit dem Wunsche, die drei zu gemeinsamer Arbeit in meiner unmittelbaren Nähe haben zu können, keine Fehlbitte zu tun."[17] Nebenbei: Als Preller vom Rektor

---

12 UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15 (unpag.)

13 Von den 2.261 Studenten des Wintersemesters 1946/47 gehörten 695 der SED, 279 der LDP und 165 der CDU an. 1122 Studenten waren parteilos. Siehe John/Wahl/Arnold, S. 414.

14 Die Verwaltungsdirektorin Hanna Henniger stellte Preller kurzfristig 5.000 Mark zur Ausstattung der Abteilung für neueste Geschichte zur Verfügung. UAJ, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15.

15 Brief vom 10.12.1950. In: Ebenda.

16 In der neueren Literatur über Griewank wird dieser Umstand nicht berücksichtigt. Siehe z. B. Tobias Kaiser: Der Wahrheit verpflichtet. Zu Leben und Werk der Historikers Karl Griewank (1900 – 1953). In: Prof. Dr. Karl Griewank und das moderne Demokratieverständnis. Zum Lebenswerk des gebürtigen Bützowers anlässlich seines 100. Geburtstages. Kolloquium, Schwerin 2000, S. 15 – 41.

17 Brief vom 09.12.1050. In: Ebenda.

darauf hingewiesen wurde, es handele sich nicht um ein eigenständiges Seminar, sondern um eine Abteilung innerhalb des bestehenden Historischen Seminars, und ihm mitteilte, dass die Einrichtung eines Ordinariats nicht als erforderlich betrachtet werde, notierte der Abgewiesene: „Sieg des Herrn Griewank auf der ganzen Linie ...“[18] Später schien ihm der Osteuropa-Historiker Felix-Heinrich Gentzen suspekt zu sein, ihm dank guter Beziehungen zum Zentralkomitee der SED „übel mitspielen zu können ...“[19]

Die Abteilung für neueste Geschichte begann ihre Tätigkeit im Dezember 1950. Sie bot jungen, zur Veränderung der Universität gewillten Menschen Chancen, unter anderem dem Hilfsassistenten Wolfgang Schumann, der acht Jahre später ihr Leiter werden sollte.[20]

Schon bald kam Streit auf. Diejenigen, deren Hilfe Preller gewünscht und erhalten hatte, sollten nun lediglich Ausführende seiner Anweisungen sein. Kleinliche Bevormundung und Maßregelung erfolgten, Seminarscheine wurden verweigert, Referate nicht anerkannt u. ä. m. Gestritten wurde auch über die Auswahl neu anzuschaffender vielbändiger Lexika, für die Preller eine Vorliebe besaß. Mit dem Vorwurf, die Sicherheit und die Einheitlichkeit der Abteilung zu gefährden, kündigte Preller am 30. Mai die Anstellung der Hilfsassistenten zum 30. Juni 1951 auf.[21] Alle protestierten vergeblich. Wolfgang Schumann schrieb dazu an Preller: „Ich habe über die vorgegebene Pflichtarbeit für die Hilfsassistenten meine persönliche Freizeit für den Aufbau des Zeitungsarchivs des Seminars verwandt. Ich kann mir deshalb die im vorliegenden Schreiben gemachten Anschuldigungen nicht erklären, da auch meine Arbeit sowie die Arbeit der anderen Freunde Hilfsassistenten wesentlich zum Aufbau des gesamten Seminars beigetragen haben. Das vorliegende Schreiben habe ich zur Kenntnis genommen, kann mich aber auf keinen Fall mit dem Inhalt einverstanden erklären.“[22]

Alle wissenschaftlichen Leistungen, die Prellers Assistenten und Hilfsassistenten später erbrachten und wofür Wolfgang Schumann hier gleichsam stellvertretend steht, belegen, wie durchaus erfolgreich damals Grundsteine einer alternativen Entwicklung universitärer Forschung und Ausbildung gelegt werden konnten. Sie machen zugleich deutlich, wie falsch zwar gut gemeinte, aber ernsthaft nicht zu vertretende Standpunkte waren, bürgerliche Hochschullehrer seien unwissenschaftlich, weil idealistisch denkend.[23] Allerdings traf die von Preller unmittelbar nach seiner Emeritierung Ende 1952 niedergeschriebene Auffassung ebenso wenig zu, der zufolge es bei den Konflikten mit seinen Hilfsassistenten im Kern darum gegangen sei: „Soll ein historisches Seminar als Institution einer Universität wissenschaftlichen Charakter haben oder augenblicklichen und mit den wechselnden Bedürfnissen des Tages wechselnde politisch-agitatorischen Zwecken im Sinne der politischen Tagespresse dienen? Die Herren Schmerbach, Schumann und Lüdtke sind offensichtlich der letzteren Meinung.“[24]

Nun, was ich den Jenaer Universitätsakten hinsichtlich des Wertes Schumannscher Prüfungsarbeiten entnehmen konnte, spricht eine andere Sprache. Klausuren[25] und mündliche Prüfungen wurden in der

---

18 Notiz Prellers vom 19.12.1950. In: Ebenda.

19 Als der 66jährige im Sommer 1952 emeritiert wurde und er im November 1952 die Abteilung an den Direktor des Historischen Seminars zu übergeben hatte, verbat er sich die Anwesenheit des neuen Abteilungsleiters Gentzen. Schluss-Bericht von Prof. Dr. Hugo Preller (1952). In: UAJ, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15 (unpag.)

20 Die offizielle Bezeichnung lautete zu diesem Zeitpunkt: Abteilung Neuzeit II des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

21 Am Ende des Jahres schied auch Lothar Berthold aus, der eine Funktion in Berlin zu übernehmen hatte. Neu eingestellt wurden im Wintersemester 1951 Wolfgang Leber, Rudolf Ludloff und Walter Schmidt. Dass Berthold kurze Zeit darauf als Beauftragter des Ministeriums in Jena ausgerechnet Prellers Vorlesungen kontrollierte, gehört zu den zahlreichen Peinlichkeiten und Dummheiten jener Zeit, die nur als Folgen wachsender Bürokratisierung und an stalinistischen Praktiken orientierter Wissenschafts- und Hochschulpolitik der DDR zu verstehen sind.

22 UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15 (unpag.)

23 Karl Griewank setzte sich nachdrücklich gegen solche und ähnliche Äußerungen zur Wehr. In einem Brief an den Rektor vom 02.02.1953 berichtete er jedoch auch von einem „durchaus freundlichem Echo, das seine Rede über Voraussetzungen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Dozenten einen Tag zuvor auf der FDJ-Delegierten-Konferenz der Universität gefunden habe“. UAJ, Bestand 5, Abt. V, Nr. 16 (unpag.)

24 UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15 (unpag.)

25 Geschrieben am 04.06.1953 zum Thema „Das Verhältnis der angelsächsischen Länder zu Sowjetrußland am Ende der ersten Weltkrieges“, am 08.06.1953 zum Thema „Erklären Sie an Hand der 2. grundlegenden Vorbedingung

Regel mit der Note „sehr gut“, in einigen Fällen mit „gut“ bewertet. Andere Zensuren fand ich nicht. Seine Examensarbeit schrieb er 1953 zum Thema „Die Politik der Sowjetunion zur Verhinderung der Remilitarisierung Westdeutschlands und für den Aufbau nationaler Streitkräfte eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands“. Die 182 Seiten fanden bei Professor Karl Bittel, Chef des Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Berlin, eine überschwänglich positive Zustimmung. Er rühmte den außerordentlichen Fleiß, die weitgehend vollständige Behandlung des Themas und die treffende Auswertung des sorgsam ausgesuchten Quellenmaterials.[26] Auf Griewanks Forderung hin hatte der Betreuer der Arbeit, der Osteuropahistoriker Dr. Felix-Heinrich Gentzen, sich an den Berliner gewandt und um Hilfe gebeten. Griewank erhob – wie mir scheint – berechtigte Einwände gegen Ungenauigkeiten und sprachliche Plattheiten, und nutzte die Gelegenheit für generelle Argumente gegen zeitgeschichtliches Forschen. Ungeachtet dessen bewertete er die Arbeit mit „gut“, eingeschränkt mit den Worten „... nur als Prüfungsarbeit, nicht als wissenschaftliche Leistung“.[27]

Seit 1953 erteilte der parteilose Rektor der Jenaer Universität, Prof. Dr. Hämel, Jahr für Jahr Lehraufträge an Wolfgang Schumann. Sie betrafen einmal den Frühkapitalismus, danach aber stets die neueste Geschichte, darunter auch ein Seminar zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes während des Zweiten Weltkrieges. An diesem nahm ich im Herbst 1955 teil. Von da an fühlte ich mich Wolfgang Schumann eng verbunden – ihm, als von den meisten Studenten geachteten Hochschullehrer, sowie den zeitgeschichtlichen Themen, die er uns nahe zu bringen verstand. Und: Während meiner Hilfsassistentenzeit hatte ich vor allem in der neu entstandenen Bibliothek zu tun, deren Grundstein Wolfgang mit zu legen geholfen hatte.

1957 konnte Wolfgang Schumann in Jena promovieren. Seine Arbeit trug den Titel „Die Novemberrevolution 1918 in Oberschlesien. Der Kampf des deutschen und polnischen Proletariats gegen den deutschen Imperialismus für soziale und nationale Befreiung (November 1918 bis zum Ausbruch des ersten oberschlesischen Aufstandes, August 1919)“. Der inzwischen nach Jena berufene Max Steinmetz lobte die Arbeit in höchsten Tönen. Insbesondere begrüßte er den Versuch, Soziales und Nationales in der gebotenen inneren Einheit zu sehen und in dieser Hinsicht die Politik der KPD kritisch zu hinterfragen. Es sei geradezu ein Verdienst, dieser „schwierigen Problematik“ nicht aus dem Weg gegangen zu sein, sondern sie „mutig“ untersucht zu haben.[28] Auch Frau Irmgard Höß, die später die DDR verließ, wertete als zweite Berichterstatterin mit der Note „sehr gut“ und schrieb: „Der Verf., der mit strenger Kritik und der gebotenen Vorsicht gegenüber publizistischem Material – soweit sich dieses nicht aus Aktenaufzeichnungen kontrollieren ließ – an die Lösung seiner Aufgabe herangegangen ist, hat es verstanden, ein anschauliches Bild von dem durch das nationale Problem besonders komplizierten Revolutionsgeschehen in OSL zu zeichnen; er hat mit dieser von sicherer Beherrschung zeugenden Arbeit ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag für eine künftige Gesamtdarstellung der Novemberrevolution in Deutschland geleistet.“ Zu kritisieren hatte sie lediglich eine viel zu breite

---

für den Übergang zum Kommunismus (die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land) die Beseitigung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land“, am 10.06.1953 zum Thema „Die Bedeutung der Lehre Stalins von den antagonistischen und nichtantagonistischen Sprüngen“ sowie am 07.07.1953 – inzwischen hatte es den 17. Juni gegeben – zum Thema „Warum ist die schnelle Erfüllung unseres Fünfjahresplanes eine wichtige Grundlage in unserem Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands?“ UM, Immatrikulationsakte Nr. 18534 (unpag.)

26 Brief an Felix Heinrich Gentzen vom 29.08.1953. In: UM, Prüfungsakte Wolfgang Schumann (unpag.) Bittel schloss mit den Worten: „Darf ich die Gelegenheit benutzen, werter Genosse Gentzen, auch Ihnen persönlich, der Sie das Thema gestellt und die Arbeit zweifelsohne angeleitet haben, meinen herzlichen Glückwunsch auszusprechen.“

27 Gutachten vom 09.09.1953. In: Ebenda.

28 Steinmetz hob in diesem Zusammenhang die zusammenfassende Einschätzung Schumanns hervor: „Die KPD verstand es zwar, den solidarischen und internationalistischen Kampf der deutschen und polnischen Arbeiter zu festigen, sie rief immer wieder dazu auf, nicht der nationalistischen Hetze der Bourgeoisie Deutschlands zu verfallen, sie verstand es aber nicht, den gerechten Ansprüchen der politischen Volksmassen, Oberschlesien wieder mit Polen zu vereinigen, zur Verwirklichung zu verhelfen. Dadurch wäre es möglich gewesen, den Kampf des revolutionären Proletariats sowohl in Deutschland als auch in Polen zu verstärken, und eine engere Verbindung mit der sozialistischen Revolution in Sowjetrußland herzustellen.“ (S. 283 der Dissertationsschrift). Zit. nach: UAJ, Bestand 619/5. Promotionsakten der Philosophischen Fakultät 1956/57.

Darlegung von Lenins Ansichten zur nationalen Frage. Für die Drucklegung empfahl sie, an einzelnen Stellen die „etwas saloppe Ausdrucksweise“ noch zu glätten.[29]

Nach seinen umfangreichen Beiträgen für die 1958 erschienene „Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena“ – es war die erste in Deutschland, die der Zeit nach 1933 und nach 1945 Raum bot – konnte seine Dissertationsschrift im Verlag Rütten & Loening veröffentlicht werden. Und 1961 habilitierte sich Wolfgang Schumann mit der Arbeit „Die Beteiligung des Zeiss-Konzerns an der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges“. Die Gutachten der Professoren Dieter Fricke und Elisabeth Giersiepen lobten den Beitrag, der zur Erhellung des staatsmonopolistischen Mechanismus geleistet worden sei. Kritisches betraf die Beschränkung auf Akten des Zeiss-Betriebes und die überzogen negative Bewertung Ernst Abbes. Von methodologischen Schwächen zu reden und eine andere Reihenfolge bzw. Ineinandersetzung einzelner Teile zu fordern, war üblich, wenn zum Untersuchungsgegenstand nichts gesagt werden konnte. Dies tat dem Werk keinen Abbruch; seine Schwächen – Kurt Pätzold wird dazu noch sprechen – waren der Zeit geschuldet, dem Zeitgeist, wie heute wohl formuliert wird.

Möglicherweise erinnerte sich Wolfgang Schumann an die kritisch-hilfreichen Mahnungen Griewanks, als er selbst Staatsexamens- und Doktorarbeiten betreute, darunter auch meine. Was er verlangte, war stets viel. Intensive Arbeit an Quellen und logische Verarbeitung allen gefundenen Materials. Von ihm betreut zu werden, erwies sich als anregend und anstrengend. Als er 1958 meine Examensarbeit begutachtete, war er gerade mit der Wahrnehmung einer Dozentur beauftragt worden. 1959 wurde ich Assistent bei ihm. Seine Forderung an mich lautete: Halte im Studienjahr 1959/60 eine vierstündige Vorlesung zur deutschen Geschichte von 1917 bis 1945. Es selbst war für eine andere Aufgabe freigestellt worden; die Geschichte des VEB Carl Zeiss Jena drängte. Natürlich denke ich noch heute mit nicht geringem Grauen an diese Forderung, die später wohl niemand mehr erhoben hätte. Und dennoch fühle ich mich zu Dank verpflichtet. Vom damals geistig Gewonnenen zehre ich in mancherlei Hinsicht heute noch ...

Wolfgang Schumann war nicht nur mein erster Hochschullehrer, er war auch einer, der Studenten niemals den von anderen oft allzu deutlich betonten Abstand spüren ließ. Darin wollte ich ihm später gleich sein. Und auch darin, andere zu lehren, wie entscheidend die Quellen für die Arbeit eines Historikers sind und wie quellenkritisch zu arbeiten ist. In seiner Verantwortung lagen damals die sekretierten Teile der Institutsbibliothek – eine Begrenzung für seine Studenten, jene aus dem Westen stammenden Publikationen zu lesen und zu verarbeiten, ging von ihm nicht aus. Im Gegenteil.[30]

Die Unerbittlichkeit seiner Forderungen an mich empfand ich damals als unbequem und überzogen. Im Nachhinein weiß ich, wie sehr ich davon für meine ganze weitere Arbeit profitiert habe. Ich kann und will ihm nicht vorwerfen, mir eine aus heutiger Sicht verfehlte Orientierung für die Bewertung des antifaschistischen Widerstandes der KPD gegeben zu haben – wer wäre da frei von Schuld? Selbst seinen Artikel über die führende Rolle des Zentralkomitees der KPD laste ich ihm nicht persönlich an.[31] Natürlich stimmte es mich traurig, als er Jena verließ, auch dass er meinen Einladungen zu den Jenaer Faschismus-Kolloquia nicht folgte, doch das taten andere Faschismus- und Weltkriegsforscher des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR ebenfalls nicht. Wie befruchtend jedoch die Ergebnisse der von ihm initiierten und geleiteten Arbeiten an den sechs Bänden von „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ in meine Kolloquiums-Reihe und die Jenaer Forschungsarbeiten zur Geschichte der bürgerlichen Parteien hineinreichten, sei ausdrücklich festgestellt. Vieles war außerordentlich anregend[32], nicht zuletzt seine Ratschläge an Kurt Pätzold und

---

29 Gutachten vom 22.04.1957. In: Ebenda.

30 Was ich persönlich, um nur ein Beispiel zu nennen, damals bereits über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und die weiteren Vereinbarungen wusste, entstammte solcher Lektüre. Dass es wenig genug gewesen sein dürfte, wissen wir heute, dass wir darüber nicht sprachen, schuldet sich anderen Gründen.

31 Wolfgang Schumann: Zur führenden Rolle unserer marxistisch-leninistischen Partei und ihres Zentralkomitees im Kampf gegen Faschismus und Krieg (1933 – 1945). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 5/1962.

32 In einem Bericht über die Konferenz, die 1976 zum Thema „Bürgerliche Parteien und werktätige Massen“ stattfand, heißt es, es sei von mehreren Teilnehmern die Notwendigkeit unterstrichen worden, „zwischen den

mich, als es um unsere erste Geschichte der NSDAP ging. Im Grunde verdanken wir ihm auch, dass einer Empfehlung aus dem IML nicht Folge zu leisten war, die da besagte, wir sollten erst mit der Zeit der Weltwirtschaftskrise einsetzen, da die NSDAP zuvor keine Rolle gespielt habe.

Dankbar bin ich Wolfgang Schumann noch heute für seine Bitte an mich, an dem mit Martin Broszat, dem Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte vereinbarten „Eliten-Projekt" teilzunehmen. Es bot mir Gelegenheit, Zielsetzungen und Scheitern deutsch-deutscher Partnerschaften hautnah zu erleben und Erfahrungen zu gewinnen, ohne die ich nach 1989/90 nicht hätte auskommen können und wollen. Ob meine Mitwirkung an den Debatten von 1987 und 1989 mit der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD auch auf ihn zurückzuführen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Solche Gespräche lagen indessen völlig auf der von ihm vertretenen Linie des dialogischen Gegeneinanders und eines konstruktiv praktizierten Miteinanders unterschiedlicher wissenschaftlicher Denkschulen. Dass diese nach der „Wende" scheiterte, lag gewiss nicht an Forschern wie Wolfgang Schumann oder an unserem Konzept, das ja noch geraume Zeit umzusetzen versucht worden ist, beispielsweise im Projekt „Das Rußlandbild im Dritten Reich".[33]

Es war Wolfgang Schumann nicht mehr vergönnt, die kritische und selbstkritische Befragung unseres marxistischen Geschichtsdenkens und die Versuche seiner um gewichtige Erfahrungen bereicherte Weiterführung mitzuerleben. Ich bin sicher, er hätte sich aktiv daran beteiligt. Auch im Wissen um diese seine Haltung werde ich ihn in guter Erinnerung behalten: als einen warmherzigen Menschen und als einen stets lernen wollenden, sich stets um neue Erkenntnis bemühenden und daher gewiss vorzüglichen Historiker.

* * *

verschiedenen Formen und graduellen Stufen des imperialistischen Masseneinflusses zu unterscheiden und dafür ein Begriffsinstrumentarium auszuarbeiten, um die erforderlichen konkreten geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen anregen und betreiben zu können. Wolfgang Schumann (Berlin) forderte dazu auf, neben dem Begriff ‚Masseneinfluss' auch den Begriff ‚Massenanhang' zu verwenden – beide auf Personen, Ideen, Organisationen, bestimmte Situationen bezogen – und ihnen dann den Begriff ‚Massenbasis' als allgemeine, auf die Fragen der Machterhaltung bezogene Kategorie überzuordnen. Außerdem orientierte er auf Untersuchungen der Entwicklungsprozesse in einer imperialistischen Massenbasis, wobei er ausführlich zu Versuchen deutscher Faschisten Stellung nahm, seit Mitte 1943 Vorbereitungen für eine Erhaltung des faschistischen Einflusses auf die werktätigen Massen unter den Bedingungen einer erneuten erfolglosen Beendigung des Krieges zu treffen. Er konnte nachweisen, dass der Kampf der Nazis ‚bis fünf Minuten nach zwölf' unter anderem auch durch den von ihm vielfach belegten Zwang bedingt war, sich Zeit für einen solchen Übergang ohne Verlust des imperialistischen Masseneinflusses zu schaffen." In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, H. 39 (Dezember 1976), S. 91 f.

33 Siehe Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köffi/Weimar/Wien 1994. Mein Beitrag (Wenn hier Deutsche wohnten ..." Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP) dort auf S. 9 – 54.

Erforscht: „Hellas unterm Hakenkreuz“ – Martin Seckendorf

(12.03.1938 in Köln – 14.10.2020 in Berlin)

Traueranzeige in „Berliner Zeitung“ vom 21./21.11.2020.

Wir nehmen Abschied von unserem Kollegen und Mitstreiter Dr. Martin Seckendorf (12. März 1938 – 14. Oktober 2020) Wir haben einen hervorragenden Historiker der Faschismus- und Weltkriegsforschung verloren, den wir als fachkundigen und unermüdlichen, stets warmherzigen und bescheidenen Weggefährten in dankbarer Erinnerung behalten. Noch Anfang des Jahres hatte sich Martin tatkräftig an der Vorbereitung einer Konferenz zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus beteiligt: „Deutschlands unbeglichene Schulden. Über die immer noch offenen Reparations- und Entschädigungsansprüche“.

Uns bleibt nur, den Weg in seinem Sinne fortzusetzen.

Stellvertretend für viele, die sich in der Vergangenheit mit Martin Seckendorf für eine Welt ohne Faschismus und Krieg eingesetzt haben: Rolf Becker, Lothar Eberhardt, Hagen Fleischer, Andreas Hesse, Martin Klingner, Eberhard Rondholz, Karl Heinz Roth, Erika Schwarz, Yannis Stathas, Aristomenes Syngelakis

*

Historiker Martin Seckendorf gestorben. In: „junge Welt“ vom 16.10.2020, S. 2.

Berlin. Der Historiker Martin Seckendorf ist tot. Er starb nach langer Krankheit im Alter von 82 Jahren am vergangenen Mittwoch abend in Berlin, wie seine Ehefrau dieser Zeitung am Donnerstag mitteilte. Martin Seckendorf, in der DDR zum Historiker ausgebildet, stand der 1992 gegründeten Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung vor. Im gleichen Jahr erschien der von ihm herausgegebene Band „Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Italien und Südosteuropa“ in der Dokumentenreihe „Europa unterm Hakenkreuz“. Für *junge Welt* schrieb er etliche Aufsätze zu den Verbrechen der Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs. Eine umfassende Würdigung erfolgt in dieser Zeitung am Sonnabend.

Nachruf in: „junge Welt“ vom 17.10.2020, S. 12.

Am 4. April erschien auf diesen Seiten sein letzter Artikel. Thema war die Befreiung Ungarns durch die Rote Armee vor 75 Jahren. Vier Tage später schrieb Martin an die Redaktion und bedankte sich, so wie er es immer tat. Doch dieses Mal war es zugleich ein Abschied. Martin stand vor einer schweren Magen-OP, und er schien zu wissen, dass er nicht mehr für uns würde schreiben können: „Es wird wohl mein letzter Aufsatz gewesen sein.“ Und er endete: „Für den Fall, dass wir uns nicht mehr sprechen können, möchte ich mich dafür bedanken, dass mir die *junge Welt* seit ziemlich genau 20 Jahren eine Plattform geboten hat, meine marxistische Geschichtsauffassung darzulegen“.

Am Mittwochabend ist der Historiker Martin Seckendorf nach langer Krankheit im Alter von 82 Jahren gestorben. Ausgebildet in der DDR und dort im Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung tätig, stand er bis zu seinem Tode der 1992 gegründeten „Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung“ vor. Eine auf deren Webseite veröffentliche Bibliographie aus dem Jahr 2018 verzeichnet 151 Beiträge aus seiner Feder – zumeist Aufsätze in Sammelbänden, Zeitschriften und Zeitungen. Für *junge Welt* allein schrieb er seit dem Jahr 2000 insgesamt 112 Artikel. Sein gesamtes Schaffen drehte sich um die Erinnerung an die Verbrechen der deutschen Kriegs- und Mordmaschinerie vor allem während des Zweiten Weltkriegs, aber auch des Ersten Weltkriegs.

1991 erschien auf Griechisch die von ihm erstellte Dokumentensammlung „Hellas unterm Hakenkreuz“, ein Jahr später der von ihm herausgegebene und eingeleitete Band „Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941 – 1945)“ in der bedeutenden Dokumentenreihe „Europa unterm Hakenkreuz“. Die Herausgabe der noch vor 1990 begonnenen Reihe konnte nach dem Ende der DDR nur unter widrigen Bedingungen

realisiert werden. Für eine informierte marxistische Geschichtswissenschaft hatten die neuen Herrscher zwischen Elbe und Oder keinen Bedarf mehr. Kritische Historiographie findet seither bloß an den Rändern statt.

Martin Seckendorf wird dieser Zeitung mit seinen profunden Artikeln fehlen. Wir möchten uns von ihm verabschieden und seiner erinnern mit dem Nachdruck eines Aufsatzes, den er vor knapp zehn Jahren, am 28. Oktober 2010, an dieser Stelle veröffentlicht hat.[1]

*

Zum Tode von Martin Seckendorf.[*]

Anlässlich des Todes von Martin Seckendorf, einem der bedeutendsten Faschismusforschern, drucken wir den Nachruf von Lothar Eberhardt ab:

Liebe geschichtspolitisch Interessierte,

Dr. Martin Seckendorf, Faschismusforscher ist am 14.10.20 im Alter von 82 nach längerem Krebsleiden in der Park-Klink in Berlin-Weißensee verstorben. Er war in der geschichtspolitischen Arbeit in der Initiative „Griechenland unter dem Hakenkreuz“ der inhaltliche Fels, der mit seinem geschichtlichen Sachverstand als Historiker, eher sachlich und leise, das Seine dazu beitrug. Wir machten Anfang der 2000er Jahre mit seiner Unterstützung die Ausstellung „Griechenland unter dem Hakenkreuz“ und eine Broschüre dazu, um die Forderung der Reparationszahlungen für die griechische NS-Opfer zu unterstützen und den Diskurs in die bundesrepublikanische Öffentlichkeit zu tragen.

Bei Veranstaltungen und zu Ausstellungseröffnungen in der „Griechischen Gemeinde“, im Haus der Demokratie oder im Rathaus Kreuzberg steuerte er immer selbstverständlich einen aktuell, dem Schwerpunkt der Veranstaltung angezeigten, Vortrag mit bei.

Bundesweit war er als anerkannter Experte zu „Europa unter dem Hakenkreuz“ regelmäßig zu Vorträgen eingeladen und oft mit dem Schwerpunkt zum Thema: Griechenland unter dem Hakenkreuz.

Als Vorstand der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung war er einer der Motoren, die in der „Gedenkstätte des Deutschen Widerstandes“ die monatlichen wissenschaftlichen Vorträge organisierten.

Hier ein Filmausschnitt mit Martin Seckendorf aus einem Vortrag im Rahmen der Veranstaltung im Dezember 2013 an der FU Berlin aus Anlass des 70 Jahres des Massaker von Kalavryta.[**]

Es geht mit Martin Seckendorf einer, der fehlen wird. Seine Forschungsarbeit bleibt.

Es verbleibt in herzlicher Anteilnahme ein geschichtspolitischer Weggefährte

Lothar Eberhardt

*

Zur Erinnerung an Martin Seckendorf von Andi (Andreas Hesse) für die gewerkschaftliche Solidaritätsgruppe „Gegen Spardiktate und Nationalismus“.

Leider lassen die Bedingungen der Corona-Pandemie es nicht zu, dass wir uns in einem gebührenden Rahmen, im Kreis vieler Weggefährten, von Martin Seckendorf verabschieden können. Wir werden dies nachholen, sobald es die Umstände erlauben. So bleibt uns nur, ihn mit dem Nachdruck dieser kleinen Broschüre zu ehren. Er hat sie im November 2015 redigiert und herausgegeben anlässlich einer Veranstaltung im „Haus der Demokratie“ zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Griechenlands. Dort wurde auch die von ihm mit Lothar Eberhardt gestaltete Ausstellung „Hellas unterm Hakenkreuz“ gezeigt.

---

1 „Also, das bedeutet Krieg!“ Vor 80 Jahren begann die italienische Aggression gegen Griechenland mit weitreichenden politischen und militärischen Folgen.

* https://griechenlandsoli.com/2020/10/20/zum-tode-von-martin-seckendorf

** https://www.youtube.com/watch?v=nzaMEPokCjs (1:03 Minuten)

Ich traf Martin Anfang der 1990er Jahre das erste Mal persönlich. Er informierte uns über die Besetzung Griechenlands durch die Wehrmacht auf einem Treffen der Berliner Gruppe der „Arbeiterpolitik“. Ich war beeindruckt von seinem umfangreichen Wissen und seinen Detailkenntnissen.

Damals musste Martin seinen Lebensunterhalt bei einem privaten Wachschutzunternehmen bestreiten. Bis 1990 hatte er in leitender Funktion im Staatsarchiv der DDR gearbeitet. Mit der Einverleibung der DDR durch die BRD wurde das Staatsarchiv in das Bundesarchiv überführt. Martin wurde „abgewickelt“. Die neuen Machthaber, die sich als „Sieger der Geschichte“ sahen, wollten und konnten seine Fachkenntnisse nicht nutzen, wohl auch wegen seiner marxistischen Herangehensweise bei der Auswertung historischer Dokumente.

Mein Kontakt zu Martin wurde leider erst nach 2012 enger. Anlass waren die Besuche deutscher Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen im Rahmen der Solidaritätsgruppe „Gegen Spardiktate und Nationalismus“ in Griechenland. Dort stießen wir immer wieder auf die Spuren der Vergangenheit – auf die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht und auf den antifaschistischen Widerstand, der dort in der Arbeiterbewegung auch heute politisch wachgehalten wird.

Zahlreiche Veranstaltungen in vielen deutschen Städten zu den aktuellen Kämpfen gegen die Spardiktate aus Berlin und Brüssel und zur leidvollen Geschichte unter deutscher Besatzung folgten in den kommenden Jahren. Hier fielen Martins historische Forschungsergebnisse und seine Standpunkte auf fruchtbaren Boden. Stellvertretend für die vielen Aktivitäten sei hier die Ausstellung zum 75. Jahrestag der Invasion auf Kreta genannt: „Zeit des Schreckens“. Martin war nicht nur an der Konzeption und Erstellung der Ausstellungstafeln beteiligt. In zahlreichen Vorträgen, u. a. vor Schülerinnen und Schülern, teilte er sein Wissen mit den Besucherinnen und Besuchern, beantwortete geduldig Nachfragen oder Einwände und diskutierte leidenschaftlich über die politischen Schlussfolgerungen, die wir heute aus der Geschichte ziehen sollten.

„Gedenken heißt für uns, sich einzumischen – gegen stattfindende und geplante Kriege und für die Rechte der Opfer“ (aus dem Einleitungstext zur Ausstellung).

Zum Jahreswechsel 2019/2020 waren wir intensiv mit der Vorbereitung einer Konferenz zum 75. Jahrestag der Befreiung beschäftigt. Sie sollte sich mit Deutschlands unbeglichenen Schulden befassen, mit der Weigerung der Bundesregierung, Entschädigungs- und Reparationsanprüche anzuerkennen, und mit den Betroffenen endlich Verhandlungen darüber aufzunehmen. Der Lockdown durchkreuzte unsere Planungen. Kurz darauf erhielt Martin die Nachricht von seiner schweren Krebserkrankung, der er am 14. Oktober 2020 erlag.

Je öfter wir uns trafen, je enger unsere Zusammenarbeit sich gestaltete, desto mehr wurde aus dem Genossen zugleich der Freund Martin. Enden will ich deshalb mit einer Aufforderung, mit der er mich öfters scherzhaft begrüßte: „An die Arbeit!“

*

Zum Tod von Martin Seckendorf.[*]

Vor ein paar Tagen erreichte uns die traurige Nachricht, dass Dr. Martin Seckendorf mit 82 Jahren gestorben ist.

Martin Seckendorf war ein Historiker, der sein berufliches und politisches Leben der Erforschung der Verbrechen des deutschen Faschismus, der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik während des Zweiten Weltkriegs gewidmet hat. Seine Veröffentlichungen zu ”Hellas unterm Hakenkreuz”, über die Massaker an der Zivilbevölkerung, über die Shoah in Griechenland sowie den Raubzug der deutschen Besatzungsmacht waren immer eine wichtige Quelle unserer Arbeit. Auf vielen Veranstaltungen und Tagungen haben wir uns gemeinsam mit Martin Seckendorf für die Entschädigung der griechischen NS-Opfer eingesetzt sowie Reparationszahlungen an Griechenland gefordert. Wir haben Martin Seckendorf als einen engagierten und kämpferischen Antifaschisten kennengelernt, als einen

[*] https://www.nadir.org/nadir/initiativ/ak-distomo/veroeffentlichungen2020/index.html

überaus kompetenten und sympathischen Wissenschaftler ohne Eitelkeiten. Die Zusammenarbeit mit ihm war eine große Freude. Wir werden an unserem gemeinsamen Ziel weiterarbeiten, gegen den in Europa wieder aufkommenden Faschismus und Rassismus, für eine solidarische Gesellschaft.

Martin Seckendorf wird fehlen.

*

Zum Tode von Martin Seckendorf.[*]

Der Historiker Martin Seckendorf befasste sich über Jahrzehnte mit der Geschichte Griechenlands im Zweiten Weltkrieg. Er starb am 14. Oktober im Alter von 82 Jahren. In diesem Beitrag widmet er sich dem Angriff Hitlerdeutschlands auf Griechenland im Frühjahr 1941. Zuvor hatte das faschistische Italien am 28. Oktober 1940 an Griechenland ein Ultimatum gestellt. An das damalige „Nein" Athens erinnert auch heute noch der Nationalfeiertag an diesem Tag.

Am 28. Oktober 1940 um drei Uhr morgens überreichte der italienische Gesandte in Athen, Graf Emmanuelle Grazzi, dem griechischen Ministerpräsidenten Ioannis Metaxas ein Schreiben, in dem den Griechen unfreundliche Akte und Parteinahme zugunsten Großbritanniens vorgeworfen wurden. Die Italiener verlangten die Übergabe mehrerer nicht näher bezeichneter strategischer Punkte in Griechenland. Jeder Widerstand werde mit Waffengewalt unterdrückt. Bis sechs Uhr morgens desselben Tages erwarte man eine Antwort. Metaxas lehnte das Ansinnen, wie von den Absendern der Note vorgesehen, ab und fügte hinzu: „Also, das bedeutet Krieg!" Die griechische Propaganda verkürzte die Antwort Metaxas' auf das Wort „óχι" (óchi, dt.: nein). Bis heute ist der 28. Oktober als Ochi-Tag ein griechischer Feiertag. Noch vor Ablauf des Ultimatums begannen italienische Truppen von Albanien aus die Kampfhandlungen gegen Griechenland.

[...]

Dr. Martin Seckendorf (geboren 1938, verstorben am 14. Oktober 2020), war ein deutscher Historiker, der sich Zeit seines Lebens der Erforschung der Verbrechen des deutschen Faschismus gewidmet hat. Er forschte vor allem auch über die deutsche Eroberungs- und Vernichtungspolitik während des Zweiten Weltkriegs. Seine Publikationen zu „Hellas unterm Hakenkreuz" umfassten u. a. die Massaker an der Zivilbevölkerung, über die Shoah in Griechenland und den Raubzug der deutschen Besatzungsmacht. Der Arbeitskreis Distomo in Hamburg stellte in einem kurzen Nachruf fest, dass man sich gemeinsam mit Martin Seckendorf auf vielen Veranstaltungen und Tagungen für die Entschädigung der griechischen NS-Opfer und für deutsche Reparationsleistungen an Griechenland eingesetzt habe. „Wir haben ihn", so der Arbeitskreis, „als einen engagierten und kämpferischen Antifaschisten kennengelernt. Martin Seckendorf war ein Wissenschaftler ohne Allüren, ein sehr sympathischer Mensch."

* * *

[*] Quelle: https://www.griechenland.net/nachrichten/chronik/28147-abwehr-der-aggression-als-nationale-und-pers%C3%83%C2%B6nliche-existenzfrage

Gegen Ausbeuterei von „Fremdarbeitern“ für den Krieg – Eva Seeber

(21.08.1932 in Leipzig – 26.04.2022 in Leipzig)

Lutz-Peter Behrendt, Manfred Neuhaus: Abschied von Eva Seeber. In: „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, Heft 3/2022, S. 165 – 166.

Eva Seeber war eine ungewöhnliche Frau. Sie gehörte zu den ersten Vertreterinnen des schöneren Geschlechts, die in der DDR in das höchste akademische Lehramt berufen wurden. Für eine Frau mit drei Kindern und einem beruflich viel geforderten und gesellschaftlich sehr engagierten Mann, den sie während ihres Studiums an der Friedrich-Schiller-Universität Jena kennengelernt hatte, war das alles andere als alltäglich.

Als Historikerin leistete Eva Seeber einen bedeutenden Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung und zur Erforschung der neuesten Geschichte unseres östlichen Nachbarlandes insbesondere zur Geschichte des hitlerfaschistischen Überfalls und Besatzungsregimes von 1939 bis 1945 und zur Nachkriegsentwicklung bis 1950. In ihrer Dissertation (1961) wandte sie sich als Erste dem Problem der Zwangsarbeiter und ihrer Rolle in der faschistischen Kriegswirtschaft, dem Zusammenspiel der Monopole mit dem faschistischen Staat bei der Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter zu. Die Monographie „Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft“ (1964) fand große internationale Beachtung.

Am Institut für Geschichte der europäischen Volksdemokratien an der Karl-Marx-Universität Leipzig, wo sie seit 1956 wirkte und 1968 zur Dozentin berufen wurde, untersuchte sie den antifaschistischen Befreiungskampf in Polen und die revolutionären Umwälzungen seit 1944.

Bei der Behandlung der volksdemokratischen Revolution legte sie von Anfang an großes Gewicht auf das internationale Kräfteverhältnis, auf die ausländischen Mächte, die die innenpolitischen Kräfte in Polen und in der Tschechoslowakei beeinflussten, und beschritt damit erneut wissenschaftliches Neuland. Das wurde ihr Forschungsschwerpunkt, als sie 1969 die Leitung der Arbeitsgruppe „Geschichte der sozialistischen Länder“ am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR übernahm. Nach der Veröffentlichung vieler Einzelstudien zum Beispiel über die Konferenz von Teheran 1943, über den sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag von 1943, über die erste UN-Organisation UNRRA oder über die polnische Außenpolitik 1945 bis 1949, verteidigte Eva Seeber 1979 auf der Grundlage eines umfangreichen Studiums aller verfügbaren Archivalien aus den USA, aus Polen, Großbritannien und aus der Sowjetunion ihre B-Dissertation über „Die Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzung um die Entstehung volksdemokratischer Staaten in Polen und der ČSR. Studien zur Problematik des neuen internationalen Kräfteverhältnisses im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs“. 1984 erschien ihre Monographie „Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzung um Polen und die ČSR 1941 – 1945“. Eva Seeber war Mitglied der Historikerkommission DDR-Volksrepublik Polen und der Fachkommission „Geschichte der slawischen Völker“ der Historikergesellschaft der DDR und gehörte dem Herausgeberkollegium des „Jahrbuchs für Geschichte der sozialistischen Länder Europas“ an. Auf unzähligen Konferenzen belebte sie durch ihre fundierten Beiträge die Diskussion. Sie war eine von ihren Kollegen und Kolleginnen, von ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wegen ihres Arbeitsethos und ihrer Kameradschaftlichkeit hochgeschätzte Frau. Zu vielen entwickelte sich eine andauernde feste Freundschaft.

Von früher Jugend bis ins hohe Alter begeisterte sich Eva Seeber für soziale Gerechtigkeit und ein vertrauensvolles und friedliches Miteinander. Nach dem Epochenwechsel von 1989/1990 fand sie in der PDS und dann später in der Partei Die Linke eine politische Heimat. In ihrer legendären Wohnung in der Leipziger Hainstraße traf sie sich gerne mit Gleichgesinnten zum Gedankenaustausch. Dort entstand auch das Projekt des Rosa-Luxemburg-Vereins, aus dem später die parteinahe Stiftung der Linken im Freistaat Sachsen hervorgegangen ist. Gustav Seeber, ihr unvergessener Mann, hat als erster Vorstandsvorsitzender mit Mut und Überzeugungskraft in den Nachwendewirren, als linksgerichteten Bestrebungen oft Hass entgegenbrandete, Unglaubliches geleistet. Ohne eine Partnerin wie

Eva Seeber, ohne den Beistand ihrer Kinder, wäre dieses Wunder nie gelungen. Sie hat sich auch nach dem frühen Tod ihres Mannes im Rosa-Luxemburg-Verein und der ihm nahestehenden Partei jahrzehntelang mit Wort und Tat für ihre politischen Ideale eingesetzt. Ihre mit Mariam Feldman verfassten Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos – das war ihr Forschungsschwerpunkt in den neunziger Jahren – gehören zum wissenschaftlichen Tafelsilber der Stiftung. Nicht nur dort wird sie unvergessen bleiben.

Voller Bewunderung und Hochachtung sahen wir, wie sie mit ihrer Behinderung nach dem Schlaganfall, der sie vor einigen Jahren traf, umging.

Am 11. Juni wurde Eva in einer würdigen und schönen Feier von ihren Kindern und Enkeln auf dem Leipziger Südfriedhof an der Seite ihres Gustav beigesetzt.

* * *

NS-Verbrechen ahnden und dokumentieren – Günther Wieland

(16.04.1931 in Oberlungwitz – 13.01.2004 in Berlin)

Gedenken an Günther Wieland. Pressedienst. Die Linke. PDS, Nr. 9 vom 27. Februar 2004. Tagung der Historischen Kommission[*]

Auf ihrer 6. Tagung, am 14. Februar 2004, erörterte die Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS insbesondere die Vorbereitung des 15. Jahrestages der Herbstrevolution 1989. Nach einer gründlichen Debatte über die historisch-politische Einschätzung der damaligen Ereignisse entschieden sich die Mitglieder der Kommission, sich auf der nächsten Tagung am 19. Juni über eine gemeinsame Stellungnahme endgültig zu verständigen.

Zu Beginn der Tagung gedachte die Historische Kommission mit einer Erklärung ihres langjährigen Kommissionsmitglieds Dr. Günther Wieland. Er verstarb am 7. Januar 2004 im Alter von 73 Jahren. Günthers Anstrengungen galten bis zuletzt vor allem der Ahndung, Aufklärung und Dokumentation von Verbrechen der faschistischen Diktatur. Bleibendes Zeugnis dafür sind seine Publikationen über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess (1986) und den „Volksgerichtshof" (1989), über das System der NS-Konzentrationslager (mit K. Drobisch 1993) und den Euthanasie-Arzt Otto Hebold (mit J. Hohmann 1996) sowie sein Beitrag über die Ahndung von Euthanasie-Verbrechen in Ostdeutschland (2001) und seine langjährige, umfangreiche Mitarbeit an der international anerkannten Amsterdamer Dokumentation „DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung ostdeutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen" (Amsterdam/München 2002).

Gewürdigt wurde Günthers Engagement als Vorsitzender der Zen-tralen Schiedskommission der PDS von Dezember 1989 bis Januar 1991. Gemeinsam mit der Schiedskommission verlangte er vom letzten Politbüro der SED Rechenschaft, entschied er über Ausschlüsse und veranlasste eine Generalamnestie über zu Unrecht verhängte Parteistrafen für SED-Mitglieder. Jahrzehntelang verschwiegenes politisches Unrecht wurde aufgeklärt und mit der politischen Rehabilitierung der unter Stalin ermordeten und gemaßregelten deutschen Kommunisten wie auch jener SED-Mitglieder, die stalinistischen Repressalien unterlegen waren, geahndet. Damit leistete Günther Wieland einen wichtigen Beitrag für den Erneuerungsprozess der PDS.

*

Konsequent, bescheiden, tapfer. Zum Tode von Günther Wieland. Von Kurt Pätzold in: „Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung", H. 22 (2004), S. 3 f.

Wann wir einander zuerst wahrgenommen hatten, an sehr verschiedenen Plätzen, aber dort auf ein gemeinsames gesellschaftliches Ziel hinarbeitend, vermag ich nicht zu sagen. Näher gekommen sind wir uns vor mehr als 20 Jahren auf einer Reise und während einer Konferenz in Warschau, veranstaltet aus Anlass des 40. Jahrestages des mordend niedergeschlagenen Ghettoaufstandes. Die Gastgeber ermöglichten Teilnehmern auch eine Reise nach Chełmno nad Nerem, in das einstige Kulmhof, jene erste Vernichtungsstätte, in der Juden aus der Umgebung und vor allem aus dem Ghetto Łódź in sogenannten Gaswagen erstickt wurden. Günther Wieland fuhr mit, wiewohl ihm damals schon jeder Einstieg in einen Bus und mehr noch die Fahrt darin Anstrengungen abverlangten.

Zur Konsequenz des Mannes gehörte, dass er sich auferlegte, was er für seine Pflicht hielt. Das war an seinem vieljährigen Arbeitsplatz in der Generalstaatsanwaltschaft der DDR eine Tätigkeit, wie sie im Apparat dieses Staates keine zweite gab. Er war befasst mit der Feststellung der Verbrechen, die in den Jahren der faschistischen Diktatur und Herrschaft über weite Teile Europas im Reichsgebiet und in den besetzten Ländern begangen worden waren. Akribisch und beharrlich hat er eine einmal entdeckte Spur aufgenommen, die zu Tätern und deren Taten führte. Vertrauen erwerbend arbeitete

[*] https://web.archive.org/web/20160305045030/http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/pressedienst/view_html?zid=18653&bs=1&n=21

er mit Juristen zusammen, die wie er mit der gleichen Aufgabe befasst waren, vor allem mit jenen in den östlichen Nachbarländern, häufig mit Kollegen in der polnischen Hauptkommission zur Verfolgung von Naziverbrechen.

Mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entwickelten sich auch Verbindungen in die BRD, namentlich mit den in Ludwigsburg auf gleichem Felde tätigen Juristen. Wielands Kontakte zu Alfred Streim, dem früh verstorbenen Leiter der dortigen Dienststelle, waren mehr als nur sachdienlich korrekt. Sie waren Teil einer Gemeinschaft von Juristen, die auf ihre Weise die Geschichte der Naziverbrechen durcharbeitete und den Normen des nationalen und internationalen Rechts Geltung zu verschaffen suchte. Auch als Warnung für die Zukunft, doch, was Wieland betraf, ebenso als Ausdruck der Hochachtung vor den Opfern, den Toten und den Überlebenden. Davon zeugt bleibend das Buch „System der Konzentrationslager“, das er gemeinsam mit dem Berliner Historiker Klaus Drobisch 1993 im Akademie-Verlag vorgelegt hat.

Nach dem Ende der DDR widmete sich Günther Wieland der Bilanzierung der Strafverfolgung von Nazi-Tätern durch die DDR, jener Arbeit, an der eine unermittelte Zahl von Spezialisten, von Staatsanwälten, Richtern, Verteidigern und nicht zuletzt von Zeugen beteiligt war. Gegen die politisch intendierte massenhafte Verleumdung dieser Verdienste hat er, am wenigsten von den seinen handelnd, die nüchterne, aber nicht leidenschaftslose Nennung und Analyse der Tatsachen gesetzt. Wie er ein Verbrechen ein Verbrechen hieß, so nannte er eine Leistung bei ihrem Namen. So etwa während eines Symposiums, das Mitte der neunziger Jahre in Wien als Auftakt eines inzwischen in Gang gesetzten Unternehmens stattfand, die Geschichte der NS-Prozesse zu dokumentieren, die in Österreich stattgefunden haben. Was sich dort an Dümmlichem aussprach, das hat er nicht nur bestimmt, sondern auch nobel zurückgewiesen. Günther Wieland war ein Mensch mit einem tief aus dem Innerem kommenden Takt.

In seinem Eintreten für die Wahrheit, zu dem eine keine Konsequenz und Klarheit der Aussage scheuende Kritik an vergangener Arbeit, die eigene eingeschlossen, unabdingbar gehörte, hat Günther Wieland Mitstreiter nicht nur hierzulande gefunden. An erster Stelle muss da der niederländische Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Amsterdam Christiaan F. Rüter genannt werden. In der von ihm geleiteten Redaktion der Sammlung ostdeutscher Strafrechtsurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, die 2002 unter dem Titel „DDR-Justiz und NS-Verbrechen“ zu erscheinen begann, hat Günther Wieland mitgearbeitet, so lange er das vermochte. In dem die Reihe eröffnenden informatorischen Band ist seine Arbeit „Die Ahndung von NS-Verbrechen in Ostdeutschland 1945 – 1990“ gedruckt, an der niemand vorbei kann, der sich redlich mit deutscher Nachkriegsgeschichte beschäftigt.

Günther Wieland hat lange durchgehalten. Früh von einer Krankheit befallen, die ihn, den Aufrechten, beugte und krumm zog, die ihm Bewegungen immer schwerer machte, ihm eine Treppenstufe zu einer Barriere werden ließ, blieb er ein Arbeitender. Wer Auskunft suchte, konnte sein außerordentlich verlässliches Gedächtnis in Anspruch nehmen, dem er selbst doch auch wieder misstraute, so dass er sich lieber in einem Dokument oder Buch der Richtigkeit seines Wissens noch einmal versicherte. Worte wie tapfer und Tapferkeit haben in der deutschen Sprache Militaristen und Mordspatrioten okkupiert und so verdächtig gemacht. Sie sollen sie uns weder gestohlen noch auf Dauer unbenutzbar gemacht haben.

Mit Günther Wieland starb ein tapferer Mensch, der für eine friedvolle, eine sozialistische Welt eingetreten ist.

* * *

Antifaschist mit Leib und Seele – Rainer Zilkenat

(29.05.1950 in Berlin – 26.02.2020 in Berlin)

Reiner Zilkenat gestorben, in „junge Welt“ vom 28.02.2020, S. 2.

Berlin. Der Historiker und *jW*-Autor Reiner Zilkenat ist tot. Wie *jW* erfuhr, starb er am Donnerstag in Berlin. Zilkenat studierte von 1970 bis 1976 an der Freien Universität Berlin Geschichte und Politikwissenschaft. Er war Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) und schrieb für deren theoretische Zeitschrift *Konsequent*. 1989 promovierte er an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Seine Arbeitsschwerpunkte waren die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sowie der Aufstieg der NSDAP. Er gab viele Jahre den *Rundbrief der Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus der Partei Die Linke* heraus und war Mitglied des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Ein Nachruf folgt. (jW)

*

Immer an Bord. Antifaschist mit Leib und Seele: Zum Tod des kommunistischen Historikers Reiner Zilkenat. Nachruf von Günter Benser und Holger Czitrich-Stahl in „junge Welt“ vom 29.02.2020, S. 11.

Am 26. Februar 2020 verstarb plötzlich und unerwartet unser Freund und Kollege Reiner Zilkenat wenige Monate vor Vollendung seines 70. Lebensjahres. Mit ihm verliert der „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ seinen langjährigen Vorsitzenden. Von 2011 bis 2018 lenkte er die Geschicke unseres Vereins, und man muss uneingeschränkt sagen: zum Guten.

Seine wissenschaftliche Kompetenz erwarb er im Westen wie im Osten des geteilten Berlins, denn er hatte in der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins seine politische Heimat gefunden. Von 1970 bis 1976 studierte er an der Freien Universität Berlin Geschichte und Politikwissenschaften. In seiner Magisterarbeit beschäftigte er sich mit dem Flottengesetz von 1898 und den Reaktionen der deutschen Sozialdemokratie darauf. Gemeinsam mit Peter Brandt gab er ein „Preußen-Lesebuch“ heraus. 1989 wurde er an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED promoviert. Sein Dissertationsthema war der Berliner Metallarbeiterstreik 1930 und die Gründung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung einschließlich des Agierens ihrer Gegner war und blieb das bevorzugte Forschungsfeld des Historikers Zilkenat. Der Umbruch von 1989/1990 ließ ihn seine Positionen selbstkritisch überprüfen, aber nicht seine politischen und wissenschaftlichen Überzeugungen über Bord werfen. Seine Arbeiten zur Geschichte der Weimarer Republik und den Ursachen ihres Untergangs, zur Rolle ihrer rechten, rassistischen Totengräber, zum Antisemitismus und seinen verheerenden Folgen sind von bleibendem Wert, sie entstanden häufig in polemischer Auseinandersetzung mit reaktionären Politikern und Historikern.

Sein auf gründliches Archivstudium gestütztes Forschungsinteresse verband er nicht nur mit steter schriftlicher und mündlicher Popularisierung eines antifaschistischen Geschichtsbildes, sondern auch mit unmittelbarem persönlich-politischem Engagement, zum Beispiel in der Bundesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei Die Linke. Unermüdlich war Reiner als Referent unterwegs: Das Scheitern der jungen bürgerlichen Demokratie von Weimar durch den Aufstieg der Nazis zu verstehen war sein Hauptanliegen, sein Lebensthema. Gleichgesinnte Fachkolleginnen und Fachkollegen brachte er zu wissenschaftlichen Konferenzen und Kolloquien zusammen. Häufig schrieb er für die *junge Welt* und andere linkssozialistische und marxistische Zeitungen und Zeitschriften, hielt Vorträge vor Vereinen oder bei der Seniorenakademie. Zuletzt galt seine Aktivität dem Gedenken an den Generalstreik der Arbeiterklasse gegen die Kapp-Lüttwitz-Putschisten im März 1920.

Es verdient höchsten Respekt, was Reiner Zilkenat neben seiner beruflichen Tätigkeit als Lehrer in der Erwachsenenbildung nicht nur auf dem Felde der Geschichtsforschung, sondern auch in seinen ehrenamtlichen Funktionen geleistet hat. Mit seiner am 21. Mai 2011 erfolgten Wahl zu unserem Vereinsvorsitzenden hat sich der Aktionsradius unseres Förderkreises spürbar erweitert. Gut vernetzt, hat er weitere Kooperationspartner gewonnen, uns eine größere Öffentlichkeit erschlossen, als Herausgeber unserer Mitteilungen für deren Qualität Sorge getragen und ergänzende selbständige Veröffentlichungen angeregt und realisiert. Besonders das Zusammenwirken mit dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V. ermöglichte die Durchführung gutbesuchter wissenschaftlicher Tagungen, oft anlässlich von Jahrestagen – so zum 70. der Befreiung vom Faschismus, zum 90. der deutschen Novemberrevolution und zum 70. der doppelten deutschen Staatsgründung. Die Erträge dieser Veranstaltungen fanden ihren Niederschlag in der von Reiner Zilkenat und Marga Voigt herausgegebenen, in der Edition Bodoni unseres Vereinsfreundes Marc Johne erscheinenden Schriftenreihe „Zwischen Revolution und Kapitulation. Forum Perspektiven der Geschichte“.

Nach siebenjähriger erfolgreicher Tätigkeit als Vereinsvorsitzender sah sich Reiner Zilkenat im September 2018 gezwungen, sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niederzulegen. Das hinderte ihn nicht, weiter der Demokratie und dem Antifaschismus zu dienen. Der Tod hat ihn mitten aus seiner Arbeit gerissen. Mit ihm verlieren wir einen prägenden Freund und Mitstreiter, dessen Klugheit und Kreativität wir vermissen werden.

* * *

Verstorbene zu ehren, ihre Leistungen zu würdigen, ihr Anliegen zu bewahren – seit Menschengedenken gehört dies zum Dasein der Menschen, zu einer sinnvollen Kultur des Totengedenkens. Nicht zuletzt zeugt das altgriechischer Sprache entstammende Wort Nekrolog von einem humanen Wollen, sich zu erinnern und dies mit zielorientierter Hoffnung auf Bleibendes und Verpflichtendes zu verbinden.

Für weithin bekannte Historiker der DDR liegen bereits umfassende Würdigungen vor, sei es in Gestalt von Darstellungen oder Sammelbänden, von Tagungsprotokollen sowie von Essays und biografischen Skizzen.

Wir wollen dies hier tun für Historikerinnen und Historiker, die sich in der DDR der Geschichte von Faschismus und Weltkriegen sowie den Problemen antifaschistischer Politik im 20. Jahrhundert zugewandt hatten und dies bis zu ihrem Tod auch im neuen Bundesdeutschland fortsetzten.